



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 18. BERLIN, DEN 1. MÄRZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Das künftige Schicksal der höfischen Kunstbauten in Deutschland und Oesterreich. (Schluß.)

In diesem Sinn hat Architekt Max Jaray in Wien den Vorschlag gemacht, aus dem Belvedere in Wien ein „Museum des österreichischen Barock“ zu machen. Jaray ist der Meinung, daß das Barock in der Entwicklung der Kunst in Oesterreich einen Höhepunkt darstelle. Kunst und Kunstgewerbe dieser prachtliebenden Zeit in schönem, echtem Rahmen zu vereinigen, würde eine besondere Anziehung des „Prinz Eugen-Museums“ sein, wie Jaray das Belvedere-Museum taufen möchte. Charakteristische Gemälde und Skulpturen, die herrlichen Maria Theresia-Möbel, die das Schönste darstellen, was österreichisches Kunstgewerbe geschaffen hat, die kaiserlichen Gobelins, die ein einzig dastehendes Gobelins-Museum abgeben könnten, Kostüme, Stickereien, Keramiken, Metallarbeiten, Bucheinbände, ein Sammlungsmaterial, das in den kaiserlichen Schlössern und Aufbewahrungsräumen in reichstem Maß zu finden ist, könnte im Belvedere als reichem Rahmen vereinigt werden. Aber auch Kirchenverwaltungen, Stifte und adelige Familien wären anzuhalten, dem Museum Gegenstände zuzuwenden. Aus abgelegenen kaiserlichen Schlössern, wie Schloßhof in Nieder-Oesterreich und anderen, könnte mancher Innenraum in das Belvedere verpflanzt werden. Schloß Schönbrunn will Jaray in ein Museum der österreichischen klassizistischen Periode verwandeln, das ist von der Zeit Kaiser Josefs II. bis einschließlich jener Franz I. Obwohl der Gedanke solcher geschlossener Vorführungen einer ganzen Zeitperiode und ihrer Werke an sich nicht neu sei, so gäben doch erst die jetzigen politischen Umwälzungen die Möglichkeit, einen solchen Gedanken für bestimmte geschichtliche Zeiträume folgerichtig durchzuführen. Jaray denkt auch an Burg Kreuzenstein als Beispiel für mittelalterliche Kunst, bedauert aber, daß sie so entlegen ist und daß sie nicht auf dem Kahlenberg oder einem der benachbarten Höhenzüge steht. Indessen ist Burg Kreuzenstein von ihrem Besitzer, dem Grafen Wilczek, bereits dem Staat für allgemeine Bildungszwecke gewidmet worden.

Wiens Stellung im neuen Deutschen Reich bezeichnet Prof. Hugo Darnaut in Wien dahin, diese Stadt habe

einen durch die Kunst geheiligten Boden. „Wien muß die Stätte sein, wo der Pflege alter schönen Künste und Wissenschaften ganz besondere Sorgfalt zugewendet wird. Es ist unsere Aufgabe, würdige Nachfolger der großen Vorfahren zu werden und Wien als einen Kulturhort, als eine Sehenswürdigkeit der ganzen Welt in seinem vollen Glanz zu erhalten und zu einem Anziehungspunkt im Weltverkehr zu gestalten.“ Es soll ein „Glanzpunkt im großen Deutschen Reich“ werden. So erhält der deutsche Nationalstaat auch äußerlich sein Gepräge und das Wort Schillers wird wieder wahr: „Jedes Volk hat seinen Tag in der Geschichte, der Tag des Deutschen ist die Ernte der ganzen Zeit.“

Ihre besondere Stellung nimmt die Stadt Wien zu den Kronländern ein. Die Verwaltung der Hofburg, der Hofmuseen, der Hoftheater und ähnlicher Kunststätten soll dem Staat vorbehalten bleiben. Die Schlösser Schönbrunn, Hetzendorf und Belvedere sollen an sich Zwecken der schönen Kultur gewidmet werden, doch beansprucht die Gemeinde Wien die anschließenden Gartenanlagen. Denselben Anspruch erhebt sie auf den Prater, den Augarten, die ganze Lobau, Schloß und Park Laxenburg und den Lainzer Tiergarten. Die Parkanlagen sollen der Kinder- und der Krankenfürsorge nutzbar gemacht werden, während die Schlösser selbst als Kultur- und Kunstdenkmäler zu erhalten sind. Ueber die Verwertung der Hofburg sind Beschlüsse noch nicht gefaßt. Vorübergehend sollte sie alle Staatsämter aufnehmen, um der Wohnungsnot zu steuern. Ueber das Schicksal der Hofburg wird endgültig bestimmt werden, wenn die politische Zukunft in Deutschösterreich geklärt sein wird. Für diese Zukunft bestehen gute Hoffnungen, sodaß die Erwartung begründet ist, es möge im Lauf der Jahre auch der zweite Hofburgflügel zur Errichtung gelangen und das Semper'sche Vermächtnis, einer der größten Baugedanken aller Zeiten, trotz der politischen Umwälzungen oder vielleicht gerade als ein Zeichen derselben seine Verwirklichung finden. Die andauernde Wohnungsnot in Wien hat auch dazu geführt, die Gebäude des Hofes und des kaiserlichen Familienfonds, Bauwerke von großer Ausdehnung, aber vielfach ohne künstlerischen Wert, für Wohnzwecke ins Auge zu fassen.

In Ofen wurde die Hofburg zum Nationalpalast erklärt: ihre Prunkräume werden Museumszwecken dienen.

In Prag beabsichtigt die neue Regierung, den reichen Kunstbesitz der Stadt ins Staatseigentum zu übernehmen. Die konservative Haltung und die Stellung der großen alten Adelsfamilien zum Hause Habsburg sind für die ezechisch-slowakische Regierung Veranlassung, die Prager Adelspaläste und die Landschlösser für den Staat zu beschlagnahmen. Die herrlichen Barockpaläste des alten Prag sind ja nicht nur selbst die größten Werke der großen alten Barockmeister, sie bergen auch bedeutende Kunstsammlungen, wie die Sammlung Nostitz. Auch der Hradschin kommt wieder zu Bedeutung, nachdem die ezechische Demokratie, von der alten böhmischen Königsburg Besitz ergriffen hat. Das alte Wahrzeichen über dem Moldautal Prags, der geschlossene Baukörper der Burg mit seinen drei Burghöfen, der seit Jahrzehnten in Ruhe und stiller Abgeschiedenheit dalag, es wird nunmehr wieder von Leben erfüllt werden, denn hier wird der Präsident des neuen Staates wohnen und seine Amtshandlungen vollziehen, hier werden auch die Ministerien ihren Sitz haben. Es darf erwartet werden, daß die gut organisierte Kommission für Kunst- und historische Denkmale, deren Abteilung Prag nunmehr sich selbständig machen dürfte, über den unermesslichen Kunstbesitz des goldenen Prag wacht.

Wenig Freude werden die kunstsinnigen Kreise über die Nachricht empfinden, daß Schloß Ambras bei Innsbruck mit seinen kunsthistorischen Sammlungen der Stadt Innsbruck zur Errichtung einer Heilanstalt für lungenkranke Kinder überlassen wurde. Der Heilzweck in Ehren; er hätte sich aber vielleicht auch an anderer Stelle erfüllen lassen.

Bei den anarchischen Zuständen, die bis vor Kurzem in Deutschland herrschten, kann es nicht überraschen, daß in Oesterreich der höfische Kunstbesitz früher eine neue Bestimmung erhalten hat, als in Deutschland. Hier ist man in Bayern dazu geschritten, den ehemals königlichen Schlössern eine neue Bestimmung zu geben. Der Wittelsbacher Palast in München und das Nymphenburger Schloß wurden Verwaltungen eingeräumt, das Maximilianum, der große Palastbau des Königs Max II. jenseits der Isar, der der königlichen Pagerie als Wohnung diente, die aber mit dem Königtum ihre Daseinsberechtigung verloren hat, hat eine neue Bestimmung noch nicht erhalten. In einer Kunstdebatte des Bayerischen Nationalrates tauchte der Vorschlag auf, hier eine Hochschule für Schauspielkunst mit Theatrumuseum einzurichten. Auch über die Verwendung der übrigen Kronüter werden Bestimmungen wohl noch zu erwarten sein.

Der Schloßgarten in Schwetzingen ist zum Nationaleigentum erklärt worden und soll nach den Absichten der badischen Landwirtschaftskammer zum Teil in eine Gemüsebau-Schule umgewandelt werden. Für das großherzogliche Residenzschloß in Karlsruhe, das Werk des Hofjunktors v. Keßlau, der gegen Pedetti, de la Guépière und Balthasar Neumann siegte, ist die Bestimmung eines Museums vorgeschlagen worden, wodurch am ehesten gehofft werden kann, seine äußere und innere Gestalt unberührt von fremden Einflüssen zu erhalten.

Ein in hohem Grade beachtenswerter Vorschlag wird für die Wartburg gemacht, sie soll National-Eigentum werden. Die Verhältnisse liegen hier insofern nicht ganz einfach, als bei der Wiederherstellung der Wartburg der damalige Großherzog Karl Alexander erhebliche Summen aus seinem Privatvermögen aufwandte, um die Wartburg im Äußeren wie im Inneren in ihre heutige Gestalt zu versetzen. Namentlich die innere Ausschmückung der Burg besteht aus zahlreichen Kunstgegenständen, die teils aus Staats-, zum großen Teil aber aus Privat-Besitz des Großherzogs stammen. Die Prunkstücke der Rüstkammer, die Bilder der Cranach-Schule, die Kamenate der hei-

ligen Elisabeth sind teils Staats-, teils privater Besitz. Wie aber auch die Besitzverhältnisse gelöst werden sollten, Hauptsache ist, daß die Burg durch ihre Erklärung zum National-Eigentum in ihrer heutigen Gestalt und Ausstattung als Ganzes erhalten bleibt.

In Württemberg wenden sich gewichtige Stimmen gegen eine spekulative Verwendung des höfischen Besitzes. Die beiden Schlösser in Stuttgart, die Wilhelma und der Rosenstein, die alte Akademie und der Marstall, die Schloßanlagen in und um Ludwigsburg mit Monrepos und Solitude sollen als wichtige Kulturzeugen deutscher Vergangenheit, als ruhige Zeugen der Absichten und Irrungen der damaligen, in ihren Gebieten allein mächtigen Potentaten dem „blinden Haß gegen alles Fürstliche“ entzogen werden. Von unverantwortlicher Seite habe man, so wird berichtet, in dieser Hinsicht schon die ungeheuerlichsten Absichten vernommen. „Da sollten die Saalfluchten der Schlösser bald als Erholungsheim, bald als Schulen gegen ihre eigentümliche Art mit Gewalt der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden, was einer völligen Vernichtung ihrer Schönheitswerte gleich käme.“ Scharfsinnige Pläne seien entworfen, um die umkleideten Anlagen und Plätze dem Spekulantentum auszuliefern. „Die Allgemeinheit, das Volk im weitesten Sinn, hat zweifellos ein Recht an diese Bauten. Nicht nur aus mühsam in verjährten Akten und Geschichten gefundenen Beweisen heraus, daß diese Sitze von den Herzogen in Fron und Arbeit des Volkes, aus erpreßten Geldern und gewaltsam entzogenem Kirchengut errichtet worden sind, sondern ganz allgemein.“ Dieses Recht aber ließe sich nach Linck wohl erfüllen: „Es ließe sich mit dem Wesen der meisten Bauwerke ein Gebrauch als Bibliothek, als Raum für kunsthistorische oder schließlich auch naturwissenschaftliche Sammlungen, als öffentlicher Fest-, Vortrags- und Musiksaal ganz wohl vereinigen, vorausgesetzt natürlich, daß bei jeder Einrichtung berufene Stimmen zu Rate gezogen würden. Es wäre für mich weiter kein unschöner Gedanke, zu wissen, daß in den Prunkräumen des Stuttgarter Schlosses jährlich die Landesversammlung, der Landtag, feierlich eröffnet würde, oder daß jetzt in den einst fürstlichen Zimmern verdiente Männer aller Art, Gäste des Landes eine ehrenvolle Aufnahme finden würden. Auf diese Weise würde auch das Volk selbst in seiner besten Verkörperung an diesen wahrhaft fürstlichen Stätten fürstlich auftreten.“ Der Verfasser meint — und man darf ihm darin wohl zustimmen, denn es bezieht sich auf den gesamten Kunstbesitz, der dem Volk durch die Revolution zur Verwaltung überantwortet wurde — soweit es nur gelte zu verunstalten und zu erniedrigen, heiße es „Hände weg!“ von einer Erbschaft, der das Volk nicht würdig sei.

In diesem Zusammenhang wird an das Schicksal des Stuttgarter Residenzschlosses im Sturmjahr 1848 erinnert. Es sollte die Postverwaltung aufnehmen oder in ein Waisenhaus verwandelt werden. Auch an seine Umwandlung zu einem „würdigen Tempel der Wissenschaft“ wurde gedacht durch Verlegung der Universität Tübingen in seine Räume. Dann wieder tauchte der Plan auf, in den Räumen ein Schullehrer-Seminar unterzubringen und schließlich wurde angeregt, in ihm die staatlichen Sammlungen zu bergen. Allen diesen und weiteren Plänen machte die Rückkehr des Königs nach Niederwerfung der Revolution ein Ende.

Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß die Verwendung des dem Volk zugefallenen Kunstbesitzes erst in ihren Anfängen sich befindet, daß aber erfreulicher Weise überall Grundsätze sich durchzuringen suchen, die einen Verwendungszweck anstreben, der dem hohen idealen Gehalt dieses Kunstgutes entspricht. Er stehe im Zeichen „Weimar“, dann können alle besorgten Kunstfreunde der weiteren Entwicklung der Dinge mit Vertrauen entgegen sehen. —

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Von der Technischen Hochschule zu Karlsruhe ist dem Fabrikanten Hrn. Fritz Reuther in Mannheim „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der Maschinenfabrikation“ und dem Fabrikbesitzer Hrn. Josef Voegelé in Mannheim „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung des Eisenbahnmaschinenwesens“ die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen worden. —

Das fünfundzwanzigjährige Bestehen der Architektenfirma Reinhardt & Süßenguth in Charlottenburg. Am heutigen 1. März sind 25 Jahre verflossen, seit sich die Archi-

tekten Heinrich Reinhardt und Georg Süßenguth in Charlottenburg zu gemeinsamer baukünstlerischer Tätigkeit zusammen schlossen. Heinrich Reinhardt, am 19. September 1868 in Offenbach am Main geboren, fand seine künstlerische Ausbildung auf der Kunstgewerbeschule seiner Vaterstadt und begann seine Praxis in Iserlohn. Im Jahre 1887 siedelte er nach Berlin über und war hier nach vorübergehender Tätigkeit in einem kleineren Büro längere Jahre bei den Architekten Abesser & Kröger tätig. Während der letzten Zeit hörte er die Vorlesungen von Karl Schäfer an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, an der er in den Jahren 1897—98 auch Assistent in der Schule von Christoph Hehl war. Schon früh, schon mit 25 Jahren, waren ihm außerordentliche Erfolge beschieden. Im Wettbewerb um Entwürfe für den Neubau des

Märkischen Museums in Berlin lieferte er einen Entwurf ein, der in gleicher Weise durch seine künstlerische Auffassung wie durch die Art seiner Darstellung Aufsehen erregte und auch von uns im Jahrgang 1893. S. 137 wiedergegeben wurde. Der hervorragende Entwurf wurde jedoch nicht einmal eines Ankaufes gewürdigt, den er verdient gehabt hätte, obwohl der Wettbewerb einen sehr hohen Durchschnittswert hatte. Im Jahr 1893 errang Reinhardt für ein Kreishaus in Rastenburg den I. Preis, für ein Kreishaus in Itzehoe den I. Preis und die Ausführung. Das folgende Jahr, 1894, brachte ihm einen neuen großen Erfolg. Im Wettbewerb um Entwürfe für ein Rathaus in Elberfeld gewann er den II. Preis und es wurde ihm gleichfalls die Ausführung übertragen.

Am 1. März 1894 fand der Zusammenschluß zwischen Reinhardt und Süßenguth zu gemeinsamer Tätigkeit statt. Schon während dieses Zusammenschlusses jedoch errang Reinhardt noch einen persönlichen Erfolg, als ihm 1896 im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Kirche für Birtscheid-Aachen der I. Preis und die Ausführung zuerkannt wurden.

Georg Süßenguth wurde am 27. Jan. 1862 in Göttingen geboren, erlernte praktisch das Maurerhandwerk und die Steinhauerei und besuchte die Baugewerkschule zu Nienburg an der Weser. Er arbeitete 3 Jahre auf einem Architekturbüro in Hannover und siedelte 1885 nach Charlottenburg über, um hier 5 Semester die Technische Hochschule zu besuchen. Nach mehrjähriger Tätigkeit in einem kleineren Berliner Atelier ging er ebenfalls zu Abesser & Kröger, wo er mit Reinhardt bekannt wurde. Es hat jedoch längere Zeit gedauert, bis sie zu Freunden wurden und sich dann zu dauernder gemeinsamer Tätigkeit zusammen fanden.

Es ist von 1894 bis heute ein fast ununterbrochener Siegeslauf, der das hervorstechendste Kennzeichen dieser gemeinsamen Tätigkeit ist und die Laufbahn der beiden Baukünstler widerlegt in nachdrücklichster Weise die Gegner des deutschen Wettbewerbswesens, dem zu einem nicht geringen Teil die Höhe des baukünstlerischen Schaffens der Gegenwart zu verdanken ist. Gleich in das Anfangsjahr fielen zwei I. Preise für ein Rathaus für Rheydt und für eine Kirche für Magdeburg-Wilhelmstadt. Das Jahr 1895 brachte den I. Preis für ein Rathaus in Cöthen und dessen Ausführung; den I. Preis für eine Kirche für Cannstatt und den III. Preis für ein Hallenschwimmbad für Breslau. Gleich erfolgreich war das Jahr 1896. Es brachte den I. Preis für ein Rathaus in Steglitz und dessen Ausführung, für die jedoch die Architekten nicht in allen Teilen verantwortlich sind. Ein II. Preis wurde für eine Stadthalle in Elberfeld errungen, III. Preise wurden gewonnen für Rathäuser in Duisburg und Dessau. Im Jahr 1897 fiel den Künstlern eine große Bauaufgabe mit dem Rathaus in Charlottenburg zu, dessen Ausführung durch Gewinnung des I. Preises im Wettbewerb erstritten wurde. Auf dem gleichen Wege wurde die Ausführung des Rathauses für Dessau und des Museums für Altona gewonnen. Ein II. Preis fiel ihnen im Wettbewerb um den Rathaus-Umbau in Görlitz zu. In diese Zeit fällt auch die Ausführung von Miethäusern und der Odd-Fellow-Loge in Stettin. Nach kurzer Zeit geschäftlicher Stille brachte das Jahr 1900 engere Wettbewerbe für ein Geschäftshaus der Wilhelma in Berlin und für ein Gymnasium in Friedenau. Engere Wettbewerbe fanden auch 1901 für eine Kirche für Turn in Böhmen und für das kaiserliche Patentamt in Berlin statt. Zur Ausführung gelangte ein Kaufhaus Letsch in Stettin. Der Haupterfolg dieses Jahres aber waren der I. Preis und die Ausführung des Hauptbahnhofes in Hamburg, nach dessen Vollendung die Künstler durch den Titel „Professor“ ausgezeichnet wurden. Engere Wettbewerbe der beiden folgenden Jahre betrafen die Kaiser Wilhelm-Akademie zu Berlin, ein Rathaus für Recklinghausen (II. Preis) und das Schiller-Theater für Charlottenburg. Ausgeführt wurde in dieser Zeit ein Geschäftshaus in Johannesburg in Ostafrika. Im Jahr 1905 wurde ein neuer großer Erfolg durch Gewinn des I. Preises für eine Friedhof-Anlage in Frankfurt a. M. und ihrer Ausführung errungen. Unter den Erfolgen der nächsten Jahre sind zu nennen der II. Preis für ein Realgymnasium für Groß-Lichterfelde, der II. Preis für den Hauptbahnhof in Karlsruhe, ein Ankauf für den Bahnhof in Darmstadt. Bedeutende Aufträge zur Ausführung, jeweils im Wettbewerb erstritten, führte den Künstlern wieder das Jahr 1908 zu; in dieses fielen der II. Preis und die Ausführung des Realgymnasiums für Mariendorf; der I. Preis und die Ausführung einer großen Bauanlage, bestehend aus den höheren Schulen und der Kirche für Treptow-Baumschulweg; der I. Preis und die Ausführung Rathaus Treptow; der II. Preis und die Ausführung Rathaus Spandau. Schulbauten für Mariendorf, der III. Preis für ein Rathaus für Niederschön-

1. März 1919.

hausen, der II. Preis für ein Realgymnasium für Stendal, der II. Preis für die Platzgestaltung vor dem Rathaus in Spandau, der II. Preis für eine Friedhof-Anlage für Magdeburg, daneben ein Saalbau und Gartenanlagen in Treptow; Ausführungen in Lübeck, ein engerer Wettbewerb um Entwürfe für den Erweiterungsbau des Konzerthauses in Stettin sind Erfolge der letzten Jahre. Der Haupterfolg der letzten Schaffensperiode der beiden Künstler aber sind der in engerem Wettbewerb errungene I. Preis und die Ausführung des Gebäudes des Reichsmarine-Amtes am Königin-Augusta-Ufer in Berlin. Ein großer Teil dieser Arbeiten ist in der „Deutschen Bauzeitung“ zur Veröffentlichung gelangt. Es ist ein ungewöhnlich reiches Tätigkeitsbild, das hier für ein halbes Menschenalter einer Künstlerlaufbahn entwickelt werden konnte, die zu den Höhepunkten unseres deutschen Fachlebens gezählt werden darf. Der kommenden Zeit gehen die beiden Künstler mit ungebrochener Schaffenskraft und Arbeitslust entgegen. —

Die Neubesetzung der zweiten Bürgermeisterstelle in Paderborn. In erfreulichem Maße mehren sich die Fälle, in welchen die deutschen Städte in voller Würdigung der Verhältnisse der Gegenwart und der nächsten Zukunft dazu schreiten, ihre Bürgermeisterstellen auch mit Bewerbern aus dem technischen Beruf zu besetzen. Nur gering noch ist die Zahl der Städte, die den Geist der Zeit noch nicht erkannt haben. Die Stadt Paderborn schreibt die Stelle ihres zweiten Bürgermeisters zur Neubesetzung aus und ladet hierzu Bewerber ein, die die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt besitzen, oder aus dem Baufach hervorgegangen sind. Das Gehalt beträgt 6500 M. steigend bis 10 000 M. Bewerbungen bis zum 15. März 1919 an den Stadtverordneten-Vorsteher. —

Die Stelle des zweiten Bürgermeisters von Frankfurt an der Oder ist zum 1. April 1919 zu besetzen. Der Kreis der Bewerber ist nicht beschränkt, es bestehen demnach auch Aussichten für technisch gebildete Bewerber. Die Wahl erfolgt auf 12 Jahre. Das Jahresgrundgehalt beträgt 9600 M. und steigt nach je 3 Jahren bis zum Höchstbetrag von 13 600 M. Bei der Gehaltsfestsetzung kann die Dienstzeit in der Verwaltung anderer Städte zum Teil zur Anrechnung gebracht werden. Bewerbungen bis 5. März 1919 an Stadtverordneten-Vorsteher, Fabrikbesitzer Reinmann in Frankfurt an der Oder. —

Notstandsarbeiten der Stadt Wien sind im Betrag von rd. 59 Mill. Kronen vorgesehen. Davon entfallen 44,2 Mill. Kronen auf Hochbauten, 11,1 Mill. Kronen auf Tiefbauten und 3,4 Mill. Kronen auf reine Erdbewegungsarbeiten. Unter den Hochbau-Arbeiten befinden sich Erhaltungsarbeiten an städtischen Gebäuden im Betrag von 5 Mill. Kronen, eine Erweiterung des Versorgungsheimes in Lainz mit einer Bausumme von 3,2 Mill. Kronen, die Errichtung von 143 Kriegswohnhäusern mit einem Aufwand von 10 Mill. Kronen und die Errichtung von Krieger-Heimstätten in Aspern mit einem Aufwand von 7 Mill. Kronen. Unter den geplanten Tiefbauten befindet sich an erster Stelle die Ausführung des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals im 11. Bezirk mit einem Aufwand von 8,9 Mill. Kronen. Man hofft, bei den Arbeiten zwischen 10 000 und 11 000 Arbeitern Verdienst zuweisen zu können. Voraussetzung ist jedoch die Möglichkeit der Beschaffung von Baumaterialien. —

Wettbewerbe.

Die Ausschreibung von Wettbewerben zur Erlangung von Entwürfen für neue Siedelungen ist Gegenstand einer Eingabe des „Architekten-Vereins“ zu Berlin an die Siedelungs-Gesellschaft „Märkische Heimstätte“, der auf dem Gebiet des Städtebaues und des Wohnungswesens bedeutende Aufgaben obliegen. Der Verein beantragt, die Entwürfe zu neuen Siedelungen nicht ausschließlich in den Büros der Gesellschaft bearbeiten zu lassen, auch nicht nach dem Ermessen der Geschäftsführung einzelnen außen stehenden Architekten zu übertragen, sondern zu trachten, sie auf dem Wege des Wettbewerbes zu gewinnen. Praktische Gesichtspunkte der Siedelungsaufgaben und die Not der Zeit lassen diese Anregung in gleichem Maß gerechtfertigt erscheinen. Grundsatz sollte sein, daß alle Bauaufgaben, zu denen Mittel der Allgemeinheit in Anspruch genommen werden, auch durch Anrufung der Allgemeinheit ihre Lösung finden. —

Zu einem engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Friedhof-Anlage bei Magdeburg wurden nach vorausgegangenem allgemeinem Wettbewerb die Architekten Prof. Reinhardt & Süßenguth in Charlottenburg, Brt. Wilh. Wagner in Berlin und Prof. Albin Müller in Darmstadt eingeladen. —

Literatur.

Die Wohnungsfrage eine Verkehrsfrage. Von Heinrich von Frauendorfer, Staatsminister a. D. Ein Weg zur Lösung. Heft 14 der Schriften des Bayer. Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens. 60 Seiten. München. Verlag von Ernst Reinhardt. Preis 1 M. —

Wird auch durch den unglücklichen Ausgang des Krieges die Erfüllung mancher städtebaulichen Aufgabe, die wir uns gestellt hatten, nicht in die Tat umgesetzt werden können, so werden doch, wenn erst wieder die notwendige Stetigkeit über unsere Arbeit kommt, und wenn wir unsere Zukunft überblicken können, die einmal gesammelten Erkenntnisse beim Neuaufbau der Dinge uns wieder zustatten kommen. Ein solches Problem, das wohl durch die Not der Zeit etwas zurück gestellt werden muß, behandelt das oben im Titel erwähnte Buch, in dem die Neugründung einer 10 qkm großen Wohnkolonie in einer Entfernung von 15 km von der Großstadt beschrieben und zahlenmäßig durchgeführt ist. Die Kolonie soll nach ihrem Ausbau in der Wohnstadt 25 000 Wohnungen mit 100 000 Einwohnern und im Industrieviertel 750 Wohnungen mit 30 000 Einwohnern aufnehmen können. Das Buch erläutert und ergänzt die mit dem I. Preis in dem vom Schutzverband für deutschen Grundbesitz vor dem Krieg ausgeschriebenen Wettbewerb über die Beschaffung billiger Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung ausgezeichnete Arbeit von v. Völcker und Serini und soll dartun, daß auch dem wirtschaftlich schwächsten Teil der Bevölkerung die Wohltat der Außenwohnung mit Gartenbesitz zuteil werden kann.

Das Neuartige besteht dabei in der Verquickung der Verkehrs- mit den Siedlungsfragen. Der normale Fahraufwand des Familienhauptes — kapitalisiert in 25 Jahren — wird nämlich zum Preis des Grund und Bodens zugeschlagen und damit als gemeinsame Last auf alle Anwesen verteilt, u. zw. dergestalt, daß erstens auch die nicht mit regelmäßigen Fahrbezugsrechten ausgestatteten Grundbesitzer (Ortsansässige, Vergnügungsstätten usw.) entsprechend mit herangezogen und zweitens die kapitalisierten Fahrtkosten staffelweise, d. h. prozentual stärker auf die großen als auf die kleinen Anwesen verteilt werden. Dadurch kommen die den kleinen Wohnungsbesitzer am meisten drückenden Fahrtkosten in Fortfall, andererseits gewinnt der wohlhabende Bewohner der Gartenstadt den Vorteil häufiger und rascher Zugverbindungen, die durch Ansiedelung der breiten Massen erst möglich werden. Interessant sind auch die Zusammenstellungen der verschiedenen möglichen Bahnarten zwischen Mutter- und Tochterstadt bezgl. Schnelligkeit, Kosten usw.

Das Buch atmet viel Gemeinsinn und dürfte in der heutigen mit Sozialismus geladenen Zeit auch dem Wirtschaftspolitiker großes Interesse bieten. —

W. L.

Künstlerische Kalender. Unsere unruhigen Tage sind wie auf manchen anderen Gebieten auch auf dem der Buchkunst an künstlerischen Darbietungen nicht ganz bar. Seit dem Jahre 1895 erscheinen in Würzburg die „Altfränkischen Bilder“ in der Form reich illustrierter kunsthistorischer Prachtkalender, die zusammenhängend eine illustrierte Kunstgeschichte Frankens bilden*). Zum Teil vergriffen, geben sie in nunmehr 25 Jahrgängen ein Abbildungsmaterial über diesen vor allen anderen deutschen Kunstgebieten herausragenden Teil unseres Vaterlandes, das von überraschendem Reichtum und von seltener Schönheit der Wiedergabe ist. Die „Altfränkischen Bilder 1919“ schließen eine Periode ab, die sich mit besonderer Liebe der geschichtlichen Forschung in der Heimatkunde hingegeben hatte. Als ein gemeinsames Unternehmen des Geh. Kom.-Rates Heinrich Stürtz † und des Kunsthistorikers Prof. Dr. Theodor Hennen in Würzburg haben die „Altfränkischen Bilder“ den Reigen der illustrierten Prachtkalender in dieser Form eröffnet. Nicht wenige andere Kalender sind ihnen „in ausgesprochener oder auch manchmal nicht ausgesprochener Weise auf dieser Bahn gefolgt“. Als Grenze für das Arbeitsgebiet wurde der alte fränkische Reichskreis angenommen, aus dem die Bilder in bunter Mannigfaltigkeit ohne strenge ethnologische oder systematische Ordnung vorgeführt wurden. Eine Ausnahme macht der vorliegende 25. Jahrgang, der eine zusammenhängende Studie über einen Ort bildet, der zu den beachtenswertesten Mittelpunkten der politischen wie der Kultur-Geschichte in fränkischen Landen gehört, über die ehemalige Markgrafenresidenz Ansbach. Hinzu treten einige reizvolle Innenräume aus dem alten Würzburg, auf der Vorderseite die Wiedergabe des Titelblattes eines Wappenbuches der Lehenträger des Hochstiftes Würzburg in der Bibliothek

des historischen Vereins zu Würzburg, sowie ein fränkisches Trachtenbild vom Jahr 1801. Der Herausgeber knüpft an den Kalender den Wunsch: „Möge, wie einst in den Jahren der Befreiungskriege, die Rückschau in unsere Vergangenheit den Blick klären, den Sinn veredeln und den Mut stählen.“ — (Schluß folgt.)

Literatur-Verzeichnis.

- Kalender für Heizungs-, Lüftungs- und Badetechniker. Erstes kurzgefaßtes Nachschlagebuch für Gesundheits-Techniker. Herausgegeben von Ob.-Ing. H. J. Klingner. 24. Jahrgang 1919. Mit 104 Abbildungen und 127 Tabellen. Halle a. S. 1919. Karl Marhold. Pr. 4,50 M.
- Tonindustrie-Kalender 1919 in drei Teilen. Teil 3: Bücher-Verzeichnis und Bezugsquellen-Nachweise, Verlag der „Tonindustrie-Zeitung“ G. m. b. H. Berlin NW. 21. Pr. 2,25 M., Ausland 2,40 M.
- Dr. Abele, Amtmann. Weiträumiger Städtebau und Wohnungsfrage. Darstellung und Kritik der auf Einführung weiträumiger Bauweise im Städteerweiterungsgebiet gerichteten Bestrebungen. Stuttgart. W. Kohlhammer.
- Andrée, W. L. Die Statik des Eisenbaues. Mit 810 Abbildungen und 1 Tafel, XI und 521 S. gr. 8°. München 1917. R. Oldenbourg, Fr. in Leinwand geb. 20 M.
- Baubureau-Kompaß. Ein Komptoirhandbuch mit Vormerk-Kalender 1918. Herausgeber: Rudolf Hanel. Bearbeiter des Facheiles k. k. Prof. Ing. und Stadtbaumeister Josef Röttinger. Wien IX. Kompaß-Verlag. Im Buchhandel durch Moritz Perles, Pr. 7,80 Kr.
- Berr, Alfred, W., Dr.-Ing. Die günstigste Form eiserner Zweigelenbrückenbogen. Mit 7 Abbildungen und 7 Tafeln. München 1916. R. Oldenbourg. Pr. 4 M.
- Bieske, Erich, Dipl.-Ing. Ueber Kalkulation im Brunnenaufbau auf Grund der im Maschinenbau üblichen Kalkulationsverfahren. Von der kgl. Techn. Hochschule zu Danzig zur Erlangung der Würde eines Dr.-Ing. genehmigte Dissertation. Ref.: Prof. G. Schulze-Pillot. Korref.: Prof. J. Jahn am 26. Okt. 1917. Königsberg i. Pr. 1917. Selbstverlag Hintere Vorst. 3.
- Bubendey, J. F., Dr.-Ing. Die Kunst des Vortrages. Vortrag gehalten im Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. Hamburg 1917. Boysen & Maasch. Pr. 60 Pf.
- Burgemeister, Richard. Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten gemeinverständlich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen versehen. Berlin S. L. Schwarz & Co. Gesetzverlag. Pr. 1 M., geb. 1,35 M.
- Dr. Carthaus, Vilma. Zur Geschichte und Theorie der Grundstückskrisen in deutschen Großstädten, mit besonderer Berücksichtigung von Groß-Berlin. Jena 1917. Gustav Fischer. Pr. 6 M.
- Dreizehnter Tag für Denkmalfpflege. Augsburg, 20. und 21. September 1917. Stenographischer Bericht mit 6 Abbildungen. Berlin W. 66. Wilh. Ernst & Sohn.
- Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft Grünau i. d. Mark. Gartensiedlung Falkenberg. Die Reinhaltung von Gartensiedlungen. Heft 1. Untersuchungen und Vorschläge über die Beseitigung und Verwertung der festen und flüssigen Abfallstoffe, von Dr. med. Gg. Bonne, kgl. Kult.-Ing. Classen, Reg.-Bmstr. a. D. Th. Lohrmann, kgl. Oberlandm. a. D. M. Friedersdorff, Dr. Rich. Bloock, Reg.-Bmstr. a. D. E. Ferchland und Dr. M. Klostermann. Herausgegeben von Sekr. E. Behnisch. Leipzig 1915. Robert Federn. Pr. 2,50 M.
- Ehlhötz, Dipl.-Ing., Stadtbauinsp. Straßenquerschnitte. Sonderdruck aus dem Technischen Gemeindeblatt. Herausgegeben von Prof. Dr. H. Albrecht. Aus den Nrn. 17, 18, 19, 20, 22, 23 und 24. Jahrgänge 1916 und 1917.
- Ficker, Johannes. Evangelischer Kirchbau. Mit Plänen ausgeführt und für die Ausführung entworfen kleiner Kirchbauten von E. Fürstenau u. a. Leipzig 1905. Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung, Theodor Weicher.
- Die Deutsche Ausstellung „Das Gas“. Seine Erzeugung und seine Verwendung in der Gemeinde, im Haus und im Gewerbe. München 1914. Herausgegeben vom Deutschen Verein von Gas- und Wasserfachmännern. Mit 444 Abbildungen im Text. München 1916. R. Oldenbourg. Pr. 4 M.
- Giese, Erich, Dr.-Ing., Professor. Tarifvorschläge für Nahverkehrsmittel. Wie muß der Tarifaufbau der Groß-Berliner Nahverkehrsmittel bei den zu erwartenden Tarifänderungen umgestaltet werden? Berlin S.W. 68. 1917. Verlag der Bauwelt.
- Gilbreth, Frank B., Das ABC der wissenschaftlichen Betriebsführung. Primer of scientific management. Nach dem Amerikanischen frei bearbeitet von Dr. Colin Ross. Mit 12 Textfiguren. Berlin W. 9. 1917. Julius Springer. Pr. 2,80 M.
- Girndt M., Prof. Der Unterricht an Baugewerkschulen. Heft 27a: Kontinuierliche Träger auf drei und vier Stützen. Einfache Hilfsmittel für deren genaue Berechnung bei beliebigen Stützweiten und beliebiger Belastung. Für Schule und Praxis bearbeitet von Oberlehrer Dr.-Ing. H. Nitzsche. Mit 19 Fig. Leipzig 1915. B. G. Teubner. Pr. 1 M.

Inhalt: Das künftige Schicksal der höflichen Kunstbauten in Deutschland und Oesterreich. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Literatur. — Literatur-Verzeichnis. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

*) Verlag der Universitätsdruckerei H. Stürtz A.-G. Preis 1,50 M.



Decke des Treppenhauses.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 19. BERLIN, DEN 5. MAERZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

Von Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat Hans Lutsch in Berlin. (Fortsetzung aus No. 16.) Hierzu die Abbildungen in No. 15.

Von den weiteren Wandgliederungen der mit 16 und 41 m Grundfläche in sich gut abgestuften Höfe sei erwähnt, daß das Obergeschoß jenes östlichen, in den man vom Korridor nächst dem Festsaal hinab schaut, nach alter Kreuzgangsart auf einem rings umlaufenden Laubengang ruht. Im Grundriß geviertförmige Pfeiler sind im Erdgeschoß durch Rundbögen verbunden und durch Halbkreisnischen für Figürchen betont. Im Obergeschoß stehen über einer Brüstung von Blinddocken Wandpfeiler, durch starkpfeilige Flachbogen verbunden. In die so umrahmte Wandfläche sind die wagrecht überdeckten Fenster eingeschnitten.

Von den Höfen am Südweg (Jäger, S. 17) ist der östliche nur auf drei Seiten umbaut, um der Mittagssonne unbehinderten Einfall zu gönnen. Die Südseite des nächst ihm gegen Abend gelegenen Hofes wird erst jenseits des an ihm vorbei streichenden Weges durch ein Einzelhaus, die Klostermühle, umgrenzt. Seine Nordfront fluchtet mit der Nordgiebelseite eines von 1506 datierten Wirtschaftsgebäudes, des einzig erhaltenen aus der großen Gruppe mittelalterlicher Gebäude (Jäger, S. 3, 5 und Taf. zu S. 8). So ergibt sich ein lockerer Ausklang der Baugruppe, der aber gegenüber ihrem sonstigen festen Zusammenschluß nicht auffällt. Schließlich ist auch vom Süd-Ende der langen Klosterflucht ein zur Kirche gleich laufender niedriger Flügel gegen Osten heraus geschoben, zusammen mit dem Gotteshaus zur monumentalen Umrahmung des Konventualen-Gartens bestimmt.

Ohne eine solche Gesamtgruppierung, ohne Einbeziehung des Einzelnen unter einen straffen Gesamtwillen ver-

mag der Klosterbaumeister nicht zu leben. So ist auch auf der Nordseite des Klosterbezirkes jenseits der über ihn fortführenden Heerstraße in der östlichen, der Einfahrt zum Klosterhof entsprechenden Nebenachse der Klosterlangfront ein Abschnitt des bergansteigenden Geländes für sich abgegrenzt, unten durch eine auf einer Freitreppe zu ersteigende Terrassenmauer mit Dockenbrüstung, oben hinter dem „oberen Abtsgarten“ durch ein schlichtes „Orangeriegebäude“. Darüber weg heißt die Gemarkung noch heute die „Wingerts-lage“, d. h. Lage der Weingärten. Seitlich aber schließt sich an die Orangerie beiderseits eine Reihe lang ausgedehnter Wirtschaftsgebäude an, einheitlich zusammengestellt, vom unteren Klostertorbogen, einem aus freiem Empfinden heraus geschaffenen Werksteingebilde in Rokokoformen, herauf bis zur Klosterbrauerei, in deren gastlichen Räumen Fremdlinge und Sommerfrischler auch während der Kriegszeit freundliche Aufnahme, Speise und Trank fanden. Sie ist durch ihre breit hinstreichenden Dächer zusammen gehalten, zumal durch die Eckpavillons mit dreiteiligem Mansardendach. Vor der Brauerei steht auf dem Klosterplan ein entzückender Empire-Laufbrunnen im Sinn des Entwurfes zum „Mönchsgestühl“ von 1782. Hinten, in der Hauptachse des Ehrenhofes, träumt verschlafen der monumental aufgestaffelte Herkules-Brunnen mit seinem üppigen Schmuck an Barockfiguren großen Stiles in seinem verwachsenen Becken, eine Schöpfung des — wie sein Bruder Johann Wolfgang — bei dekorativen Arbeiten Würzburgs tätigen Niederländers Jakob von der Auwera aus Mecheln. Oben ringt verwegen und stürmisch Herkules mit Antäus in heftigstem Strauß, unten sitzen und lagern in der Felslandschaft mächtige Begleitfiguren, ein Bild großer Lebensbejahung. Manches andere

¹⁾ Abb. Jäger, S. 81 und Taf. zu S. 80.

ist geschwunden²⁾. Gegen Abend schließt der Gartenbezirk mit einer im weiten Halbrund herum geführten Mauer ab. An ihren Flanken stehen, eine Einbiegung betonend, Rundpavillons mit geschweiftem Dach, das sie als zum Klosterbezirk gehörig einschließt. Auch die Wegeeinfassung des Stakets zwischen Pfeilern mit Vasen und Puppen weisen auf die künstlerische Zusammengehörigkeit in den Gesamtrahmen.

Wir haben noch die Haupträume des Inneren zu durchmustern, namentlich das Treppenhaus³⁾ hinauf zu steigen. Es verkörpert Gedanken, denen Balthasar Neumann auch nachmals mit größerer Zurückhaltung im Lustschloß zu Schönbornslust bei Koblenz und im Kloster Oberzell am Main unterhalb des Würzburger Marienberges nachgegangen ist⁴⁾. Auch dieses eine stattliche Raumphantasie, wie aus einem Schloß. Sie spielt sich auf nicht großer Grundfläche ab. In Klöstern kannte man bisher solche Ueppigkeit nicht, selbst nicht in so umfangreichen, wie in den schwäbischen zu Maulbronn und Bebenhausen. Jetzt beginnen sie unter dem Einfluß der von bedeutenden Geldmächten gestützten Gegenreformation eine ganz andere Rolle zu spielen. Symmetrisch zur Eingangsachse führen zwei zur Langseite des Klosters gleichlaufende Treppenläufe mit je 14 Stufen von 2,65 m Breite und einem zu ihnen lotrechten Mittellauf mit 9 Stufen zur Höhe des ersten Obergeschosses. Die zum zweiten Obergeschoß leitenden Läufe sind nicht in diesen Raum einbezogen. Unmittelbar hinter dem dritten, dem oberen Lauf der Haupttreppe, streicht der die Gemächer des zweiten Obergeschosses verbindende Korridor entlang. Durch das Treppenhaus ist er auf einer Säulenstellung frei hindurchgeführt. Die Flachdecke schwebt über beiden Raumabschnitten. Ihre Längsachse ist raffiniert gegen die Tiefe des Gesamtraumes stark verschoben, sodaß das Deckenbild im ovalen Spiegel beim Eintritt ins Erdgeschoß auch ohne halbscherischen Augenaufschlag noch gesehen wird. Sein gemalter Grund wirkt sich gegen die Tiefe hin panoramatisch zur Vollrundplastik aus, sodaß lebensgroße Gipsfiguren mit halber Körperlänge frei in den Raum herein hängen. Die beiden unteren Treppenläufe und die gewierftörmigen Podeste zwischen ihnen ruhen auf Vollmauern, die oberen nach Pommersfeldener Art auf einer Halbsäulen-Stellung toskanischer Ordnung als Trägerin schweren Gebälkes, mit eingespanntem Halbkreis- und steigenden Ellipsengurten nebst anschließenden Kappen. Dar-

über erheben sich wuchtig die Dockengeländer zwischen kräftigen Pfosten, über welche die verkröpften Kopf- und Fußgesimse hinweg eilen. Das Gelände des oberen Podestes läuft, dem der Haupttreppe von Schloß Mirabell in Salzburg entgegen kommend, jedoch noch nicht wie dieses voll aufgelöst, mit schwungvoll wellenförmig bewegter Brüstungslinie symmetrisch zur Mittelachse. Reich mit Bandschmuck im Sinn des Louis XIV. belebt und, der statischen Wirkung fein nachgefühlt, auf und abwärts durch strebepfeilerartig wirkende Absätze verstärkt, sind die Pfosten. Die unteren Mäcker tragen nachträglich hinzu genommene Löwen mit Rokokotafeln⁵⁾ für verschlungene Namenszüge, die mittleren reichgeformte Urnen, die oberen eine Pomona und eine Abundantia, einen Apoll und eine Dame als Jagdgöttin, lebensgroß, keck in den Raum hinein gestellt und ihn weitend. Auf dem an den Wänden als Blindbrüstung weiter laufenden Geländer stehen schlanke jonische Säulen, die nebst entsprechenden Wandpilastern den oben erwähnten Korridor des zweiten Obergeschosses tragen; sie erscheinen etwas mager im Hinblick auf die Säulenpaare im Treppenhaus⁶⁾ von Pommersfelden. Auch seine Deckenbrüstung läuft, von den Eckpfeilern geschweift abbiegend, um die Saalwände.

Für die Beleuchtung des Raumes sorgen die drei Frontenster der beiden Obergeschosse — ebenso wie die des gleichfalls durch zwei Geschosse reichenden Festsaales — unter sich nicht zusammengefaßt, außerdem verborgen an den Korridoren liegende Lichtquellen. Die Felder der Außenwand zwischen den Fenstern werden unten durch gemalte Brustbilder in Oel, oben durch lichtfreskoartig gemalte Szenarien gefüllt⁷⁾, die zur radial aufgeteilten und den Raum perspektivisch leicht weitenden Decke hinauf führen. Vorbereitet wird sie durch plastisch als Relief zwischen Festons angetragene Engel, sowie durch Putten, die nächst den Korridorgewänden — ähnlich der Ostfassade des Rathauses zu Bamberg — die ebenfalls plastisch angeordneten Vorhänge zurück schlagen und damit die panoramatische Weiterbildung der Deckenmitte vorbereiten. Sonst ist der angetragene Deckenschmuck, Blumengirlanden und Bandgeflecht, zart und zierlich. Sieben farbige Bildchen sind, auf das große Mitteloval hinstuernd, eingestreut. In ihm zieht die Gottesmutter mit dem hoch hinfahrenden Kind unter dem gleichzeitigen Dreieck als lichtumglänztom Gottessymbol und mit kriegerischem Gefolge gegen Drachen, Teufel, Unholde der Welt, die als Mittelstück, wie bereits erwähnt, frei in der Luft schweben, ein Spiel maßlosen Uebermutes, reif zur Vernichtung, wie sie sich unter Napoleon vollzogen hat. Auch die Gegenströmung des Neuklassizismus, wie sie sich in der Ausschmückung der Klosterkirche unter Abt Wilhelm II. Roßhirt (1773 bis 1791) mit reichlicher Unruhe Bahn schuf⁸⁾, konnte solchem Verfall edler Kunstgestaltung nicht Einhalt gebieten.

Gegenüber diesen locker bewegten Bildungen sind die Wände der unteren Treppenläufe mit Hochreliefs des Todesgottes geschmückt, Folie für die oberen Gottheiten sieghafter Lebensfülle, einem Greis mit der Sense und einem Jüngling mit dem Todespfeil, beide mit dem Stundenglas, dazu Engelchen unter Baldachinen in Kartuschenwerk. Die beiden hinteren Achsen unter Treppe und Korridor sind, Ableger von Pommersfelden; an Decke, Pfeilern, Wänden nach Art einer Grotte verziert, mit stalaktitischem Gestein, mit Muschelwerk, Glasmosaik, in Stuck angetragenen Zierat; im Hintergrund in einer Halbkreisnische eine Brunnenschale mit krönendem Delphin. — (Schluß folgt.)

²⁾ Lichtdruck des Brunnens bei Jäger, Taf. zu S. 118. Abbildung von Auwers's Skulpturenschmuck vom Klerikalseminar in Würzburg „Deutsche Bauzeitung“, 1909, S. 533. Die Abbildung des Schlosses in Kleinheubach, für das Auwers das Wappen der Attika schuf, bei Weigmann, 180, ist unbrauchbar. Vergl. die (im Uebrigen mit der nötigen Vorsicht zu verwendenden) Lagepläne und Gesamtansichten.

³⁾ Abb. bei Jäger, S. 106; besser bei Weigmann, Taf. 6 nebst Grundriß auf S. 69.

⁴⁾ Abb. von Oberzell bei Keller, a. a. O., S. 98 und Skizze bei Gurlitt, Barock in Deutschland (Stuttgart 1889), S. 321. Durchschnit durch den Mittelbau von Schönbornslust auf S. 154 bei Karl Lohmeyer, Johannes Seiz (Heidelberg, 1914).

⁵⁾ Hinsichtlich der Einführung des Rokoko in Franken sei bemerkt, daß es dem am Schluß dieses Kapitels erwähnten Rudolf Byss († 1738) fremd war.

⁶⁾ Bildbeilage zu No. 78 der „Deutschen Bauzeitung“ von 1909 und Seite 569.

⁷⁾ Die Vorwürfe bei Weigmann, S. 75, Anm. 5.

⁸⁾ Abb. Jäger, S. 66, 67, 69, 70, 79, Taf. zu 80, 81.

Vermischtes.

Die Besetzung der Aemter der staatlichen, städtischen und gesellschaftlichen Verwaltungen durch Techniker, soweit in diesen Verwaltungen überwiegend technische Angelegenheiten zur Bearbeitung kommen, macht sich in dankenswerter Weise der „Architekten-Verein“ zu Berlin zu einer sorgfältig verfolgten Aufgabe. So richtete er an das preußische Staatsministerium eine Eingabe mit der Bitte, dahin zu wirken, daß zum mindesten die Abteilung für das Bauwesen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten durch einen fachkundigen Techniker als Unterstaatssekretär besetzt werde. Ähnliche Bestrebungen widmet er der Besetzung der leitenden Stellen bei den Siedelungs-Gesellschaften durch Siedelungs-Techniker. —

Die Stelle eines Stadtrates in Zittau in Sachsen ist zu besetzen. In Betracht kommen in erster Linie Hochbau-Techniker mit abgeschlossener Hochschul-Bildung und nachweislicher Erfahrung im Verwaltungsdienst. Zur Bewerbung zugelassen werden auch Tiefbau-Techniker mit abgeschlossener Hochschul-Bildung und besonderer Bewährung im Ge-

meinde-Verwaltungsdienst. Das Gehalt beträgt zunächst 7000 M. und steigt bei lebenslänglicher Wahl bis auf 9000 Mark. Hierzu treten 540 M. Wohnungsgeld und Teuerungszulagen. Bewerbungen bis 1. März an den Stadtrat in Zittau.

Nach unserer Kenntnis sind die fachlichen und die allgemeinen Lebens-Verhältnisse in Zittau angenehme; Stadt und Landschaft haben große Reize, sodaß eine Bewerbung zu empfehlen ist. —

Die Vollendung der Murgtalbahn ist nunmehr so gut wie gesichert. Nach einer Mitteilung des badischen Verkehrs-Ministeriums ist die Wiederaufnahme der Arbeiten für die noch offene Strecke der Bahn zwischen Raumünzach und Klosterreichenbach von den beteiligten beiden Regierungen, der badischen und der württembergischen, in Aussicht genommen. Der Bau des von Baden zu erstellenden Teiles der Murgtalbahn von Raumünzach bis zur Landesgrenze ist durch die Absteckung und Geländezerwerb so weit vorbereitet, daß mit seiner Ausführung in Bälde begonnen werden kann. Die nötigen Geldmittel werden bei der Nationalversammlung angefordert werden. Das württembergische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten — Verkehrsabteilung — hat im

Namen der provisorischen Regierung Württembergs zugesichert, die Ausarbeitung der Einzelentwürfe für den württembergischen Teil der Bahn sofort wieder in Angriff zu nehmen, die nötigen Geldmittel für den Bahnbau flüssig zu machen und den Bau selbst derart zu fördern, daß die Bahn ungefähr gleichzeitig mit der Bahn Bretten—Kürnbach, an deren Herstellung Württemberg ein besonderes Interesse hat, vollendet wird und womöglich auch auf den gleichen Zeitpunkt wie jene eröffnet werden kann. —

Die Notlage der nicht übernommenen preußischen Regierungs-Baumeister in der Staatseisenbahn-Verwaltung.

Neben denjenigen Regierungs-Baumeistern, die schon nach der Diplomprüfung mit einer gewissen Anwartschaft auf spätere Anstellung in den Staatsdienst übernommen wurden, werden zur Ausbildung und zur Ablegung der Staatsprüfung als Regierungs-Baumeister noch Diplom-Ingenieure in größerer Zahl zugelassen, die dann später in kommunale oder private Verwaltungen und Unternehmungen übergehen. Ein Teil von diesen wird bei der Eisenbahn-Verwaltung auf Antrag noch für den Fall eintretenden Bedarfes für den preuß. Staatsdienst vorgemerkt. Diesen ist jetzt durch Schreiben des preuß. Minist. der öffentl. Arbeiten vom 26. Januar d. J. eröffnet worden, daß unter den gegenwärtigen veränderten Verhältnissen ein Bedarf nicht vorhanden, auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei, so daß also auf eine Einberufung nicht mehr gerechnet werden dürfe. Der Minister will jedoch, ohne daß daraus ein Anspruch auf spätere Übernahme in das Beamtenverhältnis abgeleitet werden darf, um den Betroffenen, falls sie anderweit nicht unterkommen können, über die erste schwere Zeit nach dem Krieg hinweg zu helfen, diese auf 1—1½

Jahre auf Privatdienstvertrag gegen 3 monatliche Kündigung annehmen. Sie sollen dafür eine Vergütung erhalten, die der Besoldung der außerplanmäßigen Regierungs-Baumeister gleichen Alters entspricht, müssen sich aber verpflichten, gegebenenfalls auch Arbeiten zu übernehmen, wie sie den mittleren technischen Beamten obliegen. Sie haben sich mit Annahme dieser Tätigkeit als aus dem Staatsdienst ausgeschieden zu betrachten, ebenso aber, wenn sie das Angebot nicht annehmen wollen, innerhalb 6 Monaten nach Entlassung aus dem Militär-Verhältnis.

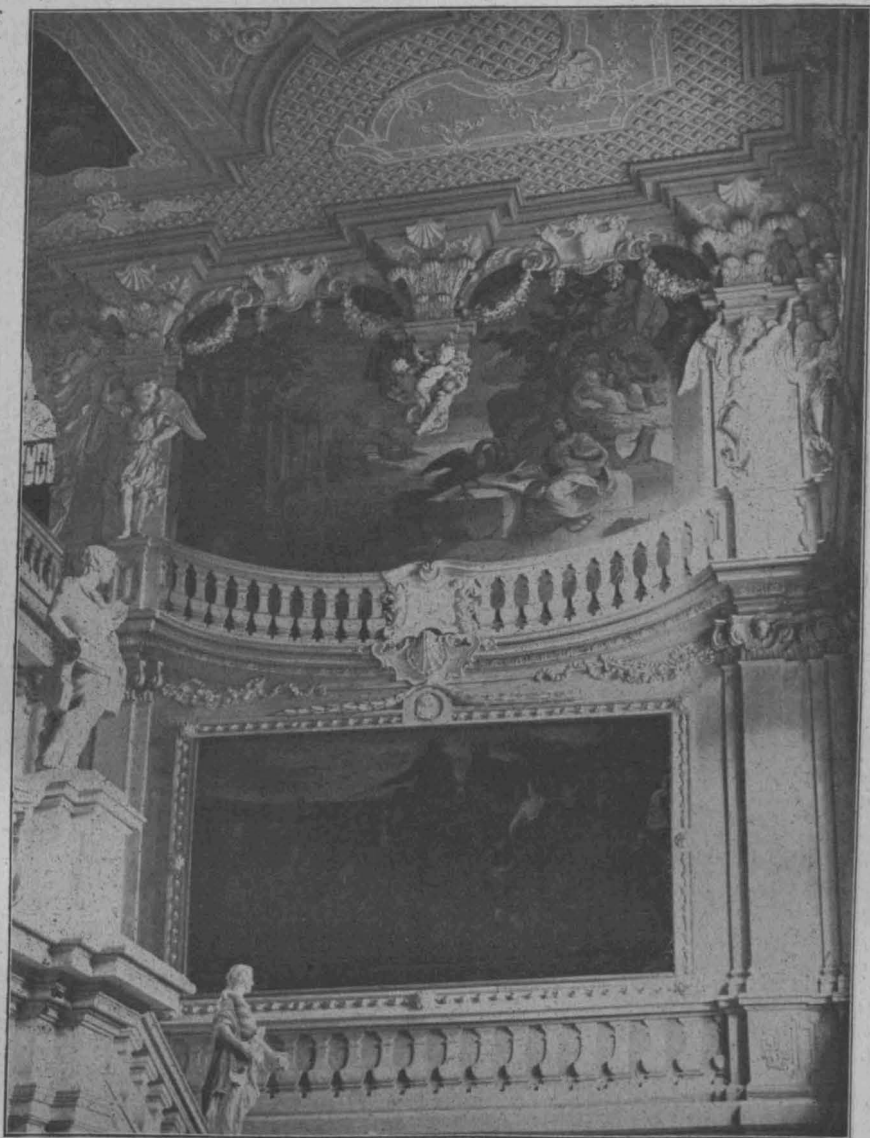
Vom reinen Rechtsstandpunkt aus kann gegen diese Regelung kaum etwas eingewendet werden, denn die betr. Regierungs-Baumeister hatten ja keine begründete Anwartschaft auf den Staatsdienst. Aber sie ist doch recht hart für die Betroffenen, denn immerhin hatten diese sich doch wesentlich auf den Staatsdienst eingestellt und es soll ihnen nun ein für alle Mal jede Möglichkeit genommen werden, in diesen zu gelangen, während dann später, bei

eintretendem Bedarf, jüngere Kräfte in die Staatsstellen einrücken werden. Daß die Regierungs-Baumeister verpflichtet werden, auch Arbeiten mittlerer Techniker zu übernehmen, ist an sich bei der besonderen Notlage keine Herabsetzung, bringt aber für ihr späteres Fortkommen ein weiteres Hindernis mit sich.

Bedenklich wird die Angelegenheit aber durch die Gehaltsregelung. Der nicht etatmäßige Baumeister bekommt 2700 M., mit den augenblicklichen Zulagen, falls er verheiratet ist, im Ganzen rd. 3800 M. Nun ist soeben in Berlin zwischen den Arbeitgebern und dem Technikerverband ein Tarifvertrag dem Abschluß nahe, der auch auf die in den staatlichen Betrieben beschäftigten Techniker nach seiner Annahme nicht ohne Rückwirkung bleiben kann. Danach würde ein junger unfertiger Techniker zwei Jahre nach

Absolvierung der Baugewerkschule schon dasselbe Einkommen haben, wie der Regierungs-Baumeister, mit Zulagen sogar noch mehr, und wenn er schon 24 Jahre alt ist, sogar nicht unerheblich mehr. Für einen fertigen

Techniker, der noch eine 3jährige Tätigkeit in größerem Betrieb hinter sich hat, ist bei einem Alter über 24 Jahre ein Gehalt ohne Zulagen von 3400 M., mit diesen von rd. 4800 M. vorgesehen, also beträchtlich mehr, als der Regierungs-Baumeister erhält. Werden Forderungen ähnlicher Art im Staatsdienst gestellt, so liegt die Gefahr vor, daß die billigere Arbeitskraft des Regierungs-Baumeisters, dessen Notlage ausgenutzt wird, anstelle der teureren des Technikers tritt. Das wäre eine entschieden zu bekämpfende Entwicklung. Wir sind überzeugt, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten, der stets mit warmem sozialen Empfinden für seine Arbeiter eingetreten ist, eine derartige Regelung in keiner Weise



Querwand des Treppenhauses.

Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

billigen wird. Es muß ihr aber auch mit aller Entscheidung vorgebeugt werden und es scheint uns daher der zweifellos aus bester Absicht hervorgegangene Erlass, der aber auch die Rücksicht auf die Kriegsteilnehmer vermissen läßt, die bei Privaten gefordert wird, einer Durchsicht dringend bedürftig. —

Mißbrauch von Stellen-Ausschreibungen. Wir erhielten folgende Zuschrift: „Unter dem 24. Dez. 1918 schrieb die Reg.-Kanzlei von Bremen eine Oberlehrerstelle an den Technischen Staatslehranstalten aus. Die Ausschreibung, welche in Bremer Zeitungen und Anfang Januar auch in der „Dtsch. Bztg.“ erschien, verlangte Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und beglaubigten Zeugnisabschriften. Wie ich jetzt bei persönlicher Erkundung beim Direktor der Technischen Staatslehranstalten erfahre, haben sich 128 Bewerber gemeldet. Infrage kommen jedoch überhaupt nur 7 Herren, welche bereits in Bremer Diensten stehen, aber seit längeren Jahren (einer seit

15!) auf Anstellung warten. Ich frage mich, wenn man doch die Absicht hatte, einen dieser Herren anzustellen, warum schreibt man die Stelle überhaupt aus, veranlaßt 121 Bewerber zu ihren Bemühungen, Kosten (keine Behörde beglaubigt bekanntlich Zeugnisse kostenlos) und erweckt ihnen einen Hoffnungsschimmer, daß hier vielleicht Anstellung möglich wäre? Vielleicht rügen Sie diesen Mißbrauch, ich weiß keinen anderen Namen für das Verfahren, einmal unter „Vermischtes“ in Ihrer geschätzten Zeitung, die ja auch sonst für Standes- und Anstellungsfragen sich gern ins Zeug legt.“ —

Dr.-Ing. D.

Falls die vorstehenden Angaben zutreffend sind, ist es auch unsere Ansicht, daß die Ausschreibung der Stelle besser unterblieben wäre, zumal damit Hoffnungen geweckt wurden, deren Nichterfüllung in der gegenwärtigen Zeit allgemeiner Mutlosigkeit doppelt schmerzlich empfunden werden mußte. —

Städte-Ansichten als Motive für Notgeld. Nach dem Vorgang europäischer und außereuropäischer Staaten, ihre Briefmarken mit Ansichten von Städten und Landschaften ihrer Gebiete zu schmücken, ist man in Süddeutschland in bemerkenswerter Weise dazu übergegangen, das von den Städten herausgegebene Notgeld durch Darstellung von schönen Ansichten aus dem Stadtgebiet zu veredeln und damit zwei Zwecken zu dienen. So hat die Stadt Ulm das von ihr herausgegebene Notgeld mit den malerischen alten Bauten und Baugruppen der ehemaligen Reichsstadt geschmückt. Die Scheine mit höheren Werten zeigen das sich von der Donau zum Münster aufbauende reizvolle altertümliche Stadtbild als Ganzes, während auf den Scheinen mit niederen Werten Teilansichten aus der Stadt, wie die Donaubrücke, das Rathaus, das Zundel-Tor usw. zur Darstellung gebracht sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß den Städten mit altem Kunstbesitz und mit alten oder neuen Schönheiten durch diesen Vorgang ein wirksames Mittel an die Hand gegeben ist, die teilnahmslose Allgemeinheit auf das kostbare Gut hinzuweisen, das die Städte in ihren Mauern bergen. —

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung und für Antwort ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für deutsche Reichsbriefmarken wird vom Reichspost-Ministerium für die deutschen Künstler mit Frist zum 12. März 1919 erlassen. Diese Frist ist sehr kurz; es dürfte im Interesse der Sache liegen, sie bis mindestens zum 31. März 1919 zu erstrecken, falls nicht Gründe für die kurze Festsetzung bestehen, die sich unserer Beurteilung entziehen. Es handelt sich um Entwürfe zu Freimarken für die Werte von 10, 15 und 25 Pf. Die Marken müssen die Inschrift: „Deutsche Nationalversammlung 1919“ tragen; ihre Bildgröße beträgt 22 : 28 mm. Die Entwürfe, entweder in natürlicher Größe oder in 4facher Vergrößerung (88 : 112 mm) sind als Federzeichnung auszuführen; sie müssen zur Massenherstellung in einfarbigem Buchdruck geeignet sein. Der Entwurf bezieht sich auch auf die Farbe auf weißem Papier. Es gelangen ein I. Preis von 6000, ein II. Preis von 4500, ein III. Preis von 3000 und acht IV. Preise von je 1500 M. zur Verteilung. Die Gesamtsumme der Preise von 25 500 M. kann auch in anderen Abstufungen verteilt werden. Die Preise gelten je für eine Reihe von 3 Entwürfen; werden von einem Künstler weniger als 3 Entwürfe eingereicht oder wird von einer eingereichten Reihe nur ein Teil preisgekrönt, so werden die Preise anteilmäßig verteilt. Die Zusammensetzung des Preisgerichtes wird noch veröffentlicht werden.

Der Wettbewerb ist in hohem Grade zu begrüßen, damit endlich auch in die Vertretung des Deutschen Reiches durch die Post Verhältnisse kommen, die des Reiches würdig sind. —

In einem Wettbewerb der Metallgesellschaft und der Metallbank in Frankfurt a. M. zur Erlangung von Entwürfen für Kriegsgedenkzeichen kam der I. Preis nicht zur Vertei-

lung. Die Summe des I. und des II. Preises wurde zu zwei gleichen Teilen den Entwürfen „Ora pro nobis“ des Architekten Hans Merz-Neff und „Ich hatt einen Kameraden“ des Architekten Claus Meß, beide in Frankfurt, verliehen. Den III. Preis errang der Entwurf „Pro Patria“ des Bildhauers August Haag, den IV. Preis der Entwurf „Treue“ der Bildhauer Joh. Belz und Otto Kramer. Trostpreise erhielten die Entwürfe „Helden“ und „Kampf und Frieden“ des Architekten Aug. Wilh. Müller, „Krieg und Frieden“ sowie „Kampf“ von Phil. Becker; „Metallplatte“ von Georg und Karl Mahr, sowie „Eichenlaub“ von Jac. Kranz, sämtlich in Frankfurt a. M. Ausstellung bis einschl. 6. März von 10—5 (Sonntags von 10—1) Uhr im Neubau der Metallgesellschaft, Reuter-Weg 14. —

Wettbewerb der „Gemeinnützigen Siedlungs-Genossenschaft in Jüterbog.“ Zu den Mitteilungen über diese Siedlungs-Genossenschaft in No. 14 der „Deutschen Bauzeitung“ erhielten wir vom Vorsitzenden des Vorstandes der Genossenschaft eine Zuschrift, die dartut, daß unsere Ausführungen mißverstanden worden sind. Die Erwähnung der Form der Genossenschaftsgründung und die Ausführung, daß wir unseren Lesern überlassen müßten, zu beurteilen, ob sie in Jüterbog ihre Interessen finden werden, waren durchaus sachlich gemeint und schlossen in keiner Weise eine Kritik ein, wie der Vorsitzende annimmt. Wir glauben gern der Versicherung, „daß bei uns auf jeden Fall die Interessen aller Teilnehmer am (engeren) Wettbewerb unparteiisch wahrgenommen werden“ und sehen keinen Grund ein, auswärtige Bewerber vom Wettbewerb auszuschließen, zumal die Preise, wie aus der Zuschrift geschlossen werden kann, angemessene sein werden und das Preisgericht Fachgenossen enthält, wie die Hrn. Geh. Hofbaurat Prof. F. Genzmer in Berlin, Brt. Leibnitz in Blankensee, Reg.-Bmstr. Lovenich in Berlin (Märkische Heimstätte) und Stadtbmstr. Meyer in Jüterbog, die das Vertrauen der Bewerber haben. —

Oeffentlicher und beschränkter Wettbewerb. Im „Schwäb. Merkur“ knüpft Architekt Reg.-Baumeister F. Mössner in Stuttgart an den Beschluß der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung an, der empfiehlt, in dieser Zeit der Not allgemeine öffentliche Wettbewerbe grundsätzlich zu vermeiden bis zur Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Verhältnisse, dafür aber mehr als bisher beschränkte örtliche Wettbewerbe auszuschreiben. Daraus ist hier und da Veranlassung genommen worden, die allgemeinen öffentlichen Wettbewerbe überhaupt zu bekämpfen. Dazu nun führt Mössner mit Recht aus: „Wird dieser Weg der beschränkten Wettbewerbe allorts beschritten, so bedeutet das Beschaffung von Arbeit und zwar produktiver Arbeit, insofern die verschiedenen auf diese Weise erhaltenen Lösungen der Bauaufgaben eine vorzügliche Grundlage für deren spätere Ausführung bedeuten. Er ist auch von der Stuttgarter Stadtverwaltung bereits vor einiger Zeit in dankenswerter Weise beschritten worden. Daß allgemeine öffentliche Wettbewerbe zur Zeit grundsätzlich ausgeschlossen sein sollen, ist von rein künstlerischen Gesichtspunkten aus zu bedauern. Ist doch der Aufschwung der Baukunst in den letzten 20 Jahren nicht zuletzt dem allgemeinen Wettbewerbswesen zu verdanken. Allein angesichts der augenblicklichen Notlage erfordert die soziale Rücksicht auf die Baukünstler den Verzicht auf dieses Verfahren. Arbeit zu leisten ohne Entlohnung, kann unter den derzeitigen Verhältnissen dem Architektenstand nicht zugemutet werden. Auch ist zu bedenken, daß bei der gegenwärtigen Beschäftigungslosigkeit mit einer starken Beteiligung von Baukünstlern und solchen, welche nicht unter diese Berufsbezeichnung fallen, zu rechnen wäre und ein Aufwand an unproduktiver Arbeit — abgesehen von Papierverschwendung — geleistet würde, welcher bei der allgemeinen Wirtschaftslage schlechterdings nicht verantwortet werden könnte. Hoffen wir, daß der baldige Eintritt besserer Verhältnisse die Wiederaufnahme des öffentlichen Wettbewerbswesens ermöglicht. Daß dieses wieder erstehe in geläuterter Form frei von den ungesunden Begleiterscheinungen der alten Zeit, wird eine der vielen Aufgaben sein, die zu lösen sich die Baukunstkammer als Ziel gesteckt hat.“ Auf die hier berührte Baukunstkammer, die kürzlich für Württemberg begründet wurde, kommen wir noch eingehender zurück. —

Inhalt: Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald. (Fortsetzung.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Versammlungen und Berichte.

Reichstagung Deutscher Technik in Eisenach. Am 8. und 9. Februar 1919 fand auf Einladung des „Bundes technischer Berufsstände“ eine Zusammenkunft von Vertretern der deutschen Technik aus allen Gauen Deutschlands in Eisenach statt, die sehr stark besucht war. In erfreulicher Weise durchzogen der Geist der Einigkeit und strenge Sachlichkeit die Tagung. Ueber die Bundesverfassung und die maßgebenden Richtlinien für die Bundesarbeit wurde nach Vorträgen und längeren Verhandlungen Einstimmigkeit erzielt.

Von den verschiedenen Entschlüssen, die Annahme fanden, sei folgende wiedergegeben:

„Die Reichstagung der deutschen Techniker ist von tiefster Sorge über das Schicksal der deutschen Wirtschaft erfüllt. Der Wiederaufbau hängt von der technischen Arbeit ab; denn auf dem Weltmarkt kämpft für uns nur der überlegene Wert deutscher Erzeugnisse, die aus dem Geist deutscher Technik kommen. Die deutschen Techniker haben das begründete Empfinden, daß sie als Sachverständige ungenügenden Einfluß auf den Gang dieser Dinge haben und fordern, daß sachverständige Techniker sofort an allen Stellen zur aktiven Mitarbeit zugezogen werden, die das kommende Wirtschaftsleben mitbestimmen, insbesondere auch in der Waffenstillstandskommission und der Friedenskommission. Es muß schnell gehandelt werden, denn die Bestürzung über die bisherigen furchtbaren Zugeständnisse greift tief. Die Nationalversammlung und die Reichsregierung mögen nicht vergessen, daß deutsche Techniker es sind, die in der ganzen Welt die industrielle Grundlage legten.“

Ueber die Ziele des Bundes geben die einstimmig angenommenen „Eisenacher Richtlinien“ Aufschluß, die hier wiedergegeben seien:

„Der Bund technischer Berufsstände will technischer Denkweise und technisch wirtschaftlicher Arbeit den gebührenden Einfluß auf die Geschicke

unseres Landes zum Wohl der ganzen Volksgemeinschaft erwirken.

Er fordert zu diesem Zweck:

A. Von der Allgemeinheit:

1. Die Berücksichtigung der Technik im Lehrplan der Schule und Erteilung des entsprechenden Unterrichtes durch hierzu geeignete Lehrkräfte.
2. Vorlesungen zur Einführung in das Wesen der Technik auf allen Hochschulen anderer Berufe.
3. Dauernde planmäßige Aufklärung der Bevölkerung über die Leistungen der Technik und die Bedeutung technischer Geistesarbeit für unsere Kultur-Entwicklung.
4. Mitwirkung von begabten Technikern, die die Gewähr für sachliches, interessenfreies Urteil bieten, in den öffentlichen Körperschaften als vollberechtigte Mitglieder.
5. Beseitigung des Juristenmonopols in den öffentlichen Verwaltungen und ungerechtfertigter Vorherrschaft des Kaufmanns im Wirtschaftsleben.
6. Unentgeltliche Erschließung aller technischen Bildungsmittel jedem technisch Begabten.
7. Wertung jeder technischen Arbeit nach ihrer sachlichen Güte, ohne Rücksicht auf die persönlichen Weltanschauungen ihres Trägers und seine persönlichen Beziehungen.
8. Ausgestaltung des gesetzlichen Schutzes der technischen Geistesarbeit.

B. Von den eigenen Berufsgenossen:

1. Gediogene Fachkenntnis, berufliche Fortbildung.
2. Klare Herausarbeitung der großen leitenden Gesichtspunkte technischen Schaffens im Unterricht auf den technischen Lehranstalten.
3. Kenntnis der allgemeinen Lebensbedingungen unseres Volkes und seiner politischen und kulturellen Entwicklung, seiner wichtigsten Rechtseinrichtungen, seines wirtschaftlichen Aufbaues, der parteipolitischen Gliederung und der Bedeutung der anderen Berufe.
4. Freiheit von Selbstüberhebung (Kastengeist), Austausch der Meinungen, keine planmäßige Absonderung von Andersdenkenden.
5. Stärkung des Berufsinteresses und des Verständnisses für die Berufsarbeit durch Belehrung seitens der erfahrenen und wissensreicheren Berufsgenossen.
6. Praktisch betätigtes Verständnis für den technischen Handarbeiter und seine geistigen Bedürfnisse mit dem Ziel, das berufsständige Zusammengehörigkeits-Gefühl zu stärken.
7. Einiges und einheitliches Zusammenschließen der Angehörigen aller Zweige und Grade der technischen Berufsarbeit, geschlossenes Auftreten nach außen unbeschadet kampffrohen, aber sachlichen Meinungsaustausches innerhalb des Berufsstandes. —

Wiederzusammenschluß der Berliner Architekten-Vereine. Vor 40 Jahren wurde von Mitgliedern des bereits seit 1824 bestehenden, aus Architekten und Ingenieuren und zwar vorwiegend aus Baubeamten zusammengesetzten „Architekten-Vereins zu Berlin“ als selbständige Vertretung der Architekten, und zwar vorwiegend der Privatarchitekten, die „Vereinigung Berliner Architekten“ begründet. Meinungsverschiedenheiten in Schul- und Vorbildungsfragen, sowie der Wunsch nach einer stärkeren Betonung baukünstlerischer Bestrebungen und der Berufs- und Standesinteressen der Privatarchitekten waren es, die zu dieser Spaltung führten. Die älteren Mitglieder blieben aber weiterhin im Architekten-Verein und auch heute noch gehört fast $\frac{1}{3}$ aller Mitglieder der „Vereinigung“ beiden Vereinen an, die neben Privatarchitekten auch beamtete Baukünstler zu ihren Mitgliedern zählt. Die „Vereinigung“ hat dann Jahrzehnte lang, namentlich nach ihrer Neugestaltung i. J. 1891, im Kunstleben Berlins eine einflußreiche Rolle gespielt. In dem genannten Jahr suchte und fand sie auch Anschluß an den „Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ und mit dem Berliner Architekten-Verein ist sie vielfach in baukünstlerischen Fragen zusammen gegangen. Später wurde sogar, namentlich auf Wunsch und Betreiben ihres langjährigen Vorsitzenden Geh. Baurat Dr.-Ing. Kayser, Ehrenmitglied beider Vereine, ein ständiger Ausschuß für die gemeinsamen Angelegenheiten beider Vereine geschaffen, von dem ausgehend man wohl schon damals einen engeren Wiederzusammenschluß erhoffte, der jedoch zunächst nicht erfolgte. Dagegen schloß sich die „Vereinigung“ i. J. 1916 als Ortsgruppe Groß-Berlin auch dem „Bund deutscher Architekten“ an, der bis dahin in Berlin noch keinen festen Fuß hatte fassen können. Eine stärkere Belebung des im letzten Jahrzehnt zurück gegangenen Vereinslebens erreichte hiermit die „Vereinigung“ jedoch nicht. Der schwere Druck des Krieges und die Notlage der Privatarchitektenschaft ließen den Wunsch nach einem

Wiederzusammengehen mit dem älteren Verein daher auf Neue wach werden, und der Umsturz aller Verhältnisse, der überall zu Zusammenschlüssen führt, um die kleinere Schar der Geistesarbeiter nicht in der großen Masse untergehen zu lassen, ließ diesen Gedanken zum Entschluß reifen. Ein auf Wunsch des Vereinsvorstandes gebildeter gemeinsamer Ausschuß einigte sich über die Möglichkeiten und Bedingungen, und nachdem zuerst in der „Vereinigung“ einstimmig der Entschluß zum Eintritt in den „Architekten-Verein“ gefaßt worden war, hat sich der „Architekten-Verein“ diesem Beschluß in seiner Hauptversammlung am 17. Februar ebenfalls einstimmig angeschlossen. Danach treten die Mitglieder der „Vereinigung“ geschlossen in den Architekten-Verein ein, soweit sie ihm nicht schon angehören und bilden in ihm eine „Gruppe der Vereinigung Berliner Architekten“, nach Art der in diesem Verein bereits bestehenden „Gruppe der Regierungs-Baumeister“. Dieser neuen Gruppe können natürlich auch andere Mitglieder des Berliner „Architekten-Vereins“ beitreten und sie kann gleichzeitig eine Ortsgruppe des „B.D.A.“ bilden. Als ein wesentlicher Wunsch der beiden Vereine kam bei den Zusammenschluß-Verhandlungen zum Ausdruck, daß auch der „Bund deutscher Architekten“ baldigst in den „Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ eintreten und daß alle noch außerhalb dieser beiden Organisationen stehenden, zur Aufnahme in sie geeigneten Vereine und Körperschaften gleichfalls dem Verband sich anschließen möchten. Die jetzt wieder zusammengeschlossenen Vereine wollen sich die Herbeiführung dieses Zieles zur besonderen Aufgabe machen.

Es darf erhofft werden, daß der „Architekten-Verein“ aus der Geschichte der „Vereinigung Berliner Architekten“ Lehren ziehen wird und daß aus der Wiedervereinigung und dem zukünftigen geschlossenen Zusammengehen der Architektenschaft in Berlin für diese, für die Baukunst und für die Allgemeinheit ersprießliche Folgen sich entwickeln werden. —

Fr. E.

Verband der höheren Baubeamten der Preussischen Heeresverwaltung. Der Verband richtete Mitte Dezember 1918 an den preussischen Kriegsminister eine Eingabe betreffend die Beteiligung der Baubeamten an den Baugeschäften. Der Verband der Heeresbaubeamten fühlt die Verpflichtung, hinsichtlich der Beteiligung an den Geschäften die Beseitigung größerer Uebelstände und Hindernisse zu fordern, die die freie Entfaltung ihrer Tätigkeit, ihre Befugnisse und Wirksamkeit zum Schaden des Staatsinteresses beschränken und einen bedenklichen Grad von Unzufriedenheit besonders während des Krieges hervorgerufen haben. Die Eingabe fordert, der Militär-Bauverwaltung müsse künftig diejenige Stelle im Rahmen der Heeresorganisation eingeräumt werden, die ihr nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sowie nach den Leistungen und der fachlichen Ausbildung ihrer Beamten zukommt. Technische Fragen dürften nur durch Techniker entschieden werden. Die Befreiung von der Bevormundung durch nicht technisch Vorgebildete sei eine im Interesse der Heeresverwaltung und somit des Volksganzen unbedingte Notwendigkeit.

Allein schon die nunmehr dringend gebotene Sparsamkeit werde es in Zukunft verbieten, daß eine technische Angelegenheit in mehreren Dienststellen von 2 und mehr Bearbeitern durchgearbeitet wird. Die hierdurch bedingte Kräftevergeudung und Verschwendung von Volksvermögen müssen fernerhin unbedingt vermieden werden.

Bei den Aufgaben der Militär-Bauverwaltung haben die technischen Stellen bisher wohl die Hauptarbeit geleistet und auch in wirtschaftlicher Beziehung die Verantwortung tragen müssen, waren aber nur begutachtende und beratende Stellen, während die Offiziere und Verwaltungsbeamten die maßgebende Entscheidung hatten. Der Techniker war hierdurch dem Nichtfachmann unterstellt und außerstande, seinen sachlichen Entscheidungen Geltung zu verschaffen und somit in seiner freien Betätigung und Vertretung des reinen Staatsinteresses gestört und behindert.

Die Rückkehr der Truppen, die Ueberführung in den Friedensstand, sowie die Instandsetzung und Wiederverwendung der zahlreichen Garnison-Anstalten werden, um den heimkehrenden Kriegern Arbeit und Brot zu schaffen, der Militär-Bauverwaltung Aufgaben stellen, die zu schnellen Entschlüssen und Entscheidungen drängen, meist sofortiges Eingreifen erfordern und daher die volle Selbstständigkeit der Baubeamten dringend erheischen. Das gilt in erhöhtem Maß für die zu erwartenden Verhandlungen mit anderen Staats- und Kommunalbehörden bezüglich der Uebernahme und Verwendungsmöglichkeiten von militärfiskalischen Anlagen. Bei Verringerung des aktiven Heeresbestandes wird eine große Anzahl von Gebäuden für andere, dem wirtschaftlichen Leben des Volkes dienende Zwecke verfügbar gemacht werden können.

Die in fast allen Städten herrschende Wohnungsnot fordert dringend schnellste Abhilfe. Der Erwerb dazu geeigneter frei werdender Garnison-Anstalten wird daher das Bestreben der Stadtverwaltungen vieler Standorte sein. Entbehrlich werdende Truppenübungsplätze mit ihren massiven Barackenbauten und neuzeitlichen Nebenanlagen bieten nach baulichen Aenderungen und Ergänzungen Unterkunftsmöglichkeiten für Kleinsiedlungen tausender jetzt heimkehrender, wohnungs- und arbeitsloser Krieger und Kriegsbeschädigter mit ihren Familien. Diese Notstandsarbeiten, die sofort ausgeführt werden könnten, schaffen ausgiebige Arbeitsgelegenheit.

Große Teile des Übungsgeländes selbst, das vielfach erst seit einigen Jahren der Landwirtschaft entzogen und daher bald wieder kulturfähig gemacht werden kann, stellen ein sofort greifbares, umfangreiches Arbeitsgebiet ausgedehnter landwirtschaftlicher Nutzung dar, durch die zugleich auch eine nicht zu unterschätzende Erweiterung der Volksernährungs-Möglichkeiten geschaffen werden könnte.

Ein großer Teil der überflüssig werdenden technischen Anlagen der Militär-Verwaltung wird entweder als staatliche Friedensbetriebe oder nach Verkauf an Gemeinden oder Private Volkswohlfahrtszwecken dienstbar gemacht werden können.

Alle diese für das Volkswohl so wichtigen Aufgaben werden in Kürze zu den dringendsten Dienstgeschäften der Heeresverwaltung gehören. Ueber die technisch-wirtschaftliche Verwendbarkeit der verfügbaren militärischen Anlagen und des militärfiskalischen Grundbesitzes, die zweckmäßigste Ausnutzungsmöglichkeit, die Planung und Durchführung der notwendigen Um- und Erweiterungsarbeiten, die zusammen die Grundlagen für die Lösung der vorgenannten volkswirtschaftlichen Aufgaben bilden, kann nur der technisch vorgebildete Beamte ein sachlich richtiges Urteil abgeben. Es ist sein ausschließliches und ureigenes Arbeitsgebiet!

In welcher Weise die Militär-Bauverwaltung im einzelnen neu aufzubauen sein wird, darüber wird erst entschieden werden können, wenn feststeht, in welcher Stärke und Form das Heer nach dem Aufbau des neuen Volksstaates in die Friedenszeit übernommen wird.

Die gesamte deutsche Technik hat die gleichen Forderungen, Befreiung von hemmender Bevormundung und freie Entfaltung der Kräfte zum Nutzen der Allgemeinheit, aufgestellt und ihre restlose Durchführung in dem neuen Volksstaat verlangt. Die Zeit der Beiseitstellung des Technikers, der in diesem Krieg Gewaltiges geleistet und bei den schwierigsten Fragen nicht versagt hat, soll und muß ein für allemal vorbei sein.

Verein für Deutsches Kunstgewerbe in Berlin. Ueber Kleinhaus und Kleinsiedelung sprach am 30. Oktober 1918 Geh. Reg.-Rat Dr.-Ing. Hermann Muthesius. Durch den Krieg ist die in einem Teil der Bevölkerung schon seit Jahrzehnten eingeleitete Bewegung, die städtische Wohnweise mit der ländlichen zu vertauschen, in ungeahntem Maß verstärkt worden. Das Verlangen, den heimkehrenden Kriegern ein Häuschen auf dem Land darzubieten, hat den Siedelungsgedanken verallgemeinert und die infolge der Nahrungsmittel-Schwierigkeiten eingetretene vermehrte Schätzung der Scholle, den Wunsch nach Garten und Land in Tausenden angefaßt. In der Schaffung der nach dem Krieg fehlenden Wohnungen, deren Zahl infolge der beinahe fünfjährigen Unterbrechung des Wohnungsbaues auf 800 000 bis 1 Million zu schätzen ist, wird daher voraussichtlich die Besiedelung des Landes mit kleinen Wohnungen eine große Rolle spielen. Es kann natürlich nicht das Ziel sein, die Städte zu entvölkern. Immerhin wird es möglich sein, einen Teil des städtischen Kleinwohnungsbedarfes in Vororten mit Flachbau und unter Bevorzugung des Einfamilienhauses zu decken. Auch die Besiedelung des flachen Landes mit kleinen landwirtschaftlichen Anwesen, wie sie durch die innere Kolonisation im Osten Deutschlands schon seit Jahren gehandhabt wird, wird nach dem Krieg in vermehrtem Umfang wieder aufgenommen werden. Schließlich werden neue Arbeitersiedlungen entstehen zur Seite der großen Industriewerke, die nach dem Krieg aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft übergeführt oder ganz neu begründet werden müssen.

Die Frage, ob ein kleines Einfamilienhaus mit Garten für dieselbe Miete bereit gestellt werden könne, wie eine gleich große Arbeiterwohnung in der Mietkaserne, kann bei Vorhandensein von billigem Bauland, bei Einhaltung eines vernünftigen Bebauungsplanes und bei sparsamster Bauweise durchaus bejaht werden. Bei einem Baulandpreis von 1 M. für das qm wird das kleine Einfamilienhaus fast immer vorteilhaft in Wettbewerb mit der Etagenwohnung treten können. Die Landfrage für Kleinsiedlungen muß nach dem Krieg vom Staat und den Gemeinden durch

Hergabe von billigem Bauland, natürlich unter entsprechender Sicherung durch Wiederkaufs- oder Erbbaurecht, zu lösen versucht werden. Der Entschluß dazu ist neuerdings vielerorts zu beobachten. Untrennbar von der Landfrage ist die Verkehrsfrage. Ein noch so weit entferntes Gelände ist für eine Siedelung verwendbar, wenn eine Schnellverkehrslinie mit billigen Fahrgeldsätzen dahin führt. Bei der Kostspieligkeit der Neuanlage von Verkehrsmitteln wird sich die Siedelungstätigkeit daher in der Regel auf solche Gelände richten, die an einem schon bestehenden Verkehrsweg liegen. Besondere Schwierigkeiten hat bei Kleinhäusern stets die Beleihung verursacht, da die verfügbaren Hypothekengelder mit Vorliebe an Großhäusern angelegt wurden. Um die Förderung des Kleinsiedelungswesens haben sich indessen die Landesversicherungsanstalten durch entgegenkommende Beleihung große Verdienste erworben. Nach dem Krieg müssen aber noch weit ergiebige Quellen erschlossen werden. Mit dem neuen Wohnungsgesetz sind 20 Millionen zur Förderung des Wohnungsbaues und 10 Millionen zur Uebernahme von Bürgschaften für zweite Hypotheken bereit gestellt, weitere 500 Millionen sind in der Sitzung des deutschen Reichstages vom 11. Mai 1918 zur Gewährung von Bauzuschüssen aus Reichsmitteln beantragt worden. Da angenommen wird, daß der Staat und die Gemeinde mit gleichen Beträgen den Wohnungsbau unterstützen werden, so bedeutet die 500 Millionen-Bewilligung in Wirklichkeit die Bereitstellung von anderthalb Milliarden Baugeldern. Es ist aber zu bedenken, daß ein Gesamtaufwand von etwa 10 Milliarden nötig sein wird, um die fehlenden Wohnungen herzustellen.

Von größter Wichtigkeit bei der Anlage von Kleinwohnungen ist die bauliche Gestaltung. Es trifft nicht zu, daß der Kleinhausbau ein geringeres Maß von technischem Können erfordere und ruhig dem kleinen Techniker überlassen werden könne. Vielmehr wird gerade hier die Arbeit des technisch, wissenschaftlich und künstlerisch gebildeten Fachmannes erfordert. Von ausschlaggebender Bedeutung für jede Kleinsiedelung ist der Bebauungsplan, bei welchem gesundheitliche, wirtschaftliche, verkehrstechnische und künstlerische Gesichtspunkte in gleichem Maße mitsprechen. Durch einen mangelhaften Bebauungsplan können Unsummen von Mitteln nutzlos verfreudet werden, die durch keinerlei Sparsamkeit an den Häusern selbst einzubringen sind. Der häufigste Fehler, der gemacht worden ist, liegt in der Anlage zu breiter und zu kostspieliger Straßen. In Kleinsiedelungen findet die Wohnstraße Anwendung, die nicht breiter als 5 m zu sein braucht und als chaussierter Weg zu behandeln ist. Für die Gestaltung der Baublöcke spielt die Besonnung von Haus und Garten die wichtigste Rolle. Durch geeignet geformte Baublöcke wird auch an Straßenland gespart. Freiflächen sollten in Kleinsiedelungen stets als Nutzplätze (Spielwiesen, Sportplätze usw.) niemals aber zu kostspieligen Schmuckanlagen verwendet werden. Die Gärten schließen sich den in Reihen anzuordnenden Häusern rückwärtig an, erhalten jedoch zur bequemeren Bewirtschaftung einen sogenannten Wirtschaftsweg, durch den sie von der Rückseite aus zugänglich sind.

Das Einfamilienhaus ist zwar als Ziel der Kleinsiedelung anzusehen, allein es wird erst von einem gewissen Einkommen an möglich. Vor dem Krieg betrug der Mietzins für das billigste Einfamilienhaus je nach der Gegend Deutschlands 300 bis 400 M. jährlich, wobei eine Bausumme von 5000 bis 6000 M. in Betracht kam. Der Notwendigkeit, bei der Anlage des Kleinhauses möglichst zu sparen, wird durch die Einführung der Wohnküche entsprochen, die sich im neueren Kleinhaus fast allgemein einzeibürgert hat. Nur in einzelnen Teilen Deutschlands, wie Thüringen und Franken, wird sie von der Bevölkerung noch zurück gewiesen. Sie überhebt übrigens nicht der Anlage eines kleinen Wohnzimmers (guten Stube), an der das Herz der meisten Hausfrauen besonders hängt. Jeder Familienwohnung sollten drei Schlafräume beigegeben sein, sodaß die Kinder nach Geschlechtern getrennt schlafen können.

Bei der Mietberechnung sind der Ertrag des Gartens und der Nutzen aus dem jedem Haus angefügten Kleinviehstall nicht außer Acht zu lassen, der bei den heutigen teuren Nahrungsmittelpreisen sehr ins Gewicht fällt. Zum mindesten kann der Gartenertrag stets als reichlicher Ersatz für die etwa aufzuwendenden Fahrgelder betrachtet werden.

In der architektonischen Gestaltung sollte die größte Einfachheit herrschen; typische Bauformen sind anzuwenden. Einförmigkeit ist nicht zu befürchten, wenn der Bebauungsplan architektonischen Rücksichten gerecht wird. Zu verurteilen ist die von vielen Bauherren gewünschte Vielfältigkeit, die aus dem Arbeiterhaus eine verkleinerte Grunewald-Villa machen möchte.

Für die Bauart des kleinen Einfamilienhauses nun sind neuerdings Erleichterungen in fast allen Bundesstaaten eingeführt worden, die eine bedeutende Verbilligung mit sich bringen. Vor den jetzt so viel genannten Ersatzbauweisen ist so lange zu warnen, als die Bauweise in Stein und Mörtel überhaupt noch möglich ist. Selbst wenn die Kosten dafür die für Ersatzbauweisen wesentlich übersteigen sollten (was nicht immer der Fall ist), so ist das Baugeld immer am besten angelegt, wenn die altbewährte Bauart gewählt wird.

Die Wichtigkeit der Wohnung für die körperliche, geistige und die sittliche Zukunft unseres Volkes ist allmählich weitesten Kreisen zum Bewußtsein gekommen. Es trifft aber nicht zu, daß in der Stadt die Unterbringung der Massen nur in großen Miethäusern möglich sei, denn ganze Länder, wie England und Amerika, sind bisher ohne sie ausgekommen. Das Wohnen im Einfamilienhaus fördert stark den Familiensinn und erzieht zur Ordnung und Sparsamkeit, es übt seinen Einfluß auch auf die Entwicklung des Selbstständigkeitsgefühls und des Charakters aus und schafft das Gefühl der Mitverantwortung am Volksganzen und am Staat. Beim Neuaufbau Deutschlands muß daher der vernünftigen Gestaltung des Wohnungswesens die denkbar größte Bedeutung beigemessen werden. —

Pfälzischer Architekten- und Ingenieurverein. Vorstands- und Ausschußsitzung in Neustadt a. d. Hdt. am 1. Nov. 1918 (Schluß aus No. 104, 1918).

Unser erster Schriftführer, Hr. Baurat Geyer, hat wegen Geschäfts-Überhäufung nachgesucht, mit Ablauf dieses Jahres von seinem Amt entbunden zu werden. Die Vorstandschaft bedauert es sehr, ihn als Schriftführer verlieren zu müssen. Ueber die Nachfolge wird in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden.

Hr. Stadtbaumeister Dipl.-Ing. Heberer in Ludwigshafen regt an, daß die Grenzen der Tätigkeit des Architekten- und Ingenieurvereins in städtebaulichen Fragen innerhalb unseres Vereins einmal besprochen werden. Es wird beschlossen, hierüber eine Berichterstattung der Hrn. Heberer und Hussong in einer unserer nächsten Sitzungen herbeizuführen. Es soll der Besprechung womöglich der Bericht von Professor Karl Hocheder über Städtebau in der Abgeordneten-Versammlung des Verbandes 1906 (Deutsche Bauzeitung 1906, Seite 348, 556 und 604) zugrunde gelegt werden.

Der 1. Vorsitzende, Hr. Reg.-Rat Eickemeyer, gibt seine Berufung zur Eisenbahndirektion Ludwigshafen a. Rh. und die Verlegung seines Wohnsitzes von Kaiserslautern nach Ludwigshafen a. Rh. bekannt. —

Im Architekten- und Ingenieur-Verein zu Frankfurt am Main war zum Schluß des Vereins-Jahres 1918 die Wahl des neuen Vorstandes ungültig geblieben, weil die satzungsgemäße Stimmzahl nicht zustande gekommen war. Eine zweite Wahl hatte folgendes gültige Ergebnis: 1. Vors.: Hr. Lion; 2. Vors.: Hr. Prof. v. Loebe; Schriftführer: Hr. Arch. Seckbach; Biblioth.: Hr. Architekt Sander; Vorträge und Berichte: Hr. Gewerbeschulrat Unger; Veran.: Hr. Obering. Wolf.

In der ersten Versammlung 1919 sprachen am 20. Januar 1919: 1. Stadtbaurat Schaumann: Ueber Baukostenzuschüsse aus Reichs- und Staatsmitteln; 2. Hr. Arch. Lion: Ueber Notlage bes. des Architekten-Standes; 3. Hr. Arch. Paravicini: Ueber Regelung des Gewerbeschulwesens; 4. Hr. Magistr.-Baurat Reinicke: Ueber Baupolizei-Erleichterungen des Kleinwohnungsbaues.

Neu aufgenommen wurden die Hrn.: Reg.-Baumeister Schrenk; Reg.-Baumeister Kleinschmidt; Bauinsp. Wanser; Baurat Garges (?) und Arch. Lindenberg. —

Gerstner.

Württembergischer Ingenieurverein. In der Sitzung am 23. Jan. 1919 in Stuttgart sprach der Vors., Prof. Rich. Baumann, Direktor Lind den Dank des Vereins dafür aus, daß er es in den letzten beiden Kriegsjahren trotz der großen Schwierigkeiten verstanden hat, den Mitgliedern reiche Anregung zu bieten und den Verein in jeder Weise zu fördern. Er schlug sodann, um die persönliche Beteiligung namentlich der jüngeren Vereinsmitglieder an den Vereinsangelegenheiten zu heben, die Bildung von zunächst zwei Ausschüssen vor und zwar eines Ausschusses für technische Fragen und eines Ausschusses für allgemeine Fragen. Er besprach die Aufgaben der Ausschüsse näher und forderte namentlich die jungen Mitglieder auf, sich durch Meldung beim Vorsitzenden zur Mitarbeit bereit zu erklären. Es folgte eine kurze Mitteilung des Prof. Rich. Baumann über: „Die Natur als

Baukünstlerin: der Aufbau des Holzes“. An Hand von Versuchsergebnissen aus der Materialprüfungsanstalt der Techn. Hochschule in Stuttgart zeigte der Vortragende, daß die Festigkeit der härteren Teile guten Nadelholzes derjenigen geglähten Stahles nahe kommt, daß der Aufbau des Holzes im Frühjahr durch die Anforderungen der starken Saftbewegung, im Herbst durch diejenigen der Festigkeit maßgebend beeinflusst wird und daß bei vielen Holzarten aus der Betrachtung des Aufbaues der Querschnitte auf die Festigkeits-Eigenschaften geschlossen werden kann. Mikrophotographien von vielen Nadel- und Laubbölzern ließen die Zierlichkeit und Vollkommenheit der Anordnung sowie die Mannigfaltigkeit der Formen erkennen, sie zeigten, wie im Holz viele Millionen winziger Ventile von sinnreicher Bildung die geheimnisvolle Bewegung der Säfte regeln. Sodann machte Hr. Oberbaurat Kittel wertvolle Mitteilungen über die großen Schwierigkeiten, die mit der Ablieferung des Eisenbahnmateriales und dessen Herrichtung verknüpft sind, und die zu einem erheblichen Teil nicht-sachliche Ursachen haben. Aus seinen Darlegungen ergab sich, daß seitens der Eisenbahnbehörden alles geschieht, um möglichst bald wieder zu befriedigenden Zuständen zu gelangen. —

Vereinigung der Regierungsbaumeister im badischen technischen Staatsdienst. Im Januar 1919 hat sich in Karlsruhe eine „Vereinigung der Regierungsbaumeister im badischen technischen Staatsdienst“ gebildet. Sie hat sich entschlossen, die bekannten Forderungen des „Verbandes der Beamten- und Lehrervereine Badens“ zu den ihrigen zu machen und insbesondere die Leitsätze anzunehmen, welche die badischen Lehramts-Praktikanten in der Gauversammlung im November 1918 gefaßt und veröffentlicht haben. Die Vereinigung wird einerseits die Fragen annehmen, die hauptsächlich die junge Beamenschaft beschäftigen; andererseits wird sie auch bei den Bestrebungen mitarbeiten, der Technik den gebührenden Einfluß im Staatsleben zu sichern. —

Mecklenburgischer Architekten- und Ingenieur-Verein zu Schwerin. Jahresbericht über das Vereinsjahr 1917/18. Die Mitgliederzahl setzte sich zusammen aus 2 Ehrenmitgliedern, 36 in Schwerin ansässigen Mitgliedern, 51 sonst in Mecklenburg wohnenden Mitgliedern und 12 außerhalb Mecklenburgs wohnenden Mitgliedern, zus. 101 Mitglieder. Im Berichtsjahr fanden 8 ordentliche Versammlungen statt, von denen die am 11. Mai an Stelle einer Sommerversammlung abgehalten wurde. Der wiedergewählte Vorstand setzt sich zusammen: Vorsitzender: Baurat Dreyer in Schwerin, 1. stellvertr. Vorsitzender: Ministerialbaurat Schondorf in Neustrelitz, 2. stellv. Vorsitzender: Geh. Bt. Henneemann in Schwerin, Schriftf.: Geh. Bt. Wohlbrück in Schwerin, Kassensführer: Landbaumeister Lübster in Schwerin, ohne besonderes Amt: Senator Giesecke in Neubrandenburg, Baurat Pries in Rostock und Geh. Bt. Hamann in Schwerin. Der Vereinsbeitrag ist für die Schweriner Mitglieder auf 10 M., für die auswärtigen auf 6 M., für Regierungsbauführer auf 5 M. festgesetzt; außerdem werden für die Verbandszeitschrift 2,50 M. erhoben. Abgeordnete für die Verbandsversammlung sind Baurat Dreyer und Reg.- und Baurat Schollahn.

An Vorträgen wurden gehalten: vom Dipl.-Ing. Marung über die Eingabe wegen des Ingenieurtitels; vom Geh. Ob.-Bt. Pries über den Denkmalspflegetag in Augsburg; vom Geh. Baurat Hennemann über die Entwicklung des Straßenbaues; vom Geh. Baurat Wohlbrück über Gesimse, Fugen und Abdeckungen; vom Reg.-Bmstr. Höfinghoff: Mitteilungen aus dem Felde, namentlich über Drahtseilbahnen; vom Reg.- und Baurat Wolgast über Kleinbahnen; vom Stadtbaurat Rohde über Kriegswahrnehmungen in Litauen.

Am 11. Mai 1918 fand eine Zusammenkunft an Stelle einer Sommerversammlung in Schwerin statt, vorher wurde die neue Munitionsfabrik mit Nebenanlagen bei Holtusen besichtigt, den Schluß der Maisitzung bildete ein gemeinsames Abendessen im Luisenhof (26 Teilnehmer).

Auf der Abgeordnetenversammlung in Kassel, Mitte Juni 1918, waren wir durch den Vorsitzenden, Baurat Dreyer, und durch den Regierungs- und Baurat Schollahn vertreten. — Wohlbrück, Schriftführer.

Die Vereinigung der höheren technischen Baupolizeibeamten hat ihre für Februar geplante 6. Tagung der Zeitverhältnisse wegen auf unbestimmte Zeit verschoben, obwohl sie bereits besondere zeitgemäße Fragen auf ihre Tagesordnung gesetzt hatte. Die Arbeiten des Vorstandes gehen jedoch weiter. Bezügliche Anfragen werden von der Geschäftsstelle in Dortmund, Rosenthal 20, beantwortet. —



Längswand des Festsaales (Altar und Kanzel 19. Jahrhundert).
Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 20. BERLIN, DEN 8. MÄRZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die Vollendung des Mittelland-Kanales.

Vom Geheimen Rat Prof. Dr. Dr.-Ing. h. c. H. Engels in Dresden.



ie Leser der „Deutsch. Bauztg.“ sind schon unterrichtet, daß bisher für die künftige Vollendung des Mittellandkanales, d. h. für seine Fortführung von Hannover bis zur Elbe, drei Linien in Wettbewerb standen: die Nordlinie, die Südlinie und die Mittellinie*). Inzwischen hat nun die preußische Regierung

den Beginn des Baues der Kanalstrecke Hannover-Peine beschlossen und damit die Nordlinie aus dem Wettbewerb ausgeschaltet, sodaß die Beteiligten nunmehr nur noch zwischen der Südlinie und der Mittellinie zu wählen haben.

So ist gerade zu rechter Zeit eine Denkschrift**) erschienen, die an Hand eingehender und sorgfältig bearbeiteter Unterlagen wirtschaftlicher und technischer Natur und unterstützt von zahlreichen klaren Karten die Ueberlegenheit der Südlinie nachzuweisen versucht. Rechtfertigt daher schon der Wert der Denkschrift an sich ihre Würdigung an dieser Stelle, so erscheint ihre sachliche, unbefangene Prüfung um so mehr geboten, als die demnächst zu treffende Entscheidung die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens bedeutungsvoll beeinflussen wird.

Die im Jahrgang 1916, S. 229 der „Deutschen Bauzeitung“ mitgeteilte Linienführung der Südlinie bleibt

im Großen und Ganzen bis Oschersleben unverändert. Mit Rücksicht auf den Anschluß von Halberstadt und des Saale-Gebietes ist die Kanallinie von Oschersleben ab nach Süden verlegt und so geführt, daß die Elbe bei Westerhüsen, also oberhalb Magdeburg, erreicht wird. Die ursprüngliche Führung der Südlinie bis Heinrichsberg unterhalb Magdeburg ist wegen ihrer großen Länge und unverhältnismäßig großen Kosten aufgegeben worden, zumal auch die Stadt Magdeburg sich von ihr keinerlei Vorteile verspricht. Die neue Südlinie vermindert die Länge des Hauptkanales bis zur Elbe um rd. 20 km. Außerdem hat sie den besonderen Vorzug, daß der Stichkanal nach Halberstadt sich um 1 km und der Verbindungskanal über Staßfurt nach Bernburg aber um 7 km verkürzt.

Die Scheitelstrecke ist nach Anhörung der Bruchinteressenten zwischen Börßum und Oschersleben vom südlichen Rand des Bruchgebietes in den Bruchgraben selbst verlegt worden unter Senkung ihres Spiegels von + 83 m NN auf + 80 m NN. Die tiefere Scheitellage mitten im Bruch bringt für den Kanal folgende Hauptvorteile:

1. Eine Verminderung des verlorenen Gefälles um 3 m,

*) 1916, No. 44 und No. 50; 1917, Nr. 58; 1918, No. 77; 1919, No. 3.

**) Die Vollendung des Mittellandkanals. Untersuchungen über eine zweckentsprechende südliche Linienführung, ihre volks- und kriegswirtschaftliche Bedeutung. Braunschweig 1918. Selbstverlag der „Vereinigung zur Förderung der südlichen Linie des Mittellandkanals“.

2. Eine Vermehrung der Kanalspeisung durch natürlich zufließendes Grundwasser,

3. Fortfall der Sickerverluste,

4. Die Ermöglichung einer vorübergehenden Anstauung der Scheitelstrecke um 1 m; dadurch die Möglichkeit der Aufspeicherung einer Wassermenge von etwa 2 Mill. cbm , die für Bewässerungs- und Speisungszwecke zur Verfügung steht. Die Scheitelstrecke kann außerdem zur Aufnahme schädlicher Hochwassermengen der Oker und Bode dienen.

5. Der im ersten Entwurf geplante Speisekanal aus der Bode fällt nun fort, weil das Bodewasser, den tiefer gelegten Kanal im Spiegel kreuzend, der Scheitelhaltung mit natürlichem Gefälle zufließt. Diesen Vorteilen steht als Nachteil die wegen der tieferen Scheitellage erforderlich werdende größere Bodenbewegung gegenüber.

Der Stichkanal nach Hildesheim ist aus dem Entwurf von 1915 unverändert übernommen worden. Neu aufgenommen sind aber der 16 km lange Stichkanal nach Halberstadt, in dem zwei Schleusen den 26,5 m hohen Aufstieg von der Scheitelstrecke bis zum Halberstädter Hafen vermitteln, und der 36 km lange Verbindungskanal zur Saale bei Bernburg, der bei Hadmersleben aus der auf +77,5 m NN liegenden Haltung der Südlinie abzweigt und mittels dreier Schleusen bis auf +60 m NN absteigt.

Ueber die geplante Wasserversorgung ist das Folgende zu bemerken: Die Scheitelhaltung kann entweder durch Hinaufpumpen des Wassers aus der Weser, Elbe und Saale oder durch natürlichen Zufluß aus der Oker und Bode gespeist werden, letzteres aber nur unter Errichtung von Staubecken. Der Wasserbedarf ist ermittelt worden unter Zugrundelegung von täglich 20 Schleusungen im Hauptkanal, von je 12 Schleusungen im Hildesheimer Stichkanal und im Verbindungskanal zur Saale, sowie von 10 Schleusungen im Halberstädter Stichkanal. Dabei sind Sparschleusen angenommen, und zwar im Hauptkanal und Hildesheimer Stichkanal mit 66 $\frac{2}{3}$ %, im Verbindungskanal zur Saale mit 60 % und im Stichkanal nach Halberstadt mit 75 % Wasserersparnis. Versickerungs- und Verdunstungsverluste sind zwar nicht reichlich aber doch ausreichend mit 8 Sek.-Lit. auf 1 km Kanal berücksichtigt worden.

Der Hauptkanal soll von der Oker und Bode gespeist werden, die in seine Scheitelhaltung eingeführt werden, dem das dazu erforderliche Wasser — rund 5,2 $\text{cbm}/\text{Sek.}$ — entnommen werden kann, ohne daß den bisherigen Nutzungsberechtigten daraus Schaden erwächst, falls in den Gebieten der Oker und Bode Staubecken mit zusammen rd. 146 Mill. cbm Inhalt errichtet werden. Bei zunehmendem Kanalverkehr würde sich durch Erbauung von Talsperren an der Innerste, Selke, Radau, Ilse und Holtemme das für den zweiten Schleusensatz erforderliche Speisewasser beschaffen lassen. Etwa dann noch fehlendes Speisewasser könnte verhältnismäßig billig aus der Saale in die Scheitelhaltung gepumpt und aus der Oker und Bode unter Entschädigung von geschädigten Nutzungsberechtigten entnommen werden. Der Hildesheimer Stichkanal kann ohne weiteres aus der Innerste — Kleinstwassermenge = 2 $\text{cbm}/\text{Sek.}$ — gespeist werden. Der Halberstädter Stichkanal dürfte am zweckmäßigsten durch Hinaufpumpen des Wassers aus der Scheitelhaltung gespeist werden. Endlich erscheint auch die Speisung des Verbindungskanales zur Saale durch Abgabe des Schleusungswassers aus der Scheitelhaltung des Hauptkanales und durch die von dem Kanal aufzunehmenden Bäche und Flüsse gesichert.

In der Denkschrift ist durch eingehende Untersuchungen die Wirtschaftlichkeit der geplanten Staubecken in den Gebieten der Oker und der Bode nachgewiesen worden. Würde das Speisungswasser aus der Weser mit 2,645 $\text{cbm}/\text{Sek.}$, aus der Elbe mit 2,055 $\text{cbm}/\text{Sek.}$ und aus der Saale mit 0,5 $\text{cbm}/\text{Sek.}$ hinaufgepumpt werden, dann würden die Einheitskosten

etwa 0,5 Pf./ cbm betragen, während diese bei der Beschaffung des Wassers aus Staubecken sich auf etwa 0,293 Pf./ cbm ermäßigen würden. Dabei ist allerdings die vielleicht zu optimistische Voraussetzung gemacht worden, daß die gesamte an den Talsperren erzeugte elektrische Kraft mit rd. 2,88 Pf./Kilowattstunde abgesetzt werden kann. Andererseits wird aber in der Denkschrift nachgewiesen, daß in der wichtigsten Quelle der Kanalspeisung, der Bode, nach Errichtung der Staubecken im oberen Bodegebiet bis Tale auch in trockenster Zeit 4 $\text{cbm}/\text{Sek.}$ verfügbar sind. Eingehende Untersuchungen über die gesamte wasserwirtschaftliche Bedeutung der geplanten Talsperren und Staubecken beschließen den technischen Teil der Denkschrift.

An ihn schließen sich die für die Beurteilung der Südlinie noch besonders wichtigen, ja ausschlaggebenden Betrachtungen wirtschaftlicher Natur. Indem die Denkschrift das zukünftige Verkehrsgebiet in seinem ganzen Aufbau, seinen wirtschaftlichen Grundlagen und seinem natürlichen Reichtum eingehend untersucht, ermöglicht sie ein Urteil darüber, in welchem Maß der neue Verkehrsweg belebend und entwickelnd zu wirken vermag.

Das in Frage stehende Wirtschaftsgebiet von rund 26 250 qkm Gesamtgröße liegt im Herzen Deutschlands, in besonders günstiger Verkehrslage zum deutschen Eisenbahnnetz und zu den großen schiffbaren Strömen Elbe und Weser. Indem diese beiden Ströme mitten durch die fruchtbaren und industriereichen Gebietsteile Braunschweigs und der Provinz Sachsen durch einen Kanal verbunden werden, wird durch diesen eine Hauptader für den Schiffsverkehr gebildet, von der aus anschließende Kanäle das Land weithin befruchten können. Die wichtigste Abzweigung bildet der Verbindungskanal zur Saale, durch den unter Benutzung der kanalisierten Saale und des Elster-Saale-Kanales das mitteldeutsche Industriegebiet in das Einflußgebiet der Hauptlinie einbezogen wird. Durch den Ausbau der Südlinie gewinnt daher das Gebiet eine zentrale Lage auch im deutschen Wasserstraßennetz.

Sehr glücklich erinnert die Denkschrift gerade jetzt an die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in dem Gebiet zwischen der Weser und der Elbe, jetzt, wo wir im Begriff stehen, nunmehr auch das Wasserstraßennetz zwischen Weser und Elbe weiter auszubauen. Die erste westöstliche Eisenbahnlinie verfolgt fast genau den Weg der südlichen Kanallinie und schließt auch an die gleiche Verkehrsstraße nach Sachsen hinein an; sogar die Abzweigung von Stichbahnen nach Hildesheim und Halberstadt findet sich vor. Bis 1865 nahm der Verkehr zwischen Hannover und Magdeburg allein diesen Weg. Die weitere Verdichtung des Eisenbahnnetzes zwischen Hannover und Leipzig ist dort am stärksten, wo das künftige Wasserstraßennetz der Südlinie geplant ist. Endlich wird durchaus zutreffend als bemerkenswert hervorgehoben, daß seit 1870 das Eisenbahnnetz sich gerade in der Richtung des geplanten Südkanales durch zahlreiche Kleinbahnen engmaschig verdichtet habe, daß Kleinbahnen aber zuverlässige Merkzeichen großer örtlicher Verkehrsbedürfnisse seien, daß somit die sehr starke Entwicklung des Kleinbahnnetzes in dem engen Verkehrsgebiet zwischen Hannover und Halle auch für den zukünftigen Verkehr des Südkanales von kennzeichnender Bedeutung sei. Der Ausbau solcher Verkehrslinien hat in der Tat nichts Zufälliges an sich, er folgt vielmehr den Verkehrsbedürfnissen, er gestattet sichere Schlüsse auf den Werdegang unserer Volkswirtschaft und ihrer Verkehrsbedürfnisse.

Mit Rücksicht auf den Raummangel muß ich es mir versagen, die wertvollen Darlegungen über das Wirtschaftsgebiet der geplanten Wasserstraßen, die Bodenschätze und ihre Verwertung, die Bodenkultur, Bodenerzeugnisse und ihre Verarbeitung, die sonstigen wichtigen Industrien, die natürlichen Kraftquellen des Gebietes im Einzelnen zu besprechen.

Aus dem gleichen Grunde muß ich mich auch darauf beschränken, nur das Ergebnis der Untersu-

chungen über die Wirtschaftlichkeit des neuen Unternehmens hier kurz mitzuteilen. Diese Untersuchungen schließen sich i. Allg. an die Denkschrift von Havestadt & Contag v. J. 1915 an. Bei einer früheren Ausführung der geplanten Kanäle wäre i. J. 1912 auf ihnen folgender Gesamtverkehr zu erwarten gewesen:

Verkehrsart	Tonnen	Mit einer tonnenkilometrischen Leistung (in 1000)
im Durchgangsverkehr	3 262 014	495 827
im Kanalverkehr	4 110 000	408 758
Zusammen . .	7 372 014	904 585
davon entfallen auf die Südlinie		846 248

Indem unter zahlenmäßiger Begründung für die Zeit vom J. 1912 bis zur Inbetriebnahme des Kanales die Zunahme des Durchgangsverkehres (80 %) zum Kanalgebietsverkehr (40 %) mit 2 : 1, nach Inbetriebnahme der Südlinie aber die Zunahme des Kanalgebietsverkehrs zu 60 % angenommen wird, ergaben sich für das Gesamtunternehmen folgende Einnahmen:

	Gesamteinnahmen M.	Davon entfallen auf die Hauptlinie und die anschließenden Zweigkanäle M.
1. Betriebsjahr 1925 . . .	2 469 000	2 307 000
5. " 1929 . . .	6 639 000	6 216 000

Dem stehen gegenüber bis zum 16. Betriebsjahr (bis zu dem die Tilgung des Baukapitales nicht eingesetzt worden ist) die gesamten jährlichen Ausgaben mit 6 734 200 M., welcher Betrag vom 16. Betriebsjahr ab sich erhöht um die für die Tilgung des Baukapitales aufzuwendende Summe auf 7 417 600 M. Da die in dieser Summe steckenden jährlichen Unterhaltungs- und Betriebskosten 787 000 M. betragen, so werden diese bereits im 1. Jahr durch die Einnahmen voll gedeckt. Im 6. Betriebsjahr ergibt sich bereits nach Abzug der Aufwendungen für den Zinsendienst und die Unterhaltung und den Betrieb ein Reinüberschuß von 170 000 Mark. —

(Schluß folgt.)

Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

Von Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat Hans Lutsch in Berlin. (Schluß.)



on den übrigen Räumen sei der Festsaal¹⁾ herausgehoben, auch „Kaisersaal“ genannt, weil zum Empfang der apostolischen Majestät bestimmt, für die in jener Zeit die Klöster das Absteigequartier auf Reisen abgaben. Er liegt in der Achse des großen Gartenhofes: gegen Westen öffnen sich aus den Fenstern der Blick auf die Gartenau und der Weitblick auf die schwellenden Berge mit ihren buchenbestandenen Kuppen. Der Saal ist in reicher, aber trockener Weise durch Säulen und Pilaster aus Stuckmarmor auf hohem Sockel gegliedert, die ein verkröpftes und geschwungenes dreiteiliges Gebälk tragen, das nur durch die flachbogig abgegrenzte Leibung der oberen Fensterreihe unterbrochen wird. Darüber lagert die Flachdecke auf kurvierter Attika mit zierlicher Stuckatur und eingestreuten Oelbildern. Die wagrechte Zone zwischen beiden Fensterreihen wird durch eine Dockenbrüstung ausgefüllt, Galerien und Pseudogalerien abgrenzend. Figuren auf hohen Postamenten vor und zwischen den Großstützen, Draperien, von Genien und Engeln gehalten, Gehänge, Kartuschen mit Symbolen und Inschriften, Laubgewinde, Flechtwerk im Sinn des Louis XIV. ergänzen das Hauptgerüst.

Für diese Bauarbeiten wurde ein im Grundriß und Fassaden-Aufriß auf der Universitätsbücherei zu Würzburg erhaltener Entwurf des Bamberger Arch. Johann Leonhard Dientzenhofer († 1707) zugrunde gelegt, für den ihm im Januar 1687 7 fl. 3 bz. vergütet wurden (Abb. Weigmann, S. 61, 65). Am 6. Juli 1688 wurde „der Prinzipalstein unter dem Erker solemniter“ gelegt, d. h. dem Erker nächst der Kirche. Und so heißt es denn auch nochmals, 1739: „anno 1688 coepit (Ludovicus abbas) Abbatiam miro artificio ex fundamento aedificare; sed quoniam viderat, Aedes Conventuales restauratione potissimum indigere, malens Confratrum suorum necessitati, quam propriae commoditati prospicere relicta Abbatia manum operamque applicuit aedificationi Conventus. Quem, licet vasta moles sit, magnique laboris opus, paucis annis ita absolvit, ut videret adhuc aliquam partem Conventuales inhabitare“. Von 1688 ab bis 1696 wurden Dientzenhofer für seine bautechnischen Leistungen als Unternehmer²⁾ außer Naturalien Summen von jährlich im Durchschnitt höchstens 1500 Gulden ausbezahlt, 1693 3270 Gulden als Höchstleistung. Weiterhin für den Rempfer bis 1698 zusammen 4045 Gulden. Dann hören die Bauarbeiten auf; der baulustige Abt Ludwig war 1696 verstorben. Welche der heutigen Bauabschnitte am Ende des 17. Jahrhunderts zur Ausführung kamen, läßt sich nur mutmaßen. Einbegriffen waren sicher die fünf Achsen vom östlichen Erker, unter dem 1688 der Grundstein gelegt ward, bis hin zur Kirche, wie sich aus dem Sinn des angeführten lateinischen Berichtes ergibt, als Teilabschnitte der Abtswohnung, natürlich auch die den Kreuzgang nächst der Kirche umgrenzenden Flügel. Das Refektorium wird wohl nach alter Gepflogenheit in dem der Kirche südlich gegenüber stehenden Bauabschnitt zu suchen sein.

Zu Beginn des Jahres 1716 wurde der damals neunundzwanzigjährige fürstbischöfliche Stuckhauptmann und Ingenieur Balthasar Neumann in Würzburg vom Abt Wilhelm I Sölner († 1741) mit der Ausarbeitung eines Erweiterungs-Entwurfes beauftragt, wofür er am 13. März 100

Gulden erhielt. Es handelte sich, wie es in der Baurechnung von 1717 heißt, um die Flügel „von der neuen Paffelstuben“ inclusive an sampt dem Stiegenbau bis über den großen Saal inclusive der drei Fenster gegen der Mühl“. Aus dieser Begrenzung in Verbindung mit einem Grundriß Neumann's (Abb. Weigmann, S. 69, Nr. b) ist für Dientzenhofers architektonische Tätigkeit rückwärts zu entnehmen, daß außer ostwärts stehenden Flügeln (Abb. bei Weigmann, S. 59) nur das kurze Fassadenstück zwischen der Kirche und dem ersten Erker zur Ausführung gekommen war. Mit der Aufteilung der Außenfläche durch Pilaster und kurze Gebälkstücke mit dazwischen eingeschnittenen Fenstern schließt es sich nahe an den Südflügel des Klosters Waldsassen bei Eger an (Weigmann, Taf. 1), wo Johann Leonhard Dientzenhofer 1685 als Maurerpalier unter dem Maurermeister Abraham Leuthner in Prag tätig gewesen war. Auch der Erker hält sich in seiner gedungenen Fassung (Jäger, 104) im Rahmen des 17. Jahrhunderts, er erinnert in seiner Fassadengestaltung an die des von Leuthner in seiner „grundtlichen Darstellung der fünf Seulen“ auf Tafel 53 der Ausgabe von 1677 abgebildeten Lusthauses. Gegenüber dem 1695 zur Ausführung gediehenen Entwurf Johann Leonhards für die fürstbischöfliche Residenz in Bamberg (Weigmann, Taf. 9—11, 28—30) bedeutet sie nach der Kleinheit des Maßstabes der Deutschrenaissance einen Fortschritt, indem größere Flächeneinheiten geschaffen sind, wie sie für Bauwerke großen Maßstabes gebraucht werden, während an der Fassade der Residenz fast ängstlich jedes Fenster in ein besonderes Gehäusefach eingestellt ward. In Waldsassen und Ebrach werden größere Schritte genommen³⁾.

Indessen, wie es so geht, schnell überlebten sich diese zwar nicht mehr aus mittelalterlicher Kleinanschauung entstandenen, aber doch für Schöpfungen großen Stiles ein-drucklosen Gebilde, und was 1687 für einen Wunderbau, ein „mirum aedificium“ gehalten ward, wurde im neuen Jahrhundert auch in dem einsamen Waldtal für unzureichend angesprochen, obwohl es sich künstlerisch den Formen der Landschaft gegenüber bis zu einem gewissen Grade wohl hätte behaupten können. Hat sich ja doch sogar die schlichte Fassung der Platzwand des Max-Platzes in Bamberg mit Balthasar Neumann's Klerikal-Seminar bis heute wohl bewährt; freilich platzbegrenzend, was gegenüber einem frei stehenden Baublock einen nicht zu unterschätzenden Vorteil bedeutet, weil es dabei auf die den Beschauer zunächst bestimmende Gestaltung des umschlossenen Raumes ankommt, während die Flächengliederung das Gebäude im künstlerischen Sinn erst eine in zweiter Linie zu stellende Forderung darstellt.

In Ebrach aber erkennen wir die weit ausgreifende Hand

¹⁾ Abbildung bei Jäger, S. 105. Der bei Weigmann, Taf. 5 dargestellte Entwurf ist nicht ausgeführt.

²⁾ Er wird als ausgelernerter Maurer- und Steinhauermeister bezeichnet. Weigmann, S. 29.

³⁾ Da ein Refektorium schon 1698 gebaut war, kann es sich bei dieser Tafelstube nur um einen Speisesaal in Verbindung mit den Festräumen handeln. Es ist dafür der Erdgeschoßraum zwischen Treppenhaus und Mittelachse des Kaisersaales angesprochen worden.

⁴⁾ Vergl. auch Leuthner, Taf. 40, 44.

dieses ganz großen unter den Baumeistern an der Herrscherkraft, mit der er der etwas starren Baumasse des geschlossenen Dientzenhofer'schen Blockes (Weigmann, S. 65) Meister wird: der ganze, das Tal westlich verriegelnde Flügel und der westliche Zungenflügel der Hauptachse werden abgestrichen und es werden dafür die westlichen Enden der den so geschaffenen Ehrenhof begrenzenden Flügelbauten durch Pavillons ausdrucksvoll herausgehoben. So wird die Möglichkeit der Anlage eines bedeutenden Saalbaues geschaffen. Dazu wird die Höhe des den Ehrenhof gegen Osten abschließenden langen Flügels um ein Geschloß vermehrt und demgemäß auch in dem dreigeschossigen Treppenhaus eine den Zufahrtsflügel ganz beherrschende Gruppe gebildet, auf die des Besuchers Blick lossteuert. Solche Maßnahmen mit dem Ziel, starke Mittelpunkte zu schaffen, würden auch im Flachland eine Wirkung hervorgebracht haben. Der Behauptung, daß sie in Ebrach den Bestand des Alten stören, kann nicht wohl beigetreten werden; ja es ist im Gegenteil zu sagen, daß sich beide Abschnitte einander — rein künstlerisch betrachtet, also unter Ausschluß kirchenpolitischer und volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte — gut die Wage halten. Jedenfalls beseitigte Neumann durch die Umformung des Flügels, in den der Festsaal eingebettet ist, auch einen heiklen Punkt des Dientzenhofer'schen Entwurfes: nämlich die Kreuzung der vier Binnenflügel. Ihre räumliche Ausnutzung und ihre Beleuchtung hätten Schwierigkeiten zur Folge gehabt, denen Dientzenhofer's

— aus dem Ebracher Entwurf und der Bauleistung an der Bamberger Residenz zu beurteilende — geringe Ausdrucksfähigkeit wohl nicht gewachsen gewesen wäre. Dagegen vermag über Neumann als Entwurfsverfasser der jüngeren Planung mit Festsaal und Treppenhaus, wie der Vergleich mit dem 1721 entstandenen Entwurf zum Würzburger Residenzschloß lehrt, kaum ein Zweifel laut werden. Nachdem sich mit ziemlicher Sicherheit herausgestellt hat, daß nicht Johann Dientzenhofer († 1726), also Johann Leonhards Bruder, Verfasser des Entwurfes für das Schönborn'sche Schloß in Pommersfelden ist, sondern der Kurmainzische und Bambergerische Major und Baudirektor Maximilian von

*) Anmerkung der Redaktion: Diese Anmerkung und Einschaltung ist auch auf S. 66 in die Anmerkung 5 einzufügen.

*) Damit soll also über Kilian Ignatz Dientzenhofer, der in Prag tätig war († 1751), kein Urteil abgegeben sein.

*) Vergl. die Veröffentlichung des ausgeführten Bauwerkes im Kupferstichwerk nach Zeichnungen des kurmainzischen Ingenieurs Salomon Kleiner durch den Verlag von Jeremias Wolf in Augsburg, 1738.

Welsch (K. Lohmeyer, Friedrich Joachim Stengel, fürstlich fuldischer Ingenieur, Hofarchitekt und Bauinspektor, fürstlich nassau-usingen'scher Baudirektor, herzoglich sachsen-gothaischer Rat und Baudirektor, fürstlich nassau-saarbrücken'scher Generalbaudirektor, wirklicher Kammerat und Forstkammerpräsident 1694—1787 (Düsseldorf 1911, 13 ff. a. a. O.*), kann für den Erweiterungsbau Ebrach's nur noch Balthasar Neumann in Frage kommen, keiner der fränkischen⁶⁾ Dientzenhofer, deren Leistungsfähigkeit als hierzu ausreichend nicht mehr glaubhaft erscheinen will. Das will nichts über Neumanns Anlehnung an Pommersfelden sagen, das mit seiner großen Behandlung der Baumassen

den dem kühnen Geist des jungen Bauingenieurs freie Bahn bereitete und auch, wie zahlreiche fürstliche und reichsfürstliche Besuche erkennen lassen, aufbaulich angeregte Bauherren Eindruck machte⁶⁾. Denn auch große Geister vermögen sich, zumal in jungen Jahren, überragendem Einfluß nicht zu entziehen. Außerdem galt damals engere Anlehnung an vorhandene Bauschöpfungen nicht als moralisch widerrechtlich. Von Pommersfelden übernahm Neumann nicht nur den im deutschen Reich bisher nicht zur Geltung gelangten Grundsatz der Massenverteilung, sowie die monumentale Forderung der Festtreppe, sondern auch zahlreiche Einzelmotive, insbesondere die erwähnte sehr eindrucksvoll wirkende Verkröpfung des Giebel-Dreiecks um die vorgestellten Doppelsäulen, eine bisher im Großen unerhörte⁷⁾ Neuerung, die über die kleinen Fortschritte



Längswand des Festsaales (Orgel und Bühne 19. Jahrhundert.)

Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

Johann Dientzenhofers in der Flächenbildung der Schau-seiten seiner Martins-Kirche zu Bamberg⁸⁾ von 1690 und seiner Stiftskirche zu Fulda⁹⁾ von 1704—1712 wagemutig hinausschritt. Zum Ruhm ist Neumann dabei anzurechnen, daß er sich den immerhin bescheidenen Verhältnissen des Feldklosters anzubequemen verstanden hat. Das ist insbesondere der Fall im Hinblick auf die Gesamtwirkung der Klosteranlage und die mit Rücksicht auf die gesellschaftliche Schichtung der Klosterinsassen gewählte Einschränkung

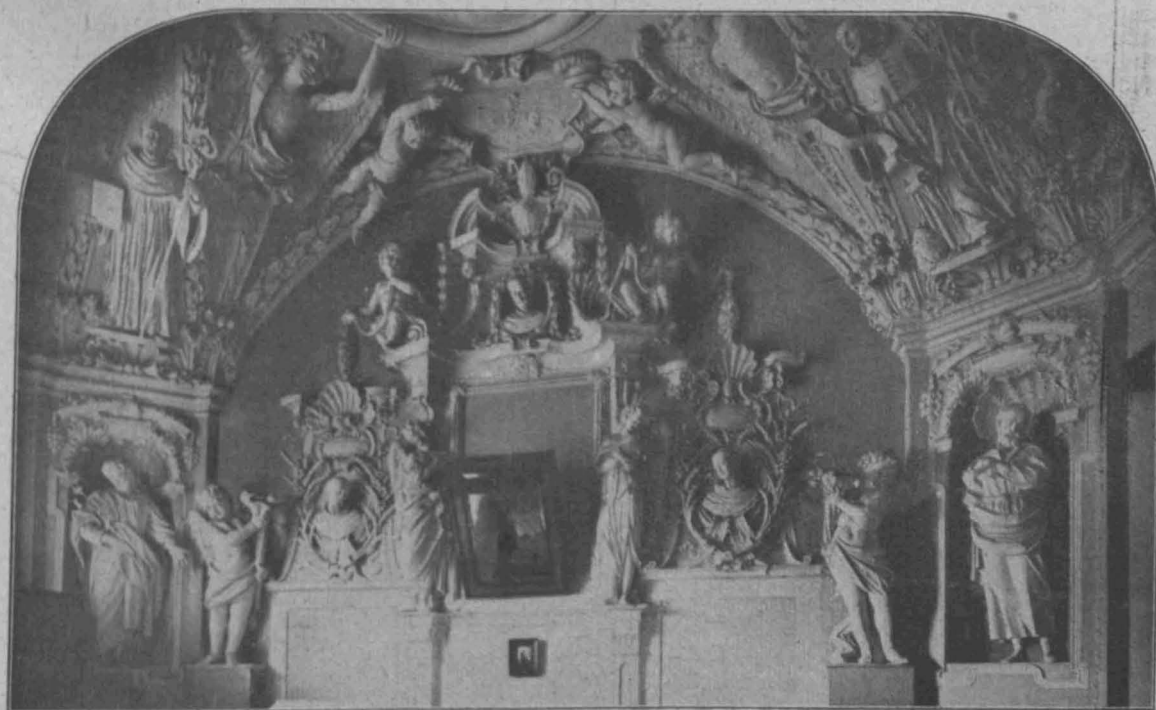
*) Freilich lag sie seit Elias Holls Zeughaus in Augsburg mit der Verkröpfung der Fensterverdachung in der Luft und ist denn auch in Wien an der Pfarrkirche am Hof vor 1668 ausgeführt, wenn auch mit nicht so starkem Relief (Abb. S. 12 bei Wackernagel, Baukunst des 17./18. Jahrhunderts in den germanischen Ländern im Handbuch der Kw.), in Franken an Josef Freising's Mittelteil des Klerikalseminars in Würzburg, Domerschulgasse 18 (Abb. Blätter für Architektur u. Kunst, XIII, Taf. 106, ebenda X, Taf. 113). Nach 1721 finden wir das Motiv an Neumann's Schönborn'scher Grabkapelle des Domes zu Würzburg.

*) Bamberg, Martins-Kirche bei Gurlitt, S. 183. Fulda, Grundriß bei Gurlitt, S. 332, und bei Weigmann, S. 141.

der Abmessungen des Treppenhauses, das sich bei größeren Ansprüchen leicht hätte weiter betonen lassen.

Wohl in dem Würzburg unfernen Pommersfelden hat Balthasar Neumann die Vorstellung monumentaler Raumfolgen kennen gelernt, auf Grund deren er sich an die

auszuzieren, zusamt den Grundrissen⁹⁾ und Durchschnitten, auch vornehmsten Gemächern und Sälen eines ordentlichen fürstlichen Palastes“ geboten haben. Hier gab es zu ersehen, wie die Gruppierung eines schloßartigen Gebäudes



Decke und Wand der Hauskapelle des Abtes.
Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald.

schwierigste Aufgabe des schaffenden Baumeisters, die Erfindung solcher architektonischen Gebilde, kraft der Blickweite des schaffenden Genius mit Aussicht auf Erfolg heran wagen konnte. Weitere Belehrung mochte ihm auch der 1711 in Augsburg erschienene erste Teil von Paul Deckers Kupferwerk „Fürstlicher Baumeister oder Architectura civilis, wie großer Fürsten und Herren Palläste mit ihren Höfen, Lusthäusern, Gärten, Grotten, Orangerien ... füglich anzulegen und nach heutiger Art

⁹⁾ Nicht die Grundrisse sind die „schwierigste Arbeit“ des Künstlers; Grundrisse, Schnitte, Ansichten dienen nur der Darstellung räumlicher Vorstellungen. Solche Bilder müssen innerlich erschaut sein, bevor sie aufgerissen werden. Von einer Konstruktion solcher Risse ist keine Rede, sondern es handelt sich hier um ihre Entwicklung aus einander. Wenn übrigens der Fachmann (z. B. Josef Durm in dem Buch: „Die Domkuppel in Florenz und die Kuppel der Peterskirche in Rom“. Zwei Großkonstruktionen der italienischen Renaissance. Berlin 1887) von Konstruktion spricht, so meint er die Bildung des Baugesüges aus Einzelgliedern, Mauern, Eisengerät.

um einen Ehrenhof, wie die Einlagerung der Haupträume in die Achsen, wie die Anlage von Terrassen und Freitreppen zu entwerfen sei. Die um die Mittelachse symmetrisch gruppierte dreiarmlige Innentreppe Ebrachs stimmt im Grundriß fast aufs Haar mit der auf den Tafeln 2 und 3 dargestellten des Fürstlichen Hauses (vergl. Taf. 30, 39 und „des anderen Teiles“ — von 1716 — Taf. 4). Mit überlegenem Geschmack ist Neumann dagegen schon in seinen jungen Jahren dem Wechsel der Zahl der Säulen (Doppelsäulen und einfacher Säule) ausgewichen, wie sie das Pommersfelder Treppenhaus umstehen, und das Mittelrisalit des in Leonhardt Christoph Sturm's 1714 in Augsburg erschienenem Werk „Prodromus Architecture Goldmanniana“ auf Taf. VI — etwas unruhig — gliedern¹⁰⁾. Mit der dem Genie angeborenen Sicherheit des Gefühls geht er hier seine eigenen Wege, denen seine Nachfolger sich leider nicht angeschlossen haben.

Nicht alle Gedanken der Neumann'schen Planung sind zur Ausführung gekommen. Die reichere Gliederung des Grundrisses seines Festsalles (Entwurf a bei Weigmann, S. 69) und die Anlage der diesem Flügel nach dem Ehrenhof zu vorgelagerten Terrasse kamen in Fortfall. Dem Maler und Stukkatör zu Liebe wurde die Decke des Treppenhauses auch über den die beiden Endabschnitte seines Risalites im zweiten Obergeschoß verbindenden Laufgang hingezogen und damit leider auch die stolze Rahmen-Einteilung der das Treppenhaus-Innere gegen Süden begrenzenden Pfeilerstellung gestrichen, welche durch die in balkonartige Teilabschnitte aufgelöste Dockengalerie des Laufganges in selten vornehmer Art gegliedert war (Abb. bei Weigmann, S. 76). Ihr architektonischer Wert geht weit über die Einteilung der Umgänge des Pommersfelder Treppenhauses hinaus.

Die Ausführung lag von 1716 bis zu seinem Tod im Jahre 1722 in den Händen des Zimmermeisters Joseph Greising¹¹⁾ aus Würzburg; er war als Baumeister in Ebrach mit einer jährlichen Bestallung von 120 Gulden angestellt. Außer den oben für 1716 in Anspruch genommenen Räumen wurde am „vorderen westlichen“ Längsflügel gearbeitet, vom „neuen Bau von dem Stiegenhause exclusive an, bis gegen den Garten und Torhaus“¹²⁾. Das „förtere Bäulein“ gegen den Garten, d. h. der dreigeschossige Pavillon wurde 1719 eingedeckt. Den schnellen Fortschritt bezeugen weiter die 1719 geleisteten Zahlungen für Bildhauerarbeit an Fenstergewänden und Kapitellen eben dieses Pavillons, sowie für die Ausmalung des Festsalles durch den Maler Lünenschloß, anderer Flächen durch den Italiener Antonio

Nave, des Treppenhauses durch Jo. Ad. Remela im Jahr 1722. Die Arbeiten bezeugen die Einwanderung des seit dem zweiten Jahrzehnt in Franken aufkommenden flachen Bandschmuckes und zierlich leichter Gehänge namentlich an den Deckenflächen, am Geländer des Treppenhauses u. a. m. anstelle des früheren schweren fleischigeren Akanthus mit naturalistischen Blumen und Früchten¹³⁾. Inwieweit Neumann selbst an der Innenausstattung beteiligt war, ist nicht bekannt. Die Ungelenkigkeit mancher Einzelheiten und gelegentliche wesentliche Abweichungen von seinem Entwurf, namentlich im Treppenhaus, machen wahrscheinlich, daß er nur eben dessen Aufstellung besorgt habe.

An dem den Ehrenhof südlich begrenzenden Flügel scheint eine Unterbrechung eingetreten zu sein; nur so erklärt sich der das Mittelrisalit nach der Achse gegen Westen abschließende Giebel statt des Walmes am Treppen-Risalit. Indessen hat die zeitweilige Abspannung hinsichtlich der Ausführung des Südwestflügels offensichtlich nicht lange ange dauert, da seine Kunstformen mit denen seines Gegenspielers zusammengehen. Kunstgeschichtlich schlägt diese Tatsache überdies nicht stark zu Buch, so sehr im künstlerischen Sinn die Aufgabe des Neumann'schen Gedankens zu bedauern gewesen wäre. Hart ausgefallen ist der Anprall der Rücklagen des Mittelrisalites gegen das Treppenhaus in der aufgehenden Ansichtsfäche: es zeigt sich das recht in dem Anstoß des Gurtgesimses zwischen den beiden Obergeschossen (Abb. bei Jäger, S. 103), und in der Zerrung der Linien der Fenster-sohlbank und des Fenstersturzes im zweiten Obergeschoß zwischen den beiden in Frage stehenden Abschnitten, auch in dem nicht glücklichen Verhältnis des Ausschnittes beider Fensterflächen zu einander. Das ist entweder auf die Ausführung zu schieben oder — unwahrscheinlicher — auf den Erstlingsentwurf des großen Meisters. Im übrigen schließt er sich der alten Fassade Dientzenhofer's an, so auch zur Erzielung von Symmetrie durch Wiederholung seines Erkers an der vorderen Längsfront. Wie Neumann nachmals zusammenfaßt, erhält u. A. aus der Verbindung des Pavillon-Kniegeschosses am Schloß zu Würzburg mit der andrängenden Attika; wie er Größenverhältnisse steigert, zeigt das Verhältnis der Fensteröffnungen im Mittelrisalit und in den Rücklagen des Eingangsflügels seiner Würzburger Schöpfung¹⁴⁾. Weiteres wurde später nachgeholt, z. B. der Einbau des wie schon an der Residenz in Bamberg schräg zur Hauptachse gestellten Hauptportal-Gewändes und im oberen Korridor des stark weißrot gefleckten Stuckmarmor-Gewändes vorden Festräumen mit Marmormosaik-Einlage über dem Türsturz.

Schließlich fehlen auch noch jene Schmiegbarkeit und jener Zauber in Neumann's späteren Werken, z. B. in der Abstufung von Groß- und Kleinfenstern; auch die ihm sonst eigene Ausrundung der Sohlbänke an Saal-Oberfenstern wie am Gartenpavillon des Würzburger Schlosses und am Dikastralbau zu Ehrenbreitenstein¹⁵⁾. Ebrach bedeutet also eine nicht nur zeitliche, sondern auch künstlerische Vorstufe zu des Meisters Großtat an der Residenz in Würzburg. Daß die Ornamentik der Innenräume weit absteht von der hier und in Bruchsal vorwaltenden Rokoko-Weise, erklärt sich unbefangen, nachdem nachgewiesen ist¹⁶⁾, daß Neumann genau so wie Elias Holl am Rathause zu Augsburg¹⁶⁾ für die Ausschmückung der von ihm geschaffenen Räume und für schmückliche Zutaten andere Künstler wie den Schweizer Maler und Zinngießer Johann Rudolf Byss († 1738), den für plastische Arbeiten verwendeten Maler Lünenschloß in Würzburg, den aus Mailand zugewanderten Stuckador Antoni Bossi und den aus Tirol heran gezogenen Hofschlosser Johann Georg Ögg († 1763) bestellt hat, den Schöpfer und Entwurfsverfasser der berühmten, 1821 wahrscheinlich nach England verschachteten Gittertore¹⁷⁾ u. a. m., von Tiepolo zu schweigen. —

Vermischtes.

Die Teilung der preußischen Ministerien des Kultus und des Inneren ist nach Mitteilungen der Berliner Tagespresse aus Weimar beabsichtigt. Die preußische Regierung ist der Ansicht, daß diese beiden Ministerien mit der Zeit einen solchen Umfang angenommen haben, daß es einem Minister nicht mehr möglich ist, den aus der Neuordnung aller Verhältnisse hervor gehenden Anforderungen gerecht zu werden. Das betrifft insbesondere den Neuaufbau des gesamten preußischen Unterrichtssystems und die systematische Pflege der Kunst. Es soll daher das bisherige Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten aufgeteilt werden in ein

1. Ministerium für Volksbildung, das in 4 Abteilungen zerfällt und zwar a) in die Abteilung für Wissenschaft und Hochschulen, einschließlich der Volks-Hochschulen; b) in die Abteilung für höhere Schulen; c)

in die Abteilung für Volksschulen und d) in eine Abteilung für Fortbildungsschulwesen und Fachschulen.

2. Ministerium für geistliche Angelegenheiten.

3. Ministerium für Kunst mit 2 Abteilungen und zwar a) einer Abteilung für Theaterwesen und b) einer Abteilung für bildende Kunst, Musik, Literatur, Museums-wesen, Unterricht in der bildenden und der darstellenden Kunst, künstlerische Volksbildung, Denkmalpflege und Heimatschutz. Dem Ministerium für Kunst soll auch die Hochbau-Verwaltung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten unterstellt werden, während andererseits der Wasser- und Straßenbau dem Handels-Ministerium zugeteilt werden soll, sodaß das jetzige Ministerium der öffentlichen Arbeiten in der Hauptsache ein Verkehrs-Ministerium werden würde. Vom Handels-Ministerium soll das diesem erst 1884 zugewiesene kunstgewerbliche Unterrichtswesen wieder abge-

¹⁰⁾ Wiedergabe in den „Monatsheften für Kunstwissenschaft“ (von 1916) auf Taf. 13.

¹¹⁾ Ueber Greising vergl. Willy P. Fuchs, Abteikirche zu Neresheim und die Kunst Balthasar Neumanns, Dr.-Diss. Stuttgart 1914. S. 58. Auch Gurlitt, S. 331.

¹²⁾ Vergl. Weigmann, Taf. 28 bis 30 aus der Residenz in Bamberg, wo die Blätter nach Art der frühen Deutschrenaissance lederartig herausgehaut sind.

¹³⁾ Abb. „Deutsche Bauzeitung“ 1909, S. 545 und Bildbeilage zu No. 79.

¹⁴⁾ Abb. Würzburg, „Deutsche Bauzeitung“ 1909, Bildbeilage zu No. 79; Abb. Ehrenbreitenstein bei Gurlitt, S. 353 und Lohmeyer, Seitz S. 49, 50.

¹⁵⁾ Fritz Hirsch, Das sogenannte Skizzenbuch Balthasar Neumanns. Beiheft 8 der „Zeitschrift für Geschichte der Architektur“. Heidelberg 1912.

¹⁶⁾ Dirr, Augsburg (in „Stätten der Kultur“, Bd. 20).

¹⁷⁾ Lichtdrucke anderer Werke größeren Maßstabes in den „Blättern für Architektur und Kunsthandwerk“ XIV, Taf. 113, XV, Taf. 45, 46, 55, 85, 115, XIX, Taf. 87, 88, 94, 95, 110. Vergl. auch Jäger, Abb. S. 85 und Keller, S. 79 im Gegensatz zu der älteren Art im Sinn der Deutschrenaissance bei Jäger, S. 83.

trennt und dem Ministerium für Kunst zugewiesen werden, wo es auch hingehört.

Das Ministerium des Inneren soll in zwei Ministerien zerlegt werden, von welchen das eine die Polizei- und die Landesverwaltung, das andere die Gesundheitspflege und das Wohnungswesen zu bearbeiten berufen sein würde.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine so oder ähnlich durchgeführte reinliche Scheidung eine erfolgreichere Arbeit verspricht, als sie bei aller Anerkennung unter den bisherigen Verhältnissen geleistet werden konnte. Es unterliegt aber ebenso wenig dem Zweifel, daß bei dieser Neuordnung stark gegen ererbte Besitzgefühle gekämpft werden muß. Doch auch hier wird der Geist der Zeit fördernd einwirken. —

Linderung der Not im deutschen Baugewerbe. Im Jahr 1894 wurden auf dem Delegiertentag des „Innungs-Verbandes Deutscher Baugewerksmeister“ zu Köln eine Feierabend- und eine Bernhard-Felisch-Stiftung begründet, deren Kapital in den nahezu abgelaufenen 25 Jahren auf etwa 115 000 Mark angewachsen ist. Durch diese Mittel konnte viel zur Linderung unverschuldeter Not im deutschen Baugewerbe getan werden, namentlich in den Zeiten des Niederganges seit Beginn des Krieges. Zu diesen Mitteln ist kürzlich eine weitere Stiftung von 10 000 M. des Hrn. Maurermeisters Hauke in Cottbus getreten, die als Carl Hauke-Gedächtnisspende verwaltet wird. Diesen Anlaß nun benutzt der „Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister“, die Fachgenossen der deutschen Bauwelt zum weiteren Ausbau dieser Stiftungen anzuregen. Er wendet sich an alle, die ihre wirtschaftliche Selbständigkeit in diesen harten Zeiten erhalten können, besonders aber an die, die durch Kriegsarbeit gut verdient haben und fordert sie auf, sei es im Großen, sei es im Kleinen, Spenden zur Linderung der Not im eigenen Beruf zu machen. Zuwendungen an den „Innungs-Verband Deutscher Baugewerksmeister“, Berlin, W. 9, Link-Str. 32. —

Ortsstatut zur Verhütung der Verunstaltung des Stadtbildes von Potsdam. Die Stadtverordneten von Potsdam haben in ihrer Sitzung vom 28. Febr. 1919 ein Ortsstatut zur Verhütung der Verunstaltung des Stadtbildes von Potsdam beraten und beschlossen, das in Kraft treten soll, wenn das sogen. „Publikandum“ aufgehoben und die Baupolizei an die Stadt übergehen wird. Bei der allgemeinen Bedeutung, welche die Erhaltung des Stadtbildes von Potsdam für die preußische künstlerische Kultur im engeren und die deutsche im weiteren Sinn hat, werden wir auf die Angelegenheit eingehender zurück kommen.

Es ist nicht das erste Mal, daß ein solches Ortsstatut von den Potsdamer Stadtverordneten beraten und beschlossen wurde. Schon vor einigen Jahren waren diese um den Schutz der Stadt gegen bauliche Verunstaltungen bemüht; das damals beschlossene Ortsstatut fand jedoch nicht die Genehmigung des Regierungs-Präsidenten, da es in einigen Bestimmungen nicht der Entscheidung des unter dem 31. Aug. 1787 auf Veranlassung Friedrich Wilhelms II. vom Oberhofbauamtsdirektorium erlassenen „Publikandums“ entsprach. Die Weiterverfolgung der Angelegenheit wurde dann durch den Krieg unterbrochen, bis sie nunmehr wieder aufgenommen und zum guten Ende geführt wurde. —

Notstandsarbeiten der niederösterreichischen Landes-Regierung sollen betreffen den Bau des Liesing-Sammelkanals, die Regulierung des Liesing-Baches, die Regulierung der Schwarza, die Regulierung möglichst zahlreicher Bäche und Flüsse Niederösterreichs, den Bau und die Ausgestaltung von Landstraßen usw. Zur Vornahme der Notstandsarbeiten und um Verzögerungen in ihnen zu vermeiden, ist eine Verordnung erlassen, durch die auf Grund eines abgekürzten Verfahrens die schnelle Ueberweisung der für Notstandsarbeiten im öffentlichen Interesse notwendigen Grundflächen erfolgen kann. —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Umbau der Festhalle in Donaueschingen, die im vergangenen Jahr durch Brand teilweise zerstört wurde, ist beschlossen worden. Die Bausumme ist mit 120 000 M. angenommen worden. Es sollen 3 Preise von zus. 1500 M. zur Verteilung gelangen. —

Engerer Wettbewerb Pfarrhaus Neidenburg. Zu unseren diesen Wettbewerb behandelnden Ausführungen erhielten wir unter dem 15. Febr. 1919 von Hrn. Regierungs-Baumeister und Bezirksarchitekten Schlemm in Neidenburg eine Zuschrift mit folgendem Inhalt: „In No. 14 der Deutschen Bauzeitung lese ich mit einigem Kopfschütteln von dem Wettbewerb um das hiesige Pfarrhaus. Nach den in diesem Artikel gemachten Angaben soll auch der hiesige

Bezirksarchitekt irgendwie bei der Entscheidung des Wettbewerbes beteiligt werden. — Wir armen Bezirksarchitekten, woran sollen wir nicht alles schuld sein! Wenn ich allein an Ihren famosen Bodo Ebbardt-Aufsatz denke! — —! Nun beruhigen Sie bitte wenigstens Ihre Leser, daß ich mit dem ganzen Wettbewerbe nicht das geringste zu tun habe und auch nichts zu tun haben will.“

Zu diesem Brief bemerken wir, daß sein Verfasser irrt, wenn er glaubt, daß sich unsere Leser über die Angelegenheit des Pfarrhauses in Neidenburg und die Mitwirkung oder Nichtmitwirkung des Hrn. Schlemm bei derselben beunruhigt hätten. Dazu sind doch wohl die Angelegenheit und die Person des Hrn. Schlemm nicht bedeutend genug. Es handelte sich für uns lediglich darum, mit dazu beizutragen, daß der Wettbewerb im Interesse seiner Teilnehmer ordnungsmäßig durchgeführt werde. Es liegt uns übrigens das Original der Aufforderung zum Wettbewerb, das der Magistrat von Neidenburg unter dem 29. Jan. 1919 verschickte, vor. Darin heißt es zum Schluß: „Die Preisverteilung erfolgt durch den Magistrat nach Anhörung der Stadtbaudeputation unter Hinzuziehung des Bezirksarchitekten“. Der Magistrat muß also doch wohl von der Anschauung ausgegangen sein, daß die Angelegenheit der Wiedererrichtung des Pfarrhauses auch in den Wirkungsbereich des Bezirksarchitekten und zwar amtlich gehört. Hr. Schlemm wird also vermutlich garnicht in der Lage sein, über seine Nichtbeteiligung an der Entscheidung des Wettbewerbes selbständig zu bestimmen, zumal auch zu dem Pfarrhaus nach den Unterlagen des Wettbewerbes staatliche Beiträge gewährt werden sollen. Ist das aber der Fall, dann war Hr. Schlemm verpflichtet, schon bei der Aufstellung des Programmes für den Wettbewerb dafür zu sorgen, daß die Bedingungen im Sinn der deutschen Architektenschaft aufgestellt wurden.

Die Bemerkung Schlemm's: „Wir armen Bezirksarchitekten, woran sollen wir nicht alles schuld sein!“ wird uns übrigens veranlassen, uns mit der Tätigkeit dieses Bezirksarchitekten noch etwas eingehender zu befassen. —

In einem engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Wohnhäuser des Dresdner Kleinwohnungs-Vereins in Cotta, in welchem jedem Teilnehmer eine Summe von 400 M. als Entschädigung zugesagt war und außerdem 1200 M. zur Preisverteilung zur Verfügung gestellt waren, liefen 9 Entwürfe ein. Das Preisgericht, dem u. A. angehörten Oberbau-Kommissar Köster, Stadtbtr. Poelzig, Bauamtmann a. D. Schubert und Stadtbauamtmann Wirth in Dresden, wählte 3 Entwürfe zur Preisverteilung aus und gewährte ihnen 3 gleiche Preise von je 400 M. Die Entwürfe waren: „Ost- und Westsonne“ des Architekten Paul Bock in Dresden-N., „Schlicht“ der Firma Schilling & Graebner, sowie „Jedem sei Haus!“ des Architekten Hofrat Fritz Reuter in Dresden-A. —

Chronik.

Städtebau in Chemnitz. Das sächsische Ministerium hat in den Rahmen der Uebungen und Vorlesungen an der Chemnitzer Bauakademie als neues Lehrfach Städtebau aufgenommen. Den Lehrauftrag erhielt der Leiter des Chemnitzer Stadt-Erweiterungsamtes und der städtischen Bauberatung Architekt Wagner-Poltrock, der im kommenden Sommersemester mit Vorlesungen in Städtebau und heimatlicher Bauweise beginnen wird. Im Wintersemester werden außer den Studierenden der Bauakademie auch die Schüler der Chemnitzer Bauschule, die ebenso wie die Akademie den Technischen Staatslehranstalten angegliedert ist, an diesem Unterricht teilnehmen. —

Die Errichtung eines interalliierten Pantheons für die Toten des Weltkrieges ist von der französischen Akademie der Künste für den Mont Valérien, die Höhe westlich von Paris, jenseits des Bois de Boulogne und oberhalb des Ortes Suresnes an der Seine angeregt worden. —

Ein Denkmal für den Erfinder des Flugzeuges Wilbur Wright soll in Paris auf dem Jakobiner-Platz errichtet werden. Der Entwurf stammt von dem Bildhauer Paul Landowski, einem Träger des Rom-Preises der Ecole des Beaux-Arts in Paris. —

Gartenstadt Tannenwalde. Die Kleinsiedelungs-Gesellschaft Tannenwalde in Königsberg i. Pr. beabsichtigt, in Tannenwalde — Bahnstation Trenker Waldhaus — bei Königsberg i. Pr. nach den Plänen des Arch. D. F. A. Georg Peter in Königsberg eine Siedelung für Minderbemittelte für etwa 300 Anwesen zu erbauen. Die Siedelung soll Raum für etwa 350 Familien bieten und zum überwiegenden Teil Doppelhäuser von 2 bis 3 Wohnräumen nebst Wohnküche und Stall enthalten. Mit jedem Anwesen sind 2550 qm = 1 Morgen Land verbunden. Für die Siedelung kommen in erster Linie Kriegsbeschädigte in Betracht. Der Kaufpreis eines solchen Gebäudes mit einem Morgen Land soll 10 000 bis 12 000 M. bei 1000 M. Anzahlung betragen. Um jede Spekulation zu unterbinden, ist das Rückkaufsrecht vorgesehen. Mit dem Bau von 30 Häusern wird im kommenden Frühjahr begonnen. —

Kleinhaus-Siedelung bei Heidenheim in Württemberg. Die Stadt Heidenheim in Württemberg plant eine gartenstadtartige Kleinhaus-Siedelung, für die Ob.-Brt. Schmöhl in Stuttgart die architektonischen Pläne entworfen hat. —

Literatur.

Stadt- und Landhäuser in Ostpreußen. Mit Unterstützung der Königl. Preuß. Staats-Regierung und des Provinzialverbandes Ostpreußen gesammelt, bearbeitet und herausgegeben von Professor Dr. Richard Dethlefsen, Königl. Baurat, Provinzialkonservator der Denkmäler der Kunst und der Geschichte in der Provinz Ostpreußen. Mit 44 Textabbildungen und 67 Tafeln. München, 1918. Verlag R. Piper & Co. Preis 24 M. —

Das Werk in Quartformat, das eine Rubmestat deutschen Schrifttums während des Krieges im Osten bedeutet, schließt an das bereits vor Jahren veröffentlichte Werk des gleichen Verfassers über die bauerliche Kunst in Ostpreußen sich an. Es behandelt die bürgerliche Kunst dieser Provinz mit einem Reichtum der Formen, der überrascht angesichts „des Jahrhunderte lang als so kunstarm verschrieenen ostpreußischen Landes“. Die Veröffentlichung ist hervorgegangen aus dem Bestreben, für den Wiederaufbau des Landes die Architekten in Geist und Wesen seiner Baukunst einzuführen. Dieses Bestreben fände sicher den vollen Beifall aller Kunstfreunde und auch der Bewohner des Landes, wenn nicht ein guter Teil davon durch die Handhabung der Bauaufsicht in Ostpreußen, so weit sie durch staatliche Stellen oder die Bezirksarchitekten ausgeübt wird, unterbunden würde. Gewiß hat der Verfasser Recht, wenn er ausführt, ein neues, mit den Verhältnissen sehr wenig oder garnicht vertrautes Geschlecht von Architekten sei mit dem Einsetzen des Wiederaufbaues alsbald in das Land geströmt, „von Architekten, die wohl wirtschaftliche Erwägungen, die aber auch guter Wille, ja Begeisterung in das Land führten, die aber alle zunächst in der Formsprache ihrer bis weit in den Süden des Vaterlandes hinauf reichenden Heimat lebten, und diese Formsprache nun auch mit geringer, überlegter, nicht aus künstlerischer Selbstverständlichkeit entspringenden Abwandlung anzuwenden begannen“. Der Verfasser meint, es sei dadurch die Gefahr heraufbeschworen worden, daß eine „reiche Verschiedenartigkeit von dem Land fremden Bauweisen“ neu eingeführt wurde, ja sogar für den Wirkungskreis jedes Architekten von stärkerer Begabung und von stärkerem Einfluß je eine neue. Der Verfasser ist unbefangen genug, zuzugestehen, daß die Aufnahme neuer, von außen kommender Bagedanken hier wie überall an sich kein Unglück sei. Seit den Tagen des deutschen Ordens seien oft genug neue Ansiedler ins Land gekommen und wirkten auf den verschiedensten Gebieten im besten Sinn anregend und befruchtend. Und das sei heute genau so willkommen wie je zuvor. Der Unterschied liege aber darin, daß in der Vergangenheit alles solches Neue in Ruhe habe verarbeitet werden können und vollkommen Zeit gehabt habe, sich von kleinen Anfängen an dem Land und seinen Voraussetzungen, dem Volk und seinen Lebensbedingungen anzupassen, ehe es ein auch im Großen mitbestimmender Faktor geworden sei. Bei der Eile und dem Großbetrieb unserer Tage entstand jedoch die Gefahr, „daß durch die neuen Einflüsse eine unausgeglichene Unruhe und Fremdheit in das Land kam, die der ostpreußischen Eigenart nicht entspricht, und die dem Land die schlichte, herbe Einfachheit und Einheitlichkeit zu nehmen drohte, die ein wichtiger Teil seines Wesens sind“. Dem entgegen zu wirken erachtete der Verfasser für das beste Mittel, die architektonischen Ergebnisse der Vergangenheit in einer ausreichenden Anzahl von Beispielen zu sammeln, um damit dem Entwerfenden von heute eine einheitliche Grundlage des Gewordenen für sein neues Schaffen zu geben.

So entstand das vorliegende Werk, bei dem das Wort gegen das Bild zurücktritt. Es will Anregungen geben, aber nicht abgeschrieben werden: „Der Geist ist es, der aus ihm erkannt werden soll; die neue Form aber zu finden, die in diesem Geist für die neue Zeit und ihre Bedürfnisse in unserem Land paßt und richtig ist, das ist die Aufgabe und die Pflicht eines jeden rechten und gerechten Baumeisters. Nur wer das kann und leistet, und sei es auch im kleinsten Rahmen, der baut mit an dem Werk seiner Zeit, der verdient den schönen Ehrennamen des Architekten. Wer aber an den alten Einzelformen selber kleben bleibt, der wird niemals ein Meister werden, und mögen seine Bauten auch in allen Ecken des Landes aufwachsen“. Diese Äußerungen seien ein Beispiel für die Wärme, mit welcher der Verfasser seinen Gegenstand behandelt. Was er will, ist gut und richtig; es steht leider in einer nicht geringen Zahl der Fälle in schreiendem Gegensatz zu dem, was die zentrale Bauaufsicht bei der Wiederherstellung in Ostpreußen in Wirklichkeit ausübt und damit die Individualität und das Künstlertum des Architekten nicht selten untergräbt. Wir werden wohl einmal hierauf zurückkommen müssen.

Das Werk zerfällt in zwei Abschnitte: in einen mit 44 Bildern nach der Natur ausgestatteten Textteil, dem eine kurze Einleitung voran gesetzt ist und der Abhandlungen über die Stadt, das Land, sowie Ausführungen über kleine Anlagen und Einzelheiten enthält. Ein Schlußwort klingt aus in eine Warnung vor dem Fremden, vor der unglücklichen, rückgratlosen Lust am Ausländertum; es will Häuser, die wirklich heimisch werden wo sie stehen und Selbstverständlichkeiten in ihrer Erscheinung und Umgebung sind.

Der zweite Abschnitt besteht aus 67 Doppeltafeln mit über 700 Darstellungen in Linienart. In zuverlässigen Aufnahmen finden sich hier Schlösser, Landsitze, Stadthäuser des Adels, Rathäuser, Fachwerk-Laubenhäuser, Bürgerhäuser, die Speicher mit ihren Speichermarken und Windfahnen, Scheunen, Ställe, Magazine, Pförtnerhäuser usw. Dazu kommen Einzelheiten wie Portale, Dielen, Treppengeländer, Zimmertüren mit Beschlägen, Gitter, Stuckdecken, Öfen, Stühle, Tische, Schränke und sonstiger Hausrat. Hier sind die Arbeiten von Jahrhunderten auf engem Raum zu übersichtlichem Gebrauch zusammen gedrängt. Es ist ein charakteristisches Bild ostdeutscher Art, das sich in diesen Tafeln entfaltet, die, das kann nicht geleugnet werden, ein einheitlicher Geist durchzieht, trotzdem es mehrere Jahrhunderte sind, die hier gebaut haben. Es ist der Geist des Landes, der auf dem ruht, was sein Kulturboden an baulichen Schöpfungen trägt. Und es ist keineswegs etwa kalte, nordische Art, die aus den Abbildungen spricht, sondern gefühlswarmes deutsches Wesen. Grundrisse, Aufrisse und Einzelheiten vereinigen sich auf den Tafeln zu Wiedergaben, die so weit erschöpfend sind, daß der tätige Baukünstler sich ihrer mit Erfolg bedienen kann. Aus den Aufnahmen geht hervor, daß man auch im Osten zu leben wußte, daß das Leben aber im Sinn der Bilder aus der deutschen Vergangenheit von Gustav Freytag das Gemütleben beschaulicher Verinnerlichung war. Schlicht, anspruchslos, sachlich: das ist der Charakter des Stadt- wie des Gutshauses, wie auch des öffentlichen Gebäudes. So spricht ein guter Geist aus unserem Werk. Möge er sich den Neuschöpfungen mitteilen, die fürsorgliche Hand nach der Not der Zerstörung nunmehr erstehen läßt. —

—H.—

Literatur-Verzeichnis.

- Dr. Glinzer, E., Prof. Der moderne Baustoffunterricht im Lehrplan der Baugewerkschule. Vortrag in der Kriegstagung des Verbandes zu Hamburg am 15. Juni 1916. Arbeiten des Deutschen Gewerbeschulverbandes E. V. Sammlung von Vorträgen, Aufsätzen und Lehrgängen. Heft 1. Leipzig 1917. Albrecht Seemann.
- Dr. Grosse, Prof. Kartenlesen. Eine praktische Einführung mit Abbildungen und Karten. — Geländekunde. Eine Anleitung zum Beobachten in der Heimat insbesondere bei Wanderungen. Stuttgarter Bilderbogen Nr. 12 und 13. 1. bis 5. Tausend. Stuttgart. Franck'sche Verlagsbuchhandlung. Pr. je 25 Pf.
- Laskus, A., Geh. Reg.-Rat. Hölzerne Brücken. Statische Berechnung und Bau der gebräuchlichsten Anordnungen. Mit 303 Abbildungen im Text. Berlin W. 66. 1918. Wilhelm Ernst & Sohn. Pr. 7,40 M., geb. 8 M.
- Dr. Lueddecke, Prof. Entwässerung. — Einiges über die Entwässerung des Kulturlandes und das Dränen des Ackers. Sonderdruck aus der Zeitschrift „Der Kulturtechniker“. XX. Jahrg. 1917, Heft 2.
- Perrey, Stadtb., kgl. Reg.-Bmstr. a. D. Ueber die Monumentalität der Bau-Materialien unter besonderer Berücksichtigung der Mannheimer Verhältnisse.
- Rohde, Hugo, Beigeordneter. Die Mieter-Schutzverordnung (Bekanntmachung des Bundesrats vom 26. Juli 1917) nebst der Anordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern vom 26. Juli 1917 und amtlicher Begründung sowie den sonstigen Bundesratsverordnungen und Ausführungsbestimmungen über Einigungsämter. Mit Einleitung, Erläuterungen und Anhang versehen. Berlin 1917. Industrieverlag Spaeth & Linde. Pr. 1,80 M.
- Schmidt, Karl, Stadtbauinsp. Erlasse und Entscheidungen der deutschen Bundesstaaten betreffend Sicherung von Warmwasser-Heizanlagen nebst Ausführungsformen. München 1917. R. Oldenbourg. Pr. 1,80 M., geb. 2,10 M.
- Spitzenpfel, Lor. Reinh. Das deutsche Einheitskreuz für Kriegergräber im Felde. Ein Beitrag zur Kriegerehrung. Mit 12 Zeichnungen. Lichtenfels 1917. H. O. Schulze. Pr. 25 Pf.
- Stern, Ottokar, Ziv.-Ing., Baudir. Wohnungsnot, Steuerformel und Absonderung der Grundrente. Wien 1917. Karl Gerold's Sohn. Pr. 1 M.

Inhalt: Die Vollendung des Mittelland-Kanales. — Bausteine zur deutschen Kunstgeschichte: Barock zu Ebrach im fränkischen Steigerwald. (Schluß). — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Literatur. — Literatur-Verzeichnis. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. N^o 21. BERLIN, DEN 12. MAERZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Groß-Helsingfors.



Helsingfors, vor dem Krieg etwas über 100 000 zumeist schwedisch sprechende Einwohner zählend, glaubt als Hauptstadt des selbständigen Staates Finnland, der sich kurze Zeit schon als Königreich fühlte, einer glücklichen und entwicklungsreichen Zukunft entgegen zu gehen. Wenigstens herrschte dieser zuversichtliche

erschien seine verdienstvolle Stiftung „Pro Helsingfors“, deren Zinsen zur Verschönerung und Erweiterung der Stadt bestimmt sind. Drei auch außerhalb Finnlands vorteilhaft bekannte Helsingforser Architekten: Eliel Saarinen, Einar Sjöström und Bertel Jung, die sich bereits mit der besseren Ausbildung der inneren Stadt und mit der vorgeschlagenen Bahnhofs-Verlegung befaßt hatten, gewannen so die Mittel, um die Karten zu sammeln und zusammen zu stellen, die Programmpunkte zu klären und die technischen Arbeiten in Angriff zu nehmen, deren Ziel die Schaffung eines Grundplanes für die zukünftige machtvolle Entwicklung der Reichshauptstadt war. Aber es kam die sogenannte „rote“ oder Bolschewisten-Zeit, die das Kleeblatt trennte. Nur Saarinen blieb am Ort und widmete sich unentwegt der großen Aufgabe, für die er Vorentwürfe von Sjöström und Jung (betreffend Brändö, Degerö, Hertonas und Vik) verwerten konnte. Das Ergebnis trägt aber so stark den Stempel Saarinen'scher Gedanken, daß Jung selbst keinen Anstand nimmt, die der Helsingforser Stadtverordneten-Versammlung übergebene Arbeit als den Entwurf Saarinen's zu bezeichnen. Er beabsichtigt nicht, ein eigentlicher Bebauungsplan zu sein, sondern nur die großen Richtungslinien für den Ausbau von Groß-Helsingfors nach praktischen und künstlerischen Grundsätzen klarzulegen und das öffent-

Glaube im Lauf des vergangenen Sommers, als die Kriegslage für Deutschland günstig und die internationale Stellung des finnischen Staates gesichert schien. Damals wurde vom Architekten Bertel Jung die Denkschrift „Pro Helsingfors“ verfaßt, über deren Inhalt hier berichtet wird. Wie man von einem Groß-Wien, Groß-Berlin, Groß-Düsseldorf, Groß-Antwerpen und Groß-Zürich gesprochen hatte und sprach, so begeisterten finnländische Patrioten sich an dem Schlagwort Groß-Helsingfors. Es war ein hervorragender Groß-Kaufmann, Julius Tallberg, der zuerst den Gedanken faßte, durch private Initiative ein Zukunftsbild der glänzenden Reichshauptstadt zu schaffen, zu welcher die bisherige Residenz russischer Provinzsatrapen sich in Schnelligkeit entwickeln soll oder sollte. Am 25. Mai 1917, dem sechzigsten Geburtstag Tallbergs,

liche Interesse für die wichtigen Fragen namentlich in dem Sinn zu erwecken, daß der Blick in die Zukunft, so schwierig und unsicher er sein mag, sich nicht in die jetzigen engen Stadtgrenzen bannen läßt, sondern sich weiter erstreckt auf die umfangreichen Vorortgebiete, deren Ausgestaltung mit dem glücklichen Werdegang einer mächtigen Reichshauptstadt innig verflochten ist. Es soll ein Mahnruf an Alle sein und zugleich ein Vorbild für diejenigen, die zur persönlichen Mitwirkung an der Schöpfung des größeren Helsingfors berufen sind.

Unsere Abbildung S. 103 soll das jetzige Helsingfors mit seinen Umgebungen, das Kopfbild aber den Saarinenschen Entwurf veranschaulichen, soweit der Notgedrungen zu wählende kleine Maßstab es gestattet.

Die Wurzel der inneren Gestaltung der Stadt ist die Verlegung des Hauptbahnhofes, die Grundlage ihrer äußeren Entwicklung bilden die Hafenanlagen. Helsingfors liegt auf einer vielfach gezackten Landzunge, die aus einer tief in das Land eingeschnittenen Bucht sich südwärts erstreckt und so eine westliche und östliche Nebenbucht bildet. Die See, der sogenannte finnische Meerbusen, ist von zahllosen teils felsigen, teils sandigen Inseln und Inselchen, sogenannten Schären, durchsetzt, die die Ostbucht (Gammelstadsförde und Kronbergsförde) und die Westbucht (Drumsöförde) abschließen, während auf den südlichen Inseln sich die Wälle und Mauern der Festung Sveaborg erheben. Die Eisenbahnen des Landes vereinigen sich etwa 4 km nördlich der Stadt bei Frederiksberg zu einer Stammlinie, die bis ins Herz der Stadt vordringt und als Kopfbahnhof am Jernvägstorget endigt (etwa bei A im Kopfbild). Südlich und südöstlich von diesem Platz liegen die Hauptgeschäftsstraßen, insbesondere Mikael-, Alexander-, Höberg-, Kasern-, Unions-Gatan und die breite Alleestraße Esplanadgatan, ferner der Senatsplatz und der Salutorget (Marktplatz). Minder ausgebildet als Geschäftsstraßen sind die Henriks-, Boulevards- und die neue Kaisaniemi-Straße. An hervorragenden Gebäuden enthält dieser Stadtteil u. A. den Senatspalast, das Ateum, das Neue Theater, die vom deutschen Architekten Engel erbaute Universität (1840) und die byzantinische St. Nikolaus-Kirche. Von West nach Ost gerichtet, führt die Esplanaden-Straße über den Marktplatz auf die Halbinsel Skatudden C, wo sich auf einer Höhe die bunte russische Uspenskij-Kathedrale erhebt. Für die Zukunft wird das beschriebene Geschäftszentrum der Stadt als viel zu beschränkt betrachtet; es ist in seiner Entwicklung sowohl durch geringe Straßenbreite und starke Steigungen, als durch die beengende Masse des Hauptbahnhofes beschränkt. Und ebenso beschränkt ist die Entwicklungsmöglichkeit des überlasteten Bahnhofes. Geschäftsstadt und Hauptbahnhof stören sich gegenseitig empfindlich.

Noch störender ist die Lage des Bahnhofes und der Bahn für die nördliche Außenstadt, die geradezu in zwei zusammenhanglose Gebilde, die Stadtteile Tölö und Berghöll, getrennt wird. Verstärkt wird die Trennung durch die sich einschleibende flache Tölöbucht und den Djurgarden-Park. Querverbindungen würden den Bau langer Unterführungen, deren Sohlen unter dem Seespiegel lägen, oder kostspieliger Viadukte bedingen, großstädtischen Anforderungen aber dennoch nicht entsprechen. Darum warf Tallberg den kühnen Vorschlag auf, den Bahnkörper und den Tölösee gleichzeitig zu beseitigen, ersteren durch Zurückverlegung des Hauptbahnhofes um 3 km nach Norden (bis etwa B im Kopfbild), letzteren durch Zuschüttung, um so ein freies Gelände von 3 km Länge und fast 1 km Breite zu gewinnen, das behufs Erweiterung der Geschäftsstadt und zur innigen Verbindung der beiden bisher getrennten Stadtteile in großstädtischer Art bebaut werden kann. Die Schlagader dieser städtebaulichen Neubildung würde eine stolze, geradlinige Prachtstraße sein, genannt „Königs-Avenue“, vom neuen Bahnhofplatz B bis zum alten A mit künstlerischen Unterbrechungen 3 km lang, 90 m breit und Raum gewährend für den

Schnellbahn-, Straßenbahn-, Auto-, Reit-, Radler-, Fahr-, Promenaden- und gewöhnlichen Fußverkehr. Für die große Straßenlänge kann der Verfasser sich auf den Newsky Prospekt in St. Petersburg, die Charlottenburger Chaussee zu Berlin, den Boulevard central in Brüssel, die Avenue des Champs Elysées in Paris berufen, für das angegebene Breitenmaß auf die Avenue de la Reine und die Avenue du Bois de Boulogne in letztgenannter Stadt. Die Parallel- und Querstraßen beiderseits würden nicht unmittelbar in die Straßen der benachbarten Stadtteile übergehen, sondern ein Parkgürtel von wechselnder Breite soll Neues und Altes von einander scheiden, ohne den Verkehr zu unterbrechen. Auf etwa einem Drittel der Länge würde die Königsavenue von einem breiten Straßenzug gequert werden, der die Fortsetzung der Hesperia-Straße in Tölö nach Osten, d. h. nach Berghöll, bildet. Die Kreuzung könnte zu einem architektonischen Stadtmittelpunkt ausgestaltet werden, wo den für die Reichshauptstadt erforderlichen neuen Monumentalbauten würdige Plätze bereitet wären.

Betrachten wir nun die Hafenanlagen, so liegen gegenwärtig in der östlichen Meeresbucht nördlich und südlich von Skatudden bei D und E zwei gut ausgebaute, aber beschränkte Häfen Norra- und Södra-Hamnen. Ein dritter Hafen, Sandvikshamn, ist in der Westbucht bei F angelegt. Die letztgenannten beiden Häfen sind durch die aus dem Hauptbahnhof entspringende, um die West-, Süd- und Ostküste der Altstadt geführte, den Brunnsark G von der Stadt abtrennende Hafenschlußbahn mit dem Eisenbahnnetz verbunden; dem Norrahamn fehlt ein solcher Anschluß. Saarinen schlägt nun unter teilweiser Benutzung amtlicher Pläne die Ausbildung der Halbinsel Sörnäs sowie der westlichen und nördlichen Uferstrecken der Gammelstadsförde (J und K) unter Mitbenutzung der Inseln Knekten, Sumparn und Hanaholm bei Sörnäs (L) sowie Granholm und Färholm (M) in der Förde zu großgedachten Kai- und Hafenanlagen vor, die vorwiegend als Industriestätten und für die Ausfuhr dienen sollen. Ausgedehnte Industriegebiete sind auf Sörnäs, in Vik, Botby und Hertönäs vorgesehen; aber auch für Wohnviertel und dauernde Grünanlagen ist reichlich gesorgt. Letztere bedecken die mittlere Westküste der Gammelstadsförde und die von Osten in sie hineinragenden Halbinseln und stehen im Zusammenhang mit anderen die Stadt und die Vororte durchdringenden Parkflächen.

Im Südosten der Stadt beabsichtigt der Entwurf die Verbindung der Insel Drumsö mit dem Festlande und die Ausgestaltung der dadurch entstehenden geräumigen Bucht — mit den bisherigen Inseln Sandholm (L), Busholm (M) und den Ausläufern von Drumsö (N) — zu sehr stattlichen Kais und Hafenbecken für den Personenverkehr und die Gütereinfuhr. Dagegen ist die eigentliche Drumsöförde nördlich von der Insel dem Geschäftsverkehr ganz entzogen und bildet, von naturschönen bepflanzten Ufern eingefafßt, einen herrlichen Parksee, der die malerische Fölisö-Insel H umspült. Ähnliches gilt von der weiter nordwestlich liegenden Bucht Bredviken. Mit Recht sagt der Verfasser unserer Denkschrift, daß man in einer Stadt wie Helsingfors, in deren Gebiet das Meer in Gestalt zahlreicher tiefer Buchten mit mehr als 20 km Küstenlänge einschneidet, die Wohnplätze nicht ganz von den Ufern verdrängen darf: Bredviken und Drumsöförde sollen deshalb den Einwohnern des ganzen westlichen Groß-Helsingfors freien Zutritt zum Meere gewähren, während im Osten an und in der Gammelstads- und Kronbergsförde wenigstens einzelne Strandstrecken von Brunnsark bis Vik und außerdem die Inselgruppe Högholmen-Bläbarslandet (P Q) als Teile der grünen Natur dauernd erhalten bleiben sollen.

Die außerhalb des Stadtkernes, d. h. außerhalb der gegenwärtigen Stadt, liegenden neuen Siedelungen von Groß-Helsingfors, die mit der Altstadt, den Buchten und Inseln ein Kreisgebiet von 8 km Halbmesser einnehmen,

sind in Saarinen's Entwurf zumeist als abgegrenzte Städtchen geformt worden, die, in die Landschaft gebettet, ihr eigenes Leben führen oder sich mit der Mutterstadt verschmelzen können, je nach dem Gang der Entwicklung. Wir sehen solche Städtchen und Stadtteile in Hagaland, Elvvik, Alberga, Leppävaara, Tali, Haga, Kärböle, Baggböle, Domarby, Aeggelsby, Kottby, Gumträckt, Malm, Boxbacka, Vik, Botby, Hertönäs, Brändö und Degerö. Die letzteren drei Orte sind,

einigt; sowie eine östliche Hafenbahn von Aggelsby über Vik einerseits nach Sörnäs, andererseits über Botby und Hertönäs nach Brandö und Degerö und, soweit es in Zukunft nötig werden sollte, mit einer Abzweigung nach Sandhamn. Dazu kommen Vorstadtbahnen, die den Schnellverkehr bis in den Stadtkern führen, in den Park- und Waldgebieten in der Ebene verlaufen, in den bebauten Stadtvierteln aber als Einschnitt-, Untergrund- oder Hochbahnen gedacht sind. Dieser Teil des Ent-



Das jetzige Helsingfors mit Umgebungen.

ähnlich wie Drumsö, aus Industrie- und Wohnvierteln gemischt, Botby und Vik sind als fast reine Industrieniederlassungen gedacht. Vorortbildungen oder doch Ansätze dazu sind überall schon vorhanden.

Die Verkehrsverbindung dieser Vorstädte mit der Innenstadt geschieht durch eine Ringbahn, welche die Fernlinien verbindet; durch eine westliche Hafenbahn von Alberga über Hagaland und Drumsö nach Busholmen, wo sie sich mit dem bestehenden Hafengleis ver-

wurfes bedarf der näheren Bearbeitung von sachverständiger Seite.

Im übrigen ist das Verkehrsstraßen-Netz, ausgehend vom Vorplatz des neuen Hauptbahnhofes, aus unserer Abbildung am Kopf ersichtlich; es wird, ebenso wie die Straßen- und Blockbildung überhaupt, erläuternder Worte kaum bedürfen. Es mag aber darauf hingewiesen werden, wie sehr auch in Helsingfors, dessen Stadtplanungen noch vor einem Jahrzehnt eine starke Tendenz

zu „malerischen“ Bildungen zeigten, die gerade Linie und sogar die sehr lange gerade Linie in vorwiegende Aufnahme gekommen ist, wie eine fast schematische Regelmäßigkeit gelegentlich nicht gescheut wird und wie sogar manche Stellen des Saarinen'schen Entwurfes innig an Pariser Bildungen erinnern. Die Planung im Einzelnen ist indes vorbehalten, und es ist wahrscheinlich, daß alsdann die Unregelmäßigkeiten des Geländes, das stellenweise von felsigen Hügeln, bis zur Höhe von 15^m und mehr, Felshängen und kleinen Tälern durchsetzt ist, zu mannigfaltiger Gestaltung führen werden.

Die bestehenden Stadtteile sind nur insofern vom Entwurf berührt, als der Anschluß der Königs-Avenue und die Verbindungen mit den neuen Vierteln es nötig machen. Nach Drumsö wird entlang der alten, zu elektrifizierenden Hafenbahn eine stattliche Verkehrsstraße gewonnen. Am südlichen Ende der Königs-Avenue ist eine Platzanlage mit dem neuen Rathaus gedacht, beim

Landhausvorort Meilans ist der Platz für eine monumental geordnete Gruppe von Universitätsgebäuden ausgewiesen, etwas weiter nördlich ebenso eine Gruppe von Neubauten für die Technische Hochschule geplant.

Jung's Denkschrift und Saarinen's Entwurf sind wichtige künstlerische Erzeugnisse aus der Zeit des Weltkrieges, die unser Interesse stark in Anspruch nehmen und unsere Anerkennung in hohem Maß verdienen. Werden auch die Folgen dieses Krieges für unser deutsches Vaterland unermeßlich traurig sein, so sind doch unsere Wünsche für den neuen Staat Finnland, der während einer kurzen Zeitspanne mit uns gemeinsam Seite an Seite den Kriegspfad wandelte, nicht weniger herzlich. Mit dem Wohl des Landes aber ist das Aufblühen seiner Hauptstadt eng verbunden. Möge ihr die schöne gemeinsame Arbeit Saarinen's, Sjöström's und Jung's zum Segen gereichen! —

J. Stübgen.

Vermischtes.

Die Technische Hochschule in München und die Techniker. Man schreibt uns aus München: „Die Technische Hochschule München hatte unter dem 18. Juni 1918 die Stelle eines Kustos der Architektursammlung zur Neubesetzung ausgeschrieben. Die Bewerbungen waren bis 15. Juli 1918 einzureichen. Vor kurzem nun ist die Stelle besetzt worden durch einen Kunsthistoriker, der bisher am Generalkonversatorium angestellt war. Es muß zunächst auffallen, daß zur Entscheidung über eine ausgeschriebene Bewerbung ein volles halbes Jahr gebraucht und damit wenig Verständnis für die Nöte der Bewerber in einer wirtschaftlich so schweren Zeit wie der jetzigen gezeigt wurde. Die von der Staatsregierung in mehrfachen Verordnungen gebotene Rücksicht auf Kriegsteilnehmer blieb außer Acht, ebenso der Umstand, ob die Bewerber sich in einer festen Stellung befanden oder nicht. Schwerwiegender ist die Tatsache, daß die Stelle, die durchaus für einen Techniker geeignet gewesen wäre, durch einen Nichttechniker besetzt wurde. Jeder Einwand, daß für die Besetzung eine besondere Eignung maßgebend gewesen sei, wird mit der Tatsache entkräftet, daß sich unter den Bewerbern Techniker befanden, die neben ihrem Fachwissen über eine abgeschlossene historische und verwaltungstechnische Ausbildung verfügten. Wenn die technischen Behörden selbst über ihre Berufsgenossen durch derartige Zurücksetzungen den Stab brechen, dann ist allerdings der seit Jahren geführte Kampf um die dem Techniker gebührende Stellung im öffentlichen Leben hoffnungslos!“ —

Technischer Beigeordneter für Mainz. Bei der Verwaltung der Stadt Mainz ist die Stelle eines technischen Beigeordneten zu besetzen, die vom Oberbürgermeister mit Frist zum 15. April 1919 zur Bewerbung ausgeschrieben ist. Verlangt wird der Nachweis abgeschlossener Hochschulbildung und erfolgreicher selbständiger Betätigung auf dem Gebiet des Bauwesens. Aus dieser allgemeinen Fassung geht hervor, daß Bewerber aus beiden Gebieten des Bauwesens, des Hoch- wie des Tiefbauwesens, erfolgreich sich bewerben können. Das Gehalt beträgt 9000 M. und steigt bis zu 12 000 M. Hierzu werden die üblichen Zulagen gewährt. —

Ein Kunststreit an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Wir berichteten auf S. 59 dieses Jahrganges der „Deutschen Bauzeitung“ über Unruhen, die in der Schule des Oberbaurates Prof. Leopold Bauer an der Akademie der bildenden Künste in Wien aufgetreten waren und zu Weiterungen geführt haben. Wir stellten in Aussicht, über die Angelegenheit weiter zu berichten, wenn neue Tatsachen vorliegen würden. Diese scheinen nunmehr vorzuliegen, denn Wiener Tagesblätter erhalten mit der Bitte um Veröffentlichung eine Zuschrift mit folgendem Inhalt: „In den letzten Wochen sind zu verschiedenen Malen Berichte über eine Differenz zwischen Professor Bauer und seinen Schülern in die Öffentlichkeit gelangt. Die damaligen Hörer, die zum überwiegenden Teil nur vier Wochen unter Bauers Leitung gearbeitet haben, erheben Anklagen gegen den Meister, die auf nichts weniger als auf Entfernung desselben von der Akademie-abzielen. Auch wurde von diesem Schülerrat ein Ternavorschlag für die Besetzung dieser „freien Stelle“ dem Professorenkollegium übermittelt. Die auf Antrag des Lehrers gegen ihn eingeleitete Disziplinaruntersuchung endete damit, daß sich gar keine Grundlage für irgendeine Disziplinierung ergab, so daß Professor Bauer der Akademie erhalten bleibt. Als Schüler der verschiedenen Jahrgänge

der Schule Bauers benützen wir diese Gelegenheit, um unserer Freude darüber Ausdruck zu geben, daß dieser bedeutende Künstler, den wir auch als ausgezeichneten Lehrer verehren, seine Kraft auch fernerhin der Ausbildung junger Architekten widmen wird.

Ernst Immelmann, Justin Fukala, Lorenz Schweighofer, Paul Krusch, Alfred Fischer, Karl Kotraschek, Franz Reiger, Hans Miedel, Julius Steindler und Josef Reißig.“

Diesem Ausdruck der Freude schließen wir uns an. Es wäre ein weder neues noch zu begrüßendes K: apfmittel, wenn es einer Handvoll Hörern, die aus irgend einem nichtigen Grund unzufrieden mit ihrem Professor sind, den Lehrern aus seinem Amt zu verdrängen. Ge: und Terror in der Kunst — nein, dafür ist dieses Reich ein zu hohes und erhabenes! —

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für ein Verwaltungsgebäude der Sparkassen-Girozentrale in Hannover wird vom Verwaltungsrat mit Frist zum 31. Mai 1919 erlassen. 3 Preise von 4000, 3000 und 2000 M.; die 15 nach den preisgekrönten Entwürfen kommenden Arbeiten werden für je 500 M. angekauft. Im Preisgericht u. A. die Hrn. Reg.- und Baurat Dr.-Ing. Ph. Nitzsche in Berlin, Baudirektor Prof. Dr.-Ing. Fritz Schumacher in Hamburg, sowie Stadtbdt. Paul Wolf in Hannover. Ersatzmann ist Hr. Geh. Bt. Prof. Dr. Albrecht Haupt in Hannover. Unterlagen unentgeltlich durch die Sparkassen-Girozentrale in Hannover, Wärmeküchekamp 11 A. —

Im engeren Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Friedhof-Anlage mit Krematorium bei Magdeburg (siehe S. 83 in No. 18) ist der Entwurf des Architekten Prof. Albin Müller in Darmstadt siegreich geblieben und einstimmig zur Ausführung gewählt worden. —

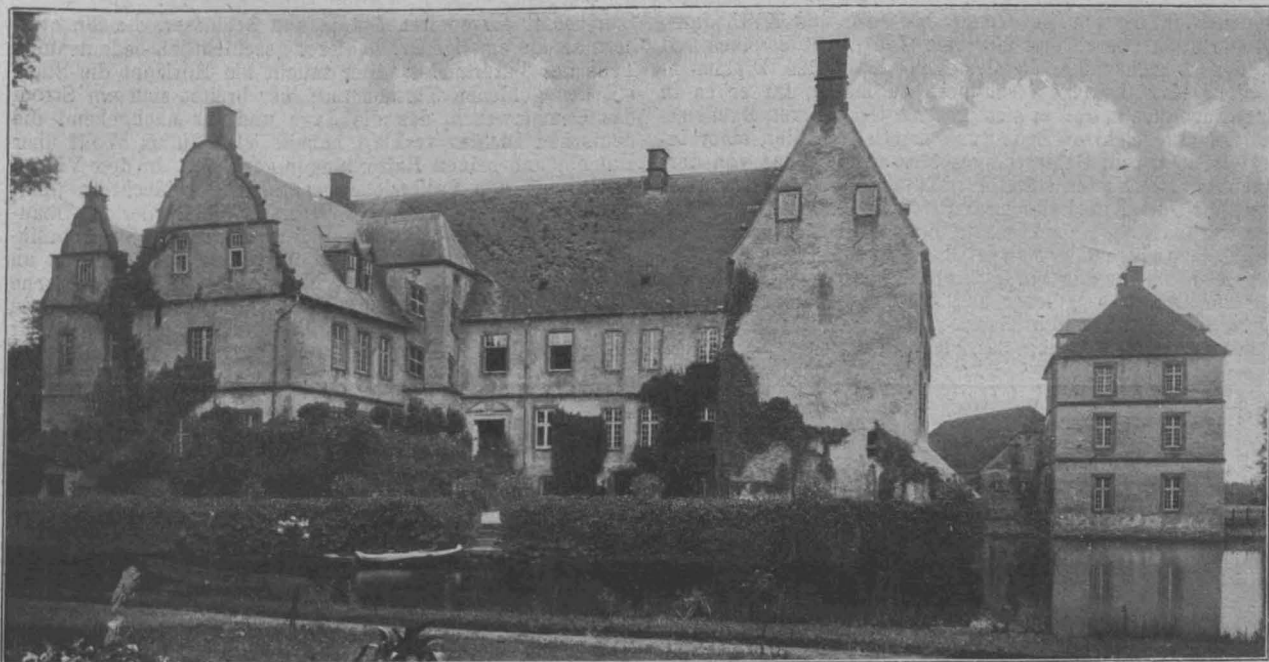
Im Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für Ehren-Urkunden, erlassen vom württembergischen Ernährungs-Ministerium, fiel der I. Preis von 600 M. an Karl Sigrüst in Kaltental; der II. Preis von 400 M. an Paul Körner in Stuttgart; der III. Preis von 300 M. an Adolf Schmidt daselbst. —

Chronik.

Ueber Wasserkraftsausnutzung im Auslande entnehmen wir der wirtschaftlichen Zeitschrift „Handel u. Industrie“, daß in Steiermark die Errichtung von 3 durch Hochspannungseleitungen mit einander verbundenen Großkraftwerken mit zusammen 150 000 PS geplant ist, von denen das Kraftwerk in Faal bei Marburg an der Drau mit rd. 50 000 PS nahezu vollendet ist. Es soll ganz Steiermark mit Strom versorgt und auch solcher bis nach Wien und Niederösterreich geliefert werden. In Frankreich, wo mit Unterstützung der Regierung während des Krieges am Ausbau der Wasserkraft eifrig gearbeitet worden ist, sollen gegen 200 000 PS neu gewonnen sein. In Italien sind Bestrebungen nach staatlicher Regelung der Erzeugung und Verteilung elektrischer Kraft im Gange, nachdem bereits Konzessionen für die Ausnutzung von mehr als 2 Mill. PS erteilt sind. Eine der größten Wasserkraftanlagen der Welt soll an der Grenze zwischen Spanien und Portugal errichtet werden unter Ausnutzung eines Wasserfalles des Duero. Man veranschlagt die zu gewinnende Kraft auf 350 000 PS. Eine Gesellschaft zum Bau des Werkes ist in Bilbao gegründet. In Norwegen soll eine Kommission eingesetzt werden, die einen Plan zur einheitlichen Versorgung des Landes mit Elektrizität aufstellen soll. —

Inhalt: Groß-Helsingfors. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Nördansicht des Schlosses Tatenhausen.

Aus: Max Sonnen, „Die Weserrenaissance“. IV. Veröffentlichung des „Westfälischen Heimatbundes“.

Verlag der Aschendorff'schen Verlagsbuchhandlung in Münster in Westfalen. 1918.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 22. BERLIN, DEN 15. MAERZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Die Renaissance der Weser-Länder. (Hierzu eine Bildbeilage.) Von Dr.-Ing. Albert Hofmann.



Seit der Hermanns-Schlacht im Teutoburger Wald und seit der Vernichtung des römischen Heeres des Varus in den deutschen Eichenwäldern um die Porta Westfalica ist die Weser in ihrem oberen und mittleren Lauf ein geheiligter Strom für jeden Deutschen, sind die Wälder und Länder zu ihren beiden Seiten geheiligte Gebiete des zweitausendjährigen Deutschland. Heinrich von Kleist, der unglückliche Sänger der gewaltigen „Hermanns-Schlacht“, hat in heißer Vaterlandsliebe zwei Jahre vor seinem 1811 in Wannsee erfolgten gewaltsamen Tod jene Ereignisse dichterisch verklärt, seiner Dichtung aber auch die beiden Zeilen voran gesetzt, die in unseren Tagen des nationalen Unglückes geschrieben sein könnten:

„Wehe, mein Vaterland, dir! Die Leier zum Ruhm dir zu schlagen,

Ist, getreu dir im Schoß, mir, deinem Dichter verwehrt.“

Hundertundzehn Jahre sind verflossen, seit das Drama entstand, in dem deutsche Vaterlandsliebe vielleicht ihren glühendsten Ausdruck fand; im gleichen Jahr, 1809, aber hat der Dichter als ein Seher des deutschen Volkes auch die Frage aufgeworfen: „Was gilt es in diesem Krieg?“ Gelte es, was es sonst gegolten habe in den Kriegen, die geführt worden sind auf dem Gebiet der unermesslichen Welt? Gelte es den Ruhm eines jungen und unternehmenden Fürsten, der im Duft einer lieblichen Sommernacht von Lorbeeren geträumt habe? Oder gelte es Genugtuung für die Empfindlichkeit einer Favorite? Gelte es einen Feldzug, der wie ein Schachspiel geführt werde, bei welchem kein Herz wärmer schlage, keine Leidenschaft das Gefühl schwellen, kein Muskel vom Giftpfeil der Beleidigung getroffen empor zucke? Gelte es irgend etwas, das nach dem Wert des Geldes auszumessen, heute besessen, morgen aufgeben und übermorgen wieder erworben werden könne? Alles das verneint der Dichter, um zu versichern, eine Gemeinschaft gelte es, „deren Wurzeln tausendästig, eine Eiche gleich, in den Boden der Zeit eingreifen, deren Wipfel, Tugend und Sittlichkeit überschattend, an den silbernen Saum der Wolken rührt, deren Dasein durch das Drittel eines Erdalters geheiligt worden ist; eine Gemeinschaft, die unbekannt mit dem Geist der Herrschsucht und der Eroberung, des Daseins und der Duldung so würdig ist wie irgend eine; . . . deren ausgelassenster und ungeheuerster Gedanke noch, von Dichtern und Weisen auf Flügeln der

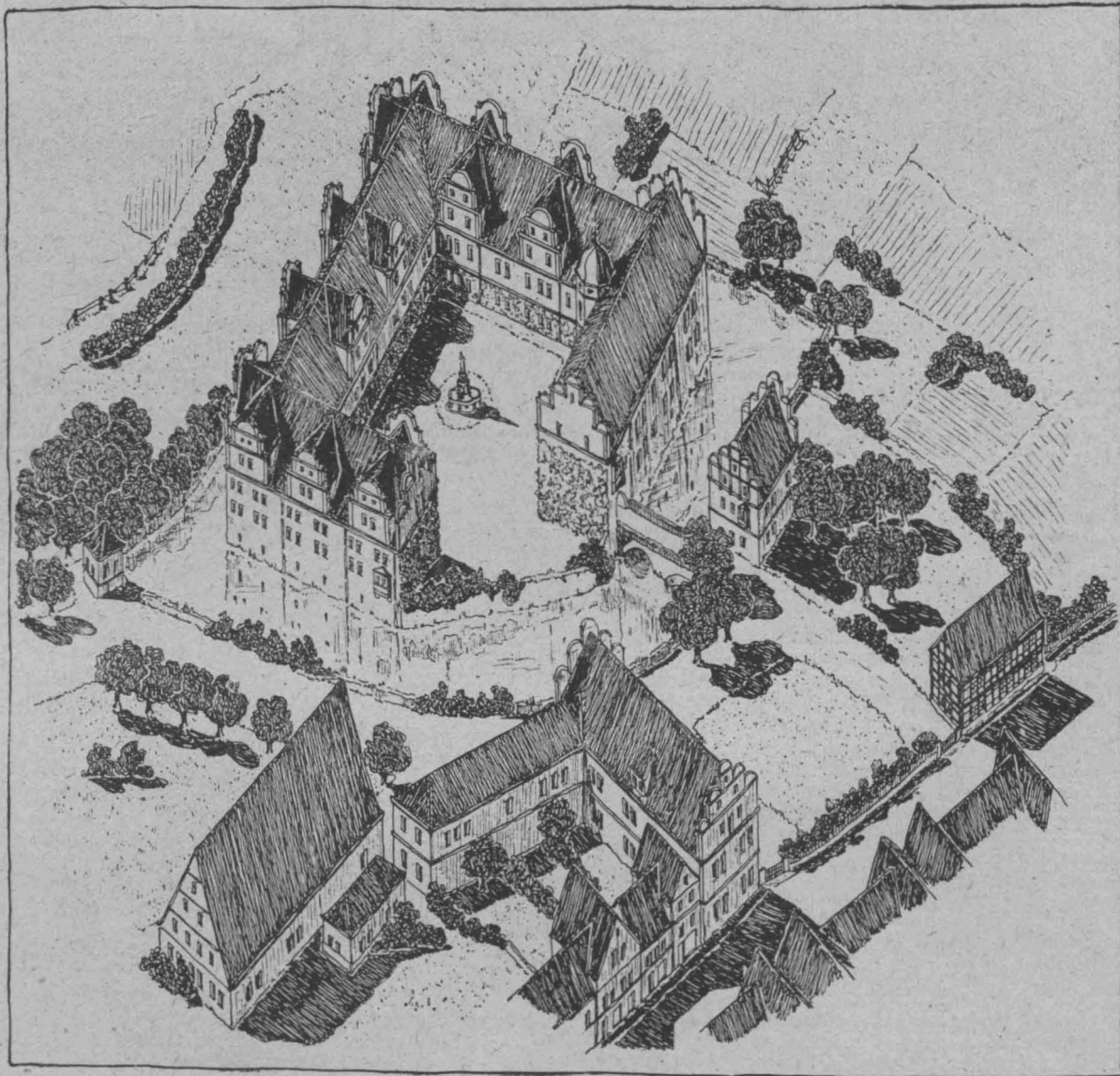
Einbildung erschungen, Unterwerfung unter eine Weltregierung ist, die in freier Wahl von der Gesamtheit aller Brudernationen gesetzt wäre. . . . Eine Gemeinschaft, die dem Menschengeschlecht nichts in dem Wechsel der Dienstleistungen schuldig geblieben ist, die den Völkern, ihren Brüdern und Nachbarn, für jede Kunst des Friedens, welche sie von ihnen erhielt, eine andere zurück gab. Eine Gemeinschaft gilt es, die den Leibniz und Gutenberg geboren hat, in welcher ein Guericke den Luftkreis wog, Tschirnhausen den Glanz der Sonne lenkte und Kepler der Gestirne Bahn verzeichnete. Eine Gemeinschaft, die große Namen, wie der Lenz Blumen, aufzuweisen hat; die den Hutten und Sickingen, Luther und Melanchthon, Josef und Friedrich auferzog; in welcher Dürer und Cranach, die Verherrlicher der Tempel, gelebt und Klopstock den Triumph des Erlösers gesungen hat. Eine Gemeinschaft mithin gilt es, die dem ganzen Menschengeschlecht angehört!“ So war es ein Deutscher, dem der Ruhm gebührt, schon vor mehr als 100 Jahren das angeregt zu haben, was heute, in banger Schicksalsstunde, das ganze deutsche Volk bis in seine innersten Herzensfragen bewegt.

Und dieser Gedanke der Gemeinschaft — so schließt sich der Kreis der weltgeschichtlichen Ereignisse — ist erwachsen aus der Seelennot eines seherischen Dichters nach den Ereignissen der ersten Jahre des neunzehnten Jahrhunderts, die Auge und Sinn zurück lenken ließen auf die Schlacht im Teutoburger Wald; aus der Beschäftigung mit den Ländern beiderseits der Weser, die mit ihrem landschaftlichen und romantischen Zauber heute wie ein Kleinod eingebettet liegen in eine Umgebung, deren industrielle Entfaltung wohl den materiellen Fortschritt der Zeit darstellt, zugleich aber auch ihre Ernüchterung, ihre Materialisierung in sich begreift. Mit lautem Willkommen zu begrüßen ist daher eine Veröffentlichung, welche die baulichen Schönheiten dieser Ländergebiete im Bilde für fernere Zeiten festzuhalten sucht*). Als der „Westfälische Heimatbund“ sich entschloß, die Renaissance an der Weser, die

*) Die Weserrenaissance. Die Bauentwicklung um die Wende des XVI. und XVII. Jahrhunderts an der oberen und mittleren Weser und in den angrenzenden Landesteilen. Von Dipl.-Ingenieur Max Sonnen. Westfälischer Heimatbund. Der ersten Folge 4. Veröffentlichung. Verlag der Aschendorff'schen Verlagsbuchhandlung zu Münster i. W. LXIV Seiten und 203 Tafeln. Gebunden 38 M. —

Bauentwicklung um die Wende des XVI. und XVII. Jahrhunderts am oberen und mittleren Teil dieses Stromes und in den angrenzenden Landesteilen durch den Diplom-Ingenieur Max Sonnen schildern zu lassen, tat er es in dem Bewußtsein, daß es sich um eine Gruppe von Baudenkmalern von höchster Bedeutung handle, die hier, einer Insel gleich, in ein Gebiet eingeschlossen sind, das von dem flüchtigen Reisenden ständig umfahren wird und das daher sowohl in der Kunstwissenschaft wie in den weiteren Kreisen der Fachleute noch wenig bekannt ist. Es sind Bauwerke, vorwiegend profanen Charakters, die um die Mitte des XVI. Jahrhunderts durch mehr als ein halbes Säkulum auf das Geheiß geistlicher und weltlicher Fürsten, der Regierungen aufblühender Hansa-Städte und des Adels, der Städteverwaltungen und Patrizier-Geschlechter, des erfolg-

Landschaft eingebettet, Städte und Schlösser, die ihn erinnern an die einstige Größe dieser geschichtlich bedeutsamen Teile des Vaterlandes. Hier taucht am Horizont die Stadt mit den goldenen Türmen auf; hier breitet sich am Strom das Gemeinwesen, das die Sage und ihr nachgehend die deutschen Dichter verklärt haben. Was Julius Wolff über Hameln und seinen Rattenfänger gesungen, in den Versen Hoffmanns von Fallersleben späteren Geschlechtern überliefert wurde, was Friedrich Wilhelm Weber, der in Alhausen in Westfalen geborene Dichter des Epos „Dreizehnlinden“ bei seinen Wanderungen durch die Landschaften an Weser und Diemel schilderte, das ist deutsche romantische Schönheit in einem Teil des Vaterlandes, der wie kaum ein zweiter Baukunst mit den Wundern einer lieblichen Natur vereinigt. In den Sängern jener Gauen lebt ein tiefes reli-



Schloß Stadthagen aus der Vogelschau.

Aus: Max Sonnen, „Die Weserrenaissance“. IV. Veröffentlichung des „Westfälischen Heimatbundes“. Verlag der Aschendorff'schen Verlagsbuchhandlung in Münster in Westfalen. 1918.

reich das Handwerk treibenden Bürgers und des wohlhabenden Bauern in Stadt und Land an der oberen und mittleren Weser entstanden sind und heute Städte und Orte wie Minden, Paderborn, Wewelsburg, Höxter, Hameln, Lemgo, Detmold, Bielefeld, Herford, Bückeburg, Stadthagen mit einer Anziehungskraft ausstatten, die der vieler berühmteren Kunststätten nicht nachsteht. Wer heute, erfüllt von einer tiefen und neuen Liebe zur Heimat, einer Liebe, die ihn wieder gläubig an eine Zukunft Deutschlands denken läßt und ihn mit neuer Hoffnung für die Zukunft erfüllt, mit starkem und frohem Sinn für alles, was deutsch ist und deutsch war, aber doch auch wieder nachdenklich und wehmütig zugleich, die großen Städte, in denen Industrie, Handel und Verkehr fiebern, flieht und sehnsüchtig nach der ursprünglichen Kraft und der Schönheit der Wälder und Höhen an der Weser und der sanften Ruhe ihrer stillen Täler zustrebt, der findet hier wahre Kleinodien in die reiche

giöses Empfinden für die natürlichen und die durch den Menschen geschaffenen Schönheiten, die sich hier um den Lauf des deutschesten aller nach Norden eilenden Ströme sammeln. Wenn der in Hildesheim geborene Freiherr Börries Albrecht von Münchhausen auf seinen Gütern in Bückeburg lebte und in seinem „Ritterlichen Liederbuch“ in meisterhafter Beherrschung der deutschen Sprache in unserer Zeit die Weltanschauung des mittelalterlichen Feudalrittertums wieder aufleben ließ, so fand er die Anregung hierzu durch den Besuch der alten Schlösser der Weser-Gauen. Auch die aus dem Lippe'schen, aus Bückeburg stammenden von Strauß und Torney bekundeten ihren religiösen konservativen Sinn, wenn sie die Eindrücke, die sie bei den Besuchen auf den alten reichen Bauernhöfen des Landes machten, in ihren Dichtungen wieder anklingen ließen. Und würde Wilhelm Raabe, der Dichter der „Alten Nester“, seine gemütvollen Dichtungen haben schreiben können, wenn er

nicht immer und immer wieder die in wunschloser Weltabgeschiedenheit träumenden stillen Nester mit ihren geheimen Schönheiten in unstillbarem Verlangen aufgesucht hätte, über welchen sich der Himmel der Lande an der Weser wölbt? So geht von diesen Orten, die einst, in Deutschlands Herrlichkeit, ein reiches Leben beseelte, noch heute ein geheimnisvolles Regen und Walten aus, das zum größten Teil in ihren unvergleichlichen architektonischen Schönheiten und in der zaubervollen Romantik ihres stillen Eigenlebens begründet ist. Diese Schönheiten und diesen Zauber im Bilde festgehalten zu haben, ist das für die Kriegszeit doppelt anzuerkennende Verdienst, das aus der Veröffentlichung der „Weser-Renaissance“ dem „Westfälischen Heimatbund“ erflossen ist.

Das Gebiet, um welches es sich hier handelt, ist das Gebiet zunächst des östlichen Westfalen. Westlich davon

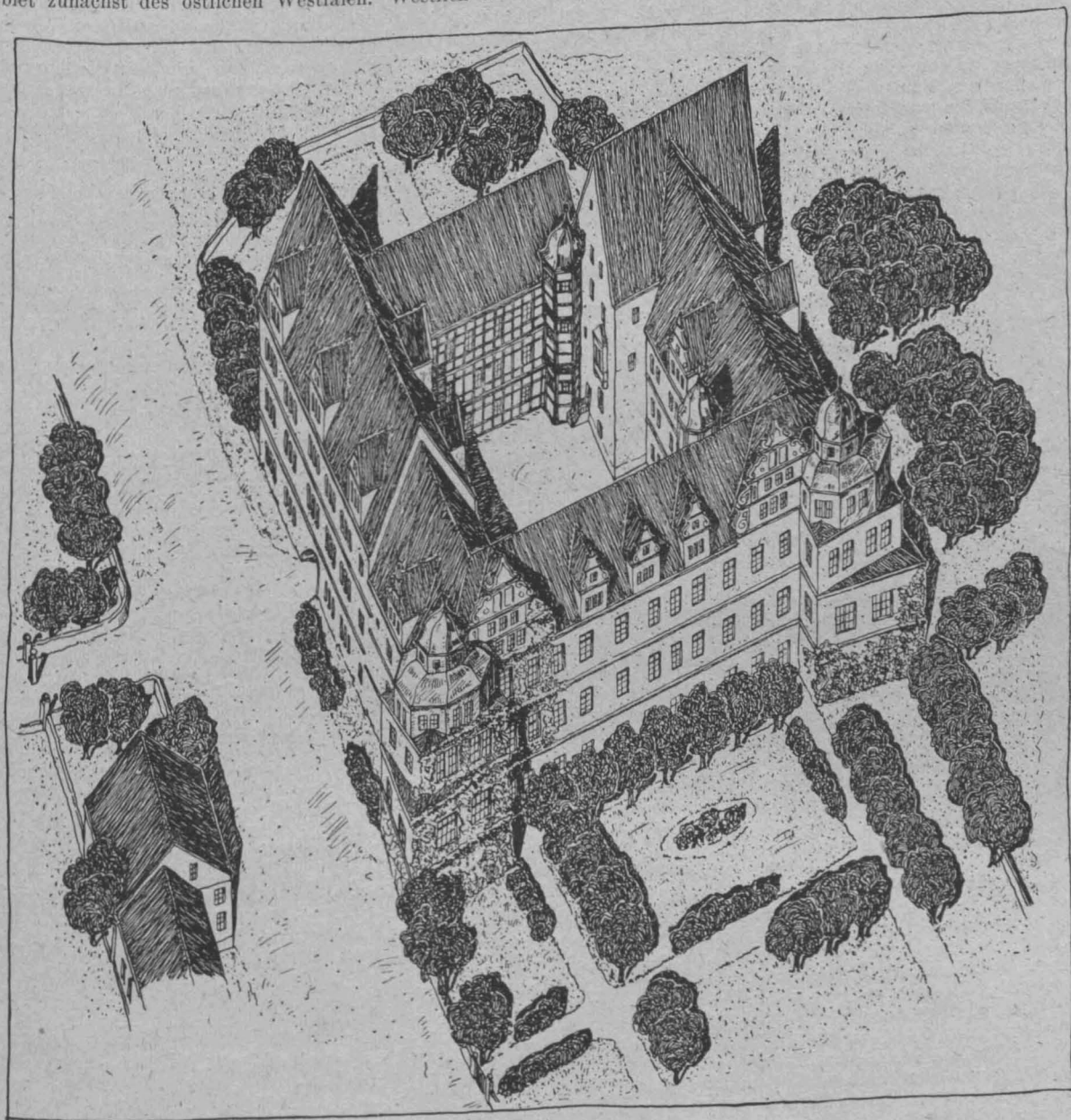
fälsch bodenständiger Art; damit der von Westen eingedrungenen Art „mindestens ebenbürtig“. Beide aber entstanden doch immerhin unter den von Süden, aus Italien nach dem Norden eingedrungenen Einflüssen, die auch Kleist bei aller Vaterlandsliebe anerkennt, wenn er in der „Hermannsschlacht“ den Fürsten der Katten, Wolf, Hermann fragen läßt:

„Es scheint, du hältst dies Volk des fruchtbaren Latiums

„Für ein Geschlecht von höherer Art,
„Bestimmt, uns roh're Kauze zu beherrschen.“

Hermann erwiderte darauf:

„Hm! In gewissem Sinne sag' ich: ja.
„Ich glaub', der Deutsch' erfreut sich einer größeren
„Anlage, der Italiener doch hat seine mindere
„In diesem Augenblicke mehr entwickelt.“



Schloß Varenholz aus der Vogelschau.

Aus: Max Sonnen, „Die Weserrenaissance“. IV. Veröffentlichung des „Westfälischen Heimatbundes“. Verlag der Aschendorff'schen Verlagsbuchhandlung in Münster in Westfalen. 1918.

macht sich ein anderer Kunstkreis geltend, der aus Frankreich und den Niederlanden nach Westfalen vorgedrungen ist, in einer Gruppe von Bauten, die vor allem im Stromgebiet der Lippe unvergängliche Denkmäler umfaßt. Dieser Kreis von Baudenkmalern, den der „exotische Schimmer flandrischer Phantasiefülle“ umgibt, ist in der zweiten Veröffentlichung der damaligen „Westfälischen Kommission für Heimatschutz“, dem heutigen „Westfälischen Heimatbund“, der den Titel führt: „Die Meister von Schloß Horst“, dargestellt worden. Verschieden davon ist das, was um die gleiche Zeit in den östlichen Landesteilen der heutigen Provinz Westfalen entstanden ist. Es ist eine zweite Gruppe von Kulturwerken der Renaissance mit „Werten urdeutscher, west-

Das war namentlich zur Zeit der deutschen Renaissance und der ihr folgenden Barockzeit der Fall. Die Umbildung der Renaissance auf deutschem Boden macht aber hier aus der künstlerischen Betätigung einen eigenen und selbständigen Kulturkreis, dem die „Lust am Schmücken, der Genuß beim Schaffen von Gebilden, die lediglich ihrer Form wegen entstanden sind und keinen konstruktiven Gedanken ausdrücken sollen“, eigen ist. Keine Zeit, sagt Sonnen zutreffend, war so frei von dem beengenden Einfluß der Forderung korrekter Stilreinheit, wie die Zeit der Renaissance: „Wohl kaum eine andere Zeit hat so frei von Schablone, so ursprünglich gearbeitet; wohl zu keiner anderen Zeit sind die Bauschöpfungen so sehr der Ausdruck

des gesamten Kulturstandes des ganzen geistigen Lebens als in der Renaissancezeit. Eine Fülle origineller Ideen, Äußerungen einer köstlichen Lebensfreude und eines starken sinnlichen Lebensgenusses, die sich zu wahren Orgien steigern, wie etwa in den Werken Wendel Ditterlins, geben den Schöpfungen ihr ureigenes Gepräge und verleihen ihnen unendlichen Reiz. So verschiedenartig infolge dieser Unterströmungen die einzelnen Schöpfungen sind, so klingen sie doch alle zusammen und bilden ein in sich geschlossenes Ganzes, das seine Einheitlichkeit vor allem der gemeinsamen Grundlage eines durch die Schulung der gotischen Zeit hochentwickelten Handwerkes verdankt. Einheitlich sind die Schöpfungen der Zeit vor allem auch deshalb, weil die Meister als Kinder ihrer Zeit für die gleiche Auffassung nur tausendfältige Ausdrucksformen anwandten. Der Verfasser glaubt, daß es für die Beurteilung der Bauschöpfungen der Zeit der Renaissance in Deutschland nicht von einschneidender Bedeutung sei, daß uns die Meister der meisten Werke infolge der spärlichen Ueberlieferungen unbekannt seien. „Denn nicht die große architektonische Idee in den einzelnen Bauten, die auf den jeweiligen Schöpfer zurück zu führen von Interesse wäre, bildet den Wert der Renaissancebauten, sondern die Art, wie wenige in ihren Grundzügen ähnliche Bauaufgaben — Schloß, Rathaus und Wohnbauten — im Sinne der Zeit durchgebildet wurden“. Hat Sonnen damit einen der großen Wesenszüge der deutschen Renaissance richtig erkannt, so ist damit aber zugleich auch der grundlegende Unterschied gegeben, der die deutsche Renaissance von der italienischen trennt.

Vermischtes.

Ersparungen bei Errichtung von Hochbauten. In No. 10 der „Deutschen Bauzeitung“ führt Hr. Bauingen. Georg Stern in Hannover aus, daß bisher in Deutschland durch zu weit gehende Anforderungen der Behörden bezüglich der Standsicherheit von Hochbauten viele Millionen an Arbeitslöhnen und Baustoffen nutzlos vergeudet worden sind. Er regt an, für die Berechnung der Tragkonstruktionen von mehreren übereinander liegenden Decken den Anteil der Nutzlast um einen gewissen Prozentsatz, der nach unten mit der Geschoßzahl zunehmen müßte, zu vermindern.

Zweifelloos könnten Baustoffe in weit größerem Maß gespart werden, wenn die in den amtlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Zahlen für Nutzlasten, die infolge übertriebener Sicherheit fast durchweg zu hoch angenommen sind, herabgesetzt werden würden.

Für einen Raum in einem Wohn- oder kleineren Geschäftshaus von 4 mal 6 m beispielsweise ist eine Nutzlast von $24 \cdot 250 = 6000 \text{ kg}$ anzunehmen. Prüft man das Gewicht der in einem solchen Raum vorhandenen Möbel, so wird man, abgesehen von etwa vorkommenden besonderen Belastungen durch Akten, Bücher, Waren, Maschinen usw., die besonders in Rechnung zu stellen sind, in der Regel nicht über 1000–1200 kg kommen. Rechnet man das Gewicht von 15 erwachsenen Personen mit je 75 kg hinzu, so erhält man insgesamt erst eine Belastung der Decke von rd. 2400 kg oder $\frac{2}{5}$ der anzunehmenden Nutzlast. Nimmt man ferner zur Sicherheit sowie mit Rücksicht auf besonders ungünstige Fälle die doppelte Belastung an, so könnte immer noch, da in den für die Berechnung der Tragkonstruktionen vorgeschriebenen Zahlen der zulässigen Beanspruchungen der Baustoffe durchschnittlich eine 4fache Sicherheit enthalten ist, ohne Gefahr für die Standsicherheit des Gebäudes, $\frac{1}{5}$ der anzunehmenden Nutzlast in Fortfall kommen, sodaß diese nur noch 200 kg für 1 qm beträgt. Diese Zahl würde auch eine bessere Abstufung gegenüber der neuerdings für Kleinhausbauten zugelassenen Nutzlast von 150 kg/qm ergeben. In ähnlicher Weise ließe sich die Herabsetzung der übrigen Zahlen für die anzunehmenden Nutzlasten um 20 % begründen.

In welcher Weise ferner mit den Baustoffen, z. B. mit Holz in Deckenkonstruktionen Verschwendung getrieben wird, geht aus der Tatsache hervor, daß in den wenigsten Balkendecken das Holz der Balken bis zu seiner zulässigen Grenze von 100 kg/qcm auf Biegung beansprucht wird. Die zulässige Grenze in der Beanspruchung wird bei Verwendung der üblichen Balkenprofile $\frac{21}{26}$ und bei der Annahme einer Gesamtbelastung von 500 kg/qm rechnerisch nur erreicht, wenn diese Balken eine Freilänge von 6 m haben und in 1 m Teilung verlegt sind. Die am meisten vorkommenden Freilängen der Balken schwanken aber zwischen 4,5 und 5,5 m und die am häufigsten sich ergebende Teilung beträgt etwa 90 cm. Für Balken von 5 m Freilänge in 90 cm Teilung ergibt sich z. B. unter der Annahme von gleichförmig verteilter Last ein Moment $M = 152\,000 \text{ cm}^2\text{kg}$. Die Biegebbeanspruchung wird bei Verwendung von Balken $\frac{21}{26}$ mit $W = 2336 \text{ cbcm}$, hiernach nur 64 kg/qcm oder rd. $\frac{3}{5}$ der

Denn in der letzteren handelt es sich um die organische Neubildung der verschiedenen, dem Leben dienenden Arten von Bauten im Gegensatz zur Auffassung dieser Bauten in der Kulturschauung des Mittelalters. Dieses trennt sich in Italien schärfer von der Renaissance als in Deutschland.

Der Umstand, daß für die deutsche Renaissance weniger die Arten von Bauten als deren formale Behandlung in Frage kommt, hat den Verfasser veranlaßt, das von ihm zu bearbeitende Gebiet nach der formalen Durchbildung einzuteilen, um an ihr die Eigentümlichkeiten der Renaissanceeschöpfungen im Weserlande und im östlichen Westfalen zu schildern. Es ergab sich bei näherem Studium, daß sich Gruppen von Bauten zusammenfassen lassen, die einzelne Stufen der Entwicklung darstellen und infolge gleichartiger Beeinflussung zusammen gehören. Es zeigte sich weiter, daß nach ursprünglich einheitlicher Entwicklung bald zwei Hauptrichtungen auftreten, die sich durch die Hauptorte Paderborn und Hameln kennzeichnen lassen. Beide Richtungen nähern sich beim Uebergang in den Barockstil wieder. So ergaben sich für die Betrachtung die folgenden 5 Hauptgruppen:

I. Die Holz- und die Steinbauten der Frühzeit der Renaissance.

II. Die Bautengruppe von Lemgo.

III. Paderborn und sein Einflußgebiet.

IV. Hameln und sein Einflußgebiet.

V. Die barocken Steigerungen der Spätzeit.

Diesen Gruppen sei die Schlußbetrachtung gewidmet. —

(Schluß folgt.)

zulässigen Beanspruchung. Für Balken von geringerer Freilänge kann trotz höherer Teilung in gewissen Fällen das Verhältnis zwischen der tatsächlichen und der zulässigen Beanspruchung noch ungünstiger werden. Für Balken über 6 m Freilänge wird in der Regel ein statischer Nachweis gefordert.

Wenn wir auch an Bauhölzern keinen Mangel haben, so trägt diese Vergeudung doch auch zur unnötigen Verteuerung der Bauten bei und sollte im allgemeinen Interesse heute so viel wie möglich eingeschränkt werden.

Eine bessere Ausnutzung des Holzes in Deckenbalken könnte dadurch erreicht werden, daß für jedes Deckenfeld, wie bei Verwendung von eisernen Trägern, durch besonderen statischen Nachweis oder aber an Hand von Tabellen jeweils das des erforderlichen Widerstandsmomentes entsprechende Balkenprofil bestimmt werden würde. Um Verwechslungen zu vermeiden, die an der Baustelle durch Verwendung von verschiedenen Balkenprofilen eintreten könnten, müßten Holzbalken ähnlich wie Träger gezeichnet werden. —

Bauingenieur Gustav Heun, Berlin-Schöneberg.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung und für Antwort ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Chronik.

Erweiterung der Gebäude der Technischen Hochschule in Wien. Um der stets stärker sich geltend machenden Raumnot an der Technischen Hochschule in Wien zu steuern, die hauptsächlich in den Abteilungen für Maschinenbau und Chemie aufgetreten ist, wurden das Kriegsschulgebäude und das Dreihufeisengebäude in den Kreis der Gebäude für die Technische Hochschule einbezogen und für Zwecke des chemisch-technischen Institutes hergerichtet. Gleichzeitig sind die Laboratorien im Arsenal in Benutzung genommen worden und es wurde ein Stockwerk auf das alte Chemiegebäude aufgebaut. Durch diese Erweiterungen wird die Zahl der Laboratorienplätze auf etwa 400 gesteigert. —

Inhalt: Die Renaissance der Weser-Länder. — Vermischtes. — Chronik. —

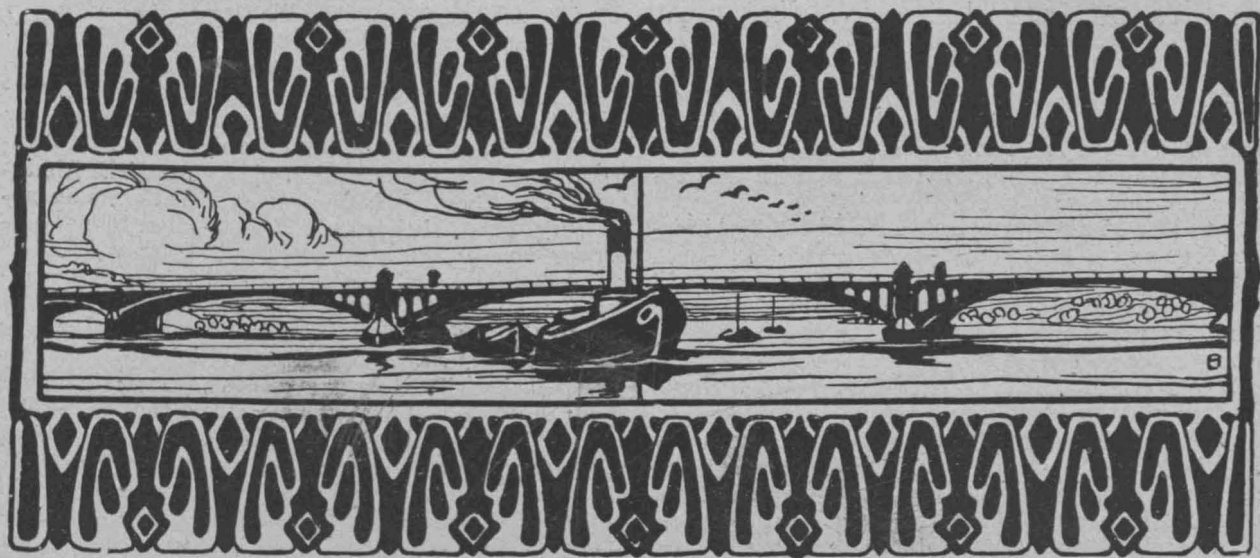
Hierzu eine Bildbeilage: Die Renaissance der Weser-Länder. Gesamtansicht des Rathauses in Lemgo.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DIE RENAISSANCE
 DER WESER-LÄN-
 DER. ** GESAMT-
 ANSICHT DES RAT-
 HAUSES IN LEMGO.
 AUS: „DIE WESER-
 * RENAISSANCE“ *
 VON MAX SONNEN.
 * VERLAG DER *
 ASCHENDORFF-
 SCHEN VERLAGS-
 BUCHHANDLUNG
 * ZU MÜNSTER IN *
 WESTFALEN. * 1918.

=== DEUTSCHE ===
 BAUZEITUNG
 53. JAHRGANG 1919.
 ***** NO. 22. *****



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. NO 23. BERLIN, DEN 19. MAERZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die Vollendung des Mittelland-Kanales.

Vom Geheimen Rat Prof. Dr. Dr.-Ing. h. c. H. Engels in Dresden. (Schluß.)



In den folgenden Abschnitten wird der Nutzen des Kanales und der ihn versorgenden Tal-sperren für die Wasser- und Kraftwirtschaft sowie für die Landeskultur nochmals besonders und auch zutreffend beleuchtet. Während die weiteren Darlegungen über die militä-rische und kriegswirtschaftliche

Bedeutung der geplanten Wasserstraßen inzwischen ja an Gewicht verloren haben, verdienen aber die daran anschließenden Abschnitte eine besondere Hervorhebung.

Zunächst wird die Frage: Nord-, Mittel- oder Südlinie?, als die eigentliche Kernfrage der Denkschrift, beantwortet. Die Nordlinie ist ganz ausgeschieden. Was die Mittellinie angeht, so hatte bereits Meitzen¹⁾ für den Fall, daß die südliche Linie nicht gebaut werden sollte, eine Abänderung der Nordlinie dahin ver-langt, daß sie über Peine und Braunschweig geführt werden sollte: so wie auch die Mittellinie laufen soll.

Die Denkschrift kommt nun zu folgendem Ver-gleich der beiden Linien mit ihren Verlängerungen bis zum Ihle-Kanal, dem Verbindungskanal zur Saale und den zugehörigen Stichkanälen.

	Mittellinie		Südlinie	
	Strecken-länge km	Bau-kosten Mill. M.	Strecken-länge km	Bau-kosten Mill. M.
1. Hauptkanal	148	92,2	152	96,53
2. Weiterführung des Kanals über die Elbe hinweg bis Burg	12	25,—*)	30	33,—
3. Verbindungskanal zur Saale	53	30,74	37	20,—
4. Zugehörige Zweig-kanäle	64	33,98	41	22,6
Zusammen . .	277	181,34	260	172,13

*) Für den Ausbau des Ihle-Kanals von der Mündung der Mittellinie bis zu der Südlinie (rd. 4 km) sind 1 Mill. Mark in Ansatz gebracht.

Die Südlinie würde hiernach sowohl nach der ge-samten Baulänge als auch nach den Baukosten gün-

stiger sein als die Mittellinie: ein Ergebnis, das, so wertvoll es auch an sich ist, für die Beantwortung der aufgeworfenen Frage weniger ausschlaggebend sein wird als allgemein-wirtschaftliche Erwägungen.

Von besonderem Wert sind die folgenden in der Denkschrift behandelten Einwendungen gegen die Südlinie.

1. Die Südlinie verteuere infolge ihrer größeren Länge den Durchgangsver-kehr. Tatsächlich würde die Fahrt von Misburg nach Burg über die Südlinie eine um 6 Stunden längere Fahrzeit erfordern. Das gilt aber nur für den Durch-gangsverkehr von Westfalen nach Berlin; für den nach der oberen Elbe sind die Längen fast gleich, nach dem Saale-Gebiet ist sogar der Weg über die Südlinie kür-zer als der über die Mittellinie. Dabei ist aber zu be-achten, daß die für die Mittellinie berechnete Fracht-ersparnis für Kohle vom Rhein nach Berlin 4 M./t be-trägt und sich bei Benutzung der Südlinie auf 3,80 M./t ermäßigt. Diese Verminderung an Frachtersparnis um 20 Pf./t ist aber so unbedeutend, daß sie ernstlich weder vom Versender noch vom Empfänger, geschweige denn vom Verbraucher irgendwie empfunden werden kann. Schifffahrt und Kanalunternehmer werden durch diesen Frachtunterschied überhaupt nicht betroffen. Es wird weiter ebenso zutreffend ausgeführt, daß man bei der Betrachtung des Durchgangsverkehres immer nur von der Verkehrsbeziehung Westfalen-Berlin aus-gegangen sei und nicht berücksichtigt habe, daß bei der Südlinie auch der Durchgangsverkehr Elbe und Saale aufwärts in Rechnung zu stellen sei. „Gewiß“, so heißt es zutreffend, „wird vorläufig der erstere den letzteren bedeutend überragen. Wer aber kann die Entwicklung des mitteldeutschen Industriegebietes voraussehen? Wer kann sagen, welche Mengen Kohlen Rheinland-Westfalen für seine Eisen- und Stahlindustrie auf Jahre hinaus selbst braucht, und was nach Ausblei-ben der englischen Kohle aus den deutschen Nordsee-häfen unsere großen Schifffahrtsgesellschaften in Bremen und Hamburg an Kohle beanspruchen?“ Und was besonders zutreffend und beachtenswert ist: „Wie Schifffahrtssachverständige versichern, wird der Schiffs-verkehr nach Berlin stets unter dem Mangel an ausrei-chenden Rückfrachten leiden“.

2. Die Südlinie sei teurer als die Mit-

¹⁾ Aug. Meitzen, Topographische Erwägungen über den Bau von Kanälen in Deutschland. Berlin 1870, Wiegandt und Hempel.

tellinie. Das trifft nur zu, wenn man den Hauptkanal für sich allein betrachtet.

3. Für die Südlinie seien einerseits ausreichende Wassermengen nicht vorhanden, anderseits aber werde der Harz durch die geplanten Talsperren verunziert. Ich halte mit der Denkschrift diese Behauptungen für unbegründet.

4. Für die Südlinie liege die Möglichkeit einer Erweiterung nicht vor. Auch das halte ich in Uebereinstimmung mit der Denkschrift für unbegründet. Es sind andere Erwägungen, die dazu führen, statt eines weiteren Ausbaues der Südlinie eine vorwiegend dem westöstlichen Durchgangsverkehr dienende Abkürzungsstrecke Hannover-Ferchland-Genthin in Aussicht zu nehmen.

5. Mehr als dreiviertel des gesamten künftigen Verkehrs auf dem Mittelland-Kanal werde westöstlicher Durchgangsverkehr sein. Die Untersuchungen der Denkschrift lassen diesen Einwand als hinfällig erscheinen. Ueberdies sei es noch keineswegs sicher, ob sich auf dem neuen Kanal überhaupt ein überwiegend westöstlicher Durchgangsverkehr entwickeln werde, da die in Frage kommenden Kanäle zunächst noch verschiedene Abmessungen aufwiesen, für den Schiffsverkehr über die Elbe hinaus nicht mit der erforderlichen Rückfracht gerechnet werden könne, Holz, Getreide und Kartoffeln zum Teil auf dem Seewege billiger und rascher befördert werden könnten, Getreide und Kartoffeln auch im Allgemeinen keine allzulange Schifflagerung zu ertragen vermöchten.

6. Der bei der Südlinie vorgesehene Anschluß des mitteldeutschen Industriegebietes könne genau so gut bei der Mittellinie nach Bernburg und Halberstadt durch abzweigende Stichkanäle erreicht werden. Dazu wird zutreffend bemerkt, daß dieses rein technisch wohl möglich sei, daß aber dabei die Abzweigung zur Saale bedeutend länger, kostspieliger und wirtschaftlich weniger wirkungsvoll sein werde. Der Fahrtdauer-Unterschied auf der Strecke Misburg-Bernburg beträgt zugunsten der Südlinie gegenüber der Mittellinie 5 Stunden, und auf der Strecke Misburg-Halberstadt zugunsten der Südlinie 16 Stunden.

7. Der Güterverkehr des mitteldeutschen Industriegebietes sei in der Hauptsache nach Norden und Osten gerichtet. Auch diese Behauptung wird zahlenmäßig widerlegt.

Der Abschnitt wird mit dem sehr treffenden Hinweis abgeschlossen, daß, wenn es nur auf den westöstlichen Durchgangsverkehr ankomme, man folgerichtig die kürzeste nördliche Linie von Oebisfelde durch die Letzlinger Heide in gerader Richtung zur Mündung des Plauer Kanales wählen müsse. Es würde unwirtschaftlich sein, beide Kanallinien gleichzeitig zu erbauen. Man werde diejenige Linie auch zeitlich zu bevorzugen haben, die den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft am weitesten entgegen komme. Erst dann, wenn die Südlinie einer Entlastung bedürfe, werde die Veranlassung gegeben sein, eine vorwiegend dem Durchgangsverkehr dienende kürzeste Verbindung von der Hauptstrecke des Mittellandkanales direkt zum Plauer Kanal abzuzweigen. Durch diese nördlichste Linie würden für den Durchgangsverkehr nach Berlin gegenüber der Mittellinie 32 km, gegenüber der Südlinie 56 km an Wegelänge erspart werden. Es würden nur 3 Schleusen notwendig werden, so daß also auch in dieser Beziehung die technisch-einfachste Lösung vorläge. Endlich würde der Elbeübergang im Zuge der Linie Oebisfelde-Genthin unter besonders günstigen Verhältnissen stattfinden können.

Weiter wird in der Denkschrift ausgeführt, daß die Verkehrsverwaltung sich mit denjenigen Gruppen abfinden muß, die bezüglich der einzuschlagenden Wege verschiedener Ansicht sind. Die in diesen Gruppen vertretenen Bestrebungen haben auch zu dem Fran-

zsius'schen Versuch geführt, die Interessengegensätze zwischen der Nord- und der Südlinie durch Wiederaufnahme des erwähnten Vorschlages von Meitzten auszugleichen, d. h. zu der Bearbeitung der Mittellinie. Hamburg und Lübeck bekunden ihr Interesse an der Nordlinie, indem sie durch den Rehderschen Nord-Südkanal von Lauenburg zu dieser eine wesentliche Abkürzung des Weges nach Rheinland und Westfalen anstreben. Tatsächlich würde dadurch der Binnenwasserweg von Hamburg nach Gelsenkirchen von 705 km auf 488 km verkürzt werden. Ich trete aber rückhaltlos der Bemerkung der Denkschrift bei, daß es nicht recht zu verstehen sei, weshalb Hamburg in Verfolgung dieses Zieles nicht die noch kürzere Linie über Bremen-Bramsche betreibe, die nur etwa 374 km lang sein würde. Auch das halte ich für durchaus zutreffend, daß es für Hamburg noch eine Frage ernster Erwägung sein müsse, ob es überhaupt seinem Lebensinteresse entsprechen würde, den Verkehr von seiner natürlichen SchiffsstraÙe, — der Elbe, Hamburg selbst nennt sie seine Lebensader — durch den Nord-Südkanal abzulenken. Der Hamburger Widerstreit ist, wie mir bekannt, nur zu erklären aus der Befürchtung, daß der Kanal Bramsche-Bremen-Hamburg eine Abwanderung des Kohlenumschlages nach Bremen zu ungunsten Hamburgs herbei führen würde: eine Befürchtung, die ich mir nicht zu eigen machen kann. Auch Lübeck würde durch den letztgenannten Kanal die denkbar kürzeste Verbindung mit dem Ruhrkohlengebiet erlangen, also m. E. richtiger handeln, wenn es in Gemeinschaft mit den beiden anderen Hansastädten diesen Kanal anstatt des Nord-Südkanales anstreben würde²⁾.

Berlin legt natürlich besonderen Wert auf eine möglichst direkte Verbindung mit dem Westen. Folgerichtig müßte es dann aber auch für die kürzeste nördliche Linie unter Vermeidung des großen Umweges über Magdeburg eintreten. Wenn aber Berlin diesen Umweg nicht scheut, dann sollte es auch einen Kanalan Anschluß an das mitteldeutsche Industriegebiet für sich zu erreichen suchen, mit dem es bereits sehr wertvolle Verkehrsbeziehungen hat.

In Magdeburg sind die Ansichten über die vorteilhafteste Linienführung noch geteilt. Während die Handelskammer sich für die Mittellinie ausgesprochen hat³⁾, haben sich die Interessenten in dem industriell besonders wichtigen Süden der Stadt dahin geäußert, daß eine südliche Mündung des Mittellandkanales für Magdeburg, insonderheit für seine südlichen Stadtteile, von allergrößter Wichtigkeit, ja für ihre Industriezentren geradezu eine Lebensfrage sei. Die Befürchtung der Stadt Magdeburg, daß ihr im Norden gelegener Industriehafen bei einer südlichen Kanalführung geschädigt werden würde, kann nicht als zutreffend erachtet werden, da der im Anschluß an den Abstieg der Südlinie zur Elbe längst geplante östliche Umgehungskanal in die Elbe gegenüber Rotensee einmünden wird. Damit wird aber das hier gelegene Industriegelände und der Industriehafen Anschluß an den Mittellandkanal erhalten. Auch ist es außer Frage, daß das Gelände des Umgehungskanals für die Ansiedelung neuer industrieller Werke sehr wertvoll sein wird.

Die von O. Franzius vorgeschlagene Ueberführung des Mittellandkanales über die Elbe würde nur dem Durchgangsverkehr nach Berlin zugute kommen, der Stadt Magdeburg aber eher zum Schaden denn zum Nutzen gereichen. Die Anhänger der Ueberführung des Kanales über die Elbe gehen von der Voraussetzung aus, daß die Elbe bei niedrigen Wasserständen die tiefgehenden Kanalschiffe zum Ableichtern zwingen und daß der Durchgangsverkehr auf der Elbe durch den Kanaldurchgangsverkehr, der die Elbe von Westerhüsen

²⁾ In meiner Schrift: „Der deutsche Seehafen Hamburg und seine Zukunft“ (vergl. Jahrg. 1918 der Deutsch. Bauztg., No. 69) habe ich mich für den Nord-Südkanal ausgesprochen und die Frage der Linienführung des Mittelland-Kanals offen gelassen. Meine inzwischen angestellten Untersuchungen haben mich jedoch zu der obigen, veränderten Stellungnahme geführt.

³⁾ Jahrg. 1918 der Deutsch. Bauztg., No. 77.

bis Niegripp benutzen müsse, in übermäßiger Weise belastet werden würde. In dieser Beziehung sind die Ausführungen Symphers von Bedeutung, die er am 15. Februar 1918 in einer vom Ausschuß zur Förderung des Rhein - Weser - Elbe - Kanales veranstalteten Ver-

von 2,3 m bei Mittel-Niedrigwasser schaffen. Damit dieses aber demnächst nie unterschritten wird, bedarf es eines reichlichen Wasserzuschusses, der am besten durch den Ausbau der Beraun-Talsperre in Böhmen gewonnen werden kann. Unbedingt angewiesen ist



Nordwestflügel der Hämelschenburg bei Hameln an der Weser.

Aus: Max Sonnen, „Die Weserrenaissance“. IV. Veröffentlichung des „Westfälischen Heimatbundes“. Verlag der Aschendorff'schen Verlagsbuchhandlung in Münster in Westfalen. 1918.

sammlung gemacht hat und die in der Denkschrift wiedergegeben sind: „Oberhalb und unterhalb Magdeburg auf den vom Kanalverkehr zu berührenden Strecken sind die Verhältnisse der Elbe wegen des dortigen schwachen Gefälles besonders günstig. Nach einer dafür aufgestellten Berechnung läßt sich hier eine Tiefe von 2 m bei genügender Breite läßt sich auch sicherstellen durch die zwecks Elektrizitätserzeugung bereits früher und neuerdings wieder in Anregung gebrachte Saale-Talsperre bei Hohenwarte von 169 Mill. cbm Inhalt. Man kann also, ohne auf das Entgegenkom-

men Oesterreichs angewiesen zu sein, die Elbe bei Magdeburg den Bedürfnissen der Kanalschifffahrt anpassen. Im übrigen können die Stromelbe und der nach dem Wasserstraßengesetz von 1911 vorgesehene Umgehungskanal sowohl den Strom- wie den Kanalverkehr bewältigen. Die Stromelbe nun wird das schon bei 2^m Wassertiefe jedenfalls so lange können, so lange der Rhein-Hannover-Kanal nur von dem sogen. 600 t-Schiff mit einer größten Tauchung von 1,75^m benutzt werden kann, so lange also dieser Kanal nicht

für das 1000 t-Schiff mit 2^m Tauchung umgebaut sein wird.

Symphor hat in der erwähnten Versammlung empfohlen, mit einem abschließenden Urteil über die zu wählende Linie so lange noch zurück zu halten, bis alle Unterlagen vorliegen.

Ich glaube, daß die Braunschweiger Denkschrift gerade durch ihre überaus zahlreichen Unterlagen die Entscheidung über die Linienwahl wesentlich fördern wird. —

Vermischtes.

Baupolizeiliche Erleichterungen für den Wohnhausbau in Preußen. Mit Recht wird seit langem darüber Klage geführt, daß die meisten städtischen Bauordnungen mit ihren Bestimmungen auf das vier- und fünfgeschossige Miethaus, wie es leider in der Großstadt üblich geworden ist, zugeschnitten sind. Werden die hohen Anforderungen an Mauerstärken, Belastungsannahmen, Treppen und Brandmauern, die aus Gründen der Standfestigkeit und Feuersicherheit für solche Großhäuser berechtigt sind, auch auf Kleinhäuser und Wohngebäude mit geringerer Geschößzahl übertragen, die unbeschadet in leichter Bauart ausgeführt werden können, so werden damit in unnötiger Weise die Baukosten verteuert. Diesem Uebel abzuweichen sind vor kurzem in einer Sonder-Polizeiverordnung Erleichterungen für den Wohnhausbau vorgesehen worden. Im Hinblick darauf, daß in größeren Städten und Industriebezirken fürs erste neben dem eigentlichen Flachbau auch das mehrstöckige Kleinwohnungshaus noch beibehalten bleiben muß, hat der Staatskommissar für das Wohnungswesen in Preußen vor kurzem „erlassene“, die eine wesentliche Ersparnis an Baukosten ermöglichen und die Bauweise in wirtschaftlicher Hinsicht wettbewerbsfähig erhalten. Als Mittelhäuser im Sinne der Vorschrift gelten Wohnhäuser für Klein- und Mittelwohnungen, die nicht mehr als 3 Vollgeschosse und insgesamt nicht mehr als 6 Wohnungen enthalten, wobei jedes Geschöß aus höchstens 8 Wohnräumen bestehen darf. Auch dürfen sie keine Wohnräume im Kellergeschöß haben. Weitestgehendes Entgegenkommen ist auch für die Einfriedigungen an der Straße vorgesehen, damit für die Verwendung von lebenden Hecken und für die Anlage von Grünstreifen vor den Häusern möglichste Freiheit verbleibt.

Der vorstehend erwähnte Erlaß datiert vom 10. Februar 1919 (St. 6. 163). An technischen Erleichterungen läßt er für aufgehende Wände, insbesondere Außenwände auch Fachwerkbau, die Verwendung von Leichtsteinen mit Außenputz, überhaupt alle behördlich anerkannten Bauweisen zu, wenn sie den örtlichen Verhältnissen entsprechen. Belastete Außenmauern brauchen im Kellergeschöß nicht über 2 Steine, im Erd-, 1. und 2. Obergeschöß nicht über 1½ und im Dachgeschöß nicht über 1 Stein stark zu sein. Für die anderen Mauern gelten entsprechend verringerte Abmessungen. Trennungswände zwischen Reihenhäusern können ½ Stein stark oder in Fachwerk hergestellt werden, müssen dann aber beiderseitig verputzt sein. Nur alle 40^m sind Brandmauern nötig. Für die Berechnung von Decken braucht die Eigenlast der Balkendecken nur mit 200 kg/qm, die Nutzlast mit 150 kg/qm bis zu 5^m Zimmertiefe angesetzt zu werden. Alle Massivdecken verschiedenster Ausbildung dürfen in allen Geschossen in den durch die statische Berechnung nachgewiesenen Spannweiten verwendet werden. Auch bezüglich der Lage der Schornsteine, ihrer Wandstärken und gemeinsamen Benutzung werden Erleichterungen gewährt, ebenso bezüglich der Anordnung der Feuerstätten und ihres Abstandes von Holzwerk usw. Für Wohnräume wird ein Mindestmaß der lichten Höhe von 2,75^m für das Erdgeschöß, 2,50^m für die Obergeschosse und 2,2^m für das Dachgeschöß in seinen Zubehörräumen zugelassen, soweit die örtlichen Bauordnungen nicht noch niedrigere Maße an sich zulassen. Waschküchen, Spülküchen, Badestuben und Werkstätten, die nur für den Hausbedarf dienen, werden nicht zu den zum dauernden Aufenthalt dienenden Räumen gerechnet. Falls sie im Kellergeschöß untergebracht sind, wird für sie nur ausreichende Belichtung durch Tageslicht gefordert. Das Verbot von Wohnungen im Kellergeschöß ist bei Bauten an Bergabhängen nur auf solche Räume des Sockelgeschosses anzuwenden, deren Innenfußboden mehr als zur Hälfte unterhalb der Außenfläche liegt.

Für Treppen sind jetzt Steigungsverhältnisse bis zu 20:25^{cm} und eine lichte Breite von nur 90^{cm} zugelassen.

Im Dachgeschöß sind nur 70^{cm} Breite und eine Steigung unter 45° zulässig. Sie müssen aber unmittelbar ins Freie führen, oder an einem mit unmittelbarem Ausgang ins Freie versehenen Flur liegen. Jeder Wohnraum, auch die Küche, muß wenigstens ein ins Freie führendes Fenster haben. In Hauptgeschossen muß die Fensterfläche wenigstens 1/10, im Dachgeschöß 1/12 der Fußbodenfläche betragen. Die Wohnungen müssen gut durchlüftbar sein.

Für die Beseitigung der Abfallstoffe kann, wenn auch ein öffentliches Kanalnetz mit Wasserspülung vorhanden ist, vom Anschluß außerhalb des Gebietes der geschlossenen Bebauung abgesehen werden. Die Aborte müssen dann aber an eine vorschriftsmäßige Grube angeschlossen und die landwirtschaftliche Ausnutzung der Abfallstoffe muß auf dem Grundstück selbst oder in der Nachbarschaft durch entsprechende Landflächen gesichert sein. Jede Wohnung muß aber einen verschließbaren, entsprechend gelüfteten Abort besitzen. —

Ein Museum moderner Kunst in Berlin. Nach Plänen des Direktors der National-Galerie in Berlin, Prof. Dr. Ludwig Justi, soll den Mitteilungen von Berliner Tagesblättern zufolge in Berlin eine Sammlung von Werken der modernen bildenden Kunst begründet werden, die der Verwaltung der National-Galerie unterstellt sein würde und deren Grundstock die Werke der modernen bildenden Kunst bilden sollen, die seit dem Jahr 1880 von der National-Galerie erworben wurden. Zur Erweiterung dieses Grundstockes sollen in großem Stil Neuerwerbungen gemacht werden. Zur Unterbringung der Galerie ist beabsichtigt, das Prinzessinnen-Palais Unter den Linden durch Umbau in ein Museum umzuwandeln. In den Räumen dieses Palais sollen auch vorübergehende Ausstellungen stattfinden. Beratungen über alle diese Fragen finden zurzeit mit dem zuständigen Ministerium statt.

Soweit es sich bei der Verwendung des Prinzessinnen-Palais für den gedachten Zweck um einen vorübergehenden Zustand handelt, wird man sich mit dieser Verwendung wohl einverstanden erklären können, soweit man dem gedachten Plan überhaupt zustimmt. Er dürfte kaum einem sachlichen Widerstand begegnen. Aus der Lage des Prinzessinnen-Palais zum Opernhaus aber ergibt sich die Aussicht, über dieses Bauwerk nicht eher endgültig zu verfügen, als nicht Bestimmungen über die Weiterentwicklung der Opernhaus-Angelegenheit getroffen sind. Wenn auch diese Entwicklung nicht mehr im höfischen Sinn stattfinden kann und wird, so wird sie doch immerhin stattfinden müssen, soll auch aus dem Opernhaus eine soziale Bildungsanstalt werden. —

Wettbewerbe.

Ein Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Anlage des Südfriedhofes der Stadt Saarbrücken wird vom Oberbürgermeister unter den in Deutschland wohnenden Bau- und Gartenkünstlern zum 1. Aug. 1919 erlassen. 3 Preise von 5000, 3500 und 2000 M.; ein Ankauf von 4 nicht preisgekrönten Entwürfen für je 500 M. ist beabsichtigt. Ins Preisgericht, in dem erfreulicherweise sich nur ein Nichtfachmann, Hr. Oberbürgermeister Mangold von Saarbrücken befindet, sind außerdem erwählt die Hrn. Stadtr. Dr. Ammer in Saarbrücken, Gartendirektor Encke in Köln, städt. Brt. Dr.-Ing. h. c. Hans Grässel in München, Beigeordneter Brt. Hohohm in Saarbrücken, Gartenarchitekt Hoemann in Düsseldorf, Reg.- und Brt. Schenck in Frankfurt a. M., Arch. Schmoll, Stadtverordn. in Saarbrücken und Stadtgarten-Insp. Vielmuth daselbst. Unterlagen gegen „Hinterlegung“ von 10 M., die „auf Wunsch“ wieder erstattet werden, durch das Bürgermeisterramt Saarbrücken. —

Inhalt: Die Vollendung des Mittelland-Kanales. (Schluß.) — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Wirtschaftliche Beilage. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

WIRTSCHAFTLICHE ***** BEILAGE. *****

Rechtsfragen.

(Entscheidungen des Reichsgerichtes.)

Schädigung eines Nachbarhauses durch fehlerhafte Bauausführung und Schadenshaftung des Bauherrn und des Bauleiters. Nach § 909 BGB. darf ein Grundstück nicht in der Weise vertieft werden, daß der Boden des Nachbargrundstückes die erforderliche Stütze verliert, es muß vielmehr für eine genügende anderweitige Befestigung gesorgt werden. Die Außerschaltung dieser Vorschrift stellt zugleich eine Uebertretung des § 367, Ziffer 14 Strafgesetzbuches dar, wonach bei der Vornahme von Bauten die von der Polizei angeordneten oder die sonst erforderlichen Sicherungsmaßregeln getroffen werden müssen. Für einen durch Verletzung dieser Vorschriften einem Nachbargrundstück zugefügten Schaden haftet nicht nur der Leiter des Baues als der eigentliche Schuldige, sondern neben ihm auch der Bauherr als Eigentümer des Baugrundstückes, der sich nicht damit entschuldigen kann, daß er selbst nicht sachverständig sei und die Bauleitung einem tüchtigen und zuverlässigen Architekten übertragen habe. In diesem Sinn ist der folgende Streitfall entschieden worden.

Der Kunstschlossermeister A. ließ im Sommer 1909 auf seinem Grundstück in der Turm-Straße zu Berlin einen umfangreichen Wohnhaus-Neubau errichten, dessen Leitung er dem Architekten B. übertragen hatte. Der Eigentümer des Nachbargrundstückes, Direktor C., behauptet, die Mauern seines Hauses hätten infolge unsachgemäßer Gründungsarbeiten des Neubaus erhebliche Risse erhalten, deren Beseitigung 2000 M. Kosten verursacht habe; außerdem habe sein Grundstück einen dauernden merkantilen Minderwert erlitten, da er bei einem Verkauf des Grundstückes die Beschädigungen dem Käufer nicht verschweigen könne. Er hat deshalb sowohl gegen den Bauherrn A. als auch gegen den bauleitenden Architekten B. eine Klage auf Schadenersatz erhoben.

Das Kammergericht zu Berlin hat beide Beklagte als Gesamtschuldner verurteilt, dem Kläger die verlangten 2000 M. Schadenersatz für die Ausbesserung seines Hauses zu zahlen und ihm ferner allen weiteren Schaden zu ersetzen (namentlich also einen etwaigen Minderwert des Hauses). Zur Begründung führt das Kammergericht aus: Nach dem Gutachten des vernommenen Sachverständigen ist erwiesen, daß die Beklagten bei Errichtung des Neubaus in schuldhafter Weise dem klägerischen Grundstück an der Giebelmauer die Stütze entzogen haben. Bei der Unterfahung sind Fehler vorgenommen, die sich bei sorgfältigerer Ausführung hätten vermeiden lassen.



Diese bestehen namentlich darin, daß die Fundamente des klägerischen Hauses an zwei Stellen um etwa 23 cm zu wenig unterfahren sind, nicht in ihrer vollen Breite, sondern nur zu annähernd ¾ derselben. Der Beklagte B. als bauleitender Architekt ist hiernach bei den Gründungsarbeiten und der Unterfahung der klägerischen Giebelmauer nicht in der handwerklich richtigen und in der durch die Sachlage gebotenen Weise vorgegangen, sodaß dadurch eine Senkung des klägerischen Grundstückes, das so der nötigen Unterstützung entbehrte, herbeigeführt wurde. Dieser Fehler ist nach dem Sachverständigen die Ursache der Rissebildung gewesen. Hierin liegt eine Uebertretung des § 367, Ziffer 14 Strafgesetzbuches, und beide Beklagte sind dem durch ihr Verschulden geschädigten Kläger gemäß §§ 909, 823 Abs. 2 BGB. zum Ersatz des entstandenen Schadens verpflichtet. Beide Beklagte haften auch als Gesamtschuldner, da der Beklagte A. als Bauherr und Eigentümer des Baugrundstückes sich nicht damit entschuldigen kann, daß er

bei der Bestellung des Beklagten B. als Bauleiter die im Verkehr erforderliche Sorgfalt angewendet habe. Denn diese Bestimmung (der Entlastungsbeweis) des § 831 Abs. 1 Satz 2 BGB. findet bezüglich der unter Verletzung eines mit Strafe bedrohten Verbotsgesetzes erfolgten Schadenszufügung keine Anwendung. Beide Beklagte haben vielmehr die gemäß § 367 Ziffer 14 Strafgesetzbuches unerlaubte Handlung gemeinschaftlich begangen, sie haften mithin dem geschädigten Kläger als Gesamtschuldner. Gegen diese Entscheidung legte nur der Beklagte A., der Grundstückseigentümer und Bauherr, Revision ein. Das Reichsgericht hat aber das Urteil des Kammergerichtes bestätigt, indem es die Revision als unzulässig verwarf weil die Revisionssumme (ein Beschwerdewert von mehr als 4000 M.) nicht vorhanden sei. (Aktenzeichen: V. 198/18. — Urteil des Reichsgerichtes vom 29. Januar 1919.) —

K. M.-L.

Arbeiten der preußischen Wasserbauverwaltung als Notstandsarbeiten der nächsten Zeit.

Die Arbeiten der preußischen Wasserbau-Verwaltung haben in den letzten Jahren zum großen Teil zurückgestellt werden müssen. Sie können jetzt neu aufgenommen werden. Um einen Ueberblick zu gewinnen, um welche Bauten es sich handelt, ist die nachfolgende Zusammenstellung gefertigt und im „Zentr.-Bl. d. Bauverw.“ veröffentlicht worden. Sie enthält nur solche Bauten, die durch Gesetze oder durch den Staatshaushalt genehmigt

sind. Ein Teil dieser Bauten, wie z. B. der Masurische Kanal, der Lippe Kanal u. a., können nicht in einem Jahr hergestellt werden. Zu ihrer Ausführung gehören selbst bei Inanspruchnahme aller Kräfte mehrere Jahre; die hier angegebenen Summen verteilen sich daher auf längere Zeit. Die Liste ist aufgestellt, um den Unternehmern Gelegenheit zu geben, sich mit den Bauausführung leitenden Behörden ins Benehmen zu setzen, damit Notstandsarbeiten für die nächste Zeit vorbereitet werden können.

Lfd. Nr.	Ausführende Behörde	Bezeichnung des Baues	Art der Arbeiten	U. gefähre Höhe der nach zu zu wendenden sa k o s n (i. a l g. nach Friede n s - p r e i s e n)	Be-merkungen
				Mark	
1	Reg.-Präsident Gumbinnen	Baggerungen im Mittellauf des Athmat-Stromes Unterhaltung des Memel-Stromes im Wasserbauamt Tilsit Unterhaltung der Schifffahrtstraße im Wasserbauamt Kuckerneese Befestigung von Uferstrecken des Minge-Flusses Uferbefestigungen am linken Ufer des Skirwieth-Stromes km 5,1—5,8 Masurischer Kanal Molen im Fischereihafen Neukuhren Vertiefung und Verbreiterung des Königs-berger Seekanals Erweiterung der Hafenanlagen in Memel Beseitigung von Krümmungen im Gr.-Friedrichsgraben Adlerbrücke in Labiau Beseitigung von Sturmschäden im Bezirk Pillau Desgl. im Bezirk Memel Wiederherstellung der Molen an der Nemonien-Mündung Unterhaltung der Hafenanstalten in Memel	Bagger- und Spülarbeiten Instandsetzung der Strombauwerke, Geräte und Fahrzeuge Instandsetzung der Strombauwerke, Geräte und Fahrzeuge Erd- u. Packwerk-Arbeiten Bagger-, Erd- und Uferarbeiten Erdarbeiten, Ramm-, Beton- und Eisenarbeiten Steinpackung, Betonierung und Aufmauerung Bagger- u. Rammarbeiten Bagger- und Erdarbeiten Erd-, Bagger- und Uferarbeiten Zunächst Erd- u. Baggerarbeiten Steinpackungen, Faschinen-, Ramm- und Betonierungsarbeiten Uferbefestigungsarbeiten Matte- und Beschwerungsarbeiten Ausbesserungs- und Uferarbeiten	767 000 253 000 366 000 110 000 76 000 15 822 000 687 000 14 188 000 2 310 000 193 000 892 000 471 000 102 000 249 000 194 000	Auch für Eigenbetrieb geeignet wie vor wie vor — wie vor — wie vor wie vor wie vor — wie vor wie vor wie vor wie vor wie vor
2	Reg.-Präsident Königsberg	Strommeisterdienstgehöft in Gr.-Bubainen Abgrabung der Bazar-Kampe bei Thorn Nogat-Abschluß Hochwasser-Regulierung Gemlitz-Pieckel	Abbrucharbeiten „Neubau Erd- und Rodungsarbeiten Erdarbeiten und Uferbefestigungen Deckwerk bei Barendt und Schöpfwerk im Pal-schauer Polder Steinschutzdämme in Rixhöft, Oxbhöft und auf der Westerplatte	21 500 2 300 000 1 898 000 77 000	— — wie vor wie vor
3	Oberpräsident Danzig (Weichselstrombauverwaltung)	Beseitigung von Sturmschäden 1913/14 Uferdeckwerke und Seebuhnen im Wiek; Erdschutzdämme auf Hela Buhnen am Strand von Karwenbruch Sicherung des Strandes vor der Möwenschanze Beseitigung von Sturmschäden 1917/18 Verlegung des Baugerätehafens	Rammarbeiten Erhöhung des Steinschutzdammes Erd- und Pflasterarbeiten Erd-, Bagger- und Rammarbeiten	180 000 150 000 90 000 61 000 207 000	wie vor wie vor wie vor wie vor —
4	Reg.-Präsident Danzig				

Lfd. Nr.	Ausführende Behörde	Bezeichnung des Baues	Art der Arbeiten	Ungefähre Höhe der noch aufzuwendenden Baukosten (i. allg. nach Friedenspreisen) Mark	Bemerkungen
5	Reg.-Präsident Bromberg	Wasserstraße zwischen Oder und Weichsel	Erd-, Packwerk- u. Baggararbeiten, Pflasterungen, Neubau der Gorsiner Brücke	2 500 000	Zum Teil auch für Eigenbetrieb geeignet Auch für Eigenbetrieb geeignet
		Stauwerke an der unteren Netze	Erd-, Baggar- und Betonarbeiten	618 000	
		Unterhaltung der Wasserstraßen	Unterhaltungsarbeiten aller Art	370 000	
6	Reg.-Präsident Posen	Bauhofanlage	Erdarbeiten und Wegebefestigungen, Queraufschleppe, Schmiedewerkstatt, Geräteschuppen	97 000	—
		Unterhaltung der Warthe im Wasserbauamt Posen	Unterhaltungsarbeiten aller Art	167 000	wie vor
7	Oberpräsident Breslau (Oderstrombauverwaltung)	Verbesserung der Vorflut-Verhältnisse bei Breslau (Ausführung des Odergesetzes)	Erd-, Böschungs-, Gründungs- u. Baggararbeiten	6 000 000	wie vor
		Verbesserung der Oderschiffahrtstraße bei Breslau, Lanischer Entwässerungsgraben, Staustufe, Rausern	Erd- und Baggararbeiten, Kunstbauten, Bühnen- u. Böschungsarbeiten	2 000 000	wie vor
		Erweiterung des Hafens in Maltsch	Baggar- und Schüttungsarbeiten	67 000	wie vor
8	Reg.-Präsident Stettin	Wasserstraße Stettin—Swinemünde	Erdarbeiten, Deichanlagen	11 900 000	wie vor
		Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder	Kultur- und Erdarbeiten	4 000 000	wie vor
9	Reg.-Präsident Köslin	Uferschutzbauten bei Jershöft	Ramm- und Betonierungsarbeiten	561 500	wie vor
		Uferschutz bei Groß-Möllen, Bauerhufen, Klausnagen und Altenhagen	Ramm- und Betonierungsarbeiten	271 000	wie vor
		Ufermauer auf der Ostseite des Hafens Stolpmünde	Baggar-, Erd-, Zimmer- und Betonarbeiten	370 000	wie vor
10	Reg.-Präsident Stralsund	Beseitigung von Sturmflutschäden aus 1913/14	Wiederherstellung v. Steinschutzwällen	213 000	wie vor
11	Reg.-Präsident Schleswig	Sicherung der Hallig Nordstrandischmoor	Erd- und Pflasterarbeiten	70 000	wie vor
		Ausbau von Halligschutzwerken	Erd-, Pflaster- und Rammarbeiten	1 600 000	—
		Verlängerung der Strandmauer vor Witt-dün auf Amrum	Erd-, Ramm-, Maurer- und Betonarbeiten	400 000	—
		Dienstwohngebäude für das Wasserbauamt Glückstadt	Maurer- und Zimmerarbeiten	50 000	—
		Beseitigung von Sturmschäden an Strandschutzwerken	Erd- und Pflasterarbeiten	145 000	—
12	Reg.-Präsident Lüneburg	Verbesserung der Seeschiffahrtstraße nach Harburg	Restarbeiten	300 000	—
		Unterhaltung des Harburger Seeschiffahrtstraßengebietes	Unterhaltungsarbeiten aller Art	700 000	wie vor
13	Reg.-Präsident Stade	Neubauten im Fischereihafen Geestemünde:			
		Ausbau des Ostufers	Ufermauer-, Baggar-, Gleis- und Pflasterarbeiten	700 000	—
		Bau zweier neuer Packhallen	Packhallenbau, Gleisarbeiten, Pflasterarbeiten	700 000	—
		Weiterer Ausbau der Straßen- und Gleisanlagen auf dem West- und Ostufer des Fischereihafens	Gleisanlagen und Pflasterarbeiten	250 000	—
		Neubauten im Handelshafen Geestemünde und an der Geeste:			
		Neue Interimsbrücke im Zuge der Landstraße Geestemünde—Lahn	Zimmer-, Maurer-, Erd- u. Pflasterarbeiten	70 000	—
		Neubau der Kaimauer an der Ostgrenze des Vorhafens	Abbruch und Neubau der Ufermauer, Erd- und Pflasterarbeiten	450 000	—

(Schluß folgt.)

Technische Mitteilungen.

Zerlegbare Luftschiffhalle. Zu der Veröffentlichung einer zerlegbaren Luftschiffhalle in Beilage 7 zur „Deutschen Bauzeitung“ vom 4. Dez. 1918 erhielten wir von Hrn. Reg.-Bmstr. Richard Sonntag in Norden in Ostfriesland eine längere kritische Zuschrift, der wir die folgenden sachlichen Angaben entnehmen:

„Es bedeutet eine technische Unmöglichkeit, in Erwartung der Landung eines Schiffes schnell eine Halle entsprechend der jeweiligen Windrichtung nieder zu legen, umzusetzen und wieder aufzurichten. Erstens dürften sich dabei keinerlei Gerät und Hilfseinrichtungen in der Halle befinden und zweitens ist die beim Herannahen eines Schiffes bis zur Landung verbleibende Zeit vielleicht noch hinreichend, um die für die Veränderung der Hallenlage er-

forderlichen Anordnungen zu treffen, zur Vornahme der auszuführenden Arbeiten reicht sie aber in keiner Weise. Findet doch eine regelrechte Drehhalle oft kaum Zeit genug, um sich rechtzeitig in die Windrichtung einzustellen. Die seitlichen Räume einer Ermushalle lassen sich wegen der Umleg- und Schwenkbarkeit derselben nicht ausnutzen. Baustoffverbrauch und Raum Aufwand der Halle sind daher unwirtschaftlich.

Wenn man Hallen schnell versetzen, d. h. an einen anderen Standort bringen will, kann man sich geeigneterer Hallenformen, die auch einfachere, weniger empfindliche und billigere Grundwerke aufweisen, bedienen. Z. B. befand sich damals bereits die versetzbare Halle der Ballonhallenbau-G. m. b. H. (Arthur Müller) auf dem Markt. Die Frage der Windrichtung löst man dabei durch Anordnung der

Hallenachse in der häufigsten Windrichtung und zwangsläufige Führung des Schiffes mittels Einfahrvorrichtung.

Eine wichtige Eigentümlichkeit der Ermushalle nun bedeuteten ihre auf- und abrollbaren Dachhautstreifen. Sie ließen sich zwar bei guter Ausführung schnell aufbringen und entfernen, bewährten sich aber nicht in Wind und Wetter. Insbesondere blieben sie nicht dicht. Auch der für die beabsichtigte schnelle Umlegung und Schwenkung der Halle benötigte leichte Torverschluß durch Vorhänge war nicht zureichend.

Das Ergebnis der Erfahrungen mit den erfolgten Ausführungen war daher, daß die Hallen feste Eindeckungen und feste Torverschlüsse erhielten. Ein Umlegen oder gar Schwenken einer Halle ist praktisch niemals in Frage gekommen. Auf weitere Einzelheiten braucht nicht erst eingegangen zu werden.“ —

Pfeifende Geräusche bei Stubentüren. Zu den unter „Technische Mitteilungen“ in Beilage 1 zu No. 5 der „Dtsch. Bztg.“ gebrachten Ausführungen über Behebung der pfeifenden Geräusche beim Öffnen und Schließen von Stubentüren möchte ich Folgendes bemerken:

Ein gut gebautes Fischband (Türangel) läuft überhaupt nicht auf den sich gegenüber stehenden ringförmigen Aurollungen der Lappenbänder, sondern ausschließlich auf dem Dorn des Zapfenbandes. Wenn dieser aber wirklich so weit abgelaufen oder abgenutzt ist, daß sich die beiden ringförmigen Flächen der Lappenbänder berühren, dann bedarf es nur der Einlegung eines entsprechend dicken runden Stanzplättchens, wie man sich solche bei jedem Schlosser beschaffen kann, auf das Zapfenband, selbstverständlich bei ausgehobener Tür, sowie einiger Tropfen Fett und die Tür wird bald wieder geräuschlos sein. —

Chr. Götzger, Arch. in Aeschach.

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Versetzt sind die Reg.-Bmstr. Dohmen im Kriegsmin. als Vorst. des Mil.-Bauamtes I nach Potsdam, Oehlmann in Plau als techn. Hilfsarb. zur stellv. Int. des VI. Armeekorps, Soppart in Hannover als Vorst. des Mil.-Bauamtes I nach Spandau und Geißler in Gießen desgl. nach Potsdam II, Haensler in Jüterbog als Vorst. zum Mil.-Neubauamt in Graudenz und Ismer in Hirschberg desgl. zum Mil.-Bauamt I in Erfurt; der Int.-u. Bt. Stürmer in Metz zur Int. des III. Armeekorps nach Berlin und der Reg.-Bmstr. Heller in Pleschen als Vorst. des Neubauamtes nach Zossen.

Der Geh. Ob.-Bt. Wutsdorff, Abt.-Chef im Kriegsmin., der Int.-u. Geh.-Bt. Knirck in Berlin und der Bt. Graßmann in Küstrin, der Bt. Klingelhöffer in Potsdam, der Geh. Bt. Kneisler, Int.-u. Bt. in Stettin und der Bt. Stuckhard in Stettin sind in den Ruhestand getreten.

Der Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Ed. Cordes, Vorst. des Mil.-Bauamtes in Zossen ist gestorben.

Bayern. Befördert sind: der Reg.-Rat Haselbeck in München zum Ob.-Reg.-Rat der Eisenb.-Dir. in Nürnberg, die Dir.-Räte Wunder in München zum Reg.-Rat des Baukonstruktionsamtes, Hölzel beim Staatsmin. für Verkehrsangelegenheiten zum Reg.-Rat. Der Eisenb.-Ass. Haagner in Würzburg ist zur Eisenb.-Dir. München versetzt.

Berufen sind: Die Reg.-Räte Zintgraf in Memmingen an die Eisenb.-Dir. Regensburg und Aug. Stegner in Bamberg an die Dir. Nürnberg, die Dir.-Räte Mühlbauer in Schongau als Vorst. an die Neubausp. München und Friedr. Peter in Neuburg desgl. nach Kaiserslautern I; der Ob.-Bauinsp. de Cillia in Neuulm als Dir.-Rat und als Betr.-u. Bauinsp. Memmingen, der Ob.-Bauinsp. Karl Günther in Regensburg desgl. an die Neubausp. Bad Kissingen und der Eisenb.-Ass. v. Schelling in Augsburg als Vorst. an die Neubausp. Kaufbauren.

Der Ob.-Reg.-Rat Ferd. Beutel bei der Eisenb.-Dir. München und der Bauamt. Herm. Thomaß in München sind gestorben.

Hamburg. Der Bt. Wilh. Dan. Vivie in Hamburg ist gestorben.

Hessen. Der Bt. Witzler in Friedberg ist zum Krs.-Bauinsp. des Kr. Offenbach und der Reg.-Bfhr. Phil. Kerz aus Mainz zum Reg.-Bmstr. ernannt.

Dem Priv.-Doz. Dr.-Ing. Ad. Kleinlogel an der Techn. Hochschule in Darmstadt ist der Char. als Prof. verliehen.

Mecklenburg-Schwerin. Der Geh. Bt. Praht, früher Ob.-Landbmstr. in Bützow, ist gestorben.

Preußen. Der Reg.-u. Bt. Brüstlein in Berlin ist zum Geh. Bt. und vortr. Rat im Min. der öff. Arbeiten ernannt.

Planmäßige Stellen sind verliehen: Den Reg.-u. Btrn. Hampke in Altona a. E., Sauermilch in Hannover und Masur in Cassel als Mitgl. der Eisenb.-Dir., — den Reg.-Bmstrn. Lereh in Thorn, Meilicke in Breslau, Ad. Francke in Salzgungen, Heint. Tecklenburg in Gera, Pfeiffer in D.-Eylau und Fritzen in Düsseldorf als Vorst. der Betr.-Aemter, — Jonas in Essen, Brötz in Stolberg i. Harz, Abrahams in Siegen und Marsteller in Berlin, Reinhardt (M.) in Berlin und Warendorf in Hannover als Reg.-Bmstr.

Versetzt sind: Der Reg.-Bmstr. Goebel in Breslau nach Glatz, der Bt. Lottermoser in Naumburg an die Min.-Baukomm.; die Reg.-Bmstr. Erich Schmidt in Greifswald nach Hagen i. W. und Kniese in Ratibor als Vorst. des Hochbauamtes nach Kreuzburg i. Oberschl.; der Geh. Bt. Bergius in Oderberg an die Bauabt. des Min. der öff. Arb. in Berlin, die

Reg.-Bmstr. Vaske in Aurich nach Insterburg, Bätjer in Minden i. W. an das Ober-Präs. in Hannover, Winkler in Breslau desgl., Büchler in Posen nach Breslau und Frz. Lohse in Hooge nach Stade.

Ueberwiesen sind die Reg.-Bmstr. Schirmer der Rhein-Elbe-Bauverwaltung in Coblenz, Gg. Heckmann dem Melior.-Bauamt in Minden i. W., Ferd. Zunker desgl. in Charlottenburg; Michael der Reg. in Osnabrück, Siebert desgl. in Königsberg und Sarrazin der Verw. der Märk. Wasserstraßen in Potsdam.

Der Reg.-Bfhr. Max Maerker (M.) aus Berlin ist zum Reg.-Bmstr. ernannt.

Die Reg.-Bfhr. Rud. Pinner, Günter Kretschmann und Hans Neumann (Hochbfbch.), Paul Kolster (Eisenb.-u. Straßenbfbch.), haben die Staatsprüfung bestanden.

Dem Geh. Ob.-Bt. Saran, vortr. Rat im Min. der öff. Arb. und dem Reg.-Bmstr. Ernst Bauspiß in Charlottenburg ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt.

Der Reg.-Bmstr. Cyron (M.) ist bei der Eisenb.-Dir. in Breslau zur Beschäftigung einberufen.

Der Geh. Bt. Gust. Wittich in Gotha, der Reg.-Bmstr. Hilger Hertel in Münster i. W., die Geh. Bt. Oskar Meinhardt und Karl Kuntze in Danzig, Karl Backs früher in Breslau, der Reg.-u. Bt. Thomas in Halle a. Saale, der Bt. Marx in Essen-Hügel und der Beigeordnete Karl Rehorst der Stadt Köln sind gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Ing. K. in Lippspringe. (Gehaltsanspruch der Techniker bei Erkrankung.) Sie glauben bei Erkrankung oder Kurzeit auf 6 Wochen Gehalt Anspruch erheben zu können, trotzdem in Ihrem Anstellungsvertrag 4 wöchentliche Kündigung vorgesehen ist. Diese Anschauung kommt wohl daher, daß nach § 616 BGB. bei unversuchter Arbeitsbehinderung für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit, also auch bei Erkrankung, das Gehalt auf einen der gesetzlichen Kündigungsfrist entsprechenden Zeitraum fortzuzahlen ist. Das Dienstverhältnis der technischen Hilfskräfte und Betriebsbeamten (§ 133a GO.) und der Privatbeamten (§ 622 BGB.) ist aber im Allgem. nur mit 6wöchentlicher Frist zum Vierteljahrs-Ersten kündbar. Eine Abkürzung der Kündigungsfrist ist jedoch bei den Technikern auf 4 Wochen zum Monatsschluß, den Privatbeamten sogar auf 2 Wochen gesetzlich zulässig. — Also haben sie in Ihrem Fall auch nur auf 4 Wochen Anspruch. —

Hrn. Arch. F. in Beuthen. (Sächs. Baumeisterprüfung.) Ausführliche Angaben über die Vorbedingungen und die Prüfungsfächer finden Sie Jahrg. 1903 No. 25, S. 159. Die wichtigsten Vorbedingungen sind, daß der zu Prüfende eine staatl. sächs. Baugewerkschule oder eine andere vom Minister des Inneren anerkannte Baugewerkschule mit Erfolg absolviert hat, mindestens 3 Jahre als Geselle, Bauführer oder Techniker beim Bau praktisch tätig gewesen ist und die Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen (§ 129 der Gew.-O.) besitzt. Prüfungsstellen befinden sich in den Kreishauptstädten, der Prüfling muß am Ort der Prüfung mindestens 3 Monate seinen Wohnsitz gehabt haben. —

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zur Anfrage in Beil. 1 zu No. 5, betr. Heizung vom Küchenherd aus für Kleinwohnungen sei bemerkt, daß zentrale Warmwasserheizungen mit in den Herd eingebauten Kesseln sich in denjenigen Fällen gut bewährt haben, in welchen der Umfang des Hauses den Heizbetrieb in der Küche nicht unzumutbar groß gestaltete. Häuser mit 4—5 Zimmern sollten die Höchstgrenze bilden. Ein Uebelstand zeigte sich darin, daß das Heizfeuer nicht immer gleichzeitig zum Kochen der Speisen usw. zu verwenden war, sondern nur dann, wenn die Kessel weit bis oben gefüllt und der Brennstoff durchgeglüht wurde. Die bisherigen Küchenherdkessel hatten nämlich alle einen Rost, über dem sich die erforderliche Heizfläche angeordnet fand. Daher lag der Rost tief unter der Kochherdplatte, und es wirkte das Feuer auf diese in nur geringem Maße.

Bei einer neuen durch D. R. G. M. geschützten Ausführung der Firma Gg. Friedrichs in Cöpenick ist der Rost in solcher Höhenlage angeordnet, wie die Wirkung des Feuers auf die Kochherdplatte es zweckmäßig erfordert. Die der Heizung dienende Kesselfläche ist seitlich der Feuerung untergebracht. Für Kleinwohnungen bis zu 4 Zimmern bietet der Kessel die vorteilhafteste Ausnutzung des Brennstoffes beim gleichzeitigen Kochen und Heizen. —

Arch. A.-S. in G.

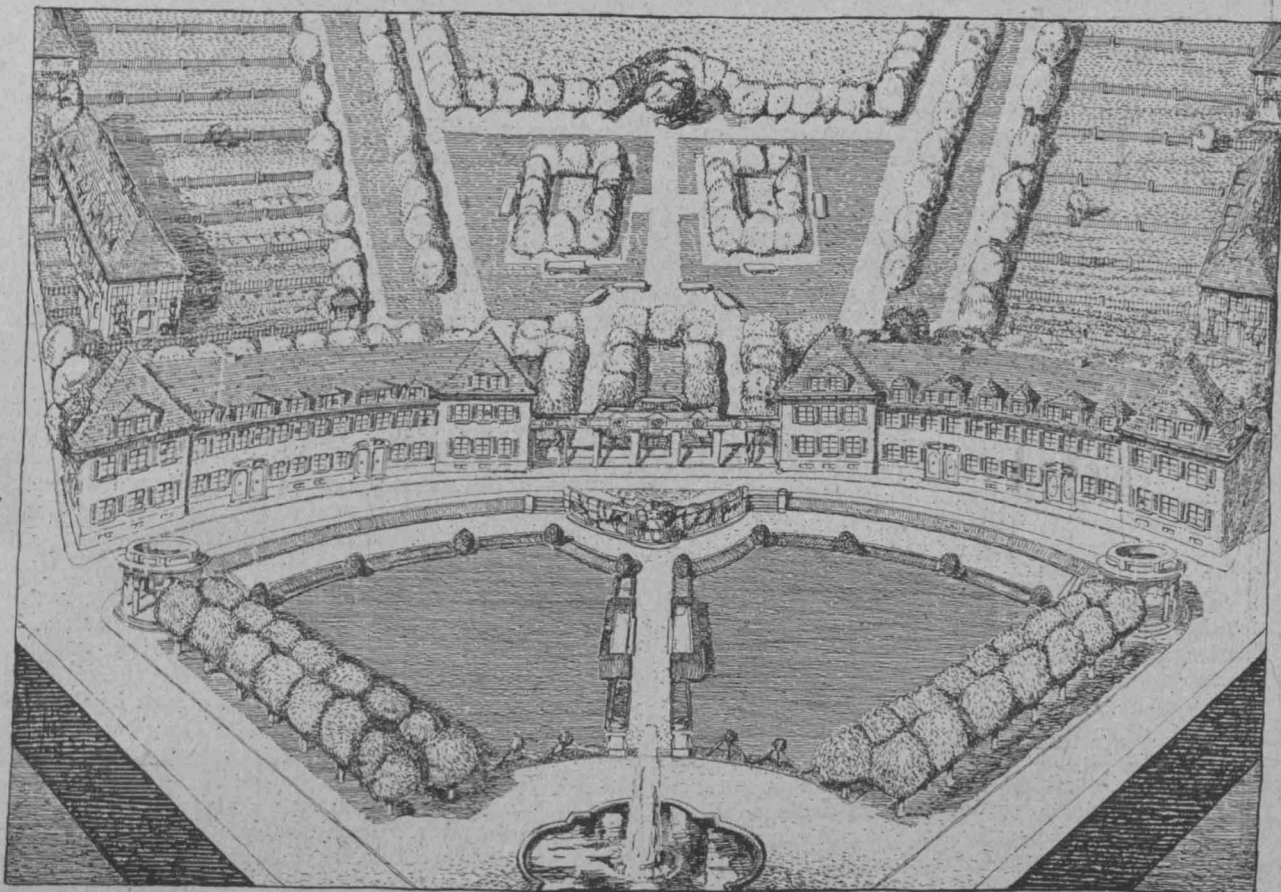
Anfragen an den Leserkreis.

1. Welcher Zement oder Kitt ist für das Ausfüllen von Plattenbelägen in Sauerkohl-Bottichen zu empfehlen? Der Kitt darf von der Säure nicht angegriffen und vom Wasser nicht aufgelöst werden.

Besteht über Herstellung von Steinholz-Fußböden bereits eine moderne Literatur und wo ist diese zu erhalten? — R. in B.

2. In verschiedenen unserer Gebäude ist im Lauf des letzten Jahres der Steinholz-Fußboden derart rissig und brüchig geworden, daß fast sämtliche Fußböden erneuert werden müssen. Die Böden sind auf Eisenbetondecken verlegt, es kommen deshalb starke Bewegungen des Unterbodens wohl nicht in Frage. Das Eigentümliche an der Erscheinung ist, daß nicht nur Böden, welche bereits 5 bis 6 Jahre verlegt sind, rissig werden, sondern auch solche mit noch nicht zweijähriger Liegezeit. Daneben sind teilweise die Fußböden in unmittelbar benachbarten Räumen noch in sehr gutem Zustand. Wir fragen deshalb bei Ihnen an, ob Ihnen bereits ähnliche Fälle bekannt geworden sind. Es wäre vielleicht sehr interessant, in Erfahrung zu bringen, worauf diese Schäden zurückzuführen sind, da man nach den jetzigen Erfahrungen von einer Ausführung in Steinholz-Fußböden Abstand nehmen müßte.

Großverkaufs-Ges., Hamburg.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 24. BERLIN, DEN 22. MAERZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Die südwestliche Orts-Erweiterung des Stadtteiles Neckarau auf Gemarkung Mannheim.

Von Stadtbaupinspektor Ehlgötz, Vorstand der Abteilung Stadt-Erweiterung in Mannheim.

(Hierzu die Abbildungen S. 120 und 121.)



er Vorrat an baureifem Gelände im Vorort Neckarau ist nahezu erschöpft; insbesondere ist Mangel an Baugebiete für Ein- und Zweifamilienhäuser. Um den Bedarf von Baugebiete für diese Gebäudegattungen, der nach aller Voraussicht demnächst stark hervortreten wird, decken zu können, soll im Südwesten des Ortes

ein größeres Gebiet baureif gemacht werden, da gerade hier die günstigsten Voraussetzungen für eine Erschließung vorliegen. Zunächst ist ohne große Kosten der Anschluß an die städtischen Leitungsnetze möglich; dann ist die Lage des Gebietes zum bestehenden Ort eine ausgesprochen günstige, auch die Grundpreise halten sich noch in mäßiger Höhe.

Das Baugebiet schließt östlich an den bebauten Ortsteil von Neckarau an, im Norden gibt die Begrenzungslinie ein Feldweg in der Verlängerung der Kaiser Wilhelm-Straße; im Westen wird das Baugebiet begrenzt durch eine im General-Bebauungsplan von Groß-Mannheim vorgesehene Grünlinie, die von der Schwingewann durch das Niederfeld nach dem Lindenhof-Gebiet führt; im Süden geben die Grenze die verlängerte Rosen-, die Germania-Straße in Verbindung mit der verlängerten Schwing-Straße.

Für den Bebauungsplan bildet ein am Ende der heutigen Friedrich-Straße vorgesehener freier Platz den Ausgangspunkt. Dieser Platz dient als Eingang zu einer

Grünanlage, die die Verbindung des Stadtteiles Neckarau mit dem Rhein und dem Waldpark herstellt.

Die Grünanlage ist mitten durch einen Baublock geführt und so gelegt, daß sie mit ihrem größten Teil auf Gießenstücke (alter Wasserlauf) zu liegen kommt. Diese Anordnung empfahl sich, weil die Gießenstücke für eine wirtschaftliche und hygienisch einwandfreie Bebauung nur in beschränktem Maß in Frage kommen. Es lag deshalb nahe, die Gießenstücke für die Grünanlage zu verwenden; in der Grünanlage ist eine größere Spielwiese vorgesehen.

Als Bäume um die Spielwiese sollen nicht Zierbäume Verwendung finden, sondern es ist beabsichtigt, hier Obstbäume zu pflanzen, da außer Frage steht, daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen diese Form der Obstbaum-Verwendung von großer und überragender Bedeutung ist. Die durch das Abbrechen der Blüten und Früchte, sowie durch sonstigen Frevel an den Bäumen eintretenden Schäden stehen in keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen und erzieherischen Wert, sowie zu dem pekuniären Nutzen. Auch vom schönheitlichen Standpunkt aus kann es kaum etwas Prächtigeres geben als die Blütenpracht der Obstbäume zur Frühlingszeit, wenn die Spielwiese von einem Blütenkranz umschlossen wird und die Gärten in einem Meer von Blüten eingebettet liegen.

Von der Friedrich-Straße führen zwei Wege nach dem Waldpark; der südliche Weg kommt in die Richtung des Waldweges zu liegen, der nördliche im halben Baublock-Abstand südlich der verlängerten Kaiser Wil-

helm-Straße. Beide Wege erhalten mit Rücksicht auf ihre Bedeutung im Stadtplan eine Breite von 12 m, wovon 6 m auf die Fahrbahn und je 3 m auf die beiden Gehwege entfallen. Im Westen wird der Bebauungsplan durch eine Grünverbindung begrenzt, die von der Schwingewann durch das Niederfeld nach dem Lindenhof führt. Diese Grünlinie erhält eine Breite von 21 m; hiervon entfallen auf die Fahrbahn 5 m und auf die Gehwege je 8 m. Der Gehweg erhält einen Grünstreifen mit Baumreihe von 4 m Breite, einen befestigten Gehweg von 3 m und einen Grünstreifen entlang den Häusern von 1 m. Im Süden ist der Verbindungsweg der Friedrich-Straße und der Grünlinie (F, F 1, F 2, G 1, F 3) mit einer Breite von 10 m vorgesehen; diese Breite zerfällt in eine Fahrbahn von 5 m und zwei Gehwege von je 2,5 m.

Die Aufschließung des zwischen der letztgenannten Straße und dem Waldweg liegenden Gebietes erfolgt durch eine Parallelstraße, die ihren Endpunkt in einer Wohnhofanlage findet (Straßenstrecke F, E 1, E 2). Waldweg und genannte Parallelstraße werden noch verbunden durch einen Fahrweg von 5 m Breite (Straßenstrecke D 1, E 1, F 1).

Die Erschließung des Planteiles zwischen der Friedrich-Straße und der verlängerten Schwing-Straße (Straßenstrecke D 2, F 2, H) erfolgt einmal durch eine Verbindung nach der Rosen-Straße (Straßenstrecke H, G 6), sowie durch die Verbindung mit der Friedrich-Straße (Straßenstrecke F 2, G 1, F 3). In der Mitte zwischen Friedrich-Straße und der verlängerten Schwing-Straße ist eine Straße mit einem freien Platz und mit einer Grünfläche vorgesehen, die unserem östlichen Baugebiet eine achsiale Betonung gibt und außerdem eine Verbindung mit der Rosen-Straße herstellt (G, G 1, G 2, G 3, G 4, G 5, G 6). Die Straße erhält Breiten von 9, 7,5 und 6 m. Die Straßenbreite von 9 m zerfällt in eine Fahrbahn von 5 und zwei Gehwege von je 2 m, jene von 6 m in eine Fahrbahn von 3 m und in Gehwege von 2 m und 1 m.

Außer diesen Ortsstraßen sind als Zugänge zu den einzelnen Gärten der Baugrundstücke Verbindungswege geplant, die nicht dem Anbau dienen; diese Verbindungswege erhalten durchschnittlich Breiten von 2 m. Ihre Anlage ermöglicht es, in die Gärten ohne Benützung der Hausgänge zu gelangen.

Die Art der Bebauung ist aus dem Plan zu ersehen. Es sind Einzelhäuser und Gebäudegruppen planmäßig über das ganze Gebiet derart verteilt, daß durch die Stellung der Gebäude eine gute städtebaukünstlerische und räumliche Wirkung erzielt wird. Für die Bebauung sollen nur Ein- und Zweifamilienhäuser zugelassen werden. Mit Rücksicht auf den Charakter der Straßen ist an der Grünstraße und den Straßen nach dem Waldpark hin die Bebauung mit Reihenhäusern vorgesehen, während der südlich des Waldparks gelegene Teil mehr

für Einzel- und Doppelhäuser gedacht ist. Um die Bedeutung der Straßen durch die Gebäudemassen klar zum Ausdruck zu bringen, sollen an den Hauptlinien des Bebauungsplanes zwei Hauptgeschosse und ein Dachgeschoß zugelassen werden, während im übrigen Plangebiet nur zwei Wohngeschosse erlaubt sein sollen.

Durch Festsetzung hinterer Baulinien im Abstand von 12 m von der Bauflucht soll dafür Sorge getragen werden, daß das Blockinnere von Seitenflügeln und Hintergebäuden frei gehalten wird. Kleinviehstallungen mit Ausnahme von Schweineställen sollen gestattet sein unter der Voraussetzung, daß sie sich in den Freiraum der Baublöcke planmäßig einordnen.

Bei jeder Häuserreihe sind Sockelgurt und Fensterbank in einer Höhe zu verlegen und insbesondere Hauptgesims und Dachprofil in Uebereinstimmung zu bringen; Vor- und Aufbauten sind in jedem Straßenabschnitt derart zu verteilen, daß eine rhythmische Gesamtwirkung erreicht wird. Bei der Architektur, sowie bei der Wahl des Materiales und der Farbe ist auf die Umgebung Rücksicht zu nehmen.

Der Grund und Boden des neuen Baugebietes gehört zum überragenden Teil (57 %) der Stadtgemeinde; etwa ein Viertel (24 %) ist im Besitz eines Kirchenärars, der Rest (19 %) ist Privaten zu eigen. Das Gelände des Kirchenärars übernimmt zunächst die Stadt im Tauschweg. Von den hiernach im Besitz der Stadt befindlichen Baustellen wird ein Teil der Gartenvorstadt-Genossenschaft, ein anderer der Gartenheim-Baugenossenschaft für Angestellte und Beamte zur Verfügung gestellt. Die Baugenossenschaften übernehmen das Gelände in Erbpacht oder in Eigentum mit Wiederkaufsrecht. Daneben sollen noch Kriegerheimstätten in dem Baugebiet durch die Baugesellschaft für Kleinwohnungen erstellt werden; hier wird die Spekulation durch Wiederkaufsrecht ausgeschaltet.

Die Stadt baut die Straßen mit den städtischen Leitungsnetzen. Die Entwässerung (Schwemmkanalisation) wird an die Stadtentwässerung angeschlossen. Die Fahrbahnen der Straßen werden chaussiert und erhalten 60 cm breite Pflasterrinnen; die Straßen werden mit Randsteinen abgegrenzt, bekies und geteert. Die Straßenherstellung kostet durchschnittlich 10 M. für 1 lfd. m Straße. Die Straßenkosten, nach den für die Umlegung gültigen Normalien berechnet, belasten das qm Bauland mit 2,5 M.

Auf dem Baugebiet lassen sich über 200 Gebäude errichten. Die durchschnittliche Grundstücksgröße beträgt 250 qm.

Die geplante Bauart der Häuser ist aus der Gebäudegruppe der Kopf-Abbildung zu ersehen. Es handelt sich um Einfamilienhäuser mit Wohnküche, Spülküche, drei bis vier Zimmern und Zubehörräumen.

Die Renaissance der Weser-Länder. Von Dr.-Ing. Albert Hofmann.

(Schluß.) Hierzu eine Bildbeilage und die Abbildung in No. 23, S. 111.



en augenfälligsten Beweis für die grundlegende Verschiedenheit der italienischen und der deutschen Renaissance, die Neubildung des großen schöpferischen Bagedankens der ersteren im Vergleich zu der lediglich formalen Umbildung der letzteren bilden die Holzbauten in Deutschland, namentlich die des Weser-Gebietes, und die Steinbauten der Frühzeit der Renaissance in diesen Landesteilen. Im Holzbau gehen Mittelalter und Renaissance allmählich in einander über; die Fortentwicklung ist deutlich zu beobachten. Das mittelalterliche Konstruktions-System wurde zunächst noch beibehalten und es wurden nur einzelne Teile des Bauwerkes mit Ornamenten der Renaissance geschmückt. Sonnen nimmt, wohl zutreffend, an, daß hier die Formenwelt des Ornamentstiches der deutschen Kleinmeister, z. B. Aldegrever, die Anregungen geliefert hat. Ursprüngliche Schöpfungen sind nicht zu finden, „da der noch im Mittelalterlichen befangene Meister wohl schwerlich die Flüssigkeit in der Linienführung des Ornamentes erreicht hätte“. Die Umbildung des Fachwerkes zur Renaissance geht aber dann schnell vorwärts, denn schon in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhun-

derts tritt der Umschwung auch in der Konstruktion ein: der charakteristische mittelalterliche Ständerbau weicht der Konstruktion mit wagrechten Grundzügen. Die Strebehölzer werden zur Brüstungsplatte und durchziehen als breites wagrechtes ornamentales Band das Bauwerk. Die weite Vorkragung der Geschosse nimmt mehr und mehr ab, zugleich das Relief der Fassade verflachend; die konstruktiven Teile des vorkragenden Fachwerkbauwerkes werden mehr und mehr zu ornamentalen Schmuckformen. Der strenge konstruktive Aufbau weicht dem schmückenden Spiel und der Schmuck mit Rankenwerk, Perlstäben, Eierstäben und Zahnschnitten geht schließlich so weit, daß sonst tragende Glieder nur noch zierende Funktionen haben und die Konstruktion gänzlich vom Ornament überwuchert und in die zweite Linie gedrängt wird. „Fachwerkbauten, wie wir sie in Lemgo, Salzungen und Blomberg finden, lassen infolge der üppigen Ornamentierung das System nicht mehr klar vor das Auge treten.“ Beim Museum in Rinteln, einem schönen Fachwerk-Giebelbau, dessen Gefache mit Ziegelsteinen in weißen Fugen ornamental ausgelegt sind, ist die Umbildung zur wagrechten Konstruktions-Absicht besonders weit fortgeschritten; dasselbe ist der Fall in den Giebelgeschossen eines

Hauses in der Lemgoer-Straße in Salzuflen. Hier verlieren die Ständer „völlig ihre konstruktive Funktion, ihre Stellung ist unabhängig von den darunter liegenden Balkenköpfen, ihr unterer Teil ist durch ein horizontales, die Brüstungsplatten nach oben abschließendes Band abgeschnitten und ist nur noch Trennung der Ornamentfelder“. Hierher gehört auch der Hauptbau der Burg Blomberg vom Jahr 1569 mit der schönen wagrechten Bandwirkung der Brüstung des Obergeschosses. Den Höhepunkt dieser Behandlung nimmt das Rathaus in Schwalenberg ein, „wohl das reizvollste Fachwerkhaus des ganzen Weserlandes“. Bei ihm verzichtete man fast ganz darauf, das konstruktive Fachwerk zu zeigen und schuf durch eine Verbreiterung Flächen für freies Ornament, Formen, die trotz der freien Komposition sich trefflich den neben den Öffnungen der Fassade übrig bleibenden Flächen einordnen und deshalb trotz ihrer lebendigen Linienführung, die stark an die Vorbilder flandrischen Rankenwerkes erinnert, die gesamte Flächenwirkung der Fassade nicht stören. „Es ist ein Meisterstück besonderer Art, an dem architektonisches Empfinden und lebensfrohe Schmuckfreudigkeit, beide neben einander und in einander wirkend, einen trefflichen Ausdruck fanden“.

Die Steinbauten der Frühzeit der Renaissance des Weserlandes und des östlichen Westfalen lassen die Annahme zu, daß die Kenntnis der Renaissance-Formen in diesen Gebieten „aus zweiter oder dritter Hand stammt“. Ein besonderes Merkmal dieser Bauten ist „die unverkennbare Selbständigkeit in der ganzen Auffassung, die sich nicht nur den von außen kommenden Einflüssen gegenüber zeigt, sondern auch der Tradition aus der gotischen Zeit gegenüber zu beobachten ist. . . . Die von außen kommenden fremden Anregungen wurden in die eigene Sprache übersetzt und in vielen Fällen mit fast grotesker Willkür dem eigenen malerischen Empfinden und dem beim Westfalen bekanntlich besonders stark ausgebildeten plastischen Sinn entsprechend weiter gebildet. Diesem Vorgang mag das Fehlen unmittelbarer Einflüsse von Italien her besonders günstig gewesen sein. Auch der Einfluß der Niederlande muß in der ersten Zeit gefehlt haben, denn erst am Ende des 16. Jahrhunderts, etwa von 1580 an, sind unverkennbare niederländische Beeinflussungen zu beobachten“. Schlechte, anspruchslose Arbeiten sind die ersten Beispiele, die den Geist der Früh-Renaissance atmen: Häuser in Lemgo, der von Münchhausen'sche Hof in Rinteln, das Rathaus in Rinteln mit seinen lebenswüthigen Einzelheiten, das Rathaus in Nieheim und die Schaumburg sind bescheidene Werke, die sich nicht entfernt messen können mit dem Schloß Stadthagen, das S. 106 aus der Vogelschau dargestellt ist und den Schloßbau der Renaissance in seiner schönsten Entwicklung darstellt. Die Anlage wurde etwa von 1535 bis 1552 vom Grafen Otto von Holstein und Schauenburg errichtet als ein vierflügeliger Bau um einen viereckigen inneren Hof. Die heute an ihrer nordwestlichen Ecke noch offene Anlage war zweifellos ursprünglich geschlossen gedacht. Im strukturellen Aufbau steckt noch viel mittelalterlicher Geist, der das Schloß als ein Übergangswerk der Frühzeit der Renaissance kennzeichnet. Dem Meister dieses Schlosses schreibt Sonnen auch das Rathaus in Stadthagen, und wohl mit Recht, zu. Auch hier die strenge und schlechte Behandlung der Werksteinformen; übereinstimmende formale Ausbildung der gekuppelten Fenster, die in Intervallen wiederholten Dachaufbauten von gleicher Form. Die Uhlenburg, Schloß Erwitte, das Rathaus in Rinteln und eine Reihe anderer Werke gehören in diese Periode der Frühentwicklung, über die das Schloß in Bückeburg in einzelnen Teilen schon etwas hinaus geht. Beachtenswert ist der Umstand, daß Renaissanceformen dieser und späterer Zeit noch in sehr viel späteren Jahren Anwendung finden, als in Orten, die mehr am Wege lagen, das Barock bereits seinen Eingang gefunden hatte. Sonnen erklärt das damit, daß die von außen kommenden Anregungen so sehr dem eigenen Empfinden angepaßt und weiter gebildet wurden, daß die so erworbene Formsprache auf lange Zeit dem Formenempfinden der Bewohner entsprach.

Eine glückliche, stimmungsvolle Insel im Land ist das lippesche Städtchen Lemgo, von dem die Bildbeilage zu No. 22 ein überaus malerisches Bild gibt. Lemgo war einst Hansastadt und als solche eine der bedeutendsten Handelsstädte Westfalens mit einem reichen und betriebsamen Bürgerstand. Der dreißigjährige Krieg vernichtete den Wohlstand und eine weitere spätere Heimsuchung durch Bernhard von Galen verhinderte ein Wiederaufblühen, sodaß Lemgo zur Bedeutungslosigkeit herabsank. Der früher von Kerssenbrock'sche Hof, in dem sich heute das Hauptzollamt befindet, das Hexenbürgermeisterhaus mit seiner bewegten, stolzen Schauseite, das Rathaus, dazu eine Reihe

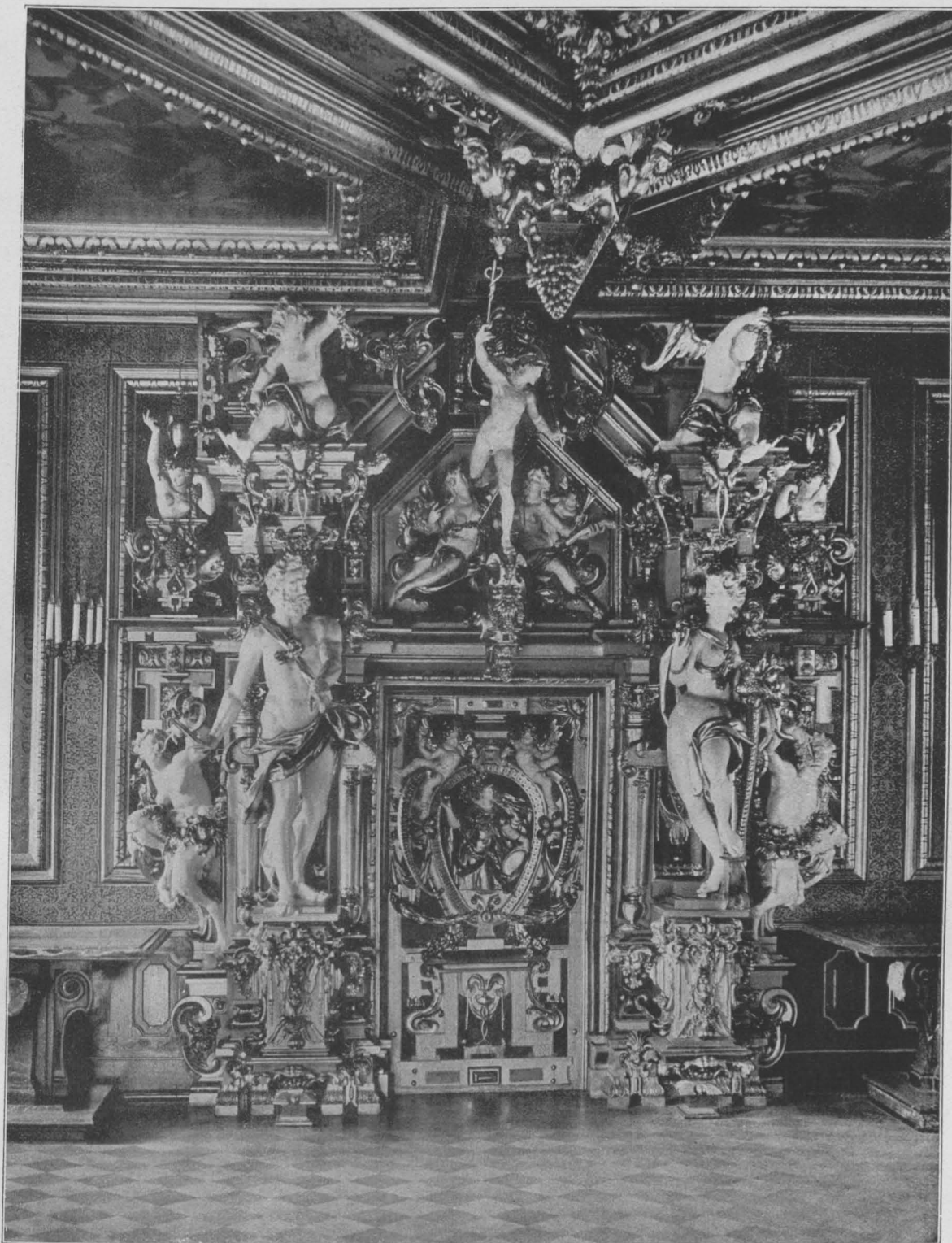
stättlicher Bürgerhäuser machen aus Lemgo eines der bezauberndsten der deutschen Städtebilder der Renaissance. Insbesondere der Marktplatz. „Es ist“, schreibt der Verfasser ohne Uebertreibung, „ein Bild, das von froher Arbeit, von Lebensfreude und echtem deutschem Gemüt spricht, ein Bild von seltener Geschlossenheit. Nicht nur die Formschönheit der den Platz umgebenden Bauten mit den beiden hoch ragenden Türmen im Hintergrund, macht das Bild so anziehend — der köstliche Farbenreiz, der durch den Wechsel des graugrünen Sandsteines mit dem roten Weserstein, der weißen Putz- und roten Dachflächen, des grünen Kupferturmes mit dem weißsilbernen Bleiton des spitzen Turmes bestimmt wird, steigert das Bild erheblich“. Und welche köstliche Einzelwerke sind nicht die Laube am Rathaus in Lemgo und der Erker an der Rats-Apotheke der alten Hansestadt, Werke, die kaum sonstwo im Wesergebiet wieder erreicht wurden. „Frühere und späte, stark plastische und flache, freie und geometrische Formen in den Ornamenten sind bunt durcheinander gewürfelt in üppiger Fülle auf verhältnismäßig geringen Flächen, alles wirkt aber zusammen wie aus einem Guß, eins das andere ergänzend und hebend bis zur höchsten Steigerung in der Giebelfläche, wo in üppigen Schnörkeln die Schmuckfreudigkeit Orgien feiert“, so heißt es vom Erkerbau der Rats-Apotheke in Lemgo.

Mit diesem Formenreichtum und mit dieser Schmuckfreudigkeit steht Lemgo selbständig neben Paderborn und Hameln. Das Rathaus von Paderborn und die Wewelsburg bilden den Mittelpunkt einer zweiten Hauptgruppe von Renaissance-Bauten des östlichen Westfalen. Ihr Kernpunkt ist das von 1614—1616 auf Geheiß des Bischofs Dietrich von Fürstenberg durch den Meister Raumbauer aus Wewelsburg errichtete Rathaus von Paderborn. Es zeigt in seinem organischen Aufbau die monumentale Höchstentwicklung des Baugedankens des niedersächsischen Bauernhauses. Sonnen führt den Hauptreiz und die stark hervortretende Erscheinung des Bauwerkes auf diesen Grundgedanken zurück, der an keinem anderen Bauwerk in dieser vollendeten Steigerung wieder auftritt. Auch die beiden stark vorspringenden Erkervorbauten hält der Verfasser für nichts Anderes als die „bis zur höchsten Vollendung gesteigerten Auslichten der Bauern- und Bürgerhäuser der Zeit“. Sonnen hält dieses Rathaus auch deshalb für das bemerkenswerteste Bauwerk der Baukunst der Renaissance im östlichen Westfalen, „weil hier die Weiterbildung und Steigerung des ursprünglich fast ausschließlich dekorativen Stiles sich nicht in der sonst vielfach zu beobachtenden Richtung der übertriebenen Häufung barocker Formen . . . sondern sich nach dem Architektonischen hin, nach der unbedingten Einordnung aller Teile unter den leitenden Baugedanken vollzieht“. So ist das Rathaus von Paderborn ein Schulbeispiel für die baukünstlerische Weiterentwicklung und Weiterbildung eines einfachen embryonalen Motives wie es die Realität der Dinge im westfälischen Bauernhaus geschaffen hat, zum vollendeten Kunstwerk, der Veredelung des Nutzbaues zum Kunstbau.

Sonnen vermutet, daß Baumbauer, der Meister des Rathauses, auch der Meister des Hauses Marien-Platz 6 in Paderborn und der benachbarten Wewelsburg ist. Auch bei der letzteren ist Bischof Dietrich der Bauherr, der den Ausbau der Burg von 1604—1607 vornehmen ließ, um sich neben Neuhaus eine zweite Residenz zu schaffen. In seinen Studien über die Renaissancebauten Bremens im Zusammenhang mit der Renaissance in Nordwestdeutschland hat Gustav Pauli die Vermutung, daß die genannten Werke auf den Meister Hermann Baumbauer zurück zu führen seien, zum ersten Mal ausgesprochen und Sonnen nimmt sie für sich auf. In der Tat steckt in diesen drei Bauten so viel Verwandtes im strukturellen Aufbau wie in den Einzelheiten, daß die Vermutung nahe an Gewißheit grenzt und nur noch der dokumentarischen Belegung bedarf. „Ein Meister von besonderen Fähigkeiten muß es jedenfalls gewesen sein, der dieser auf der Höhe gelegenen Zwingburg zur Wende des 17. Jahrhunderts das Renaissancekleid gab. Der Zauber eines Märchenparadieses liegt auf der südlichen Turmfront ausgebreitet, wenn zur Frühjahrszeit das Grün seine jungen Knospen hervorstreckt und die Turmriesen aus dem zarten Blütenschnee trutzig wehrfest herauswachsen. Kein weiteres Bauwerk Westfalens verbindet so glücklich kraftvolle, große Architektur mit poesie- und stimmungsvoller Natur“.

Geschlossener noch als die Paderborner Gruppe, zu der außer den von uns genannten drei Hauptwerken noch eine Reihe anderer Werke gehören, darunter die Bauten von Herford und das Rathaus in Hannoverisch-Münden, ist die Bautengruppe, in der Hameln den Mittelpunkt bildet und seinen Einfluß, weithin ausstrahlend, geltend macht. In

In diesem Zusammenhang sind drei große Schloßbauten zu nennen: Brake bei Lemgo, Varenholz bei Rinteln und Bevern rechts der Weser, nördlich von Höxter. In diesen Bauten hat das dekorative Schaffen das architektonische



DIE RENAISSANCE DER WESER-LÄNDER.
 TÜR IM GOLDENEN SAAL DES SCHLOSSES VON
 BÜCKEBURG. AUS: „DIE WESERRENAISSANCE“
 VON MAX SONNEN. VERLAG DER ASCHEN-
 DORFF'SCHEN VERLAGSBUCHHANDLUNG ZU
 *** MÜNSTER IN WESTFALEN. * 1918. ***
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 ***** 53. JAHRGANG 1919. * NO. 24. *****

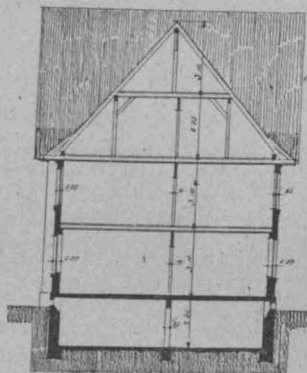
bedeutendste Anlage ist Schloß Varenholz (S. 107). Eine Burg des Mittelalters wurde von 1582—1595 von Simon VI. von Lippe zum Renaissanceschloß umgewandelt. Es ist, wie die Ansicht aus der Vogelschau zeigt, eine der glanzvollsten Schöpfungen der Schloßbaukunst der Renaissance, besonders eindrucksvoll in der Ansicht, die sich gegen den Schloßgarten wendet. Diese Schloßgruppe schließt die Gruppe der Bauten in und um Hameln und des Einflußgebietes dieser Stadt ab. Vier Jahrzehnte hindurch blühte an der mittleren Weser die Baukunst in Werken, die wenig gekannt sind, aber um so größere künstlerische Bedeutung haben. „Es war eine Zeit mit kraftvoll tätigem Schöpfergeist, dessen Walten uns eine Reihe der kostbarsten Stücke echt deutsch empfundener Renaissanceschöpfungen bescherte“.

Dieses Bild ändert sich aber um die Wende des XVI. und des XVII. Jahrhunderts; es treten nun die barocken Steigerungen der Spätzeit auf. Die Phantasie, ja Phantastik des Wendel Ditterlin aus Straßburg macht ihren Einfluß geltend. 1591 erscheint sein Werk über „Architectura

denen Saales“, die auf unserer Bildbeilage dargestellt ist. In der Art und Formenfülle des Wendel Ditterlin war auch hier wahrscheinlich Adrian de Vries am Werk, der in Italien gebildete Meister, dessen Berufung auf den Fürsten Ernst zurück zu führen ist, der auf seinen Reisen in Italien und während seines Aufenthaltes am Hof des Landgrafen Moritz von Hessen italienische und oberdeutsche Schöpfungen kennen gelernt hatte. Sonnen will Beziehungen im Figürlichen dieser Tür mit den Brunnen in Augsburg entdeckt haben. Er mag Recht haben. Mit solchen Werken war aber die höchste mögliche Steigerung erreicht. Welche gewaltige Spanne der Kunstentwicklung zwischen den strengen, ganz auf Konstruktion gestellten Fachwerkhäusern unseres Kunstgebietes und diesen in schöne Willkür aufgelösten Meisterschöpfungen einer glücklichen Zeit fröhlich schaffenden stolzen Deutschtumes.

Die herrliche Tür des „Goldenen Saales“ des Schlosses in Bückeburg schließe unsere Betrachtung. Das Werk, das dieser zugrunde gelegen hat, trägt die Jahreszahl 1918. Seine Vorbereitungen fallen also zum größten Teil in die

QUERSCHNITT.

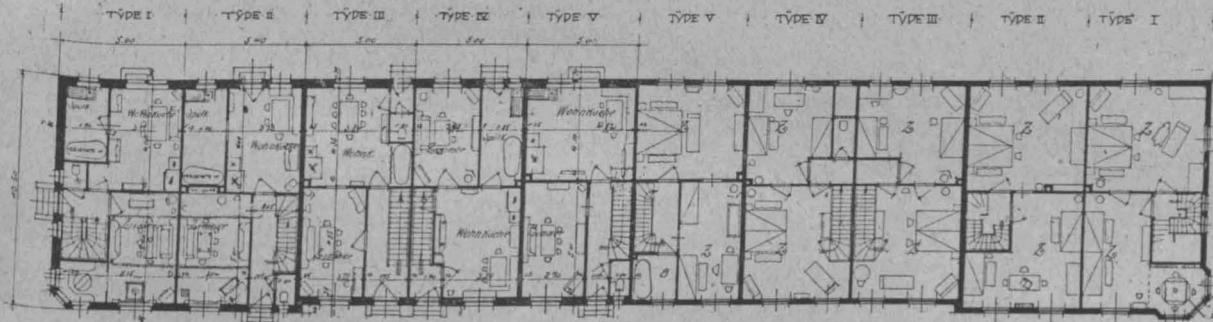


SEITENANSICHT.



ERDGESCHOSS

OBERGESCHOSS



Gebäudegruppe. Gewanne Stumperich. Mannheim-Neckarau.

Die südwestliche Orts-Erweiterung des Stadtteiles Neckarau auf Gemarkung Mannheim.

oder Austeilung der fünf Säulen“. Das strukturelle Gefüge wird aufgelöst und eine durch berauschten Formensinn genährte Flut von ornamentalen Bildungen ergießt sich über die architektonischen Schöpfungen, ihre konstruktive asketische Strenge in quellenden, lebensfreudigen Sinnenrausch verwandelnd. Bis in das Gebiet der Weser schlägt die Art des Straßburger Meisters ihre Wellen; die Stadtkirche von Bückeburg wird von ihr überschüttet, ein rauschender Akkord üppigsten Formenreichtums. Das Schönste aber findet sich im Schloß zu Bückeburg, nicht nur in der Kapelle, sondern vor allen Dingen in der herrlichen Tür des „Gol-

Kriegszeit. Es ist der Schöpfungen, die es veröffentlicht, würdig; es ist eine Ruhmestat sowohl für den Verfasser, der unermüdlich darin sich zeigt, den schönsten Ansichten einer Bauschöpfung eine bleibende Darstellung zu geben, wie auch für den „Westfälischen Heimatbund“, der den Entschluß zu dieser Kulturtat sich in der größten Not des Vaterlandes abgerungen hat. So entstand ein Buch der Romantik und deutschen Wesens, das in stillen Stunden der Verzagtheit an der Zukunft eine Zuflucht ist für Alle, die an der großen deutschen Vergangenheit und an ihren Schöpfungen der Schönheit sich aufzurichten vermögen. —

Künstlerische Persönlichkeit und Organisation.

Unter diesem Titel hat der Kunstmaler Professor Fritz Erler in München, ein großer Künstler, der bekanntlich in Kunst und Leben weiß, was er will, Mitte Februar 1919 in der „München-Augsburger Abendzeitung“ einen Artikel veröffentlicht, der in vielfacher Weise zu denken gibt. Er sollte auch von allen Denen unseres

Fachgebietes aufmerksam gelesen werden, die vorwiegend in der Organisation das Heil und die Zukunft des Bau-faches erblicken und in der schematischen Herübernahme einer Einrichtung, der Kammern, in das Gebiet der Baukunst, die sich in den Gemeinden anderer geistiger Arbeiter nicht bewährt hat und, wie z. B. bei den Aerzten, durch ergänzende Organisationen gestützt werden mußte, ein Heil-

mittel für die Gesundung unerträglicher Zustände und für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage erblicken. Erler spricht natürlich von seinem Standpunkt als Kunstmaler; was er aber ausführt, hat seine volle Bedeutung auch für die Baukunst. Der Künstler führt u. A. aus:

„Wer in den vergangenen Revolutionswochen den öffentlichen Künstler-Versammlungen, in denen die Fragen der Neuorganisation, der Bildung von Künstlerräten, der Vertretung der Minderheiten usw. behandelt wurden, als Zuhörer beiwohnte, mußte oft genug den Eindruck haben, daß erst vom 8. November 1918 ab in München ganz richtig und ehrlich gemalt, gemeißelt und gebaut würde, während die vorangegangenen Epochen lediglich von mehr oder weniger talentlosen Gewaltmenschen oder künstlerischen Hochstaplern beherrscht worden wären. Es haben Viele darüber gelacht. Ich selbst konnte nicht lachen, denn es war in den Versammlungen nur zu deutlich, daß beständig die Frage der künstlerischen, geistigen Freiheit mit der Brotfrage entweder verwechselt oder vermischt wurde.

Es sollte organisiert werden, aber es wurde nicht klar, ob der künstlerische Geist schlechthin, die künstlerische Produktion auf Grund bestimmter Gesinnung oder die Brotbeschaffung für die, welche Pinsel, Meißel und Reißschiene führen, organisiert werden solle. Wobei natürlich die Frage aufgeworfen werden mußte, wer denn überhaupt Maler und Bildhauer usw. sei. Eine Einigung über diesen Punkt konnte nicht erzielt werden. Denn wer (wie in den Gewerkschaften) ein Eisendreher oder Gelbgießer sei, würde sich sogleich beweisen, auch wer ein wirklicher Anstreicher oder rechter Steinmetz sei, könne nicht verborgen bleiben, wo aber der Handwerker aufhöre und der sogenannte Kunstmaler, Bildhauer usw. beginne, konnte nicht gesagt werden.

Herr Eisner wollte die Schwierigkeit beheben, indem er bekanntlich vorschlug, der Jünger Apolls sollte eben seinen Unterhalt wie andere auch, jeder wie er möchte, verdienen und nur in sogenannten Weihestunden auf den Kuß der Muse warten, indem er wahrscheinlich an seine eigenen Oden dachte. Eine wahrhaft salomonische Lösung! Den guten Anwesenden aber wollte das nicht recht einleuchten, indem sie bekümmert bei sich bedachten, welcher unausgesetzten Sorge die Ziselierung einer einzigen Statue, die Ausmeißelung eines Reliefs, und die Ausführung eines einzigen Fresko bedürfe, nicht zu reden von dem nötigsten Naturstudium.

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind als Provisorien gegründet worden, um sehr bestimmte Rechte und Freiheiten zu erkämpfen und zu behaupten, gegen ebenfalls sehr bestimmte historisch gewachsene Uebermächte und Knebelungen. Zwar, die Unterordnung unter das Gemeinwohl ergibt ohne Weiteres auch die freiwillige oder erzwungene Hingabe gewisser materieller Güter und Vorteile. Geistiger Besitz und künstlerische Errungenschaft aber können nicht ebenso einfach mitgeteilt oder genommen werden, wo die Fähigkeit aufzunehmen mangelt. Und wo dieser Mangel ist, da bildet sich leicht eine Art bolschewistischer Wut bei dem, der wohl fühlt, daß er für seine Person, in seinem Leben, niemals mehr in den Besitz dieser geistigen Güter oder doch nur, wenn er jung genug, in jahrelanger Arbeit wird kommen können, weil er in seiner Jugend übervorteilt wurde, indem man ihn unverschuldet von der Erziehung ausschloß oder ihm eine Erziehung gab, die sich als unfruchtbar erwies. Denn nur die Kräftigsten können nachholen. Hüten wir uns vor einem Bolschewismus, gerichtet gegen künstlerische Errungenschaften und geistige Werte, die zwar von einer Majorität verkümmert und vernichtet, aber nicht aufgeteilt werden können. Verlangen wir nicht, was im Augenblick zu erfüllen unmöglich ist, sondern halten wir uns erst einmal streng an das schon morgen wirklich Erreichbare.

Es kann vernünftigerweise gefordert werden das kommende Recht auf die gleichen Grundlagen der künstlerischen Erziehung von Jugend an. Es ist damit gesagt, daß man zu umfassenden Änderungen erst in Generationen durch eine anders geartete Erziehung wird kommen können. Die zu beratenden Maßnahmen werden also für den Augenblick in der Hauptsache rein materieller, wirtschaftlicher Natur sein müssen, um hier das Mögliche für die wirtschaftlich Schwachen zu erringen. Nachher erst wird die Frage einer fundamentalen Umgestaltung der Künstler-Erziehung angeschnitten werden können, die zusammenhängen muß mit einer gründlichen Reform der Jugend-erziehung überhaupt.

Ebenso verhält es sich mit der Beglückung des Volkes durch Kunst. Lothar von Kunowski schrieb vor zwanzig

Jahren schon: „Die große geistige Bewegung für Volkskunst leidet in ganz Europa unter dem Vorurteil, daß einige Wenige dem Volk die Kunst aufschwätzen könnten. Sie nehmen die Kunst als eine gegebene Sache und setzen sie dem Volke täglich von neuem vor, in Theatern, Konzerten, Kunstaussstellungen, Museen, Zeitschriften, immer bedacht, das törichte Volk zu erziehen und heraufzubilden, während sie es tatsächlich erniedrigen durch Geschenke, die es verlegen annimmt, ohne sie verwenden zu können. Sie wissen nicht, daß eine Volkskunst nicht eine dem Volke zu schenkende, sondern von ihm erst zu erzeugende Kunst ist. Nicht ein Volk, das reich an Kunstwerken, sondern reich an Künstlern ist, haben wir anzustreben.“

Meine Worte laufen kurz auf die zwei Wünsche hinaus:

1. Daß es gelingen möge, die Frage der künstlerischen Achtung und Zugehörigkeit nicht durch die politischen Leidenschaften des Tages, mit denen reine Kunst nichts zu tun hat und nie zu tun hatte, zu vermengen und zu verwirren.

2. Daß es gelingen möge, die rein wirtschaftlichen Forderungen, die vielleicht zum guten Teil rasch erfüllt werden können, scharf zu trennen von Forderungen, die unmöglich von heute auf morgen erfüllt werden können, deren Erfüllung abhängt nicht nur von der Erziehung des künstlerischen Nachwuchses, sondern unseres gesamten Volkes überhaupt.

Auch das eigentlich Wertvolle freilich kann weder durch Räte der Majorität beschlossen, noch durch allgemeine Organisationen erreicht werden, sondern ist Frage einer Wiedergeburt des deutschen künstlerischen Geistes.

Die glücklichsten gemeinschaftlichen Maßnahmen, das einmütigste Zusammengehen und die weiteste Freiheit der Betätigung würden nur eine äußerliche Organisation bleiben, wenn es uns nicht gelingt, uns innerlich künstlerisch frei und unabhängig zu machen.

Die tiefsten Demütigungen, die wir jetzt erleben, kommen nicht vom Feinde, sondern aus der Heimat selbst.

Was wir politisch erleben, haben wir schon im alten Deutschland auf künstlerischem Gebiet vor dem Krieg bitter erfahren und bitter bekämpft: den Mangel an natürlichem, völkischem Stolz, die allzu leichte Preisgabe des Eigenen zugunsten des ungeprüften Fremden, das beständige schwächende Hinweisen auf unsere eigenen Fehler, das bedientenhafte Bescheiden mit der deutschen Inferiorität in künstlerischen Dingen.

Eine Künstlerschaft, wie die deutsche, die sich doch gewiß einer selbstsicheren Phantasie erfreuen könnte, hat nicht nötig, mit den verblaßten Frühlings- und Herbstmoden des Vorjahres, mit den von westlichen Herrschaften abgelegten Kleidern hausieren zu gehen — und auch noch um Achtung zu bitten. Sehen wir doch gerade bei den Jungen und Jüngsten so viel quellende Phantasie, so viel künstlerisch unterdrückte Kraft, daß der heiße und ungeduldige Wunsch aufsteigt: Gelänge es doch, daß sie ihre eigenen Gebilde freimachten von der Staffierung mit modischen Lappen, die ihnen von literarischen Allerweltszuschneidern aufgedrängt wurden und die, ehe der Import zu uns gelangte, schon lächerlich unmodisch geworden sind, wie ein zurückgestellter Damenhut. Die Seele der Jungen ist zu gut für solchen Behang und es wird Aufgabe des Erziehers sein, das Vertrauen der Anfänger auf das eigene künstlerische Wachstum, indem er sie vor allem die überlieferten technischen und handwerklichen Ausdrucksmittel lehrt, zu stärken, ihre noch unbeeinflussten und darum sicheren Instinkte zu ermuntern und sie nicht durch beständiges Vorhalten übermächtiger Beispiele zu demütigen. Möchte es doch immer mehr gelingen, daß sie das Eigen-erlebte mit der Muttersprache ausdrücken können. Dann wird es uns nirgends an Geltung fehlen, weder an ideeller noch materieller. Anstatt als lästige, fixe Konkurrenten oder gar als Imitatoren, die wir im Ausland oft genug für uns Propaganda machen sahen, zu erscheinen, werden wir mit unseren Werken der internationalen Achtung begegnen. Denn nicht, was aus aller Welt zusammengetragen, sondern was auf eigenem urigem Boden gewachsen, kann in der Kunst über die Grenzen des engeren Volkskreises hinaus wirken.

Der tiefste Sinn des Sozialismus liegt in der gegenseitigen Achtung; der Achtung vor dem unveräußerlichen geistigen Pfund, das der einzelne und nur einmal existierende Mensch von der Natur empfangen, so auch in der Ach-

tung vorderkünstlerischen Persönlichkeit, die im innersten Kern unabhängig ist von politischen Gesinnungen wie von wirtschaftlichen Bewegungen.“

Mit diesen treffenden Ausführungen sind die Bestrebungen zur Schaffung von Architekten-Kammern, die wir von jeher bekämpft haben und immerwährend bekämpfen wer-

den, ad absurdum geführt. Denn das tiefste Wesen des Faches erfordert zu seiner Gesundung andere Heilmittel, als sie bisher anzuwenden vorgeschlagen wurden. Nicht zu verwechseln sind die bisher angestrebten Architekten-Kammern mit Kunstkammern, wie sie an manchen Stellen gefordert und wie eine solche kürzlich für Württemberg in Stuttgart begründet wurde. Hierauf kommen wir zurück. —

Vermischtes.

Neue Mitglieder der Akademie der Künste in Berlin. Unter einer größeren Anzahl neuer Mitglieder, welche die Akademie der Künste in Berlin aus dem Gesamtbereich der bildenden Kunst wählte, befinden sich folgende Architekten oder sich zeitweilig als Architekten betätigende Mitglieder: Prof. Bruno Paul, Direktor der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbe-Museums in Berlin, sowie Architekt Fritz Bräuning in Berlin, als einheimische Mitglieder; Prof. Dr.-Ing. h. c. Theodor Fischer von der Technischen Hochschule in München und Prof. Paul Bonatz von der Technischen Hochschule in Stuttgart als auswärtige Mitglieder. —

Besetzung der Stelle eines Direktors im Reichspost-Ministerium durch einen Ingenieur. Dem „Deutschen Reichsanzeiger“ zufolge hat der Reichspräsident den Oberingenieur Hans Bredow in Berlin zum Direktor im Reichspost-Ministerium ernannt, das durch diese Ernennung zum ersten Mal einen Techniker als Direktor erhält. Oberingenieur Hans Bredow ist seit 1903 in leitender Stellung in der Telefunken-Gesellschaft tätig. In dieser Stellung hat er sich durch die Organisation des deutschen Funkentelegraphen-Verkehrs außerordentliche Verdienste erworben. Insbesondere ist ihm die Organisation des drahtlosen Verkehrs zwischen Deutschland und dem Ausland während der Kriegsjahre zu danken, wodurch es trotz aller feindlichen Gegenmaßnahmen gelungen ist, Funkentelegramme auch in die entferntesten überseeischen Länder zu senden. Der neue Direktor, der 41 Jahre alt ist, hat große Aufgaben vor sich; es ist ihm die Leitung des gesamten deutschen Reichsfunkwesens übertragen worden. Die Funkentelegraphie soll in Zukunft erheblich stärker als bisher für öffentliche Verkehrszwecke nutzbar gemacht werden. —

Neugestaltungen an der Akademie der bildenden Künste in Dresden. Von der Lehrer-Versammlung der Akademie erhielten wir die folgende Zuschrift über durchgreifende Neugestaltungen:

„An der Kunstakademie haben sich im Lauf der letzten Monate eine Anzahl Aenderungen grundsätzlicher Art vollzogen, deren Ergebnis nunmehr in bestimmten organisatorischen Neubildungen vorliegt. Der „Akademische Rat“ ist als Verwaltungsbehörde der Akademie aufgehoben worden und besteht zur Zeit nur noch als ein Sachverständigen-Ausschuß des Ministeriums des Inneren in künstlerischen Fragen, insbesondere bei der Verwaltung des staatlichen Kunstfonds. An seine Stelle ist, als einzige behördliche Organisation der Akademie, die „Lehrer-Versammlung“ getreten. Diese besteht aus der Gesamtheit der akademischen Lehrer, tritt regelmäßig zusammen und wählt aus ihrer Mitte ein geschäftsführendes Mitglied, den „Studien-Professor“. Dieser leitet, mit einer zweijährigen Amtsdauer, die Geschäfte der Akademie, in dauernder Fühlung mit der Lehrer-Versammlung, und gestützt auf drei Sonderausschüsse, in denen einzelne Gebiete der Verwaltung vorbereitend beraten werden. Als Vertreter des Ministeriums des Inneren hat der Akademie-Sekretär in der Versammlung Sitz und Stimme. In allen einschlägigen Fragen ist Fühlungnahme mit dem Ausschuß der Studierenden vorgesehen. Die auf demokratischer Grundlage ruhende Selbstverwaltung der Akademie ist damit in allen Teilen verwirklicht. Eine innere Reorganisation des Schulbetriebes, die den Forderungen der Gegenwart entspricht, wird zur Zeit ausgearbeitet und wird voraussichtlich schon im nächsten Semester in wesentlichen Punkten in Kraft treten. Prof. Otto Gußmann hat das Amt des Studien-Professors, das er seit dem Tod Kuehl's bekleidete, mit dem Zustandekommen der neuen Verfassung niedergelegt. An seine Stelle ist, für die Zeit bis zum Herbst 1920 Prof. Georg Lührig gewählt worden.“

Wir sind gespannt darauf, wie und in welchem Umfang bei diesen Neugestaltungen die Baukunst Berücksichtigung finden wird. Wir glauben, daß bei der großen Tradition, welche die Baukunst gerade in Dresden hat, die auch in ihren jeweiligen Vertretern an der Akademie zum Ausdruck kam, dieser Zweig der Kunst bei den Neugestaltungen eine ganz besondere Rücksicht erfahren muß. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen zu Grabzeichen wird mit Frist zum 31. Mai 1919 unter den in Hessen ansässigen oder geborenen Künstlern ausgeschrieben. Die Entwürfe sollen umfassen Vorschläge für ein Reihengrabzeichen in Stein oder Kunststein, für ein solches in Holz, für eine Grabplatte und für ein Kindergrabzeichen in Stein, Holz oder als Platte. Die Preise für die 4 Gruppen wechseln zwischen 60 und 150 M.; die Ankäufe zwischen 50 und 75 M. Im Preisgericht befinden sich u. A. die Hrn. Verleger Hofrat Koch, Arch. Prof. Meißner und Bildhauer Prof. Jobst in Darmstadt, sowie Gartenarch. Heilig und Stadtbdt. Architekt Sander in Offenbach a. M. Stellvertreter sind der Architekt Brt. Landmann in Offenbach und der Bildhauer Prof. Varnesi in Frankfurt a. M. Unterlagen gegen 1 M. durch die Stadtkasse in Offenbach a. M. —

Chronik.

Ausnutzung der Wasserkräfte der Gutach im Schwarzwald. In Triberg hat eine Versammlung von Industriellen und Wasserwerk-Besitzern an der Gutach stattgefunden, die zur Beratung einer Stauanlage an der Gutach oberhalb der Triberger Wasserfälle zusammengetreten war. Nach Ausführungen eines Hrn. Dipl.-Ing. Flügel sieht ein bereits vorliegender Plan ein Staubecken mit 5 Mill. cbm Inhalt und zur Ausnutzung der unverbrauchten Wasserkräfte die Erstellung eines Kraftwerkes zur Erzeugung elektrischer Energie vor. Zur Ausgleichung des Wasserzuflusses ist ein Staubecken von 30 000 cbm Inhalt bei Hornberg angenommen. Die Kosten der gesamten Anlage sind unter Berücksichtigung der teuren Löhne und Baustoffpreise auf 1,45 Mill. M. veranschlagt, der jährliche Aufwand ist auf 87 000 M. berechnet. Nach den angestellten Ermittlungen ergibt sich ein Preis von 8,7 Pf. für die Pferdekraft-Stunde. Dieser an sich hohe Preis würde sich jedoch nach der Ansicht Flügels durch verschiedene wirtschaftliche Einwirkungen im Lauf der Zeit erheblich ermäßigen lassen. —

Zur Vervollständigung der öffentlichen Park- und Gartenanlagen in Karlsruhe hat die Stadt ein 8180 qm großes Gelände in der Gemarkung Beiertheim erworben, das nach Umwandlung in gärtnerische Anlagen dazu dienen soll, die schönen öffentlichen Anlagen des Beiertheimer Wäldchens mit ihren stattlichen alten Bäumen, die sich von der Ettlinger-Straße bis zum Stefaniensbad in Beiertheim hinziehen, in Verbindung zu setzen mit den öffentlichen Parkanlagen, die anschließend längs des Ufers der Alb geplant sind, sodaß Karlsruhe im Süden und Südosten von öffentlichen Parkanlagen durchzogen wäre. Der Aufwand für den Gelände-Erwerb beträgt etwa 56 000 M. —

Die Errichtung einer Siedelungsgesellschaft für den Kreis Heidelberg soll noch in diesem Jahr erfolgen, nachdem von den Gemeinden zusammen mit dem Kreis Stammanteile in Höhe von 543 800 M. und von den gewerblichen Unternehmen Anteile in Höhe von rd. 380 000 M., insgesamt bis jetzt 923 800 M. gezeichnet worden sind. Die Gesellschaft plant den Bau kleiner Eigenheime mit Wohnküche, 3 Zimmern, sowie Stallung und Garten von 2—3 Ar. Die Herstellungskosten werden auf 5—7 000 M. geschätzt. Minderbemittelte Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene, sowie kinderreiche Familien sollen vorzugsweise berücksichtigt werden. —

Literatur.

Sechs Bücher vom Bauen. Enthaltend eine Theorie des architektonischen Entwerfens. Von Dr.-Ing. Friedrich Ostendorf, Oberbaurat und Professor an der Groß-Technischen Hochschule in Karlsruhe. Erster Band: Einführung. Dritte Auflage. Mit einem Vorwort von Sackur, Professor an der Groß-Technischen Hochschule in Karlsruhe. Mit 168 Textabbildungen. Berlin 1918. Verlag von Wilhelm Ernst & Sohn. Preis geh. 11 M., geb. 13 M. —

Die Theorie, die Friedrich Ostendorf in den „Sechs Büchern vom Bauen“ niederlegen wollte, ist durch den schmerzlichen Heldentod des Verfassers 1915 nur zum kleineren Teil zur Ausführung gekommen. Band I und II liegen vor, Band I sogar bereits in dritter Auflage. Er behandelt die „Einführung“; Band II „Die äußere Erscheinung der einräumigen Bauten“; Band III sollte enthalten „Die äußere Erscheinung der mehrräumigen Bauten“; Band IV „Die äußeren Räume“; Band V „Die inneren Räume“ und Band VI „Die Gestaltungsmittel“. Zu Band III hat der Verfasser selbst noch so viel Material vorbereitet, daß die Verlagsbuchhandlung erklären kann, der Band werde voraussichtlich nach dem Krieg erscheinen. Auf die Herausgabe von Band IV—VI aber hat der Verlag verzichtet, und das ist gut. Denn die Art der Darstellung von Friedrich Osten-

dorf war eine so persönliche, daß ein fremder Bearbeiter selbst bei der besten Absicht, seine eigene Person zurücktreten zu lassen, sich unmöglich in die Denkungs- und Empfindungsweise Ostendorfs versetzen könnte. Welcher Nachfolger würde es z. B. wie Ostendorf gewagt haben auszusprechen: „Heute haben wir keine Bautradition mehr“. Welcher Nachfolger würde es unternommen haben, in die vielen Irrtümer einzutreten, in denen Ostendorf unbeschadet der Zustimmung, die man ihm in Einzelheiten seiner Grundanschauung nicht versagen darf, in völliger Einseitigkeit befangen war? Sackur, der die dritte Auflage der „Einführung“ mit einem geistreichen Vorwort ausgestaltet hat, führt aus, Ostendorf vollziehe in seinem Werk so radikal wie Niemand vor ihm den Bruch mit der architektonischen Vergangenheit. Warum? „Weil die ganze verflossene Periode, von Schinkel angefangen — ganz gleich, ob sie sich nun antik oder mittelalterlich gebärdet — die Tradition des 18. Jahrhunderts bewußt abgebrochen hat, um andere Wege einzuschlagen“. Nun heißt aber für Ostendorf „Entwerfen“ die einfachste Erscheinungsform für ein Bauprogramm mit Bezug auf den Organismus fordern. Diese fand er nach seiner Ansicht nicht in einer architektonischen Vergangenheit, „die aus der großen Sammelmappe der Schöpfungen aller Epochen genießt... und auf dem schwankenden Gerüst solcher Stimmungen den Bau der neuen Kunst errichten will“. Aber er glaubte sie in der Baukunst der Renaissance zu finden und in „erkennbarster Form in deren Entwicklung zu der großen Bautradition des 18. Jahrhunderts im Gegensatz zur mittelalterlichen Kunstübung. In logischer Folgerung“, schließt Sackur, „ist für ihn die mittelalterliche Bautradition also in Wirklichkeit unarchitektonisch“. Dadurch nun prallen in der neueren Baukunst zwei Auffassungen aufeinander, die der Antike und die des Mittelalters, deren Entfernung aber unter sich nicht so groß ist, wie die Entfernung beider von der Bauüberlieferung des 18. Jahrhunderts. Und Ostendorf sah als den Träger dieser Ueberlieferung gerade das 18. Jahrhundert an, weil dieses „den systematischen Ausbau der rein architektonischen Fragen mit besonderer Intensität betrieb und schließlich dabei zu einer geradezu internationalen Einheitlichkeit der architektonischen Entwicklung gelangte“. Aber man darf wohl hinzu fügen, nicht eigentlich aus der Sache heraus, sondern unter den Einflüssen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung und der Kraft der künstlerischen Persönlichkeiten des 18. Jahrhunderts. Das bestätigt Sackur, wenn er die Grenze, bis zu der die architektonische Kultur des 18. Jahrhunderts in Deutschland reicht, auf den gewaltigen Volkskrieg und die tiefgreifende politische und soziale Umwälzung in seiner Folge zurück führt, die den Anfang des 19. Jahrhunderts ausfüllen. Baugeschichtlich beginnt die neue Zeit mit dem Hellenismus als Kulturerscheinung und mit der Wiederaufnahme der Formen des griechischen Altertums. Aber wie schon für J. F. Blondel nach seinem 1771 in Paris erschienenen „Cours d'architecture civile“ die Formenfrage keine Frage der Baukunst, sondern lediglich eine Geschmacksfrage war, so erblickt auch Sackur den Bruch mit der Vergangenheit wohl mit Recht nicht in der Aufnahme neuer Formen, sondern tiefer schauend „in der Veränderung, welche die Baukunst in ihrer Stellung innerhalb der Einzelpersönlichkeit und damit auch im Gesichtskreis der Gebildeten erlitt“. Der Schwerpunkt aller Interessen liegt auf dem literarischen Gebiet, Kunstfragen treten zurück, die Kunst verkümmert, die Akademien werden zu Fachschulen. Die Stellung des Architekten sinkt geistig und sozial. Der Umfang der Aufgaben verkleinert sich. Die großen städtebaulichen Aufgaben, die dem 18. Jahrhundert ihr Gepräge gaben, verschwinden. Die Baukunst wird abhängig von den literarischen Führern des geistigen Lebens. Ihre Rolle wird eine untergeordnete und damit mußte der Bruch mit der großen Ueberlieferung des 18. Jahrhunderts entstehen. Ostendorf selbst hat das mehr instinktiv gefühlt, Sackur aber ihm wissenschaftlichen Ausdruck gegeben. Nun versteht man die Absicht Ostendorfs besser, wenn man ihn ausrufen hört, eine Bautradition sei heute nicht mehr vorhanden, und wenn man sieht, wie er sich mit Kopf und Herz dem 18. Jahrhundert hingibt. Wäre Ostendorf ein ebenso guter Schriftsteller wie Architekt gewesen, so wäre der bewegende Umstand in seinen „Sechs Büchern“ deutlicher zum Ausdruck gekommen. Daher ist die Vorrede Sackurs zur dritten Auflage der Ostendorfschen Ausführungen eine in hohem Maß willkommene Ergänzung. Ja, die Art, wie Sackur diese philosophische Betrachtung anfaßt, ist so interessant, daß man den Wunsch haben kann, sie in ausgedehnter Form, in weiterer Ausarbeitung, als sie in den Grenzen eines Vorwortes möglich ist, den Büchern Ostendorfs vorangesetzt zu sehen. —

—H.—

Literatur-Verzeichnis.

- Adler, Kurt, Dipl.-Ing. Wie baut man für's halbe Geld? Wohnhausbauten und Wirtschaftsgebäude mit leicht erhältlichem, oft kostenlosem Baumaterial, in kürzester Zeit auszuführen. Mit Anleitungen und 60 Abbildungen. Lehm- und Drahtbauten gehört die Zukunft. 11. Auflage. Wiesbaden. Heimkulturverlag G. m. b. H. Pr. 1,60 M.
- Denschrift über den Bau der Hauskamine. Der kgl. Lokalbaukommission München überreicht vom Hafner- und Kaminkehrergewerbe Münchens. Im Auftrage beider Gewerbe bearbeitet von Kaminkehrermeister und Fachlehrer Johann Klein.
- Denschrift zum 50jährigen Geschäftsjubiläum der Firma Erste Darmstädter Herdfabrik und Eisengießerei Gebrüder Roeder in Darmstadt. 1917.
- Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands. Herausgegeben von der Dresdner Bank in Berlin. 3. Ausgabe. Berlin 1917.
- Dr. Eber, Karl. Staat und Realkredit in Deutschland. I. Die staatliche Versicherungs- und Hypothekenbankaufsicht. II. Die Notwendigkeit einer Reichsbehörde für Immobilienkreditwesen. Berlin W. 56. 1918. Puttkammer & Mühlbrecht. Pr. 6 M.
- Finanz- und Volkswirtschaftliche Zeitfragen. Herausgegeben von Reichsrat Prof. Dr. Georg von Schanz und Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Julius Wolf. 34. Heft: Bauwirtschaft, Realkredit und Mieten im und nach dem Kriege. Von Dr.-Ing. Martin Wagner. Stuttgart 1917. Ferdinand Enke. Pr. 1,80 M.
- Geschäftsbericht der brandenburgischen Provinzialkommission für Denkmalpflege und des Provinzialkonservators über die Jahre 1914 bis 1916. Berlin 1917.
- Gesetzestexte Nr. 18: Zuwachssteuergesetz. Vom 14. Februar 1911. (R. G.-Bl. S. 33). Mit einer Einleitung. Berlin W. 8 1911. Karl Heymanns Verlag. Pr. 20 Pf.
- Sammlung Götschen. Nr. 476: Die Baustoffe des Maschinenbaues und der Elektrotechnik. Von Prof. Hermann Wilda. Mit 15 Abbildungen. 2. Auflage. — Nr. 499: Das autogene Schweiß- und Schneidverfahren. Von Ziv.-Ing. Hans Niese. 2. verbesserte Aufl. Mit 40 Fig. — Nr. 609: Einführung in die Hochspannungstechnik. Von Dr.-Ing. K. Fischer. 2. Aufl. Mit 98 Fig. — Nr. 620: Die Akkumulatoren für Elektrizität. Von kais. Reg.-Rat, Dr.-Ing. Richard Albrecht. Mit 56 Fig. 2. neu bearbeitete Auflage. Leipzig 1918. G. J. Götschen'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. Pr. geb. je 1 M. Teuerungszuschlag 25 Pf.
- Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen. Schriften: Heft V. Herausgeber: Dipl.-Ing. Erich Leyser. Bremens bauliche Kultur. Das Einfamilienhaus und das Privat-Baugewerbe. 1. Stadterweiterung und Kleinhäuser in Bremen. Grundlagen im Gesetz. Organisatorische Maßnahmen. Von Staatsbrt. Bahnsen. 2. Bautechn. und baugesetzliche Maßnahmen zur Förderung und Erhaltung des Kleinhauses in Bremen. Von Brt. A. Muesmann. 3. Gemeinnützige oder private Bautätigkeit? Gesunde wirtschaftl. Grundlagen. Solider Bauhandwerkerstand. Von Arch. H. Wagner. Berlin W. 8 1918. Karl Heymanns Verlag. Pr. 2 M.
- Halbig, Franz. Zeitgemäße Worte über die Behandlung von Sammelheizungsanlagen während des Krieges und auch nachher. Was jeder Hausbesitzer über seine Heiz-Anlage wissen muß. Düsseldorf 1917. Selbstverlag. Pr. 1 M.
- Juristische Handbibliothek. Herausgeber: Geh. Rat Max Hallbauer und Wirkl. Geh. Rat Dr. W. Schelcher. Band 445: Die staatliche Elektrizitätsversorgung im Königreich Sachsen. Eine Zusammenstellung der einschlagenden Vorschriften mit Erläuterungen und einer Einleitung versehen von Geh. Fin.-Rat Georg Friedrich. Leipzig 1918. Roßberg'sche Verlagsbuchhandlung, Arthur Roßberg. Pr. 8,40 M.
- Technische Abende im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. 2. Heft: Maschine und Werkzeug. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Kammerer und Prof. Dr.-Ing. Schlesinger. Mit 1 Abbildung. Pr. 50 Pf. — 3. Heft: Die Psychologie des Arbeiters und seine Stellung im industriellen Arbeitsprozeß. Von Prof. A. Wallichs. Pr. 50 Pf. — 6. Heft: Werke der Technik im Landschaftsbild. Von Geh. Reg.-Rat Prof. W. Franz. Mit 21 Abbildungen. Pr. 75 Pf. Berlin S.W. 68. 1917. Ernst Siegfried Mittler und Sohn, kgl. Hofbuchhandl.
- Die Ulmer Verwundetenschule, ihre Werkstätten, Kurse und Einrichtungen der Beratungsstelle für Kriegs-Invaliden. 1914—1918. Den Geschlechtern des Friedens gewidmet zur Erinnerung an den größten Kampf deutschen Wesens und die Opfer, die des deutschen Volkes Zukunft erforderten. Ulm 1918. Verwundetenschule.
- Umbreit, Paul. Die deutschen Gewerkschaften im Weltkriege. Sozialwissenschaftliche Bibliothek. 1. Band. Herausgegeben von Parvus. Unter Leitung von Heinrich Cunow. Berlin S.W. 1917. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Pr. 1,50 M., geb. 2 M.

Inhalt: Die südwestliche Orts-Erweiterung des Stadtteiles Neckarau auf Gemarkung Mannheim. — Die Renaissance der Weser-Länder. (Schluß). — Künstlerische Persönlichkeit und Organisation. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Literatur. — Literatur-Verzeichnis. —

Hierzu eine Bildbeilage: Tür im goldenen Saal des Schlosses von Bückeburg.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 25. BERLIN, DEN 26. MAERZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Die kurländischen Häfen. Von Marinebaurat Bökemann in Wilhelmshaven.

Die Küsten Kurlands weisen bei 340 km Länge nur sehr geringe Gliederung auf. Von ihnen erstrecken sich 250 km an der Ostsee von der Ostpreussischen Grenze bis zum Kap Domesnäs; der Verlauf ist zuerst fast in Süd-Nord-Richtung und geht auf halber Länge allmählich nach Nord-Osten über. (Kartenskizze Abbildung 1.) Die 90 km lange Küste vom Rigaischen Meerbusen verläuft geradlinig von Nordwest nach Südost. Der Strand ist überall flach und sandig, der Untergrund unter den alluvialen Schichten besteht aus devonischen Sanden und Tonen. Dieser Küstengestaltung entspricht ein Mangel an geeigneten Hafenplätzen, da der flache Sandstrand das Herangehen von Schiffen an das Ufer ebenso wie die Ausbildung und Erhaltung tieferer geschützter Buchten verhindert. Im Allgemeinen haben daher Häfen nur dort entstehen können, wo Wasserläufe aus dem Inneren eine Rinne durch den Strand zum tieferen Wasser ausgebildet und erhalten hatten. Nur an zwei Stellen ist die ausgehende Strömung so stark, daß größere Tiefen sich länger erhalten lassen und auch Handelsschiffe ins Land gelangen konnten. Es sind das Libau an der Ausmündung des Libau-Sees, und Windau an der Mündung der Windau.

An den Mündungen der kleineren Flüsse und Seen ist noch eine Reihe von kleinen Häfen, meist nur zu Fischereizwecken, entstanden, während die Orte an der flachen Küste selten Bedeutung erlangen konnten. Zu nennen sind: Polangen, Sveta, Papensee, Paulshafen, Hasau, Groß-Irben, Klein-Irben, Rojen, Markgrafen, Lapemesch. Hiervon haben nur Polangen, Paulshafen und Rojen hafenbauliche Anlagen, sonst vollzieht sich der Verkehr vom flachen Strande aus. Z. B. lagern am Strand bei Klein-Irben tausende von Kubikmetern Holzkloben, meist Birken, aufgestapelt, umschwimmend oder auf Flößen an Segler oder kleine Dampfer heran gebracht zu werden. Sie gehen dann nach England und erhöhen dort die Gemütlichkeit des Kaminfeuers.

Polangen ist ein Beispiel für einen Fischereihafen am flachen Strand. Die Wassertiefen gehen so ungünstig an das Ufer heran, daß eine kurze Holzbrücke genügt, um das Anlegen kleiner Dampfer bei günstigen Wasser- und Wetter-Verhältnissen zu

ermöglichen. Die Lage zwischen der deutschen Grenze und Libau rechtfertigte die Anlagen wirtschaftlich. Umfangreichere Hafenbauten weist Paulshafen auf. Hier ist die Mündung eines kleinen Flusses, der Durbe, durch Leitdämme aus Holzpfählen mit Steinfüllung bis zum tieferen Wasser ausgebaut worden. Veranlassung dazu hat der Ausbau des Libauer Kriegshafens gegeben, für den der Besitzer der an der Durbe liegenden Ländereien in großen Mengen Ziegelsteine lieferte. Außerdem wurden Landeserzeugnisse, besonders Holz und Fische, verfrachtet. Der Hafenplatz Rojen am Rigaischen Meerbusen besitzt zum Schutz der Fischerboote einen frei vor der Küste vorgebauten hölzernen Wellenbrecher, der Wind und Wellen aus östlicher Richtung abhält.

Der Libau-See hat bei etwa 17 km Länge und 2 bis 3 km Breite eine Fläche von etwa 40 qkm. Er wird von mehreren kleinen Flüssen gespeist, unter denen die Bartau eine gewisse Schiffbarkeit aufweist. Der See ist flach und stark bewachsen. Die Tiefe beträgt im Allgemeinen 60–90 cm, bis auf eine schmale Rinne, die das Wasser der Bartau etwas tiefer erhält. Der See kommt nur zum Flößen und Lagern von Holz in Betracht. Am nordwestlichen Ufer zweigt der 9 m breite und 3 km lange Hafenkanal zur Ost-



Abbildung 1. Kartenskizze für die Gestaltung der Küste Kurlands.

see ab. (Lageplan von Libau, Abbildung 2.) Nach den geschichtlichen Angaben ist anzunehmen, daß die frühere Verbindung mit der Ostsee etwa 4 km südlicher gelegen hat

wurde in den Jahren 1890—1897 durch Dämme aus geschütteten natürlichen und künstlichen Steinen gebildet. Der südliche 2123 m lange Begrenzungsdamm schließt sich an



Abbildung 2. Lageplan des Hafens von Libau.

den alten südlichen Leitdamm an. (Querschnitte der alten und neuen Hafen-Dämme zeigen die Abbildungen 3a—c). Er ist im S-Bogen senkrecht zu den Tiefenlinien der Küsten geführt und hat eine nach Norden umbiegende Endigung erhalten, so daß die Süd-Nord verlaufende Küstenströmung am Damm entlang in die See abgeleitet wird und dadurch die wandernden und sich ablagernden Sande von der Einfahrt forthält. Zwei nach Westen gerichtete Einfahrten von 215 und 213 m Breite sind zwischen der Südmole und zwei hinter einander in NN W.-Richtung liegenden Wellenbrechern, je 580 und 1580 m lang, gebildet. Der nördliche

Wellenbrecher biegt nach NNW um und läßt bis zum nördlichen Abschlußdamm eine 267 m breite Einfahrt frei. Durch diese Dämme ist ein 7 qkm großes Becken begrenzt, das infolge von Baggerungen Wassertiefen bis zu 9 m aufweist. Der südliche Teil ist für Handelszwecke bestimmt und aus ihm ist durch zwei weitere Hafendämme und

Abbildung 3a. I. Teil der südlichen Hafendämme.

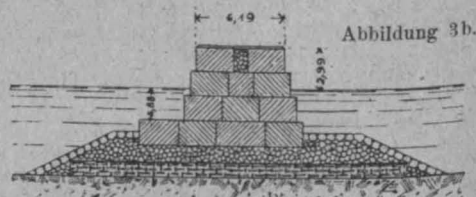
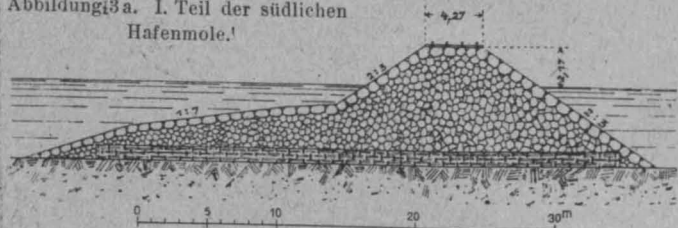


Abb. 3b. II. Teil der südlichen Hafendämme.

Abbildung 3c.

III. Teil der südlichen Hafendämme.

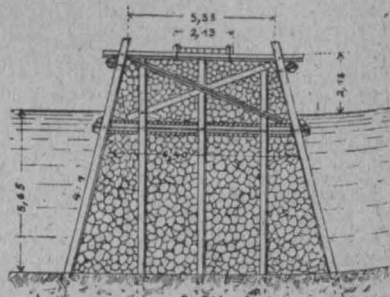
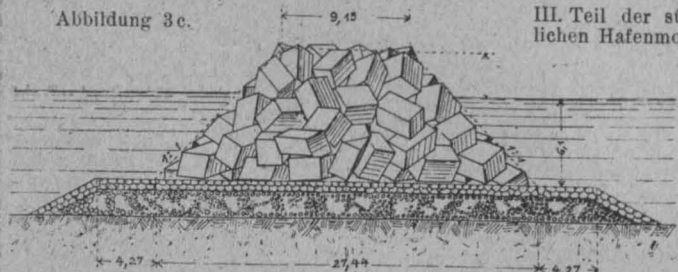


Abbildung 4. Innerer Wellenbrecher.

und die jetzt vorhandene durch künstliche Unterstützung geschaffen ist. Die Mündung in die Ostsee wurde zunächst durch parallele, nach Nordwesten gerichtete Leitdämme gesichert, die im Lauf der Zeit verlängert wurden, bis, im Zusammenhang mit der Herstellung des Kriegshafens, der große Vorbeckenhafen vor der Küste geschaffen wurde. Dieser große Vorhafen für Handels- und Kriegsschiffe

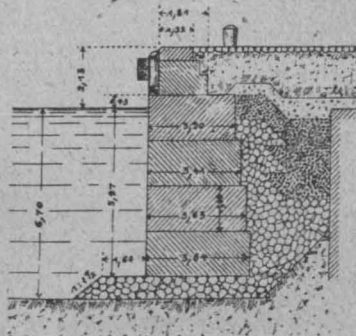
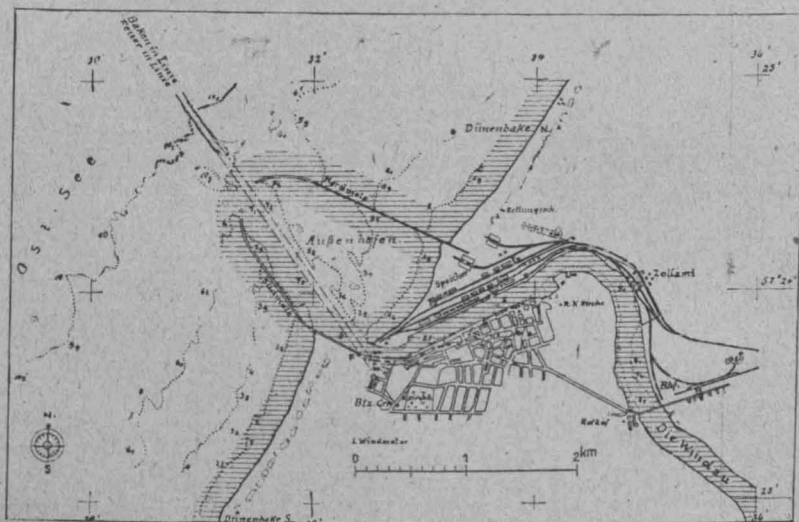
einen Wellenbrecher (Querschnitt, Abb. 4) ein kleines Becken von 1,2 qkm für einen modernen Handelshafen abgetrennt. Von den Kaianlagen ist nur ein kurzes Stück von 350 m am Südufer fertig, während für die vorgesehenen Kaizungen erst die vorbereitenden Arbeiten ge-

troffen sind. Die große Anzahl der Einfahrten, in Verbindung mit einer nicht ganz ausreichenden Höhe der Steindämme, läßt das Wasser in dem ersten Hafenbecken bei stürmischem Wetter, wobei S.W.-Sturm vorherrscht, nicht zur Ruhe kommen. Selbst in dem zweiten abgeschlossenen Becken läuft noch eine unangenehme Dünung, zu der die Form des nördlichen Dammes beiträgt; dieser ist über die Wellenbrecher-Linie hinaus verlängert und fängt dadurch einen Teil der in den Vorhafen eindringenden Wellen auf und leitet sie in den Handelshafen.

Der Handelsverkehr war im Wesentlichen auf die alten Anlagen beschränkt. Die ältesten Anlagen liegen am Südufer des Handelskanales, der im Lauf der Zeit auf beiden Ufern mit massiven Kaimauern, in etwa 3600 lfd./m Länge, ausgebaut worden ist und allmählich größere Wassertiefen entsprechend der Bedeutung des wachsenden Verkehrs erhalten hat. (Querschnitte der alten und der neuen Kaianlagen am Hafenkanal in Abbildung 5a und b.) Zur Ver-

Eimmündung der Windau, die zwischen den alten Leitdämmen auf 100 m eingeschnürt in den Vorhafen sich ergießt. Der Unterlauf der Windau hat etwa 250 m Breite, auf den letzten 3 km ist durch Vorbau von hölzernen Uferbefestigungen eine Verengung auf 140 und 100 m Breite durchgeführt. Auf dem Südufer sind 2300, auf dem Nordufer fast 3000 m Kaianlagen vorhanden.

Die Stadt Windau liegt auf dem südlichen Ufer; sie wird infolge einer fast 90° großen Biegung des Flusses auch im Osten von der Windau begrenzt. Auf dem südlichen Ufer liegen die alten Speicher, Lagerflächen und industrielle Anlagen, so wie eine kleine Maschinenreparaturwerkstatt und eine Sägmühle. Ein kleiner Fischereihafen und ein Winterhafen sind in das Ufer eingeschnitten. Auf dem Nordufer liegen die neuen mit der Eisenbahn verbundenen ausgedehnten Anlagen. Die Verbindung der beiden Ufer wird durch Fähren und Boote aufrecht erhalten. Für den Fahrverkehr ist südöstlich der Stadt, 3700 m oberhalb



zunächst örtlich auf ihr nächstes Hinterland begrenzt. Der Wert aber, den die Möglichkeit, mit Schiffen dicht ans Ufer zu gelangen, besitzt, ist bei der Besiedelung durch den Deutschen Orden früh erkannt worden. Darauf weisen die frühe Gründung der beiden Orte und die Befestigungsanlagen in ihrer Nähe, wie Burg Grobin bei Libau 1270 durch den Heeresmeister Konrad von Medem, und die Anlage von Windau mit Schloß 1378 durch Burchard von Dreilöwen.

Im Lauf der Geschichte hatten die Häfen ein wechselvolles Geschick wie Kurland selbst. Windau hatte eine kurze Glanzzeit 1650—1658, als die Kriegs- und Handelsschiffe des Herzogs Jacob ausführen nach den kurländischen Kolonien, den Inseln Tabago (eine der Antillen) und St. Andreas (in der Mündung des Gambia an der Westküste Afrikas). 25 Jahre vorher war der Hafen von Libau

vollständig versandet und erst 1697 wurde mit dem Graben des neuen jetzigen Hafenkanals begonnen. Peter der Große zeigte für diesen Bau ein großes Interesse, so daß er sich bei seinen Reisen während der Bauzeit dreimal einige Tage in Libau aufhielt. Erst 100 Jahre später, 1795, mußte sich Kurland unter den Schutz Rußlands stellen.

Der Kampf gegen die Versandung von Libau ging weiter; 1737 wurden die Seemolen gebaut, zunächst eine 240 m lange Süd- und 320 m lange Nordmole; am Ausgang des 18. Jahrhunderts war noch eine Tiefe von 2 bis 2,5 m vorhanden. Durch Verlängerung der Molen suchte man größere Tiefen zu erreichen. 1855 war die Südmole 424, die Nordmole 435 m lang und die Tiefe auf der Barre waren 3 bis 3,7 m. 1890 begann dann der Bau der jetzt vorhandenen Molen, die Schiffen bis zu 8 m Einlaß gewährt. — (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Das Beuth-Schinkelmuseum in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg ist jetzt wieder an Wochentagen von 10—2 Uhr mit Ausnahme von Sonnabenden geöffnet.

Aufnahme geschichtlich wertvoller Bauten in Mannheim. Eine Mitteilung aus der Sitzung des Stadtrates von Mannheim vom 13. März 1919 dürfte für weitere Kreise unseres Faches bemerkenswert sein. Sie lautet:

Auf Anregung der Wirtschaftsstelle der selbständigen Privat-Architekten in Mannheim soll die schon seit einer Reihe von Jahren von der Stadtgemeinde mit bescheidenen Budgetmitteln durchgeführte Aufnahme geschichtlich wertvoller Bauten unserer Stadt auf eine breitere Grundlage gestellt werden, in der Weise, daß die Stadtverwaltung für ihre Zwecke durch die Privat-Architekten — gleichzeitig zur Linderung der in diesen Kreisen gegenwärtig bestehenden Notlage — planmäßig alle geschichtlich bemerkenswerten Häuser zeichnerisch aufnehmen läßt und für diesen Zweck einen Kredit von 30 000 M. zur Verfügung stellt. Zur Durchführung dieser Aufgabe soll ein besonderer Ausschuß eingesetzt werden, dem Mitglieder des Stadtrates, der beteiligten städtischen Ämter und der Wirtschaftsstelle angehören. Eine Vorlage hierwegen soll dem Bürgerausschuß gemacht werden.

Diese Absicht ist auf das Freudigste zu begrüßen und dürfte Nachahmung verdienen in allen Städten, die über einen ansehnlichen Kunstbesitz an alten Bauten verfügen, aber noch nicht Gelegenheit gefunden haben, ihn sächgemäß aufzunehmen und zu inventarisieren. Die staatlichen Inventare können meist nicht so umfangreich sein, um die Bauten einer Stadt bis in ihre wertvollen Einzelheiten zu verzeichnen; hier müssen besondere Bearbeitungen, wie die in Mannheim vorgenommenen städtischen, ergänzend einspringen. Die Privat-Architekten von Mannheim aber werden der Stadtverwaltung besonderen Dank dafür wissen, daß die Verwaltung in der Not der Zeit ihrer gedenkt.

Mißbrauch von Stellen-Ausschreibungen. „Unter dieser Überschrift wird in der am 5. März ausgegebenen No. 19 Ihrer geschätzten Zeitschrift ein Schreiben eines Dr.-Ing. D., betreffend die Ausschreibung einer Oberlehrerstelle an den Technischen Staatslehranstalten in Bremen, veröffentlicht, in dem gesagt wird, es hätte bereits vor Ausschreibung dieser Stelle hier die Absicht bestanden, nur Herren, „welche bereits in Bremer Diensten stehen, aber seit längeren Jahren auf Anstellung warten“ zu berücksichtigen, und deshalb hätte die Ausschreibung nicht erfolgen dürfen.

Wie falsch diese Annahme ist, ergibt sich allein schon aus der Tatsache, daß in der am 24. Febr. ds. J. stattgefundenen Behördesitzung die Wahl auf einen älteren Oberlehrer einer auswärtigen staatlichen Baugewerkschule gefallen ist.

Die Behörde für die Techn. Staatslehranstalten. Raßow.“

Tote.

Geheimer Baurat Gustav Hamann †. Am 2. März starb zu Schwerin in Mecklenburg im 67. Lebensjahr der Geheimer Baurat Gustav Hamann. Er hatte den Feldzug 1870/71 als Primaner mitgemacht, widmete sich dann dem Hochbau, studierte auf den Technischen Hochschulen in München und Stuttgart, war als Bauführer bei den Wiederherstellungs- und Umbauten des Fürstenhofes in Wismar und als Baumeister beim Neubau des Hoftheaters in Schwerin tätig. Nachdem er 1886 eine Staatsbeihilfe für eine Studienreise erhalten hatte, bereiste er Italien, dann wurde er mit der Verwaltung des Baudistriktes Hagenow beauftragt. 1902 wurde er als großherzoglicher Baudirektor nach Schwerin versetzt. Hier hat er eine vielseitige Tätigkeit entfaltet. Nebenamtlich war er in ganz Mecklenburg ein gesuchter Baumeister; viele städtische Schulbauten (z. B. in Schwerin, Friedland usw.), das Rathaus für Teterow, die Bahnhofsge-

bäude in Warnemünde, das Krüppelheim in Rostock, das Feierabendhaus in Waren, ländliche Schloßbauten in Göhren, Spautekow, Lüttchenhof, Junker-Wehmigen usw., das Mausoleum in Kaarz und viele landwirtschaftliche Bauten hat er umsichtig entworfen und geleitet.

Er war Mitglied der Schweriner Kommission zur Erhaltung der Denkmäler und fast 10 Jahre Vorsitzender des „Mecklenburgischen Architekten- und Ingenieur-Vereins“, zu dessen Gründern er (1890) gehört hatte. Als Sohn eines Landpfarrers in Hohen-Mistorf blieb er seinem mecklenburgischen Wesen bis zu seinem Ende treu. Seine derbe Biederkeit, seine Freude an kernigem Plattdeutsch, an launiger Geselligkeit namentlich in seinem 1902 erbauten Heim in der Mozart-Straße hatten ihm viele Freunde erworben. Sein Hinscheiden ruft in weiten Kreisen, namentlich aber bei den mecklenburgischen Bauleuten, die — nach dem alten Praht — jetzt ihren zweiten Altmeister verloren haben, aufrichtige Teilnahme wach.

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Küchen-Einrichtungen für den Mittelstand und die besseren Stände wird von einem Groß-Betrieb der Möbeltischlerei durch den Verlag von Alexander Koch in Darmstadt mit Frist zum 1. Mai 1919 ausgeschrieben. Es wird für die Entwürfe verlangt „das Höchstmaß praktischer Zweckmäßigkeit bei vollendeter Formenschönheit“. Die Zeichnungen sollen bestehen in perspektivischen Gesamtansichten von Küchen, sowie Einzeldarstellungen der Möbel. Es gelangen zur Verteilung ein I. Preis von 750 M., ein II. Preis von 550 M., zwei III. Preise von je 350 M. und zwei IV. Preise von je 250 M. Ankäufe nicht preisgekrönter Entwürfe für je 200 M. sind vorbehalten. Unter den Preisrichtern befinden sich die Hrn. Prof. Hugo Eberhardt in Offenbach, sowie Hofrat Alexander Koch und Prof. Albin Müller in Darmstadt.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für eine Werbe-Postkarte erläßt die Garde-Kavallerie-Schützen-Division in Berlin zum 1. April 1919. Neben der Verleihung eines Preises von 500 M. sollen Ankäufe für je 100 M. stattfinden. Im Preisgericht u. a. die Kunstmaler Prof. Dr. Dettmann, Kainer und Leonard.

Engerer Wettbewerb Friedhof-Anlage mit Krematorium in Magdeburg. Zu den Angaben auf S. 104 erhalten wir die Mitteilung, daß ein Beschluß über die Ausführung der Anlage noch nicht gefaßt ist. Es soll vielmehr den Bewerbern anheim gestellt werden, nach Kenntnisnahme der Entwürfe der Konkurrenten die ihnen noch wünschenswert erscheinenden Änderungen auf Grund von einigen Wünschen des Ausschusses zu berücksichtigen.

Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Friedens- und Helden-Kirche in Innsbruck. In dem vom Kirchenbau-Verein Wilten-Innsbruck zur Erlangung von Entwürfen für eine „Friedens- und Heldenkirche“ ausgeschriebenen Wettbewerb liefen 29 Arbeiten ein. Das Preisgericht, an dem bedauerlicherweise die Preisrichter Obbrt. Prof. Leopold Bauer aus Wien und Stadtr. Gustav Nolte aus Bozen nicht teilnehmen konnten, erkannte die 6 vorgesehenen Preise wie folgt zu: I. Preis von 2000 K. Hrn. Luis Welzenbacher; II. Preis von 1500 K. Hrn. Theodor Prachenski; III. Preis von 1000 K. Hrn. Franz Baumann und Theod. Prachensky; drei IV. Preise zu je 500 K. den Hrn. Alois Jöchel und J. Jung, Ing. Paul Huter und Firma Redlich und Berger, letztere Wien, die übrigen Innsbruck.

Inhalt: Die kurländischen Häfen. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Vereins-Mitteilungen.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

Versammlungen und Berichte.

Schinkelfest des Berliner Architekten-Vereins. In schwerer Zeit ist der „Architekten-Verein zu Berlin“ in sein 94. Lebensjahr eingetreten. Der Trauer und dem Zorn über die unwürdige äußere und innere Lage Deutschlands gab sein Vorsitzender, Geh. Ob.-Brt. Dr.-Ing. Jos. Stübben, beredten Ausdruck, als er die zahlreiche Versammlung im Künstlerhaus eröffnete, die sich zusammen gefunden hatte, um am 13. März, dem Geburtstag Schinkels, nach alter Ueberlieferung das Stiftungsfest des Vereins zu begehen. Nicht festlich und froh wie sonst, sondern schlicht und ernst, um einerseits der Ehrenpflicht zu genügen, der zahlreichen Mitglieder zu gedenken, die für das Vaterland geblutet haben und gefallen sind, und die zu begrüßen, die wieder zurückgekehrt sind, um nunmehr den schweren Kampf mit dem Leben unter gänzlich veränderten Verhältnissen wieder aufzunehmen; und um schließlich dem Ausdruck zu geben, daß nur durch wertschaffende Arbeit das Schlimmste von Deutschland abgewendet werden könne und die Vertreter der Technik bereit seien, an ihrem Teil an dem Wiederaufbau mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Von 786 Mitgliedern, die in den Krieg hinausgezogen, sind 204 aus ihm nicht mehr zurückgekehrt, 222 haben Wunden erlitten, 21 sind in feindliche Gefangenschaft geraten. Mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse wurden 261 ausgezeichnet. Allen aus dem Felde Zurückgekehrten galten freudige Begrüßungsworte, den Gefallenen Worte ehrender Erinnerung. Eine Gedenktafel soll der letzteren Namen festhalten, sobald der Verein wieder ein eigenes Heim besitzt. Die bisherigen Bemühungen in dieser Beziehung haben leider noch zu keinem Erfolg geführt.

Der Vorsitzende erstattete dann in üblicher Weise den Jahresbericht. Nach ihm zählte der Verein am 1. März 1919 2639 Mitglieder und zwar 12 Ehrenmitglieder, 823 Einheimische und 1804 auswärtige Mitglieder. Eine Aenderung der

Zahl hat gegen 1918 nicht stattgefunden. Durch Tod hat der Verein 1918 58 Mitglieder verloren, davon 13 auf dem Feld der Ehre.

Die Bücherei ist den Zeitverhältnissen entsprechend nur wenig gewachsen. Am 1. März 1919 zählte sie 25 969 Bände, davon 19 033 Bände auf Bücher, der Rest auf Zeitschriften entfallend. Die Benutzung war eine rege. Ausgedehnt war auch die Tätigkeit der Berufsberatung: die von der gleichen Stelle ausgeübte Stellenvermittlung ist ebenfalls stark in Anspruch genommen worden, der Erfolg war aber, den schlechten Zeitverhältnissen entsprechend, ein nur mäßiger. Die Vermögensverhältnisse sind seit dem Verkauf des Vereinshauses an das preussische Kriegsministerium keine ungünstigen, doch wirkt auch hier die Unsicherheit aller Verhältnisse nachteilig ein und es ist im Krieg nicht gelungen, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Erfreulich ist auch der Vermögensstand der verschiedenen Stiftungen, aus denen während des Krieges mancherlei Unterstützungen gewährt werden konnten. Hervorzuheben ist eine Sammlung für das 100jährige Jubiläum des Vereins im Jahr 1924. Die Mittel sollen namentlich für eine Neuauflage des Werkes „Berlin und seine Bauten“ Verwendung finden.

Ein Hauptereignis im Vereinsleben ist das Wieder-aufgehen der „Vereinigung Berliner Architekten“ im Architekten-Verein. Der bedauerliche Zwiespalt in der Berliner Fachgenossenschaft ist dadurch beseitigt. Im übrigen sind im vergangenen Jahr die regelmäßigen Versammlungen wieder aufgenommen worden, von welchen 20 mit anregenden Vorträgen und gutem Besuch stattgefunden haben. Auch einige Besichtigungen fanden statt und die Ausschüsse entfalteten eine regere Tätigkeit. Neu ist die Einsetzung des sogenannten politischen Ausschusses, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, für die wirtschaftlichen Forderungen der höheren Techniker einzutreten.

Zum Schinkelwettbewerb waren für die Lösung der Aufgabe auf dem Gebiete der Architektur, die eine Versammlungsstätte für Kriegervereine und Vereine zur Förderung der Jugendpflege für Kriegsbeschädigte zum Gegenstand hatte, 8 Arbeiten eingegangen. Den Schinkelpreis nebst Plakette erhielt Reg.-Bfhr. Werner Schürmann in Aachen, 2 weitere Plaketten fielen den Reg.-Bfhrn. Werner Schenck in Berlin und E. A. Erdmenger in Wehlau in Ostpr. zu. Im Wasserbau war eine Lösung nicht eingegangen, im Eisenbahnbau — Entwurf zu einer 4gleisigen Untergrundbahn — sind den beiden Lösungen des Reg.-Bmstrs. Walter Becker in Berlin und Reg.-Bfhrs. Gerh. v. Seggern in Hamm i. W. Schinkelplaketten zugesprochen worden.

Nach einem kurzen Hinweis auf eine kleine Ausstellung von Aufnahmen usw., die von Kriegsteilnehmern draußen gefertigt worden sind, ergriff der verkehrstechnische Oberbeamte des Zweckverbandes Groß-Berlin, Prof. Dr.-Ing. Erich Giese, das Wort zu einem eingehenden und gehaltvollen Vortrag über das Thema „Das zukünftige Schnellbahnnetz von Groß-Berlin“, über den an anderer Stelle ausführlicher berichtet werden wird.

Württembergischer Verein für Baukunde. Als erste Vereins-Veranstaltung seit Ende des Krieges fand unter dem Vorsitz von Oberbaurat Euting am 23. Febr. 1919. zusammen mit dem „Verein geprüfter höherer Staatsbaubeamter“ und dem „Verband der Diplomingenieure“ eine gemeinsame Aussprache statt, die den Zweck hatte, in der zurzeit in Württemberg schwebenden Frage der Errichtung einer Baukammer einige Klarheit zu schaffen. Der Gedanke zu einer solchen Kammer war von einer kleineren Gruppe von Architekten ausgegangen; nach dem ursprünglichen Programm sollten darin nur Architekten mit ausgesprochen künstlerischer Gesinnung, Baubeamte dagegen bloß ausnahmsweise Aufnahme finden. Dieser Gedanke wurde in der Versammlung sowohl von beamteten wie von privaten Architekten entschieden zurückgewiesen. Die Art und Weise, wie die Urheber des Gedankens diesen verwirklichen wollten, mußte bei den geschlossen stehenden Baubeamten eine tiefe Erbitterung erzeugen, für sie war deshalb eine Beteiligung von vornherein ausgeschlossen. Aber auch in den Kreisen der Privatarchitekten fühlte man sich weitgehend verstimmt. Es wurde in der Versammlung übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß die Art und Weise des Vorgehens in der genannten Frage ein schwerer Mißgriff und durchaus undemokratisch war. Hr. Prof. Elsässer suchte die Vorwürfe zu entkräften und das Mißtrauen zu beseitigen. Er betonte die Bereitwilligkeit, durch Aenderung des Programms dessen anfängliche Härten den beamteten Baukünstlern gegenüber zu beseitigen, mit ihnen in Fühlung zu treten und sie zu einem neu aufzustellenden Ausschuß beizuziehen, der ein neues Programm vorbereiten soll.

Hr. Brt. Martin Mayer schlug die Besetzung der geplanten Kunstkammer in der Weise vor, daß die verschiedenen Vereinigungen des Baufaches wie auch der verwandten bildenden Künste geschlossen zur Bildung der Kunstkammer beitragen, indem sie in diese ihre selbstgewählten Vertreter entsenden. Da bei den zu bildenden Kunstkammern alle wirtschaftlichen Interessen streng ausgeschieden werden sollen, mußte für die Anzahl der Vertreter jeder Vereinigung nicht deren Größe, sondern deren Gewicht in künstlerischer Beziehung ausschlaggebend sein. Schließlich wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es auf Grund der gemachten Vorschläge gelingen möge, die ganze Frage auf eine breitere Grundlage zu stellen und damit wenigstens einen Teil der angestrebten hohen und idealen Ziele für die Kunst zu erreichen. — W.

Dresdner Architekten-Verein. Der Vorstand des „Dresdner Architekten-Vereins“ ist in der am 25. Febr. 1919 stattgehabten Jahreshauptversammlung wie nachstehend gewählt worden: Vorsitzender: Hofrat Fritz Reuter; stellv. Vors.: Martin Pietzsch; Schriftführer: Heino Otto; stellv. Schriftf.: Max Franz; Schatzmeister: Woldemar Kandler; Bücherwart: F. O. Hartmann; stellv. Bücherwart: Max Krampe. —

In den Klubräumen des Künstlerhauses fand am 21. Jan. 1919 eine Begrüßung der aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen in einfacher aber würdiger Weise statt. Hofrat Architekt Reuter hielt eine Begrüßungsrede, in der er der Gefallenen gedachte, den Kollegen für ihre Pflichterfüllung dankte und dann von den großen Aufgaben der Zukunft sprach.

Angeregte Unterhaltung und lebhafte Aussprachen, die hauptsächlich den Kleinwohnungsbau und Typenbau betrafen, hielten lange zusammen. —

Der Verein hat unter dem 29. Jan. 1919 an das Gesamtministerium der Republik Sachsen eine Eingabe gerichtet, welche die Wohnungs-Fürsorge und die Privat-Architekten in Sachsen betrifft. Die Eingabe führt u. A. aus:

„Die Mitglieder des „Dresdner Architekten-Vereins“ und die Teilnehmer des vom „Dresdner Architekten-Verein“ und „Bund Deutscher Architekten“ veranstalteten Architektenkursus — rd. 200 —, meist Kriegsteilnehmer, haben mit großem Bedauern Kenntnis genommen von der Verfügung des Finanzministeriums und des Ministeriums des Inneren vom 24. und 28. Dez. 1918, wodurch die Landbauämter mit der öffentlichen Baubearbeitung und letzten Endes — das ist der Hauptzweck — mit dem Wohnungsbau beauftragt werden sollen. Die Ausführung dieser, zunächst sehr schön klingenden Verfügung würde gleichbedeutend sein mit dem Ruin des freien Architekten- und Technikerstandes, denn der Wohnungsbau ist z. Zt. die einzige und hauptsächlichste Erwerbsmöglichkeit des durch den Krieg und das jahrelange Bauverbot schwer geschädigten Berufes. Infolgedessen legen die Genannten entschieden Einspruch ein gegen diese Verfügung und bitten um sofortige Rücknahme derselben. Sie fordern freie Bahn den Tüchtigen, Schutz der freien Berufe und ihrer berechtigten Lebensinteressen wie andere Arbeitslose. Sie erheben Einspruch gegen eine schon lange bestehende zielbewußte Tätigkeit der beamteten Architekten, die vom Heimatschutz ausgeht, unter dem Deckmantel der Wirtschaftlichkeit und Wohlfahrt, lediglich aber zu dem Zweck, die Macht als Beamte in Händen zu haben und die Privatarchitekten und -Techniker im freien Beruf zu schädigen.“

Sie fordern im Interesse des Staates und weil die Zeitverhältnisse die Einschränkung der Beamten bedingen wird, Beschränkung der Tätigkeit der staatlichen Baubeamten auf ihr eigentliches Gebiet, den Verwaltungsdienst. Eine Forderung, die von allen Berufsvereinen und von den bedeutendsten Lehrern der Technischen Hochschule längst begründet ist.

Die Schuld am Niedergang des Deutschen Reiches ist nicht zum geringsten Teil auf das schon lange herrschende bürokratische System zurückzuführen und man darf deshalb wohl erwarten, daß in Zukunft Wandel darin geschaffen wird. Die ministerielle Verfügung bedeutet aber gerade das Gegenteil, denn sie bezweckt die Schablonisierung der Baukunst unter Leitung der höheren Staatsbeamten, die Erweiterung der Machtbefugnisse derselben — Nahrungssorgen kommen bei ihnen nicht in Frage — den Ausbau des „Vereins Heimatschutz“ zu einer Staatsorganisation und die Erhöhung der Zahl der Beamten. Daß das nicht das Ideal unseres Zukunftsstaates ist, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Es sei nicht unterlassen auch darauf hinzuweisen, daß wie unter der alten Regierung, nunmehr auch unter der neuen durch solche Verfügungen der Klassenhaß großgezogen wird.“ —

Mit dem „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ ha-

ben zugleich Verhandlungen über einzelne Fragen der Wohnungsfürsorge, wie Typisierung usw. stattgefunden. —

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg. In der Versammlung vom 26. Jan. 1917 wurde der Jahresbericht für 1916 erstattet. Durch Todesfälle und Austritte verminderte sich die Zahl der Mitglieder von 482 auf 468, von welchen 311 einheimische und 157 auswärtige Mitglieder sind. Die durchschnittliche Besucherzahl der Wochenversammlungen ergab eine Verminderung von 59,5 auf 47,5. An 28 Vereinsabenden wurden 30 Vorträge gehalten, von denen 15 auf das Hochbaufach, 7 auf das Ingenieurfach kamen und 8 allgemeinen Inhaltes waren. Während die Vorträge die verschiedensten Gebiete behandelten, hatte die durch den Krieg beeinträchtigte Bautätigkeit zur Folge, daß über staatliche und private Bauausführungen in Hamburg nur wenige Vorträge gehalten werden konnten. Die „bunten Abende“ haben nicht ganz die erhoffte Entwicklung genommen, da nur wenige Meldungen dafür eingingen. Trotzdem haben sie wiederholt den Erfolg gehabt, daß ein anscheinend nur für eine kurze Mitteilung geeigneter Stoff sich bei der Bearbeitung zum Abend füllender Vortrag auswuchs. Der Verein konnte die Hrn. Bubendey und Schiele zur Würde eines Dr.-Ing. h. c. beglückwünschen. Der Verein hat seine Zustimmung zum Beitritt zum „Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine“ ausgesprochen. An den Arbeiten zur Umgestaltung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ hat der Verein durch Einsetzung eines siebengliedrigen Ausschusses teilgenommen. Zusammen mit der Ortsgruppe Hamburg des „Bundes Deutscher Architekten“ hat der Verein einen Ausschuß eingesetzt, um Vorschläge für eine Durchsicht des Baupflege-Gesetzes für Hamburg auszuarbeiten. Das Schiedsgericht hat im Berichtsjahr nur einen Fall zu behandeln gehabt und diesen durch Vergleich erledigt.

Der Bibliothek-Ausschuß hat sich zu 7 Sitzungen vereinigt und für Anschaffungen 1543 M. bewilligt und zwar 726 M. für das Ingenieurwesen, 569 M. für Architektur und 247 M. für Werke allgemeinen Inhaltes. Ein ergänzendes Bücherverzeichnis soll nach Friedensschluß herausgegeben werden.

Die Abrechnung für das Vereinsjahr 1916 schließt ab mit 31108 M.; sie ergibt einen Vermögenszuwachs von 2335 M. — Vers. am 13. April 1917. Vors.: Hr. Zinnow, Anwes.: 31 Personen.

Es erhält Hr. Alfr. Löwengard als Vorsitzender des Wettbewerb-Ausschusses das Wort zu einer Mitteilung über einen Wettbewerb, den der Bau-Verein A.-G. zu Hamburg für die Vereinsmitglieder in Aussicht genommen habe. Es handele sich um ein Denkmal für den um den Bau-Verein hochverdienten Senator Traun auf einem Schmuckplatz inmitten der Ansiedelung an der Hummelsbütteler Landstraße. Das Preisgericht solle bestehen u. A. aus den Hrn. Brt. Ruppel und zwei Architekten aus dem Verein, nach Vorschlag des Vortragenden den Hrn. Elingius und Dr.-Ing. Fink. Die Wahl eines Ersatzmannes für letzteren, der z. Zt. nicht in Hamburg ist, bleibt vorbehalten. Die Kosten für das Denkmal sollen 3000 M. betragen; sechs Ehrenpreise sind ausgesetzt, nämlich einer von 60, zwei von 40 und drei von 25 M. Es werden nur mäßige zeichnerische Anforderungen gestellt. Der Wettbewerb ist, wie hier eingefügt sei, dahin entschieden worden, daß unter Zusammenlegung des I. und der beiden II. Preise je ein Preis von 70 M. den Hrn. Wilh. Behrens und E. Schultheß, sowie je ein Preis von 25 M. weiteren 3 Entwürfen des Hrn. Wilh. Behrens zuerkannt wurde. —

Darauf spricht Hr. Grell über „Anlagen zur landwirtschaftlichen Verwertung von Abfallstoffen“. — Versamml. am 20. April 1917. Vors.: Hr. Dr.-Ing. h. c. Gleim, Anwes.: 39 Pers.

Es erteilt der Vorsitzende das Wort Hrn. Lichtheim zu einem Vortrag über die Schnellfilteranlage des Wasserwerkes der Stadt Altona.

Nachdem der große Brand von Hamburg im Jahre 1842 auch in Altona den Wunsch hatte entstehen lassen, an Stelle der bis dahin durch Brunnen und Pumpen erfolgten Wasserversorgung eine Wasserversorgung, ähnlich wie sie Hamburg im Jahre 1848 erhalten hatte, zu schaffen, welche neben der Versorgung der Stadt mit gutem Trink- und Nutzwasser auch die Gewähr bot, daß bei Feuersbrünsten genügend Löschwasser zur Verfügung stand, wurde, nachdem mehrere Pläne verworfen und auch die geplante Erbauung des Wasserwerkes im Verein mit der städtischen Gasanstalt in Neumühlen sich als unzulänglich erwies, im Jahr 1854 die Erbauung des noch jetzt im Betrieb befindlichen Wasserwerkes in Blankenese, nachdem der Hamburger Ingenieur Wm. Lindley sich zustimmend geäußert hatte, der „Altonaer Gas- und Wassergesellschaft“ über-

tragen. Diese konnte das Wasserwerk am 4. August 1859 eröffnen. Dieses, etwa 12 km unterhalb Hamburgs gelegen, zerfällt in zwei Hauptgruppen, von denen die erste an der Elbe die Einrichtungen zum Entnehmen und Heben des Wassers bis auf die Höhe des Bausberges umfaßt, während die zweite zum Reinigen und Aufspeichern des Wassers dient. Während ursprünglich das Wasser nur während der Flut unmittelbar aus der Elbe entnommen wurde, wurden bei Uebernahme der Werke durch die Stadt 1894 als Zwischenbehälter zwei große Becken gebaut, aus denen die Pumpen nach Füllung bei höchster Flut das Wasser entnehmen, wobei ein Becken entleert wird, während im anderen die gröbsten Sink- und Schwebestoffe sich während dieser Zeit absetzen. Das Wasser wird dann durch das an der Elbe belegene Pumpwerk auf den Bausberg gefördert. Die 1859 gebauten alten Wasserwerkmaschinen, welche mit ihren großen Balanciers und ihrer weitläufigen Bauart einen interessanten Rückblick auf die Entwicklung des Pumpenbaues erlauben, sind noch jetzt im Betrieb, ergänzt sind sie später durch moderne Pumpmaschinen, System Riedler. Das auf dem Bausberge belegene Filterwerk hat die Aufgabe, das ihm zugepumpte Wasser zu reinigen und aufzuspeichern, sodaß jederzeit die für die Stadt Altona erforderliche Reinwassermenge mit natürlichem Gefälle nach Altona abfließen kann. Diese Gesamtanlage hat den ohne Zweifel bestehenden Vorteil, daß nur das ungereinigte Wasser durch die Maschinen läuft, während das Wasser, wenn es gefiltert ist, ohne Weiteres in das Verteilungsnetz laufen kann.

Das auf dem Bausberg belegene Filterwerk bestand bis zur Inbetriebnahme der in den letzten Jahren eingebauten Schnellfilter aus gewöhnlichen Langsam-Sandfiltern, dem dazu gehörenden Vorbehälter und den Reinwasserbecken, wie sie in vielen Städten in Gebrauch sind. Ueber der 25 cm hohen Kieselsteinschicht von Faustgröße und einer etwa 40 cm hohen Schicht kleinen Schlages liegt eine etwa 1 m hohe Schicht feingesiebter, gewaschener Sand. Die einzelnen Teile des Filterwerkes sind so terrassenartig angelegt, daß das Wasser ohne Pumpwerk von einem Teil zum anderen durch natürliches Gefälle fließen kann.

Bei Errichtung des Filterwerkes wurden vier Filter mit je 800 qm Filterfläche erbaut. Der mit dem Anwachsen der Bevölkerungsziffer sich steigernde Tagesverbrauch bedingte später die Anlage weiterer Filter, sodaß jetzt 18 Filter von insgesamt 18 800 qm zur Verfügung stehen. Diese Anlage, so hervorragend gut sie auch gearbeitet hatte und noch arbeitet, bedurfte aber schließlich einer eingreifenden Vergrößerung und Aenderung in der Betriebsweise, hatte sich doch gezeigt, daß man häufig nur mit erheblicher Mühe der Schwierigkeiten Herr werden konnte, welche infolge plötzlicher Ablagerung auf den Filtern, gesteigerten Wasserverbrauches bei großer Hitze usw. sich zeigten. Um allen diesen Vorkommnissen mit Sicherheit begegnen zu können, wurde 1913 auf Grund der während eines Jahres an einer Versuchsanlage gesammelten Erfahrungen die Erbauung einer Schnellfilteranlage zur Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Filter beschlossen. Dadurch wird erreicht, daß das aus der Elbe hochgepumpte Wasser jetzt einer Vorfilterung in der Schnellfilteranlage unterzogen wird, bei welcher das Wasser von allen Schwebestoffen befreit wird, und einer Nachfilterung in den Langsam-Sandfiltern, in denen die bakteriologische Reinigung des Wassers stattfindet. Als Schnellfilter hat man ein amerikanisches System gewählt, dessen Wirksamkeit und sicheres Arbeiten dem Vortragenden aus seiner früheren Tätigkeit bekannt gewesen ist. Die Schnellfilter, mit denen eine etwa 50 mal größere Filtergeschwindigkeit zu erzielen ist als mit den Langsam-Sandfiltern, sind so eingebaut, daß das Rohwasser aus einem im Dach des Filtergebäudes ruhenden Becken mit natürlichem Gefälle in die Filter läuft und von den Filtern, nachdem das Wasser der Vorreinigung unterzogen ist, weiter in die Langsam-Sandfilter gelangen kann. Die gesamte Schnellfilteranlage ist in einem bei 14 m Breite etwa 100 m langen Gebäude untergebracht, bei welchem trotz der eigenartigen Anforderungen, welche die Unterbringung der Wasserbehälter im Dach an die bauliche Ausführung stellte, doch, infolge des verständnisvollen Zusammenarbeitens vom Architekten und Ingenieur, auch die äußere Ausstattung des Gebäudes künstlerisch einwandfrei hergestellt ist. Das Gebäude selbst, das durch einen hohen Turm, der gleichzeitig als trigonometrischer Punkt dient, gekrönt ist, bildet mit seinen einfachen aber wirkungsvollen Formen und seiner die holsteinische Ebene weit überragenden Lage eine Zierde der Landschaft. Die Kosten der Gesamtanlage betrugen 650 000 M., davon 300 000 M. zum Bau des Gebäudes. (Vergl. auch Mitteilungen 1916, S. 81 ff.)

Reicher Beifall belohnt den Vortragenden für seinen durch zahlreiche gelungene Lichtbilder ergänzten Vortrag.

Im Anschluß hieran teilt Hr. Faulwasser der Versammlung mit, daß es ihm durch Zufall gelungen sei, in den „Hamburger Nachrichten“ vom 22. Sept. 1842 Näheres über die Gründung des Architekten-Vereins zu erfahren, der als Vorläufer des jetzigen Architekten-Vereins anzusehen sei, und dessen Mitglieder im Bild schon lange im Sitzungssaal den Besuchern der Versammlung bekannt seien.

Auf diesem Bild, auf dem der 9. Sept. 1842 als Stiftungstag des Vereins angegeben ist, seien folgende 15 Architekten als Mitglieder des Vereins genannt: Simon Losen, Lukas Frey, Heinrich Müller, Cacerau, Gustav L. Martens, Wilhelm, Friedrich Ulrich, H. A. Poppe, Friedrich, Georg Ungewitter, Louis Maring, L. S. Rutenberg, F. F. Kawerau, H. Pralle, Max Koppel.

Der Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ vom 22. Sept. 1842 sei als Aufruf zum Beitritt in den Verein aufzufassen und habe folgenden Wortlaut:

Architekten-Verein.

Unterzeichnete jüngere Architekten fühlten schon lange das Bedürfnis, einen freundschaftlichen Verein unter sich zu bilden.

Was dergleichen architektonische Vereine werden können, beweist am schönsten der Berliner Architekten-Verein, welcher fast den Kulminationspunkt seiner Blüte erreicht hat; was dergleichen Vereine erstreben, darüber befragte man die Mitglieder der noch jüngeren Vereine in München und Karlsruhe. Jedenfalls wird das Urteil aller darin bestehen, daß nur die besten Früchte in dergleichen Vereinigungen reifen können, und daß es das Streben aller warmfühlenden Architekten sein muß, dergleichen Stiftungen zum Besten der bürgerlichen Gesellschaft, wie der Architektur fördern zu helfen.

Ein Hamburger Architekten-Verein ist ins Leben getreten, und daher halten es die Unterzeichneten für ihre Pflicht, ihre geehrten Herren Kunstgenossen hierdurch aufzufordern, sich dem Verein freundschaftlich anzuschließen. Die Versammlungsstunden sind jeden Freitag Abend von 8—10 Uhr. Das Versammlungslokal ist vorläufig im „Grafen von Schauenburg“, beim Gastwirt Herrn Hacker, Neustadt, Fuhrentwiete.

Die unterzeichneten Mitglieder des Architekten-Vereins:

Herm. Poppe aus Bremen, Max Koppel aus Kopenhagen, G. L. Martens aus Mecklenburg, Aug. Windmüller aus Pyrmont, Georg Ungewitter aus Kassel, Fr. Ulrich aus Zürich, Heinrich Müller aus Bremen, G. Rutenberg aus Bremen, J. Hardorff aus Hamburg, F. Kawerau aus Schlesien, S. Losen aus Bremen.

Im Anschluß an diesen Aufruf sei dann am 3. Oktober 1842 eine weitere Bekanntmachung in den „Hamburger Nachrichten“ erschienen, welche auf die damalige Berufsauffassung der Architekten interessante Schlaglichter werfe, und welche folgenden Wortlaut habe:

Architekten-Verein.

Indem wir uns auf unsere frühere Anzeige über das Entstehen eines Hamburger Architekten-Vereins berufen, nehmen wir uns heute die Freiheit, dem geehrten Publikum über die Tendenz und Wirksamkeit unseres Vereins vorläufig folgendes mitzuteilen:

Der Architekten-Verein als Korporation übernimmt, wie jeder Hamburger Privat-Architekt, Aufträge zu Bauten aller Art; er wird die Sachen von einzelnen seiner Mitglieder bearbeiten lassen, in den Versammlungsabenden aber gemeinschaftlich beurteilen oder verbessern, sodaß die gelieferten Arbeiten immer die Erzeugnisse der ganzen Korporation sein und bleiben werden. Der Verein wird bei jeder öffentlichen oder Konkurrenzarbeit ein oder mehrere Projekte einreichen und sieht es gern, wenn er durch andere Architekten auf seine Mängel und Schwächen aufmerksam gemacht wird. Gerechten Tadel wird er stets mit Dank annehmen.

Bestellungen an den Architekten-Verein werden vorläufig Kraienkamp No. 35 abgegeben.

Im Namen des Hamburger Architekten-Vereins:

Die Direktion.

Die Versammlung dankt Hrn. Faulwasser für die geschichtlich hochinteressanten Ausführungen durch reichen Beifall. —

Vers. am 27. April 1917. Vors.: Hr. Dr.-Ing. h. c. Gleim, Anwes.: 36 Pers.

Es gibt Hr. Martens an der Hand ausgestellter Bauzeichnungen Mitteilungen über die Ausführung von Wohlfahrtsbauten, und zwar zunächst über den gemeinsam mit Hrn. G. Henry Grell bearbeiteten Entwurf eines Säuglings-Fürsorgeheimes in Verbindung mit einer Kinder-Poliklinik in Rothenburgsort. Das Gebäude besteht aus zwei Flügelbauten. Die Grundrißlösung war dadurch sehr erschwert, daß für jeden Flügelbau geson-

derte Treppenanlagen verlangt wurden und diese wiederum zu gemeinschaftlichen Hauptdiensträumen ungehindert aber völlig getrennten Zugang haben mußten. Ferner waren die Räume verschieden groß gefordert, was viele Wandversetzungen zur Folge hatte und damit der Leitungsführung für die zahlreichen Waschtisch- und Badeeinrichtungen große Schwierigkeiten bereitete.

Der Flügel für die Säuglings-Fürsorge enthält im Keller einen Raum zur Aufbewahrung von Kinderwagen während der Besuchszeit, eine Milchküchen-Anlage mit den nötigen Nebenräumen, Schwestern- und Personalspeisezimmer usw., im Erdgeschoß vier Räume für die Still- und Nährabteilung, einen zur Belehrung der Mütter dienenden Ausstellungsraum von Gegenständen für die Kinderernährung und einen Raum mit Bad für die Säuglings-Aufnahme. Im ersten Geschoß befindet sich das Säuglings-Krankenheim, bestehend aus sieben Krankenzimmern mit je einem bis vier Betten, zwei Badezimmern, einer Teeküche und einem Sprech-, Schwestern- und Arztzimmer, ferner ein Tagesraum, Laboratorium usw. Die Wände sind sogen. Luginowände aus 6 cm starkem Schlackenbeton, die bei den Kranken- und Badezimmern aus diesem Material nur in 1,5 m Höhe hergestellt sind. Die darüber befindlichen Wandflächen sind — auch nach der Flurseite hin — aus Winkeleisen mit Spiegelglas-Verglasung hergestellt, sodaß sowohl die Wache haltende Amme während der Nacht wie auch der Arzt während der Besuchszeit sämtliche Räume übersehen können. Auch die Mütter der Kinder dürfen die Krankenzimmer nicht betreten, sondern können entweder vom Flur aus ihr Kind sehen oder es sich in ein sogen. Besuchszimmer bringen lassen. Für Frühgeburten ist ein Sonderzimmer mit einer Vorrichtung zur Erzeugung höherer Wärme vorgesehen. Ein Aufzug verbindet die Milchküche im Keller mit diesem Geschoß. Das Dachgeschoß enthält sieben Zimmer für die angestellten Schwestern, Ammen usw. nebst Bade- und Nebenräumen.

Der Flügelbau für die Kinder-Poliklinik hat im Keller eine Turnhalle für orthopädische Gymnastik mit einfachen mechanischen Apparaten zur Behandlung von Wirbelsäule-Verkrümmungen. Ferner sind hier eine Zentralküche mit Gasherd nebst den zugehörigen Nebenräumen, eine Hausmeisterwohnung, eine Wäscherei- und Plättereinlage sowie die Räume für die Zentralheizung und ein Leichen- und Sektionsraum untergebracht. Im Erdgeschoß befindet sich die Poliklinik. Die ankommenden Kinder werden ärztlich untersucht und infektiöse Kranke in die jenseits des Haupteinganges belegenen drei kleinen Isolierzimmer gebracht. Die anderen Kranken werden in einen 13 : 6 m großen Wartezimmer verwiesen und von hier entweder dem Untersuchungszimmer oder dem Verbandsraum zugeführt. Ferner sind noch ein aseptischer Operationsraum zur Benutzung für alle in dem Gebäude tätigen Aerzte, ein Sterilisierzimmer, ein Ordinationszimmer für den Augen- und Ohrenarzt mit Dunkelkammer sowie ein Raum für Röntgenbehandlung vorhanden. Im ersten Obergeschoß befinden sich die Krankenzimmer für ältere Kinder bis zu 14 Jahren. Das aufzunehmende Kind kommt zunächst in ein Bad und nach erfolgter Einkleidung in ein Quarantänezimmer, ehe es einem der großen Krankenzimmer zugeführt wird. Isolierzimmer, Wäschezimmer, Teeküche, Untersuchungs- und Schwesternzimmer, Tages- und Liegeraum sowie Wohnung für den Arzt vervollständigen diese Abteilung. In dem darüber befindlichen Dachgeschoß sind weitere sieben Schwesternzimmer nebst Bad usw. untergebracht.

Die von der Firma Rud. Otto Meyer gelieferte Heizungsanlage besteht aus zwei Kesseln, von denen der eine sämtliche Räume mit Warmwasserheizung versorgt, während der andere Kessel für eine Niederdruckdampfheizung zur Erwärmung des Operationsraumes und des Raumes für Frühgeburten; zur Lieferung von Dampf für die Sterilisierung, die Plättmaschinen usw., sowie zur Warmwasserbereitung für die Bäder und Waschtische vorgesehen ist.

Die Ansichten des Gebäudes sind unter mäßiger Verwendung von Edelputz mit Oldenburger Handsteinen aufgeführt und zur Dachdeckung graue Pfannen verwendet. Besondere Schwierigkeiten boten die Gründungsarbeiten, da alle Mauern auf Pfahlrammung errichtet werden mußten. Infolge eines unter dem Kellerfußboden verbleibenden Hohlraumes mußten die Stielleitungen frei aufgehängt oder auf Pfeiler aufgelagert werden.

Der Vortragende geht alsdann über zu dem Neubau eines Wirtschaftsgebäudes an der Sengelmann-Straße für die Alsterdorfer Anstalten, einem Heim für Schwach- und Blödsinnige sowie Epileptiker jeden Alters. Wir tragen den Schluß des Berichtes über diese Anlagen in der nächsten Vereins-Beilage nach.

(Schluß folgt.)



Alte Stadtmauer bei der Magdalenen-Kirche in Straßburg im Elsaß mit Portal vom Abbruch eines Hauses in der Brandzone der Kirche.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 26. BERLIN, DEN 29. MAERZ 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.

Von Dr.-Ing. Albert Hofmann.



Lm Augenblick, in dem wir diese Zeilen niederschreiben, ist über die fernere politische Zukunft der deutschen Reichslande Elsaß-Lothringen eine Entscheidung noch nicht gefällt, wenn auch die Wahrscheinlichkeit immer größer wird, daß die Errungenschaften des Frankfurter Friedens vom 10. Mai 1871 für Deutschland verloren sein

wie im 13. Jahrhundert, die geistlichen Mächte, die der Erweiterung des französischen Einflusses nach Osten Vorschub leisteten, der so weit ging, daß sich Karl IX. von Frankreich von 1560—1574 als Vikar des Heiligen deutschen Reiches und als Protektor der Bistümer Metz, Toul und Verdun bezeichnen konnte, bald waren es die politischen Faktoren, die unablässig versuchten, die Grenze Frankreichs nach Osten vorzuschieben, bis 1648, im Westfälischen Frieden, die Städte Metz, Toul und Verdun an Frankreich abgetreten wurden und alle Rechte des Hauses Habsburg im Elsaß in den unbeschränkten Besitz der Franzosen übergingen. Damit waren fast der ganze Ober-Elsaß und im Unter-Elsaß 40 Reichsdörfer im Hagenau für Frankreich gewonnen. Zugleich gingen in den Reichs-Städten Kolmar, Türkheim, Münster, Kaysersberg, Schlettstadt, Oberehnheim, Rosheim, Hagenau, ferner in Weißenburg und Landau die Rechte des Landvogtei-Amtes an Frankreich über, während die Städte selbst noch im vollen Genuß ihrer bisherigen Freiheit und Reichsunmittelbarkeit blieben. Durch Uebergang aller Rechte des Hauses Habsburg an

werden. Es ist seit 1000 Jahren das Schicksal dieser Grenzländer zwischen Deutschland und Frankreich gewesen, nie zur Ruhe kommen zu können. Seit im Jahre 925 König Heinrich I. Lothringen mit dem Deutschen Reich, das etwa vom Jahr 1000 ab so genannt werden darf, vereinigt und damit die Westgrenze von der Mündung der Schelde bis zur Maas festgelegt hatte, sind die blühenden Städte und Dörfer dieser Ländergebiete in dauernder Erregung und in immer währender Angst um den Einbruch der französischen Herrschaft in die Gauen östlich der Maas und der Mosel gewesen. Bald waren es,

Frankreich konnte dieses auch im Unter-Elsaß Fuß fassen und griff selbst über den Rhein, indem es die Hand auf Philippsburg und Breisach legte. Gegen Schluß des 17. Jahrhunderts entsteht ein fortwährendes Hin- und Herschieben der Reichslande und ihrer Teile zwischen Deutschland und Frankreich, dagegen fiel Straßburg im Frieden von Rijswijk endgültig an Frankreich. Im Frieden von Lunéville 1801 werden die Jahrhunderte langen Bestrebungen Frankreichs auf Verschiebung seiner Ostgrenze von Erfolg gekrönt; das ganze linke Rhein-Ufer von Basel bis zur holländischen Grenze geht an Frankreich über. Der zweite Pariser Friede änderte nach vorausgegangenen neuen Verschiebungen aus Anlaß der Freiheitskriege die Besitzverhältnisse zwischen den beiden Nationen im Elsaß für einen Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert, bis diese durch den Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 in Grenzen festgelegt wurden, die in der Hauptsache mit den natürlichen der Wasserscheide zwischen Mittelmeer und Nordsee zusammen fielen. Damit waren die bis dahin französischen Départements Bas-Rhin, Haut-Rhin, Moselle ganz oder zum größten Teil, von den Départements Meurthe und Vosges kleine Teile dem Deutschen Reich zugesprochen.

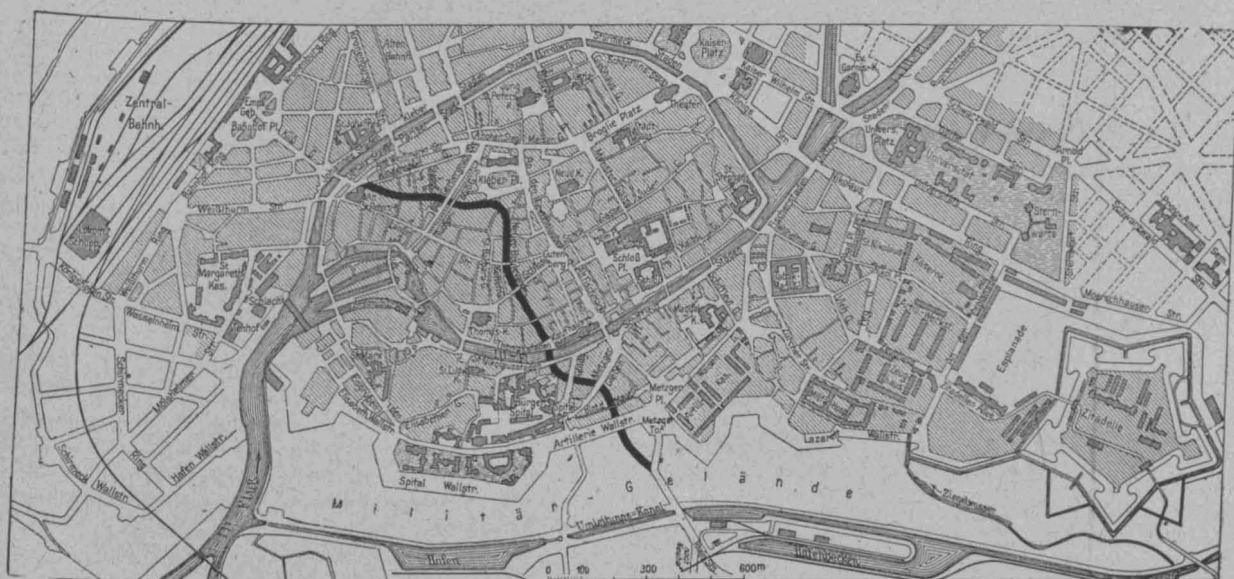
Diese Gebiete werden in weitaus überwiegendem Maß von einer Bevölkerung mit deutscher Muttersprache bewohnt, während die französische Sprache in nur geringem Maß verbreitet ist. Im Jahr 1910 entfielen auf den Unter-Elsaß auf 671 425 deutsch sprechende Bewohner nur 26 391 französisch sprechende, im Ober-Elsaß auf 481 373 nur 31 771. Etwas anders liegen die Verhältnisse in Lothringen: hier kamen auf 481 460 deutsche Bewohner 146 097 französische. Im Durchschnitt entfallen auf 1000 Einwohner in den Reichslanden 872 Deutsche und 109 Franzosen. Man ist also berechtigt, die Reichslande als deutsch zu bezeichnen, wenn man wenige kleine Bezirke in Lothringen ausnimmt, die eine geschlossene französische Bevölkerung haben.

Und deutsch im besten Sinne sind auch die Kultur und das Empfindungsleben, wenn es auch, wie es in Grenzländern zweier national verschiedener Kulturen stets der Fall sein wird, den jeweiligen politischen Einflüssen gelungen war, die Bevölkerung zu sich hinüber zu ziehen. Das scheint, was die Reichslande anbelangt, in der Mitte der fünfziger Jahre, als die inneren Verhältnisse Deutschlands zu wenig Hoffnungen im Sinne eines nationalen Emporstiegens berechtigten, in Frankreich aber der Stern Napoleons III. im Aufgehen war, zugunsten des französischen Nachbarreiches der Fall gewesen zu sein. Wenigstens ist das aus dem Brief eines echt deutschen Mannes zu schließen, den das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg bewahrt. An Dr. Ludwig Schneegans (1812—1858) in Straßburg hatte der Begründer des Germanischen Museums, Dr. Hans Freiherr von und zu Aufsess, die Bitte gerichtet, dem Gelehrten-Ausschuß des Museums beizutreten. Schneegans entsprach der Bitte nicht ohne bittere Klage über den Rückgang des nationalen Elementes im Elsaß. Er schrieb: „Obgleich gewaltsam abgerissen, seit zwei Jahrhunderten bald, von unserem gemeinsamen Stamm- und Mutterlande, und immer mehr überflutet, auf jegliche Weise, von gallischem Einfluß und Ueberdrang, enthält dennoch das Elsaß immer noch eine, leider täglich mehr sich vermindernde Schaar von Getreuen, die, trotz der unaufhaltsam wachsenden Strömung, ihre Herkunft nicht verleugnen und der glorreichen Vergangenheit ihres Landes in treuem Herzen gedenken, und denen, trotz ihrer Abgeschiedenheit Deutschland in geistiger und sittlicher Hinsicht noch immer fort ein theures, unvergeßliches Vaterland bleibt. Ja, wie tiefbetäubend es auch seyn mag, wie wir, ohnmächtig, mit vollem Bewußtseyn und mit unbefangenen Sinne, dem allmählichen Verklingen einer großen Vergangenheit und dem unwiderstehlich, seit den zwei letzten Jahrzehnten mit Riesenschritten vorandrängenden Auflösungs-Prozesse einer zwar kleinen,

aber durch ihre Anerkennungswürdige Ausdauer ausgezeichneten Nationalität beiwohnen zu müssen, wir, die Getreuen, werden dennoch den edeln Kampf mutig fort kämpfen und, ausharrend bis zum Ende, unverbrüchlich festhalten an deutschem Genius, an deutscher Bildung und Humanität“. Wie müssen damals die Verhältnisse in Deutschland entmutigend auf die unter fremder Herrschaft lebenden Deutschen gewirkt haben, wenn Schneegans den nationalen Todeskampf als „geschichtlich wohl notwendig bedingt“ bezeichnete und alles das beklagte, was in solcher „zernichtenden Brandung in Hinsicht des Geistes und des Gemütes zu Grunde geht“. Das Jahr Siebzig und den Sieg des Deutschtums hat er nicht mehr erlebt, aber seine Klagen sind heute wieder zu höchster Gegenwart geworden. Aber auch heute werden den Elsässern wieder Helfer entstehen wie der große deutsche Philosoph Leibniz, die großen Vorkämpfer für das Deutschtum Joseph Görres und Jakob Grimm. In einer Denkschrift, die Leibniz 1688 an das österreichische Ministerium sandte, führte er aus, der Verlust von Straßburg und Luxemburg habe die Klagen so vieler Fürsten, Grafen und Freien Städte, die man unter das fremde Joch geschickt, beinahe in Vergessenheit geraten lassen. Man habe sich dieser wichtigen Städte bemächtigt ohne Rechtstitel, ja ohne auch nur den Schein des Rechtes. „Schämten sich doch selbst die Réunionskammern von Metz und Breisach, die jenes vermeintliche Recht vertreten sollten, irgend etwas gegen Straßburg zu unternehmen, weil es durch die ausdrücklichen Worte des Friedens von Münster geschützt war. So blieb nichts anderes übrig, als die reine Willkür, das Recht des Räubers, die ultima ratio der Eroberer“. Noch wenige Jahre vor dem Weltkrieg erschien in der „Librairie Larousse“ in Paris ein Geschichtswerk: „Histoire de France“, in welchem der Politiker Ludwigs XIV., seine Macht auf Kosten Deutschlands zu vergrößern, offenerherzig verurteilt wurde. Sie wird als eine „Politik der reinen Eroberungen“ bezeichnet. Nach der gewaltsamen Fortnahme von Bitsch, Homburg, Saarbrücken und Zweibrücken folgte die Fortnahme Straßburgs, das die Annexion nicht gewünscht hatte, aber sich darin ergeben mußte. „An einen Widerstand“, schreibt der französische Historiker, „konnte die Stadt mit ihren zertrümmerten Wällen und ihren wenigen hundert schweizerischen Söldnern nicht denken, und so nahmen die Bürger die Kapitulation mit Resignation, andere mit Gleichgültigkeit auf. Die politischen Ergebnisse dieser Besitzergreifung waren gewaltig. Straßburg gewonnen: das bedeutete, die Rheingrenze geschlossen, Deutschland ein Tor nach Frankreich weggenommen“. Daher gehörte schon Joseph Görres mit dem Freiherrn vom Stein zu den glühendsten Vorkämpfern der Forderung, daß Elsaß-Lothringen auf dem Wiener Kongreß wieder an Deutschland zurück gegeben werde. Er schrieb im „Rheinischen Merkur“, die Elsässer seien bessere Deutsche gewesen, als die Deutschen jenseits des Rheines selbst zu der Zeit, als Deutschland durch Verrat und Erbärmlichkeit die Elsässer den Franzosen in die Hände gespielt habe. Görres führt zum Ruhm der Elsässer das Wort des französischen Denkers Bayle an, der schrieb: „Man muß fürchten, daß ein von deutschem Ruhm erfülltes Volk, das durch hundert falsche Ideen von der französischen Eitelkeit gegen uns eingenommen ist, mit all seiner Macht dazu beitragen wird, die Ehre Deutschlands wieder herzustellen“. Auch Jakob Grimm wendet sich im „Rheinischen Merkur“ gegen die Beschuldigung, die Elsässer seien undeutsch geworden. Wer etwa von Karlsruhe oder Stuttgart nach Straßburg reise, habe nicht den Eindruck, in Frankreich einzutreten, sondern meine, „aus der Fremde in eine recht deutsche heimatliche Stadt zu kommen, so vertraut sehen einen Menschen und Häuser an, trotz aller angeklebten französischen Affichen und der umlaufenden französischen Garnison . . . Ein solcher gesunder, haltfester Schlag Menschen (wie die im Kern von Deutschland, in Sachsen, Thüringen, Hessen, Franken) sind auch die Elsässer; seit er vor mehr

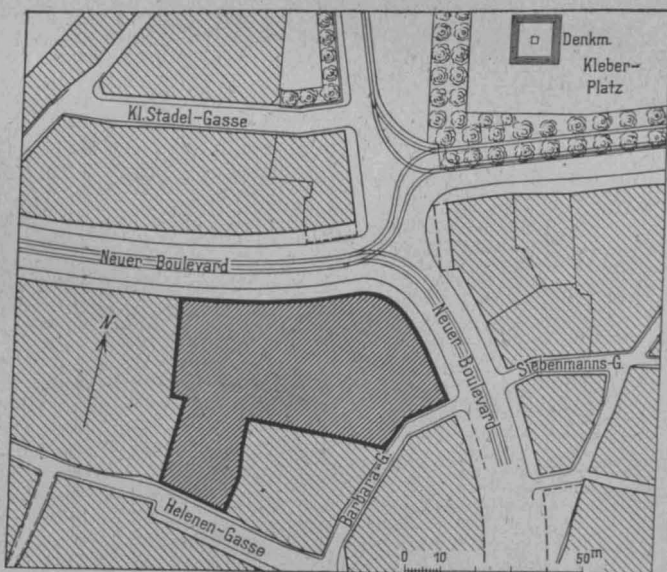
als hundert Jahren schmäählich von Kaiser und Reich im Stich gelassen war, hat er sich selbst beigegeben, Sprache, Sitten und Trachten aufrecht erhalten, welches nicht beschrieben, sondern nur mit Augen angeschaut werden kann, weil es bis in die Mienen, Redensarten, Hausgerät und Einrichtung der Stuben geht". Grimm weist darauf hin, daß nur wir das Französische französisch nennen, der Elsässer nenne es „welsch“; „... und

flutet... In der Blauwolken-Gasse, die zu den weiß und rot brennenden Kastanien am Wasser hinunter eilt, flattern immer, auch im dicksten Winter, himmelblaue Frühlings Schleier, während die ihr parallel laufende Gießhaus-Gasse an die Zeiten erinnert, da hier noch der Gießen seine munteren Wellen schlug. Wer weiß, ob nicht in der Nußbaum-Gasse, die geschäftig und mit viel Lärm und Getöse von der Meisengasse zum Wasser



Schematische Darstellung des neuen Straßenzuges durch die Altstadt von Straßburg.

welsch und fremd, unheimlich und unvereinlich ist es ihm, Gott sei Dank, bisher geblieben". Man denke nur an die deutschen Straßennamen in Straßburg, die im Munde des Volkes in ihren guten alten Bezeichnungen fortleben. Denn der Straßburger hat nie aufgehört, seinem Wesen und seiner Herkunft nach ein Deutscher zu sein und dafür gesorgt, „daß dieser Schatz an Poesie, romantischer Schwärmerei, Arbeit und nie besiegt Humor bis auf unsere Tage erhalten blieb“. H. Schede, der dieses schönen Wortes schrieb, hat in einem Aufsatz „Altdeutsches aus Straßburg“ den deutschen, poetischen Charakter des alten Straßburg glücklich geschildert. So urdeutsch war nach einem Jahrhundert der Fremdherrschaft der Volkssinn geblieben, daß er nur deutsch empfinden und sich nur deutsch ausdrücken konnte. Wir wollen Schede über Straßburg und seine deutsche Romantik selbst sprechen lassen: „Wie ein altes Minnelied klingt der Name des Zaunkönig-Gäßchens, des Finkweilers oder der Meisengasse, der Hauptschlagader der bewegten Stadt. Ueber dem Portal eines vornehmen Patrizierhauses sitzt eine liebliche goldene Meise und pickt die Beeren aus einer reifen Frucht, während unter ihr das Leben auf- und ab-



Der neue Boulevard in Straßburg auf der Strecke von Alt Sankt-Peter bis zum Kleber-Platz, sowie Lageplan für das Gelände des Warenhauses „Modern“.

am Staden führt, einmal in selig schlummernden Gärten schattige Bäume standen, in deren Kronen alle Vögel der Nachbarschaft nisten konnten. Das Straßenbild hat sich geändert; doch etwas von jener vergangenen Poesie, von jener urdeutschen Liebe zur Natur klingt heute noch aus den alten traulichen Namen". Man betrachte den Stich des Mathaeus Merian vom Jahr 1624, der sich im städtischen Kupferstich-Kabinett befindet, und man wird in ihm ein Bild von Straßburgerblicken, das die alte, wunderschöne Stadt in ihrem reichsten deutschen Charakter zeigt. Hoch über Alles ragt das Münster stolz hinaus, ihm zur Seite die vielgestaltige Kirche Sankt Steffan, weiterhin Jung Sankt Peter und Alt Sankt Peter, zwischen ihnen die Thomas-Kirche. Die Befestigungen überragen das Fischer-Tor, der Gulden-Turm, der Pfennig-Turm. Zahlreiche kleine Gotteshäuser senden dazwischen ihre Türme und schlanken Turmspitzen

in die Lüfte und vermählen sich mit den hohen Giebeln der stattlichen Patrizierhäuser, mit den Firsten der großen öffentlichen Bauwerke und mit den Türmen im Inneren der Stadt zu einem bezaubernden Bild deutschen Städtewesens, das die Bedeutung seines lateinischen Namens „Argentina“ wohl verdient. Zu dich-

tem Gedränge umschließen die Festungsmauern die Stadt und zaubern in ihrem Kern ein malerisches Gewirre von Gassen, Gäßchen und trauten Winkeln hervor, die sich namentlich um den Münsterplatz und den Ferkelmarkt scharen. Man muß den Hortus deliciarum der Aebtissin auf dem Odilienberg, der Harrad von Landsberg, die von 1167—1195 lebte, durchsehen, um wahrzunehmen, wie mit naiver deutscher Wahrhaftigkeit das Bauen im Lande geschildert wird, das für das schöne Straßburg den Grund gelegt hat. Man muß dann ferner die Darstellungen aus Schedels Chronik vom Jahr 1493, die Skizzen des Daniel Specklin, des Tobias Stimmer, die Stiche des Wenzel Hollar vom Jahr 1630, oder von Neuenes die Zeichnungen von Weysser, E. Schweitzer, Piton und Anderen betrachten, um zu erfahren, was Straßburg an heimlichen und bekannten Schönheiten einst besessen und im Lauf der Zeit verloren hat, aber auch heute noch besitzt. Wenn Goethe, Herder, Jung-Stilling, Lenz, H. L. Wagner hier ihre fruchtbarsten Jugendjahre verlebten, so geschah es aus innerer Begeisterung für die wunderschöne, die deutsche Stadt, die in „Dichtung und Wahrheit“ in der deutschen Literatur neben vielen anderen Aeußerungen deutscher Dichter und selbst der Volkslieder ihr Denkmal erhalten hat. „Ein urdeutsches Städtebild mit schmalbrüstigen Häusern, nach vorn übergeneigten Dächern, steilen Schornsteinen, bis in den Himmel kletternden Giebeln, auf denen einst die Störche nisteten, tritt uns da entgegen. In dem braunen Holzwerk der deutschen Renaissancehäuser sitzen die kleinen Fenster gar traulich im Gebälk. Die Gassen sind so eng, daß man sich von einem Haus zum gegenüberstehenden die Hand reichen kann: die in Straßburg so beliebten überhängenden Stockwerke, deren Maß heute noch an einer Münstermauer zu sehen ist, nehmen ihnen oft noch das bischen Luft und Licht weg. Namen wie Faden-Gasse, Haar-Gäß-

chen sind fast buchstäblich zu nehmen. Aus diesem ganzen planlosen, schrulligen, reizenden Gewirr aber steigt wie eine hohe schlanke Tanne über niederem Buschholz das Münster in die Höhe, das Sinnbild deutscher Andacht und nie erlahmenden Idealismus“ (Schede). Es ist ein Wahrzeichen weithin in dem schönen Land, das die verhängnisvolle Politik des österreichischen Metternich dem Mutterlande so entfremden konnte, daß sich Dichter mit deutschen Herzen abmühten, ihr Deutschtum in Einklang zu bringen mit der französischen Kultur. So konnte Ehrenfried Stöber, trotzdem er mit einer kleinen Schar anderer elsässischer Dichter zur schwäbischen Dichterschule neigte, doch singen:

„Meine Leier ist deutsch, sie klinget von deutschen Gesängen;

Liebeden den gallischen Hahn, treu ist französisch mein Schwert.

Mag es über den Rhein und über den Wasgau erklingen:

„Elsaß heißet mein Land; Elsaß, Dir pochet mein Herz.“

Dieser Zwiespalt der Empfindung war ein Ausfluß der seelischen Not in einer Zeit, in welcher das Deutschtum im Elsaß am Mutterlande jenseits des Rheines eine Stütze nicht fand. Erst der Übergang der Reichslande an Deutschland steigerte das nationale Empfinden bis zu nationalem Stolz und wurde Veranlassung, daß heute, nach den Tagen der Katastrophe, trotz des leidenschaftlichsten Kampfes der Geister um die schönen Gaue deutschen Landes und trotz der französischen Wühlarbeit der Ursinn dieses Volkes und das innerste Fühlen und Denken deutsch sind und mithartnäckiger Treue deutsch bleiben wollen. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Rektor und Senat der Technischen Hochschule zu Berlin haben auf einstimmigen Antrag des Kollegiums der Abteilung für Allgemeine Wissenschaften dem o. Professor an der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, Geh. Justizrat Dr. jur. Josef Kohler, „in Würdigung seiner bahnbrechenden Leistungen auf dem Gebiete des Rechtes am technischen und künstlerischen Eigentum“ die akademische Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Zur Frage der Reorganisation des städtischen Bauwesens in München ist eine vom Oberbürgermeister Dr. von Borscht verfaßte umfangreiche Denkschrift „Reorganisation des Stadtbauamtes und der übrigen technischen Ämter und Betriebe“ erschienen, die zu folgenden Leitsätzen kommt:

An Stelle des bisher einheitlich geleiteten Stadtbauamtes werden drei selbständige städt. Bauämter unter der Leitung je eines in Gegenständen seines Wirkungskreises stimmberechtigten technischen Magistratsrates geschaffen und zwar das Hochbauamt, Tiefbauamt und das Bauamt für Maschinen, Installations- und Heizungswesen. Die Zuständigkeit der drei Bauämter wird nach den einzelnen Arbeitsgebieten abgegrenzt. Das Hochbauamt soll hierbei zur Bearbeitung von Plänen und Kostenüberschlägen tunlichst auch die freie Architektenschaft heranziehen.

Die bisherigen selbständigen 4 Hochbau-Abteilungen, desgleichen die nach Spezialfächern getrennten selbständigen Tiefbau-Abteilungen des Stadtbauamtes werden aufgehoben. Das Hochbauamt bildet eine Abteilung für sich. Im Tiefbauamt werden Straßenbau, Kanalisation, Wasserversorgung, sowie Wasser- und Brückenbau zu einer Abteilung zusammengeschlossen. An Stelle der bisherigen Hauptabteilungen des Stadtbauamtes tritt die Einteilung in den inneren technischen Dienst, in den äußeren technischen Dienst und in den Verwaltungs- und Abrechnungsdienst. Durch die Neueinteilung der bisher vom Stadtbauamt München besorgten Geschäfte sollen eine raschere Erledigung derselben ermöglicht, die Einhaltung der Baukredite und die voranschlagsgemäße Verwendung derselben mehr wie bisher gesichert und der Schutz gegen Unterschlagungen verstärkt werden. Die künftigen Vorstände

des Hoch- und Tiefbauamtes haben Vorschläge zu unterbreiten, wie nach den in dieser Denkschrift gegebenen allgemeinen Richtlinien die Diensterteilung im Einzelnen durchgeführt und eine größere Anzahl von Stellen eingespart werden kann.

Die Verwaltung der Geschäfte des gesamten städtischen Bauwesens wird einem aus Mitgliedern der Gemeindevertretung und Vertretern der Bürgerschaft zu bildenden allgemeinen verwaltenden Bauausschuß übertragen. Durch die Einsetzung eines allgemeinen Bauausschusses soll der Bildung besonderer Unterausschüsse für das Hochbauwesen, das Tiefbauwesen und das Maschinen-, Installations- und Heizungswesen nicht vorgegriffen werden.

Die Geschäfts- und Personalverhältnisse der Lokalbaukommission und der mit ihr zusammenhängenden technischen Amtsstellen sollen unter dem Gesichtspunkt der Dienstvereinfachung und Ersparung nach den für die Stadtbauämter geltenden Grundsätzen einer genauen Prüfung unterstellt werden. Die bisher zum Stadtbauamt gehörige Abteilung für Anwesen-Entwässerung, sowie das technische Büro für Gewerbebaupolizei sind mit der Lokalbaukommission zu vereinigen.

Die Direktoren der Gasanstalt, der Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen sollen zu technischen Magistratsmitgliedern gewählt werden und in den Sitzungen des Magistrates sowie der Ausschüsse über alle technischen und über die laufenden administrativen Fragen ihres Wirkungskreises Vortrag erstatten. Rechtsfragen von prinzipieller Bedeutung, desgleichen wichtige Rechtsstreitigkeiten, die beim Hochbauamt sowie bei der Verwaltung der Gasanstalt, der Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen anfallen, werden von dem Referate des Stadtmagistrates bearbeitet, das vom Magistratsdirektorium mit der Wahrung der Interessen der Stadt in allen wichtigen und prinzipiellen Rechtsangelegenheiten betraut wird. Für die gemeinsame Verwaltung der Gasanstalt, der Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen wird ein Betriebsausschuß gebildet. Schließlich spricht sich die Denkschrift für die Anerkennung der finanziellen Gleichberechtigung der rechtskundigen und der technischen Magistratsräte aus. —

Inhalt: Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen. Vermischtes. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.